

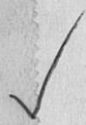
286



ULB Düsseldorf



+4068 008 01



Memoiren-Bibliothek.

Achter Band.



Memoiren-Bibliothek.

Groß Oktav. Preis eines jeden Bandes 6 Mark.

In Liebhabereinband 8 Mark.

Band I—III.

Napoleon I. und sein Hof.

1802—1810.

Memoiren der Gräfin Remusat,

Palastdame der Kaiserin Josephine.

Vierte Auflage.

Band IV.

Napoleon I. und sein Hof.

1810—1815.

Memoiren der Generalin Durand,

Palastdame der Kaiserin Marie Luise.

Vierte Auflage.

Band V—IX.

Memoiren des Fürsten Talleyrand.

1754—1838.

Herausgegeben vom

Herzog Albert von Broglie.

Dritte Auflage.

Band X—XII.

Napoleon III. und sein Hof.

1851—1870.

Denkwürdigkeiten, Erlebnisse und Erinnerungen

aus der Zeit des Zweiten französischen Kaiserreiches

von Adolf Ebeling.

Zweite Auflage.

Memoiren
des
Fürsten Talleyrand

herausgegeben

mit einer Vorrede und Anmerkungen

vom

Herzog von Broglie.

Deutsche Original-Ausgabe von Adolf Ebeling.

Drittes Tausend.

Vierter Band.



Köln und Leipzig.

Druck und Verlag von Albert Ahn.

1892.

A. G. 286
2 W

Alle Rechte vorbehalten.



Memoiren des Fürsten Talleyrand.

1830—1832.



Abhandlung des Herrn ...

1784

Zehnte Abteilung.

Die Revolution von 1830.

(Fortsetzung.)

1830—1832.

Wir haben die belgischen Angelegenheiten zu Anfang des Monats Januar 1831 in dem folgenden Zustande verlassen: Der König der Niederlande hatte sich endlich dazu bequemt, die Unabhängigkeit Belgiens anzuerkennen, aber er stellte in Bezug auf die Grenzen und auch auf die Teilung der Nationalschuld ganz unannehmbare Bedingungen — in Brüssel drohte der Kongreß beständig, die Vereinigung Belgiens mit Frankreich zu votieren, was einem europäischen Kriege gleichkam, oder doch wenigstens den Herzog von Nemours zum König auszurufen, um alsdann unter dem Beistand Frankreichs das Herzogtum Luxemburg zu gewinnen, was ebenfalls zu einem allgemeinen Kriege führen würde — in Paris herrschte die Furcht, durch die Wahl des Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg eine demütigende Konzession an England zu machen, und endlich in London, wo die russischen Bevollmächtigten mit Einwilligung des Kaisers wohl das Unabhängigkeitsprotokoll Belgiens unterschrieben, aber zugleich die kategorische Weisung erhalten hatten, nur der Wahl eines Prinzen aus dem Hause Nassau zuzustimmen.

Es galt nun, sich aus diesem Labyrinth gewandt und glücklich herauszufinden. Ich beschloß deshalb zunächst, den

Vertretern der drei anderen Mächte vorzuschlagen, die Bedingungen Rußlands wegen der Wahl eines Regenten unberücksichtigt zu lassen, zumal in diesem Punkte die Zustimmung der Kabinette nicht gleichzeitig zu erfolgen brauchte. Jedenfalls war Belgien jetzt ein selbständiges und von den vier Großmächten anerkanntes Königreich. Alsdann bestand ich darauf, die Prätentionen, sowohl der Belgier wie der Holländer, nicht weiter zu beachten. Und in diesem Sinne schrieb ich am 3. Januar 1831 von London aus an die Prinzessin Adelaide:

„Die belgische Frage hat sich sehr erweitert, denn sie betrifft nicht mehr die Nationalschuld allein und auch nicht das Haus Nassau oder Bayern, sondern sie ist jetzt eine Kriegs- oder Friedensfrage geworden. Aus einer Vereinigung Belgiens mit Frankreich, oder auch nur aus der Wahl des Herzogs von Nemours zum König würde zweifellos Krieg entstehen; die Wahl des Prinzen von Neapel, welche die Konferenz begünstigt, würde dagegen den Frieden verbürgen. Es ist aber durchaus nötig, daß das Pariser Kabinett von der Stimmung in Belgien genau unterrichtet ist. Wenn der Graf von Selles nach dieser Richtung hin ehrlich handeln will, kann er uns sehr nützlich sein. Unser Ministerium muß alsdann mit der Partei Mauguin und Lamarque wegen Neapel einen Kampf bestehen, denn sowohl in Paris wie in Brüssel wird sich deshalb eine starke Opposition erheben.

Wenn die Intriganten in Paris, um uns Verlegenheiten zu bereiten, den Herzog von Nemours proklamieren, so haben wir in der formellen Weigerung des Königs den besten Anhalt bei den fremden Mächten. Eine ausweichende Antwort, wie sie in der letzten Depesche enthalten ist, würde uns dagegen bei den Regierungen sehr schaden. Rußland, das politisch gern mit England geht, würde dies sofort benutzen, um die hiesigen gesellschaftlichen Kreise noch mehr gegen uns aufzuheizen. Wenn also der König, wie ich hoffe, sich stark genug fühlt, den Frieden

aufrecht zu halten, so muß er die Kandidatur des Herzogs von Nemours energisch und definitiv zurückweisen.

Es scheint mir in Frankreich die durchaus irrige Meinung verbreitet zu sein, daß wir mit England in friedlichem Einvernehmen bleiben können, wenn wir auf dem Kontinente einen Krieg führen; wir würden aber, um England zufrieden zu stellen, außerordentliche Opfer bringen müssen, die sich schwerlich mit unserer Würde vereinigen lassen. Der Graf Flahaut, der anfangs auch dieser Meinung war, ist jetzt ganz davon zurückgekommen¹⁾.

Es handelt sich also zunächst darum, zu wissen, ob Frankreich zu einem Kriege auf dem Kontinent stark genug ist, was ich glaube, aber alsdann, ob es auch zugleich gegen England Krieg führen kann, und das glaube ich nicht. Ich erschrecke jedesmal, wenn ich in den Zeitungen die Reden unserer Abgeordneten lese, über die unbegreifliche Ignoranz, über die Vorurteile und über die blinde Anmaßung, von denen alle diese Herren beseelt scheinen. Man hat von diesem befremdlichen Auftreten hier schon Notiz genommen, man tadelt uns deshalb und man verspricht sich auch nichts Gutes von dieser Aufregung, aber man fürchtet uns nicht.

Es ist meine Pflicht, Ihnen dies nicht zu verschweigen. Ich könnte noch viel hinzufügen über die Schwierigkeiten, mit denen der amtliche Vertreter einer in steter Gährung befindlichen Nation zu kämpfen hat, besonders Staatsmännern gegenüber, die sich noch in den alten Geleisen bewegen. Meine Anhänglichkeit an Frankreich giebt mir aber den Mut, der alten englischen Eifersucht zu trotzen, die sich immer wieder geltend machen will, wenn ich auch nicht hoffen darf, meinem Vaterlande dadurch zu gefallen.

1) Man wird sich erinnern, daß der General Sebastiani den Grafen Flahaut nach Vondon geschickt hatte, um dem Fürsten Talleyrand eine Teilung Belgiens vorzuschlagen. (Bd. III, S. 348.)

Wenn nun, nach der kategorischen Ablehnung des Herzogs von Nemours, Belgien dennoch auf seine Wahl, oder auf die des Herzogs von Leuchtenberg bestehen sollte, so muß man die jetzt in Brüssel anwesenden englischen und französischen Kommissare zurückrufen und die weiteren Vorschläge der Belgier nur noch gemeinsam entgegennehmen. Beginnen sie dann den Krieg mit Holland aufs neue, oder Holland mit ihnen, so müßten die Häfen desjenigen Landes, welches die Feindseligkeiten eröffnet hat, blockiert werden, denn wir wünschen keinen Krieg so dicht an unseren Grenzen. Das weitere würden wir alsdann ruhig abwarten und es der Zeit überlassen, eine bessere Wandlung herbeizuführen“

Diese Bemerkungen waren in Paris nicht ohne Wirkung geblieben, wie aus dem folgenden Briefe des Generals Sebastiani vom 5. Januar hervorgeht.

Teurer Fürst!

Wir haben niemals in unseren Beschlüssen in Bezug auf Belgien geschwankt, und werden deshalb sowohl die Vereinigung Belgiens mit Frankreich als auch die dem Herzog von Nemours angebotene Krone entschieden zurückweisen. Allerdings glaubten wir, daß eine anderweitige Vereinbarung als die Unabhängigkeit Belgiens den europäischen Frieden besser sichern würde, und wir wünschen noch, daß die Großmächte und besonders England diese Ansicht mit uns teilen möchten, und wenn dies auch noch in der Ferne liegt, so wollen wir uns gern abwartend verhalten.

Der König der Franzosen giebt Europa das Beispiel einer großen Uneigennützigkeit, die wohl Nachahmung verdient. Er ist fest dazu entschlossen und hat mich beauftragt, Ihnen dies mitzuteilen. Sie dürfen also auf dieser Basis positiv mit den Großmächten verhandeln und haben keine Änderung

in der Willensmeinung Sr. Majestät zu befürchten. Die Erhaltung des Friedens, teurer Fürst, wird dann Ihr Werk sein, denn nach einer solchen Erklärung wüßte ich nicht, wie derselbe irgendwie bedroht sein könnte. Unsere Sprache war den Belgiern gegenüber immer deutlich und korrekt; hoffentlich werden sie selbst keine Dummheiten begehen.

Das Vertrauen des Königs in Ihre hohe Einsicht und in Ihre Ergebenheit für ihn ist derart, daß er Ihnen die Leitung der Angelegenheit ganz überläßt, denn er weiß, daß Sie die Würde Frankreichs und seines Königs wahren werden.

Auf diese Versicherung hin konnte ich bestimmt auf die Unterstützung des Königs rechnen; ich machte mir also keine Sorgen wegen einer etwaigen Überstürzung Sebastianis und der anderen Minister, und auch nicht über die weiteren Schritte der Belgier, obwohl ein Kommissar in Brüssel, Graf Bresson, mir dieselben nicht gerade von einer günstigen Seite schilderte. Ich hatte mich hier, wie man gleich sehen wird, geirrt und war keineswegs auf die Überraschungen gefaßt, die mir von dorthier alsbald kommen sollten.

Eine neue Kandidatur für den belgischen Thron war nämlich auf einmal in Brüssel zu Tage getreten: die des vierzehnjährigen Prinzen Otto von Bayern.

Als der General Sebastiani dies durch den Grafen Bresson erfahren hatte, schrieb er demselben sofort, daß die französische Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, vorausgesetzt, daß der Prinz eine Tochter Ludwig Philipps heiraten würde. Der Graf teilte darauf den Brief des Generals den namhaftesten Herren des Kongresses mit, und der Inhalt des Briefes wurde gedruckt und veröffentlicht und sogar an den Straßenecken Brüssels angeschlagen. Diese Thatsache erhielt dadurch eine besondere Wichtigkeit, weil sie von einem

diplomatischen Agenten ausging, der als französischer Bevollmächtigter zur Londoner Konferenz gehörte¹⁾.

Sobald ich von der Kandidatur des Prinzen Otto hörte, meldete ich am 6. Januar dem General Sebastiani, daß dieselbe vollkommen aussichtslos sei. „Dieser Prinz“, schrieb ich, „kann den belgischen Thron nur besteigen, wenn er sich mit Ministern umgiebt, deren Persönlichkeit den europäischen Kabinetten kein Vertrauen einflößt. Wir kennen die Entscheidung noch nicht, aber bei der Abreise des letzten Kuriers war es sehr wahrscheinlich, daß die Wahl auf ihn fallen und daß der Graf von Merode, da der Prinz erst vierzehn Jahre alt ist, die Regentschaft übernehmen würde.

Dieser Beschluß ist mit einer Leichtfertigkeit gefaßt worden, die alle Welt in Erstaunen gesetzt hat. Zunächst weiß man nämlich noch gar nicht, ob der König von Bayern seine Einwilligung geben wird, ferner erscheint ein neugegründetes Königreich, mit einem Kinde auf dem Thron, nicht sehr zweckmäßig, drittens bietet ein solches Königreich mit einer Regentschaft Gelegenheit zu allerlei Intriguen, und endlich viertens hat der Graf von Merode so viele Verbindungen in Frankreich, daß manche Großmacht dadurch leicht beunruhigt werden könnte.“

Drei Tage später, als die Einzelheiten der Verhandlungen unserer Konferenz in Brüssel bekannt wurden, meldete ich nochmals nach Paris, daß man in London die ganze Art und Weise, wie man jene Verhandlungen geführt, streng getadelt habe. Und selbst damit begnügte ich mich nicht, sondern ich

1) Außer dieser Veröffentlichung hatte der Graf von Arschot vor dem versammelten Kongreß, am 8. Januar, zwei Briefe der Herren Gendebien und Rogier aus Paris verlesen, in welchen die belgischen Agenten versicherten, daß der General Sebastiani ihnen formell versprochen habe, den Prinzen Otto anzuerkennen, wenn er die Prinzessin Maria von Orleans heiraten würde. Die Kandidatur des Prinzen hatte übrigens keinen Erfolg, und seine Partei setzte dann den Herzog von Leuchtenberg an seine Stelle.

schrieb auch noch den folgenden Brief an die Prinzessin Adelaide, mit der Bitte, denselben ihrem Bruder, dem König, mitzuteilen.

London, den 9. Januar 1831.

Ew. Hoheit wollte ich in allen diesen Tagen mit meinen Klagen nicht belästigen; aber ich muß es Ihnen jetzt doch gestehen, daß der gute Verlauf der Geschäfte durch diese Verdrießlichkeiten wesentlich beeinträchtigt wurde. Man ist sehr mißtrauisch geworden, und ich verdanke es nur dem Vertrauen, das man mir hier von Anfang an entgegengebracht hat, um meine Stellung nicht erschüttert zu sehen. Meine eigene Empfindlichkeit kommt dabei gar nicht in Betracht, ich fühle mich nur beunruhigt, wenn ich dem König nicht so dienen kann, wie ich es wünsche. Hoheit werden davon sogleich den Beweis sehen. Ich habe nämlich erst durch das diplomatische Corps die letzte Brüsseler Proklamation erfahren, und bin dadurch in die größte Verlegenheit gekommen, weil mein persönlicher Einfluß darunter leidet.

Unter solchen Umständen hätte ein anderer gewiß schon seinen Posten verlassen, aber die übrigen Mitglieder der Konferenz haben mir erklärt, daß meine Abreise das Signal zu einem völligen Bruch sein würde. Ich bin also geblieben, denn ich will aus rein persönlichen Rücksichten den Gang der Geschäfte nicht unterbrechen und auch deshalb nicht, weil ich Ew. Hoheit nicht betrüben möchte, denn ich betrachte mich ja auch als Ihren Gesandten. Ich kann hier jedoch nur ersprießlich wirken, wenn ich die Macht besitze, meinen Worten den nötigen Nachdruck zu verleihen, um mir dadurch vor den hiesigen Vertretern der Großmächte eine gewisse Genugthuung zu verschaffen.

Aus den Zeitungen geht hervor, wenn die Pariser Depeschen auch nichts darüber melden, daß der Graf Bresson ohne höhere Autorisation den Brief des Generals Sebastiani veröffentlicht hat. Ich muß also bitten, dem Grafen wegen seines unüber-

Legten Eifers ein Tadelsvotum zugehen zu lassen, und ihn außerdem von seinem Posten in London abzurufen, damit ich alsdann amtlich erklären darf, daß die französische Regierung keineswegs die Absicht hat, sich in der belgischen Frage zu isolieren, sondern fest entschlossen ist, mit den anderen Mächten zusammenzuhalten.

Ferner muß ich dringend bitten, meine Berichte aufmerksamer zu lesen, um nicht einfache Vorschläge mit bestimmten Entschlüssen zu verwechseln. Das hätte verhindert, mir zu schreiben, daß ein Protokoll (welches gar nicht existiert) partiisch abgefaßt sei.

Die Lösung der belgischen Frage muß durchaus einzig und allein der hiesigen Konferenz überlassen bleiben, sonst wird man stets behaupten dürfen, wir hätten ein doppeltes Spiel getrieben.

Alsdann werden auch die Intriguen der Belgier, die sich in Paris viel zu breit machen, den König nicht mehr belästigen . . .

Die Mitglieder der Konferenz wurden durch meine deutlichen Erklärungen in Bezug auf den Prinzen Otto sofort beruhigt und unterzeichneten auf meinen Vorschlag das Protokoll Nr. 9, welches die Kandidatur ganz unberührt ließ, als ob sie für uns gar nicht existierte, und nur in sehr bestimmter Sprache einerseits den König der Niederlande aufforderte, die Blockade von Antwerpen aufzuheben, welche die Belgier so erbotste, und andererseits von diesen ebenso energisch verlangte, die Feindseligkeiten in der Umgegend von Maastricht einzustellen.

Ich erhielt alsdann von der französischen Regierung die volle Freiheit für Lord Ponsomby, in Brüssel zu Gunsten des Hauses Nassau zu wirken, wobei ich allerdings überzeugt war, daß die Bemühungen des Lords vergeblich sein würden; aber dafür konnte das englische Kabinett um so erfolgreicher für die

Kandidatur des Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg eintreten, der meiner Ansicht nach noch immer am besten für den vakanten Thron paßte.

Das diplomatische Komitee des Brüsseler Kongresses hatte mehrere seiner Mitglieder nach Paris und London geschickt, um sich mit uns über die Königswahl zu verständigen, und hiervon hoffte ich etwas Ersprießliches. Ich hatte mich auch nicht getäuscht. Der intelligenteste von diesen Männern war unstreitig Herr van de Weyer, der sich auch bald mit dem Prinzen Leopold in direkte Verbindung setzte und in Brüssel die Interessen desselben, trotz aller Intriguen, sehr geschickt wahrzunehmen verstand.

Das in Paris noch immer nicht gehobene Mißtrauen gegen mich suchte ich durch den folgenden Brief vom 12. Januar an die Prinzessin Adelaide zu zerstreuen:

„Ich habe mit einem neuen Schreiben gezögert, weil ich hoffte, etwas Definitives melden zu können. Hoheit haben sogar die Güte gehabt, von mir einen Rat zu verlangen, aber es ist mir unmöglich, mich kategorisch über einen Zustand auszusprechen, der nicht allein überaus verwickelt ist, sondern außerdem noch von Stunde zu Stunde wechselt. Die Schwerfälligkeit der Engländer, die ungestüme Hast der Belgier, der Eigensinn der Holländer und dazu die Notwendigkeit, mit Personen unterhandeln zu müssen, die sich nur sehr schwer zu Konzessionen verstehen, welche ihren Neigungen und oft auch ihren Interessen widerstreben — dies alles bringt große Schwierigkeiten mit sich. Wie oft muß man am nächsten Morgen einen Punkt von neuem besprechen, den man am Abend vorher erledigt glaubte, vorzüglich, wenn inzwischen ein neuer Brief von Lord Ponsomby eingetroffen ist, der die Lage anders auffaßt wie der Graf Bresson.

Dazu kommt noch die Gegenwart des Prinzen von Oranien, der von der Fürstin Lieven, die mit Lord Grey eng befreundet

ist, unterstützt wird; kurz, immer und überall neue Hindernisse; die wohl geeignet sind, eine weniger aufrichtige Hingabe wie die meinige zu entmutigen. Ich bin deshalb in diesem Augenblick nicht imstande, einen positiven Rath zu erteilen.

Der König hat sich in jeder Beziehung bewunderungswürdig benommen, und ich bitte Se. Majestät, nur noch einige Tage in derselben maßvollen Weise fortzufahren, denn ich hoffe, daß das englische Kabinett bis dahin über die geringen Aussichten des Prinzen von Oranien aufgeklärt sein wird. Dann können wir mit um so größerem Erfolge für die Kandidatur des Prinzen von Bayern, der doch jedenfalls dem Oranier vorzuziehen ist, und in noch höherem Grade für den Prinzen von Neapel eintreten“

Am 13. Januar schrieb ich von neuem an die Prinzessin:

„Ich begreife sehr gut, daß Ew. Hoheit mit der Langsamkeit der Konferenzverhandlungen unzufrieden sind, und ich gestehe aufrichtig, daß ich diese Unzufriedenheit vollkommen theile, obwohl ich nicht, wie Se. Majestät der König, von den vielen Gelegenheitspolitikern belästigt werde, die sich in Paris so wichtig machen und unseren Ministern so große Schwierigkeiten bereiten.

Das englische Kabinett ist niemals pressiert, denn es bekümmert sich nicht um das Drängen der Ungeduldigen. In Paris will man immer die Regierung antreiben, hier will man sie immer zurückhalten.

Außerdem bereiten uns die in Belgien veröffentlichten Proklamationen große Hemmnisse, denn wir verlieren durch die nötigen Gegenerklärungen und Berichtigungen viel Zeit. Und doch ist dies nötig, um jene politischen Verkehrtheiten einigermaßen wieder gut zu machen. Das englische Ministerium wünscht sehr, die belgische Frage vor dem 3. Februar zu beendigen. Der König wird aus dem Protokoll Nr. 9 ersehen

haben, daß wir zusammen, trotz aller Hindernisse schon zu einem Resultat gekommen sind.

Heute wird keine Sitzung gehalten, und ich werde deshalb nach Brighton gehen, um dem Könige meine Aufwartung zu machen und zugleich etwas frische Luft zu schöpfen . . . "

Als ich von Brighton zurückkam, schickte ich dem General Sebastiani am 17. Januar den folgenden Bericht:

Ich habe diesen Morgen mit Lord Grey eine lange Unterredung gehabt, und Ihr letzter Brief vom 14., in Verbindung mit den hier inzwischen gemachten Erfahrungen, setzte mich in den Stand, mich recht deutlich auszusprechen. Ich wußte außerdem, daß die Lage des Prinzen von Oranien keineswegs so günstig war, wie die englische Regierung sich vorstellte, und sagte dies dem Lord ganz unverhohlen, indem ich hinzufügte, daß die langen erfolglosen Verhandlungen daran schuld seien. Die Katholiken würden von dem Prinzen niemals etwas wissen wollen, und auch alle diejenigen würden gegen ihn sein, die eine Vereinigung mit Frankreich wünschten. Wenn man aber in der jetzigen Weise fortfahren wolle, so könne es in Belgien leicht zu einem Bürgerkriege kommen, und ein solcher würde Frankreich zu nahe berühren, um nicht alles in Frage zu stellen. Man müsse doch endlich zur Wahl eines Regenten schreiten, und dieser Regent könne nur ein Katholik sein, mithin entweder der Prinz Johann von Sachsen, oder Otto von Bayern, oder endlich Ferdinand von Neapel.

Lord Grey antwortete mir darauf, daß er den Prinzen von Oranien habe genau beobachten wollen, um sich selbst von seinen Aussichten zu überzeugen, schon um Rußland, wenn dieselben sich als richtig herausstellen würden, zu veranlassen, keine Opposition mehr zu machen und Hand in Hand mit uns zu gehen. Was ferner den Prinzen Otto von Bayern beträfe, so wundere er sich, daß wir nicht den Bruder des Königs, den

Prinzen Karl, vorzögen. — „Weil sich derselbe“, erwiderte ich darauf, „sehr heftig gegen die letzte französische Revolution ausgesprochen hat, und weil wir keinen Monarchen in unserer Nähe haben wollen, der die antioorleanistische Partei begünstigen würde.“ — „Aber“, sagte der Lord, „der Prinz Otto ist zu jung; man müßte also die Dynastie mit einer Regentschaft beginnen und mit welcher? Vermutlich mit jenen ungestümen Persönlichkeiten, über die wir uns jetzt so sehr beklagen.“ — „Weshalb also nicht den Prinzen Ferdinand von Neapel wählen?“ fragte ich, „bei dem trifft ja der Einwand nicht zu, denn er ist achtzehn Jahre alt.“ — „Erst siebzehn“, warf der Lord ein; übrigens könnte uns dieser Prinz vor dem Parlament Verlegenheiten bereiten.“

Ich entgegnete darauf, daß ich dies Bedenken nicht theile; es würde in Bezug auf den Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg weit zutreffender sein, und ich hätte mich trotzdem dadurch nicht abhalten lassen, auch ihn in Vorschlag zu bringen. Die Hauptsache sei und bleibe immer, uns mit England zu verständigen; wir müßten aber notwendig aus diesem gefährlichen Zustande sobald wie möglich herauszukommen suchen, der für ganz Europa, und für Frankreich noch besonders, verhängnisvoll sei. Wir würden uns jedenfalls der von den anderen Mächten getroffenen Wahl anschließen, aber man müsse auch, um dies Ziel zu erreichen, gegenseitig Konzessionen machen. „Die Gründe“, fügte ich dann noch hinzu, „welche Sie gegen die Prinzen von Bayern und Neapel anführen, scheinen mir nicht stichhaltig genug, und wenn Europa dieselben gutheißt, so darf man uns keinen Vorwurf daraus machen.“

Aus dieser langen Unterredung ist mir nur das klar geworden, daß, wenn die Aussichten des Prinzen von Oranien geschwunden sind, man sich an die drei genannten Königshäuser halten muß; ich für meine Person werde den Prinzen

von Neapel in den Vordergrund stellen, will aber doch, aus Rücksicht für die übrigen Mitglieder der Konferenz, erst den Prinzen von Oranien ganz beseitigt sehen“

Eine weit bedrohlichere Frage als die Königswahl war eine andere, die viel näher lag, nämlich der Wiederausbruch der Feindseligkeiten zwischen den Holländern und Belgiern, denn dadurch stand ein allgemeiner europäischer Krieg in Sicht. Der König von Holland wünschte einen solchen und that alles mögliche, ihn hervorzurufen, denn er hoffte dadurch wieder in den Besitz Belgiens zu gelangen. Durch die Blockade der Schelde und des Hafens von Antwerpen hatte er den ganzen Handel der Belgier lahmgelegt und sie auf das höchste erbittert; als Repressalien belagerten sie dafür die Stadt Maastricht, in welcher nur eine schwache Besatzung lag. Beide Thatsachen standen in direktem Widerspruch mit dem unter der Garantie der Konferenz abgeschlossenen Waffenstillstande. Wir hatten deshalb beide Teile aufgefordert, spätestens bis zum 20. Januar die Feindseligkeiten einzustellen; leider von beiden Seiten ohne Erfolg. Der König von Holland hatte im Gegenteil Truppen nach Maastricht geschickt, und Preußen schien ganz geneigt, ihn darin zu unterstützen. Die bonapartistische und auch die republikanische Partei in Brüssel warteten nur auf den ersten Zusammenstoß, um die Hülfe Frankreichs anzurufen, denn sie wünschten, wie der König von Holland, gleichfalls den Krieg, wenn auch aus einem anderen Grunde: ihr Ziel war die Vereinigung Belgiens mit Frankreich, und zwar mit einem republikanischen Frankreich.

Dieser Gefahr mußte durchaus vorgebeugt werden. Deshalb erließ die Konferenz eine nochmalige und sehr kategorische Weisung an beide Parteien und fügte diesmal die Drohung hinzu, daß, wenn die Belgier ihre Pläne auf Maastricht nicht aufgäben, ein englisch-französisches Geschwader ihre Häfen

blockieren würde. Ich hatte dieselbe Drohung schon gegen den König Wilhelm in Bezug auf die holländischen Häfen durchblicken lassen und wollte sie noch schärfer erneuern, wenn unsere Weisung ferner unberücksichtigt blieb.

Aber alle diese Maßregeln waren nur Palliativmittel, die uns auf die Dauer nicht aus unserer peinlichen Lage befreiten. Ich trug mich deshalb schon seit mehreren Tagen mit einem Gedanken, der sowohl dem revolutionären Treiben in Belgien und Frankreich, als auch den reaktionären Absichten des Königs von Holland ein Ende machen sollte: nämlich durch die Großmächte die Neutralität Belgiens proklamieren zu lassen. Ich entwickelte diesen Gedanken in der Sitzung vom 20. Januar, und hatte die Genugthuung, ihn einstimmig angenommen zu sehen. Das darauf bezügliche Protokoll wurde noch an demselben Tage unterzeichnet¹⁾.

Die Wichtigkeit des von mir erlangten Erfolges ersieht man am besten aus dem Bericht, den ich schon am nächsten Tage nach Paris sandte.

1) Das Protokoll vom 20. Januar betraf zwei Punkte: zunächst stellte es in drei Artikeln die Grenzen zwischen Holland und Belgien fest und zwar nach dem status quo von 1790 und proklamierte alsdann die Neutralität des neuen Staates, wie folgt:

Die Bevollmächtigten . . . sind einstimmig der Ansicht, im wohlverstandenen Interesse ihres festen Zusammenhaltens und im Hinblick auf den europäischen Frieden, durch eine feierliche Versicherung ihren Entschluß kundzutun, daß sie in der Regulierung der belgischen Angelegenheiten und in allen darauf bezüglichen Nebenumständen keinerlei Vergrößerung ihres eigenen Territoriums bezwecken, sich auch nicht in die inneren Angelegenheiten Belgiens mischen, sondern nur ihren Einfluß dahin geltend machen wollen, daß den angrenzenden Staaten ihre eigene Ruhe und Sicherheit verbürgt werden. Von diesem Grundsatz ausgehend, haben die Bevollmächtigten beschlossen, den obigen drei Bestimmungen noch die beiden folgenden Artikel hinzuzufügen:

Art. 5. Das durch die obigen Artikel in seinen bestimmten Grenzen festgesetzte Belgien bildet für alle Zeiten einen neutralen Staat. Die fünf Großmächte verbürgen ihm diese Neutralität, wie auch die Integrität und Unverletzlichkeit seines Territoriums innerhalb seiner Grenzen.

Art. 6. Als eine gerechte Gegenleistung ist Belgien verpflichtet, diese Neutralität allen anderen Staaten gegenüber zu bewahren und dieselben in keinerlei Weise zu beunruhigen, oder in ihrem Frieden zu stören.

Der Fürst Talleyrand an den General Grafen
Sebastiani.

London, den 21. Januar 1831.

Mein verehrter General!

Ich habe die Ehre, Ihnen das Protokoll unserer gestrigen Sitzung zuzusenden. Sie sehen daraus, daß ich an meiner Idee, die ich bereits in meiner Depesche vom 10. d. M. (Nr. 70) mittheilte, festgehalten habe, nämlich die Neutralität Belgiens durch die Großmächte proklamieren zu lassen. Lord Palmerston hat mich darin unterstützt; er zeigt überhaupt sehr offenerzige und friedliche Absichten.

Es hat freilich einen langen und schweren Kampf gekostet, denn alle Mitglieder des Kongresses erkannten sehr gut die Tragweite dieses Beschlusses. Die Sitzung hat deshalb auch über acht Stunden gedauert.

Belgien befindet sich nun als neutraler Staat in derselben Lage wie die Schweiz, und wirft zugleich das politische System von 1815 über den Haufen, welches die Großmächte aus Haß gegen Frankreich errichtet hatten. Die dreizehn belgischen Festungen, die unsere nördlichen Grenzen unaufhörlich bedrohten, werden dadurch bedeutungslos und befreien uns von einer lästigen Fessel. Die schimpflichen Bedingungen von 1815 veranlaßten mich damals, meinen Abschied zu nehmen, und ich gestehe gern, daß es mir jetzt zu einer freudigen Genugthuung gereicht, von dieser Seite wenigstens die Stellung Frankreichs verbessert zu haben.

Sie werden, verehrter General, so gut wie ich, den außerordentlichen Vorteil ermessen, den dieser Beschluß für die Erhaltung des europäischen Friedens bietet. Die Belgier sind jetzt auf sich selbst angewiesen und können eine Regierungsform wählen, die ihrer Vergangenheit und ihren Wünschen am besten entspricht, und Europa nicht mehr beunruhigt. Sie

werden auch leichter zu icoiten sein, sobald sie einsehen, daß ihre Verkehrtheiten nur auf sie selbst zurückfallen. Was Frankreich betrifft, so erhält es dadurch eine weitere Bürgschaft für die Sicherheit seiner Zukunft.

Die Hauptschwierigkeit bestand für mich noch darin, den letzten Paragraphen in das Protokoll hineinzubringen, daß es nämlich den anderen Staaten freistehen solle, sich der belgischen Neutralität anzuschließen. Das würde sehr zu einer günstigen Lösung der heiklen Luxemburger Frage beitragen. Der preussische Minister opponierte am meisten, aber endlich konnte ich doch mit dem Paragraphen durchdringen, wenn auch nicht ganz in der von mir gewünschten Fassung¹⁾.

Übrigens darf die luxemburgische Frage hier nicht wohl diskutiert werden, da sie in den Deutschen Bund eingreift und hier bei uns kein Bevollmächtigter ist, der darüber entscheiden kann.

Schließlich haben wir uns mit Lord Palmerston verständigt, das Protokoll erst in einigen Tagen nach Brüssel zu senden, um die einzelnen Punkte desselben vorher noch genauer festzustellen

Dieser große Sieg, denn so betrachte ich ihn noch heute, kam gerade zur rechten Zeit, um die unruhige Stimmung, die

1) An demselben Tage schrieb Lord Palmerston die folgenden Zeilen an Lord Granville:

Mein verehrter Kollege!

Das heiliegende Protokoll ist das Resultat einer zweitägigen schweren Arbeit. Talleyrand wollte durchaus, daß Luxemburg mit in die Neutralität einbegriffen sei, aber wir bemerkten ihm, daß das Großherzogtum einem unabhängigen Monarchen gehört und außerdem zum Deutschen Bunde, daß also die Konferenz gar kein Recht hat, darüber zu verfügen

. . . . Talleyrand hat wie ein Löwe dagegen gekämpft und sogar erklärt, daß er sonst nicht für die Neutralität Belgiens stimmen würde. Endlich sind wir doch zu einer Verständigung gelangt, und zwar durch nichts anderes als durch den Hunger. Es ging nämlich schon gegen zehn Uhr, und Talleyrand, der ebenso erschöpft war wie wir, mußte nachgeben und war gewiß sehr froh, die Neutralität Belgiens durchgesetzt zu haben (Aus dem vertraulichen Briefwechsel Palmerstons, französisch von Craven. Bd. I, S. 9.)

mir beständig aus Paris und Brüssel gemeldet wurde, zu beschwichtigen. Die folgenden Briefe des Generals Sebastiani und des Grafen Bresson beweisen dies nur zu gut.

Der General Sebastiani an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 16. Januar 1831.

Teurer Fürst!

Bitte, lesen Sie den Bericht der gestrigen Kammer Sitzung (v. 15. Januar) recht aufmerksam! Die Petition eines Belgiers bot dem General Lamarque eine günstige Gelegenheit zu einer längeren Rede über die auswärtige Politik der Regierung seit der Julirevolution, und natürlich speciell über die Zustände in Belgien. Seine heftigen Angriffe gingen darauf hinaus, uns in einen Krieg zu verwickeln. Ich habe jedoch den Handschuh nicht aufgehoben, und die ganze Kammer hat meine Zurückhaltung gebilligt. Die Partei der Doktrinäre fühlte sich dadurch beleidigt, und Guizot hielt eine lange Rede auf der Tribüne; Mauguin bekämpfte ihn leidenschaftlich und appellierte mit großem Erfolg an das so leicht erregbare Nationalgefühl des Landes. Die Antwort Dupins war nicht glücklich, und Lafayette zeigte bei dieser Gelegenheit ebenfalls nicht seine gewohnte Geschicklichkeit. Diese Sitzung wird die Regierung veranlassen, womöglich noch umsichtiger zu handeln. Wir müssen nicht allein alles vermeiden, was die Interessen und die Würde Frankreichs verletzen könnte, sondern auch das Ehrgefühl der Nation und ihre Wünsche berücksichtigen.

Das augenblickliche Auftreten des englischen Kabinettes in Belgien bedroht den Frieden Europas, was wir uns nicht verhehlen dürfen. Der Prinz von Oranien hat wohl eine Partei, aber sie ist schwach und furchtsam und mehr durch den Volkshaß als durch die Waffen bereits besiegt. Wir waren seiner Sache lange zugethan und suchten sie in seiner Person, oder doch in seinen Kindern triumphieren zu lassen, aber unsere

Bemühungen sind fruchtlos geblieben. Der aufrichtige Wunsch nach Erhaltung des Friedens, der die eigentliche Grundlage unserer ganzen Politik bildet, wird uns nach wie vor in der belgischen Frage leiten. Der Prinz wird jetzt wohl, im Vertrauen auf die Hilfe Englands, seine Unternehmungen erneuern; wir möchten denselben völlig fremd bleiben, aber wir sehen zu unserem Bedauern, daß wir dies den möglichen Folgen gegenüber nicht bleiben können. Wenn der freie Wille des belgischen Volkes dem Prinzen die Krone anbietet, so werden wir diesen Willen respektieren, denn die Unabhängigkeit Belgiens ist stets unser Wunsch gewesen, aber Sie selbst, teurer Fürst, wissen, wie der Vorschlag des Abgeordneten Maclagan im Kongreß aufgenommen wurde¹⁾.

Hat das englische Ministerium überhaupt den großen Unterschied begriffen zwischen der Lage Belgiens vor dem Ausschluß des Hauses Nassau-Oranien und seiner jetzigen? Damals war alles möglich und alles erlaubt; heute jedoch ist ein Waffenstillstand unter der Garantie der Großmächte geschlossen, und zwar infolge jenes Ausschlusses; die Trennung Hollands von Belgien ist proklamiert, und die Unabhängigkeit Belgiens ist

1) Herr Maclagan, der Vertreter Ostendes, begründete am 12. Januar eine Motion zu Gunsten des Prinzen von Oranien und rief dadurch einen ungeheueren Tumult hervor. Das offizielle Protokoll berichtet darüber folgendermaßen:

Der Abgeordnete will nichts von den Vorschlägen in Bezug auf den Herzog von Leuchtenberg und den Prinzen Otto von Bayern wissen. „Die Mächte“, fährt er fort, „wollen uns Vorschriften machen, so daß wir nicht mehr unabhängig sind. Der Prinz von Oranien würde uns Limburg, Luxemburg und das linke Scheldeufer verschaffen und die Mächte . . .“ Bei den bloßen Worten „der Prinz von Oranien“ erhob sich von allen Seiten der stürmische Ruf: „Zur Ordnung!“ und „herunter von der Tribüne!“ und eine gewaltige Aufregung bemächtigte sich der Versammlung. Der Präsident: „Der Abgeordnete Maclagan hat vermutlich vergessen, daß der Kongreß auf immer die Familie Oranien ausgeschlossen hat.“ (Bravo! bravo! Man hört in dem Tumult die Stimme des Abgeordneten von Rodenbach: „Maclagan ist ein Engländer! Es ist kein Belgier! Zur Ordnung!“)

Der Präsident: „Ich kenne meine Pflicht und rufe den Abgeordneten Maclagan zur Ordnung.“ Maclagan verlangt jetzt einen Widerruf des betr. Beschlusses, um den Kommissaren ihre völlige Freiheit zu bewahren, aber der Lärm beginnt von neuem, und Maclagan ist genötigt, die Tribüne zu verlassen.

allgemein anerkannt. Wie könnte daher der Prinz von Oranien die Unterstützung der holländischen Truppen verlangen, ohne jene Beschlüsse zu verletzen? Oder wollte der Prinz etwa Belgien mit Hilfe seiner belgischen Anhänger erobern? Er käme dann sofort mit der provisorischen Regierung und mit dem Kongress in argen Konflikt und würde einen Bürgerkrieg hervorrufen, dem Frankreich nicht gleichgültig zuschauen könnte. Und wer vermag die Folgen eines solchen Bürgerkrieges vorherzusagen? Gestehen Sie, Fürst, daß eine solche Unbesonnenheit einer verständigen und vorsichtigen Regierung wie der englischen nicht zugeschrieben werden darf. Greys und Palmerstons Scharfblick beruhigen mich auch darüber. Sie ist jedenfalls durch die Intriguen des Prinzen irre geleitet worden und wird jetzt gewiß schon die an Ponsomby erlassenen Weisungen widerrufen haben. Wir verharren bei unserer lokalen Ruhe, aber wir sind begreiflich sehr besorgt. Somit ist die Lage der Konferenz und auch die Ihrige, teurer Fürst, augenblicklich eine sehr schwierige, und ich glaube gern, daß dies alles Sie sehr angreift, obwohl Sie dabei sich so überaus edel und vortrefflich benommen haben wie kein anderer. Man sollte doch niemals in London vergessen, daß jeder belgische Kanonenschuß ein lautes Echo in Frankreich hervorrufft, und daß die Weisheit nicht in London allein zu Hause ist

Der Graf Bresson schrieb mir seinerseits aus Brüssel am 17. Januar:

Verehrter Fürst!

Ich beeile mich, Sie zu benachrichtigen, daß Lord Ponsomby diesen Abend an Lord Palmerston geschrieben hat: er wisse aus sicherer Quelle, daß das französische Kriegsministerium der belgischen Regierung den Rat gegeben, die Citadellen von Namur, Vüttich und Huy in Verteidigungszustand zu setzen und verproviantieren zu lassen. Ich weiß nicht, ob dies begründet ist und

ebensowenig, wie Lord Ponsonby davon Kenntniss erhalten hat. Da man von Ihnen aber vielleicht Aufklärungen darüber verlangen könnte, so hielt ich diese Mitteilung für geboten.

Mit großer Befriedigung habe ich in den Zeitungen den Brief des Generals Sebastiani an Herrn Rogier gelesen¹⁾. Eine derartige Lektion gebührte sowohl dem Kongreß wie der belgischen Regierung²⁾.

Die französische Partei, unter der Leitung des Vicepräsidenten von Staffart, ist sehr unzufrieden und beabsichtigt, um uns einen Streich zu spielen, den Kongreß zu überrumpeln und ohne weiteres den Herzog von Leuchtenberg zum König zu proklamieren, als das einzige Mittel für die Belgier, ihre Unabhängigkeit zu zeigen. Hoffentlich wird es ihnen nicht

1) Firmin Rogier, belgischer Diplomat (geb. i. J. 1791), war zuerst Professor in Frankreich, ging dann zum Journalismus über und bekämpfte lebhaft die holländische Regierung. Belgischer Gesandtschaftssekretär i. J. 1830, wurde er später Gesandter in Paris bis 1864.

2) Ein sehr wenig korrektes Ereignis hatte in jenen Tagen ein kleines Zerwürfniß zwischen dem französischen Kabinett und der belgischen Regierung herbeigeführt. Der Graf von Celles hatte nämlich einige Briefe Rogiers und Breffons im Kongreß mitgeteilt, die sich auf die Kandidatur des Herzogs von Leuchtenberg bezogen. Der General Sebastiani war mit Recht unzufrieden über den Mißbrauch einer ganz vertraulichen Korrespondenz, die sich auf rein persönliche und konfidentielle Gespräche bezog. Er schrieb deshalb dem Herrn Rogier den folgenden Brief:

Paris, den 14. Januar.

Geehrter Herr!

Sie sagten mir vor einigen Tagen, daß die Zeitungen entstellte Zuschriften abgedruckt, die Sie an die provisorische Regierung in Brüssel gerichtet. Heute bringen dieselben eine neue Depesche von Ihnen, in welcher ich unmöglich den Inhalt unserer letzten Unterredungen erkennen kann.

Als Minister habe ich Sr. Majestät niemals von Familienprojekten gesprochen, und der König hat mir deshalb auch unmöglich etwas abschlagen können, um das ich ihn nicht ersucht habe. Ich füge aber noch hinzu, und zwar als Vertreter der Ansichten des Königs, daß ich mich niemals mit einer solchen Leichtfertigkeit über die Familie eines Fürsten äußern würde, dessen Andenken der König hochschätzt und unter dessen Befehl ich die Ehre hatte, lange Zeit für den Ruhm und die Unabhängigkeit Frankreichs zu kämpfen.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der betr. Brief nicht von Ihnen herrührt, im entgegengesetzten Falle würde ich mich genötigt sehen, nur noch schriftlich mit Ihnen zu verkehren.

Genehmigen Sie

Sebastiani.

gelingen; ich werde wenigstens aus allen Kräften dagegenarbeiten.

Die Partei des Prinzen von Oranien hält sich ihrerseits ebenfalls bereit. So nähert sich die Krisis mehr und mehr, und ich bin keineswegs ohne Besorgnis. Es ist daher für mich von Wichtigkeit, Ihre Ansichten über den Prinzen von Oranien und über den Prinzen Leopold genau zu kennen. Wir haben eine starke, auch von Paris aus unterstützte Gegenpartei. Hier ging das Gerücht, die Generale Exelmans, Fabvier und Vallemant seien incognito in Brüssel angekommen und heute nach Namur und Vüttrich abgereist¹⁾. Von dort wird eine französische Bewegung ausgehen, wenn die Orangisten in Gent und hier losbrechen.

Eine befriedigende Lösung wird mithin schwer sein, denn es fehlt dem Kongreß weniger an gutem Willen als an Einsicht; er ist eben durchaus nicht zu leiten

Dies alles war sehr verwickelt, und, um sich durch ein solches Labyrinth von Intriguen hindurchzuarbeiten, bedurfte es einer großen Festigkeit, ohne Rücksicht auf die täglichen Zwischenfälle. Nach meiner Ansicht gab es für uns nur einen Weg, nämlich ein solides Bündnis mit England; dadurch hielten wir die drei anderen Mächte im Schach und sicherten den Frieden. Auch war ich von dem Widerwillen der Belgier gegen das Haus Nassau zu sehr überzeugt, um den Prinzen von Oranien

1) Graf Exelmans (1775—1852) war einer der bedeutendsten Reitergeneräle des Ersten Kaiserreichs und wurde später (1849) Großkanzler der Ehrenlegion, Marschall und Senator. — General Baron Fabvier (1788—1855) erhielt unter dem Ersten Kaiserreich verschiedene Missionen nach der Türkei und nach Persien, und mußte i. J. 1814 die Kapitulation von Paris unterzeichnen. Unter der Restauration nahm er an dem griechischen Freiheitskriege teil. Nach der Julirevolution Platzkommandant von Paris und nach 1848 Botschafter in Konstantinopel und Kopenhagen. — Charles Vallemant (1774—1839) General unter dem Ersten Kaiserreich, wurde unter der Zweiten Restauration in contumaciam zum Tode verurteilt, ging nach Amerika und kehrte unter Louis Philipp zurück, der ihn in die Pairskammer berief.

zu fürchten. England konnte also ruhig auf diesem Wege weitergehen; ich wußte vorher, daß das Kabinett vor dem Parlament ohnmächtig und unpraktisch dastehen würde und daß es dem Könige von Holland nur einige Schonung zeigte wegen des Weiterbesitzes der Kolonien, die als Ersatz für den Verlust Belgiens dienen sollten¹⁾. Ich war ferner sicher, daß England später erkenntlich sein würde, wenn wir jetzt nicht offen gegen die Kandidatur aufträten, die ja doch keine Chance hatte.

Ich beschloß deshalb, mich weniger mit der Wahl eines belgischen Königs zu befassen als mit der Sicherstellung der völligen Trennung Belgiens von Holland.

Als ich damit auf dem besten Wege zu sein glaubte, erschien plötzlich der Graf Flahaut von neuem in London, und zwar mit einem Briefe des Generals Sebastiani, der das berückigte Projekt einer Teilung Belgiens wieder zur Sprache brachte, das ich längst begraben glaubte.

Der Graf hatte sich mit dem Kurier gekreuzt, der die Neutralitätserklärung nach Paris brachte; er kannte sie also nicht. Der Brief des Generals Sebastiani vom 21. Januar sprach von der Aufregung, welche die Möglichkeit einer Kandidatur des Herzogs von Leuchtenberg in Paris hervorgerufen, er sollte auch mich einschüchtern, und der Graf war beauftragt, sich darüber mit mir zu verständigen.

Der Brief lautete, wie folgt:

Leurer Fürst!

Sie kennen die Lage in Belgien so gut wie wir. Der Kongreß wird am 28. einen Souverän wählen, und alles läßt uns befürchten, daß die Wahl auf den Herzog von Leuchtenberg fallen wird. Der Graf Bresson hat bereits gemessenen

¹⁾ England hatte sich nämlich schon i. J. 1814 verpflichtet, dem König der Niederlande die während des Krieges besetzten Kolonien zurückzugeben, mit Ausnahme der Kapkolonie und verschiedener Besitzungen an der Küste Guyana und Malabar.

Befehl erhalten, im Namen Frankreichs dagegen zu protestieren. Er soll diesen Protest zugleich auf die Wahl des Herzogs von Nemours und auf die Vereinigung Belgiens mit Frankreich ausdehnen. Die Belgier sowohl wie die Franzosen wünschen diese Vereinigung, und wir werden bald nicht mehr imstande sein, dieselbe zu verhindern, denn unsere Kräfte nutzen sich ab in diesem undankbaren Kampfe. Der Wunsch Frankreichs findet bei den ehrenhaftesten Männern Anklang, die auch von Ihnen geschätzt werden. Der König ist aber der Ansicht, daß bloße Depeschen nicht mehr genügen, um Ihnen die hiesige Lage genau zu schildern und hat deshalb den Grafen Flahaut nach London geschickt, um Sie von allen Einzelheiten zu unterrichten, die Sie dann dem König von England mittheilen werden. Ich brauche also nicht noch weiteres zu schreiben, und die Zeit drängt. Thun wir nur alles, um den Frieden und die Ordnung in Europa zu sichern

Nachdem ich diesen Brief gelesen hatte, versuchte der Graf Flahaut, mir zu beweisen, daß das Heil Frankreichs und Europas nur auf einer Teilung Belgiens beruhe. Ich sprach mich aber sofort sehr energisch dagegen aus und nannte das Projekt unpolitisch und unpraktisch zugleich. Alsdann schickte ich dem General Sebastiani die folgende Antwort:

Verehrter General!

Der Graf Flahaut ist vorgestern abend hier angekommen und hat mir Ihr Schreiben überbracht.

Die aufgehobene Blockade von Antwerpen und der Ärger des Königs von Holland darüber beweisen hinlänglich, daß die Konferenz nach beiden Seiten hin energisch eingeschritten ist.

Der Graf Flahaut hat mir über die in Frankreich herrschende Stimmung die gewünschte Aufklärung gegeben; ich bedaure nur, daß er Paris vor Ankunft meiner Depesche vom

21. an Sie verlassen hat. Die Ansichten des Königs und seiner Minister werden durch dieselben gewiß wesentlich modifiziert sein. Die Neutralitätserklärung Belgiens hat hier allgemeine Billigung gefunden, auch ist man überzeugt, daß sie den wahren Interessen Frankreichs durchaus entspricht.

Ich begreife aber recht gut, daß die augenblicklichen Zustände in Belgien gar viele zu den abenteuerlichsten und widersprechendsten Kombinationen hinreißen; die Neutralität jedoch läßt die meisten derselben zwecklos erscheinen, und ich kann mich jetzt wieder der Kandidatur des Prinzen von Neapel zuwenden, die hier so großen Widerspruch fand. Ich glaube sogar, daß man dabei auf einen sicheren Erfolg rechnen darf, wenn man die Stadt Antwerpen als Freihafen erklärt, oder zu einer Hansestadt macht, wobei sie im ersteren Falle noch immer zu Belgien gehören könnte. Dieser Plan diente mir vom Tage der Unterzeichnung des Protokolles an als Richtschnur, und ich werde sie beibehalten, wenn ich keine Gegenbefehle bekomme.

Diese Kombination würde zugleich deutlich zeigen, wie unnütz es ist, England irgend welche Konzessionen auf dem Festlande zu machen; auch möchte ich nicht, daß der Name des Königs und des Thronen mit einer Klausel verbunden wären, die unsere Regierung in die Reihe derjenigen brächte, welche gegen das Urtheil der Nachwelt gleichgültig sind.

Die Geschichte zeigt uns die Verwickelungen, welche aus der Besetzung der Stadt Calais durch die Engländer entstanden, und ruft uns auch die Verdienste der Guisen ins Gedächtnis, als sie Frankreich von diesem Schimpf befreiten. Eine solche Lehre darf nicht verloren gehen, und ähnliche Fehler könnten den schönen Glanz der Unabhängigkeit der königlichen Regierung trüben. Ich bin überzeugt, daß die hohe Weisheit Sr. Majestät derartige Gedanken aufgeben wird, die unsere auswärtige Politik in einem zweideutigen Lichte zeigen müßte.

Gewiß würde die Vereinigung Belgiens mit Frankreich uns große Vorteile bringen, obwohl mir eine Gebietserweiterung am Rheinufer lieber wäre. Ich will auch zugeben, daß unsere Regierung sich dadurch für die nächste Zeit recht populär machen würde, obwohl die französische Industrie darunter zu leiden hätte. Und doch würde ein derartiger politischer Akt unserem Ansehen schaden, wie man ja auch s. B. beim Frieden von Tschchen die Einmischung Rußlands allgemein getadelt hat, und wie streng würde man diejenigen richten, die England wieder auf den Kontinent zurückbrächten. Man soll sich niemals mit denjenigen einlassen, die zu Hause unangreifbar sind.

Ich bin überzeugt, verehrter General, daß Sie an meiner Stelle niemals Ihren Namen unter ein derartiges Aktenstück setzen würden

Ob dieser Brief diejenigen, für die er bestimmt war, befehrt hat, weiß ich nicht; aber ich blieb doch für die Folge von dem unglücklichen Plan einer Teilung oder Einverleibung Belgiens verschont.

Man muß freilich, um nicht ungerecht zu sein, bedenken, daß die damalige Pariser Atmosphäre sehr geeignet war, die Gemüter aufzuregen, und als Beweis dafür teile ich einige Passagen aus einem Briefe mit, den mir der Herzog von Dalberg am 22. Januar schrieb:

Teurer Fürst!

Hier kommt nichts Rechtes zustande und alles ist unsicher. Die belgische Frage verwirrt die Köpfe, besonders Ihren Chef, wenn Sie überhaupt einen Chef haben. Casitte ist als Conseilspräsident sehr in Mißachtung, und auf Thiers zeigt man wegen seiner schimpflichen Handlungen mit Fingern.

Ich sprach gestern mit Pasquier und Sémonville darüber, und wir fragten uns gegenseitig, wohin wir noch gelangen

würden. Sémonville meinte, die Zeit des Direktoriums würde wohl zurückkommen. Soult ist der einzige, der sich rührt und der 400 000 Mann mit großen Kosten zusammenbringt. Aber wie wird man eine solche Armee ohne Krieg erhalten können? Und soll, im Falle eines Krieges, das alte System der Plünderung und der Requisitionen wiederkehren? Alles unlöbliche Fragen! Unordnung und Anarchie lauern im Hintergrunde; nirgends eine wahre Autorität. Man hört hier von nichts anderem reden, als von den Demütigungen, die Frankreich in den Jahren 1813 und 14 hat erdulden müssen, und verlangt als Ersatz jetzt das linke Rheinufer.

Ihre Londoner Konferenz wird durch den Kongreß in Brüssel eigentümlich kommentiert, und es scheint mir hohe Zeit, dem Treiben dort ein Ende zu machen. Findet sich denn kein tüchtiger General, der auf Brüssel zu marschiert und mit dem Kongreß aufräumt?

Auch Polen beschäftigt hier alle Welt, aber die Gelder fließen nur langsam. Das polnische Komite hat bis jetzt nur 60 000 Franken zusammengebracht, darunter 20 000 von Lafayette.

Der arme Herzog von Mortemart spielt in Petersburg die Rolle Caulaincourts, aber mit weniger Geschick und Erfolg.

Und wie denken Sie, teurer Fürst, über den Monarchen, den man den Griechen geben soll? Der Prinz Paul von Württemberg rührt sich hier gewaltig und wird sehr ungeduldig; man bekümmert sich indes nur wenig um ihn. Die Minorität des Prinzen Otto von Bayern ist für Capo d'Istria's günstig, den man dort ruhig an der Spitze lassen sollte.

Die Ernennungen Bouillés für Karlsruhe und Allesses für Frankfurt sind sehr mißfällig aufgenommen worden; namentlich ist der letztere ganz der Mann, den Deutschen Bund zu veruneinigen. Man begreift nicht, wie der König solche Wahl treffen konnte

Ich bedurfte meiner ganzen Energie, um diesen pariser und auch den belgischen Extravaganzen und ebenfalls dem Eigensinn des Königs von Holland die Stirn zu bieten. Aber es gelang mir, und ich verfolgte unbeirrt meinen einmal eingeschlagenen Weg, zunächst, indem ich mich bemühte, die Trennung Belgiens mehr und mehr zu konsolidieren. In unserer Sitzung vom 21. Januar beschäftigten wir uns mit den finanziellen und kommerziellen Fragen, die durch diese Trennung entstanden waren und suchten so unparteiisch wie möglich zu verfahren.

Am 29. Januar übersandte ich das betreffende Protokoll dem General Sebastiani mit dem folgenden Briefe:

Verehrter General!

Beifolgend das Protokoll unserer letzten Sitzung, an welcher der Baron von Wessenberg und der Graf Matusiewicz als Redakteure teilgenommen haben, weil beide Herren die Verhältnisse genau kennen, was ich von den anderen und besonders von mir nicht sagen kann. Wir haben dann das Protokoll mit den nötigen Instruktionen an unsere Kommissare nach Brüssel geschickt, um es der provisorischen Regierung vorzulegen. Da nun vielleicht noch einige Schwierigkeiten entstehen dürften, so bitte ich Sie, das Protokoll noch nicht zu veröffentlichen, sondern erst die zustimmende Antwort aus Brüssel abzuwarten.

Wir haben die Interessen beider Parteien, so gut wir es vermochten, vertreten, den König von Holland sehr geschont und den belgischen Großhändlern und Industriellen begreiflich gemacht, daß sie dadurch der beständigen Konterbande nach Frankreich enthoben sein würden. Alle Sachverständigen in England sind der Ansicht, daß bei noch ungünstigeren Bedingungen für Holland das Land einfach nicht mehr existieren könne, weil es unter den enormen Lasten erliegen müsse.

Sie werden nun, verehrter General, dies alles in Erwägung ziehen, denn unleugbar werden dadurch wichtige politische Fragen berührt

Ich wußte recht gut, daß wir damit die aufgeregten Gemüther, sowohl in Paris wie in Brüssel und im Haag, nicht befriedigen würden, aber der Hauptpunkt blieb für mich das gute Einvernehmen mit England, um den übrigen Mächten zu imponieren. Und dabei leitete mich ein aufrichtiges Interesse für Frankreich ohne phantastische Träumereien, die nur seinen Ruin herbeiführen konnten.

Ein allgemeiner Krieg, wenn auch nur gegen die drei Nordmächte, würde sofort einen revolutionären Charakter angenommen und uns von England losgelöst haben. Bis jetzt hatte ich ja gute Erfolge zu verzeichnen gehabt. Anstatt des Königreiches der Niederlande mit sieben Millionen Einwohnern und einer Anzahl von starken Festungen, hatten wir das Königreich geteilt und ein neutrales Belgien von vier Millionen Einwohnern an unserer Grenze geschaffen, und diese Neutralität wird hoffentlich dauernder sein, als viele glauben, solange Frankreich keinen revolutionären Krieg gegen ganz Europa plant, was vernünftigerweise nicht anzunehmen ist. Und selbst im Falle eines Krieges mit Deutschland müßte dieses die Neutralität Belgiens respektieren, denn England würde dieselbe verteidigen. Die belgische Neutralität von Dünkirchen bis Luxemburg ist uns ebenso nützlich wie diejenige der Schweiz von Basel bis Chambéry. Auch war ich sicher, daß der neue Souverän von Belgien in seinem Interesse sich gut zu Frankreich stellen würde. Deshalb mußte die Trennung Belgiens von Holland, wie ich bereits oben bemerkte, auf das genaueste festgesetzt werden, um später in ruhigen Zeiten ein gutes Einvernehmen zwischen beiden Ländern zu ermöglichen.

Diesen Punkt betrachtete ich als die Hauptaufgabe meiner Mission in London.

Leider wurde die Erfüllung meiner Wünsche immer wieder in die Ferne gerückt, wie man schon aus dem folgenden Briefe des Grafen Bresson vom 30. Januar sehen wird:

Teurer Fürst!

Hier wird es von Stunde zu Stunde schlimmer, denn die Leidenschaften sind auf das höchste gestiegen. Als ich die im Grunde ganz harmlose Kandidatur des Prinzen von Bayern unterstützte, befürchtete ich allerdings irgend eine feindliche Kombination, denn ich schrieb Ihnen schon früher, daß uns von allen Seiten Gefahren drohten. Jetzt stehen wir denselben gegenüber; aus dem Hin- und Herschwanken ist ein fester Plan geworden, und die Böswilligen und Intriganten haben sich gegen uns verschworen.

Als ich vor sechs Wochen die Wahl eines Monarchen als die Hauptsache bezeichnete und den Prinzen von Neapel vorschlug, hätte dieser gewiß gute Aussichten gehabt, wenn England uns darin unterstützte. Dies ist aber nicht geschehen, ebensowenig gegen die Kandidatur Leuchtenbergs. Dieser hat dadurch an Terrain gewonnen, weil die Mächte ihn feindlich gegen Frankreich gesinnt glauben. Deshalb setzen die Freunde Frankreichs ihm den Herzog von Nemours entgegen, so daß wir uns jetzt in einer bösen Alternative befinden.

Der Prinz von Oranien könnte freilich alle diese Schwierigkeiten heben, aber die frühere Antipathie in Bezug auf seine Person ist längst zu einer wahren Wut geworden. Allenthalben stößt man die wildesten Schmähungen gegen ihn aus, und einige elende Wichte haben sich bereits öffentlich erboten, ihn umzubringen. Der Prinz ist mithin ohne Bürgerkrieg unmöglich, denn die großen Massen nehmen keine Vernunft an, sondern lassen sich nur von der Leidenschaft des Augenblicks hinreißen.

So stehen wir vor einem Abgrunde, wo jeder die Schuld auf den anderen zuwälzen sucht.

Die Lage schien mir so ernst, teurer Fürst, daß ich es für meine Pflicht hielt, persönlich nach Paris zu gehen, um dem König und den Ministern mündlich darüber zu berichten. Meine Reise währte nur siebenzig Stunden, und während meiner Abwesenheit erhielt Lord Ponsomby das Protokoll vom 20. Januar mit der Neutralitätserklärung. Sie werden es kaum glauben, daß diese vortreffliche Kombination anstatt Bewunderung und Zustimmung nur Zorn und Entrüstung hervorgerufen hat. Aus der beigelegten Zeitung können Sie das weitere ersehen¹⁾

Ich habe diesen Brief hauptsächlich deswegen mitgeteilt, um zu zeigen, wie gefährlich oft ein allzu dienstfertiger Agent sein kann. Der Graf Bresson war gewiß ein fähiger und intelligenter Mann, aber er wollte den Fehler, den er durch seine Propaganda für den bayerischen Prinzen begangen, wieder gut machen und schilderte nun, wie zu seiner Entschuldigung, mit großer Übertreibung die Stimmung in Brüssel. Er war sogar nach Paris gereist, wo man ihm aufs Wort glaubte, und ich hatte dafür in London zu leiden. Glücklicherweise ließ ich mich nicht weiter dadurch anfechten, sondern kam nun erst recht auf meinen anfänglichen Plan zurück, nämlich auf die Kandidatur des Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg. Ich wußte, daß der König Louis Philippe den Thron für seinen Sohn, den Herzog von Nemours, ausschlagen würde, ich kannte ferner die Abneigung der Großmächte gegen den Herzog von Leuchtenberg und

1) Die Zeitung enthielt einen sehr heftigen Artikel gegen die Annahme der Konferenz, die belgischen Angelegenheiten in London regeln zu wollen. Die einzelnen Punkte des Protokolls, besonders, daß die fünf Mächte die Grenzregulierung zwischen Holland und Belgien bestimmen sollten und daß die luxemburgische Frage nicht beraten werden könne, erregten einen gewaltigen Sturm im Kongress, und der Abgeordnete Nothomb rief entrüstet aus: „Die Volkssouveränität Belgiens existiert nicht mehr in Brüssel, sondern nur noch im Foreign Office.“

gleichfalls die Stimmung der Belgier in Bezug auf den Prinzen von Oranien. Trotzdem verfloß der ganze Monat Februar nicht ohne stete Unruhe über die innere Lage Frankreichs. Dies verlangt eine nähere Erklärung.

Die Konferenz hatte in ihrer Sitzung vom 21. Januar die Staatsschuld zwischen Holland und Belgien geregelt und auch sonst verschiedene kommerzielle Vereinbarungen getroffen. Allerdings provisorisch, denn nur die Grenzbestimmungen waren definitiv; alles übrige unterlag noch der Diskussion von beiden Seiten. In diesem Sinne hatte ich auch nach Paris berichtet, aber dort nahm man völlig und ganz für die Belgier Partei; man fand sie durch das Protokoll in ihren Rechten beeinträchtigt und tadelte mich wegen meiner Unterschrift.

Einige Tage später schlugen mehrere Kongreßmitglieder, durch die lärmende Parteinahme für den Herzog von Nemours beunruhigt, einen neuen Beschluß vor. Die fünf Mächte sollten sich nämlich formell verbindlich machen, daß auf keinen Fall die Krone Belgiens einem Prinzen aus ihrer Familie gegeben werden solle, ähnlich, wie man es in Bezug auf Griechenland gethan hatte. Ich verweigerte dafür meine Unterschrift, denn ich betrachtete diesen Vorschlag als ein Mißtrauensvotum gegen Frankreich, das man dabei allein nur im Auge haben konnte.

Nachdem ich dies vorausgeschickt, lasse ich jetzt in chronologischer Reihenfolge die verschiedenen im Februar von mir abgeschickten und empfangenen Briefe und Depeschen folgen.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.
London, den 1. Februar 1831.

Berehrter General!

Die heutige Konferenz hat bis halb neun Uhr abends gedauert; ich kann daher nicht viel schreiben, denn der Kurier muß mit der Flut abgehen. Sie sehen, daß meine Unterschrift auf dem Protokolle fehlt. Ich weigerte mich nämlich zu unter-

schreiben, indem ich den Vorschlag der fünf Mächte für einen Schachzug gegen Frankreich erklärte und hinzufügte, erst die nötige Vollmacht von meiner Regierung erwarten zu müssen.

Haben Sie die Güte, verehrter General, mir die Vollmacht oder die nötigen Verhaltungsmaßregeln zuzusenden.

Genehmigen Sie

Talleyrand.

Der Graf Bresson an den Fürsten Talleyrand.
Brüssel, den 3. Februar 1831.

Teurer Fürst!

Se. Königliche Hoheit der Prinz von Nemours ist am heutigen Nachmittag um vier Uhr fünfundzwanzig Minuten zum König der Belgier erwählt und proklamiert worden.

Von 191 Botanten erhielten bei der ersten Abstimmung der Herzog von Nemours 80, der Herzog von Leuchtenberg 67 und der Erzherzog Karl 35 Stimmen; 101 Stimmen waren nötig.

Bei der zweiten Abstimmung mit 192 Botanten betrug die absolute Mehrheit 97 Stimmen, und diese erhielt der Herzog von Nemours; der Herzog von Leuchtenberg erhielt 74 und der Erzherzog Karl 21 Stimmen.

Der Präsident des Kongresses proklamierte darauf den Herzog von Nemours zum König der Belgier, unter der Bedingung, daß derselbe die vom Kongreß dekretierte Verfassung annehme.

In der ganzen Stadt herrscht große Begeisterung und ebenso große Ruhe

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.
London, den 4. Februar 1831.

Verehrter General!

Ihre beiden Briefe vom 31. Januar und vom 1. Februar beileich mich heute zu beantworten.

Sie sehen aus dem beifolgenden Nachtrag zum Protokoll Nr. 12, daß der zweite Paragraph in Bezug auf die finanziellen und kommerziellen Bestimmungen den Titel „Vorschläge“ führt, um beiden Parteien zu gestatten, Gegenvorschläge zu machen. Daraus geht deutlich hervor, daß wir aus eigener Autorität keine definitive Entscheidung bezweckten, und die Instruktionen an unsere Kommissare in Brüssel lauteten in demselben Sinne. Sie sind angewiesen, sich mit einflußreichen Personen in Verbindung zu setzen, um den Eindruck zu erfahren, den dies Protokoll auf die öffentliche Meinung gemacht hat.

Ihre Ansicht, verehrter General, daß Belgien durch seinen Handel mit den holländischen Kolonien nur wenig Vorteile gehabt, steht mit den bedeutendsten Kaufleuten der City in Widerspruch. Alle sind überzeugt, daß Belgien gerade diesem Handel zumeist seinen industriellen Aufschwung zu verdanken hat; die Petitionen der beiden flandrischen Provinzen beweisen dies zur Genüge. Ein definitiver Vertrag wird übrigens Holland schon zwingen, nachzugeben.

Die Luxemburger Frage haben wir, wie Sie sehr richtig voraussetzten, beiseite gelassen.

Was ferner die Grenzbestimmungen zwischen Holland und Belgien betrifft, so konnten wir dieselben unmöglich anders festsetzen, denn wir wollten ja die Unabhängigkeit Belgiens sicher stellen. Ohne ungerecht zu sein, konnten wir doch nicht wohl andere Grenzen ziehen als die vom Jahre 1790, wo Holland und Belgien zwei getrennte Staaten bildeten. Auch hat die Konferenz noch außerdem formell erklärt, daß beide Parteien unter ihrer Vermittelung sich über die einzelnen Gebietsabtretungen verständigen müßten.

Was nun den zukünftigen Souverän Belgiens betrifft, so gestehe ich, daß mich die Wahl des Herzogs von Nemours, die Sie im Auge zu haben scheinen, nicht wenig beunruhigt. Ich

meine, Sie sollten schon jetzt Ihre entschiedene Weigerung aussprechen; eine ausweichende Antwort würde das englische Kabinett sehr ungehalten machen, weil es darin französische Intriguen sähe. Auch Rußland würde sich dieser Meinung anschließen.

In Bezug auf den Prinzen von Neapel haben Sie ganz freie Hand, um in Brüssel dafür zu wirken. Die englischen Minister und die Mitglieder der Konferenz sind dem Plan nicht abgeneigt, und die Einwilligung Oesterreichs und Preußens ist gleichfalls sicher; nur Rußland wäre noch näher zu instruiren. Jede Unentschlossenheit unsererseits könnte unser gutes Einvernehmen mit England nur stören, an welchem uns am meisten gelegen sein muß.

Die Prinzessin Adelaide an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 5. Februar 1831.

Lieber Fürst!

Der König beauftragt mich, Ihnen eine Bemerkung zu machen, deren Wichtigkeit Sie gewiß anerkennen werden, daß nämlich das Protokoll, dessen Unterschrift Sie mit so sicherem Takt verweigerten, in gar keiner Beziehung zu dem griechischen Abkommen steht, denn die Verhältnisse liegen für Belgien ganz anders. Für Griechenland wählten die drei Großmächte den Souverän, in Belgien, dessen Unabhängigkeit von den Mächten speciell anerkannt ist, wählt ihn der Kongreß.

Nemours ist also nun doch gewählt, trotz der bestimmten Weigerung des Königs, und der Kurier, der diese Weigerung noch einmal wiederholen soll, ist bereits an den Grafen Bresson abgegangen, vier Stunden früher, als die telegraphische Depesche aus Brüssel hier eintraf. Wir handeln also offen und lohal, lieber Fürst, und ich habe das feste Vertrauen, daß wir mit Ehren bestehen, und Sie werden gewiß durch Ihre Umsicht und Geschicklichkeit dazu beitragen.

Ich bin auf Ihre weiteren Nachrichten sehr gespannt, aber Sie müssen den Herren in London wohl die Zähne zeigen. Man spielt ja mit uns und läßt uns in einem Zustande, der weder Krieg noch Frieden ist. Und dabei wird Belgien einer schrecklichen Anarchie anheimfallen. Wir müssen entschieden aus dieser unerträglichen Lage herauszukommen und zu einer Kombination zu gelangen suchen, die den Belgiern Sicherheit und Ruhe gewährt; dann wird alles gut gehen. Die Belgier müssen doch endlich eingesehen haben, daß das einfältige Treiben des Prinzen von Oranien zu nichts führt und sie nur ihre kostbare Zeit verlieren läßt

Ich bin überzeugt, daß die Prinzessin, wie der König selbst, der ihr diesen Brief jedenfalls diktirt hatte, es aufrichtig meinten, aber was sollte ich davon denken, als ich an demselben Tage den folgenden Brief aus Brüssel erhielt.

Der Graf Bresson an den Fürsten Talleyrand.

Brüssel, den 5. Februar 1831.

Teurer Fürst!

Unsere Lage hat sich vollständig geändert, und wir müssen in einen Kampf treten, den wir vermeiden wollten. Bis jetzt haben wir gesiegt, aber es gilt nun, uns diesen Sieg zu sichern.

Da ist mir ein Gedanke gekommen, der, wenn Sie denselben billigen, wohl Erfolg haben könnte.

Der Prinz von Oranien darf sich gewissermaßen als von uns depossediert betrachten. Wenn wir nun ein Mittel hätten, ihn zu entschädigen, ohne dadurch den Frieden Europas zu gefährden, und wenn dies durch unseren Einfluß und durch unsere freundschaftliche Intervention geschähe, so würden wir den Prinzen, der durch die Wahl des Herzogs von Nemours sehr gereizt ist, beschwichtigen und versöhnen.

Der Prinz ist ein Schwager des Kaisers von Rußland und hat Sympathien in England; er ist von sanftem Charakter und von ritterlicher Gesinnung; sein leichtfertiges Leben, das ihm in einem strengkatholischen Lande sehr geschadet hat, würde anderswo gewiß milder beurteilt werden. Polen verlangt einen König und scheint sich auf einen langen und blutigen Widerstand vorzubereiten. Wenn der Kaiser von Rußland zu Unterhandlungen geneigt ist, so würde er sich wohl zu Gunsten des Prinzen von Oranien am leichtesten dazu verstehen, und wenn dies durch unsere Vermittelung gelänge, so würden wir uns nicht allein eine hochherzige Nation zu Dank verpflichten, sondern auch das durch die Teilung Polens zerstörte europäische Gleichgewicht wiederherstellen und schließlich den Thron des Herzogs von Nemours dadurch befestigen. Es scheint mir überflüssig, teurer Fürst, einem Staatsmanne wie Ihnen dies noch weiter auseinanderzusetzen; ich beschränke mich einfach darauf, Ihnen diese Idee mitzuteilen. Auf alle Fälle sende ich dies Schreiben durch eine Extrastafette; es könnte in der augenblicklichen Aufregung beruhigend wirken.

Ich habe mich bereits für die Anstifter des Genter Aufstandes verwendet, um sie von der Todesstrafe zu befreien¹⁾. Der Regierungsantritt unseres jungen und liebenswürdigen Königs würde auf diese Weise durch einen Gnadenakt bezeichnet werden, den wir ihm vorbehalten.

Nicht genug kann ich Ihnen die schlimme Wirkung schildern, die eine Weigerung oder auch nur eine bedingungsweise Einwilligung des Königs hervorrufen würden. Alles fiel dann zusammen, der Bürgerkrieg wäre da und mit ihm Anarchie und Mord und Greuel. Zurück können wir nicht mehr, teurer

¹⁾ Am 2. Februar war in Brügge ein Aufstand zu Gunsten des Prinzen von Oranien ausgebrochen, den der Oberstlieutenant Grégoire mit seinem dort stationierten Regiment unterstützte. Er überrumpelte Gent und zwang den Gouverneur, den Prinzen zu proklamieren, wurde aber von der Bevölkerung selbst alsbald wieder vertrieben. Die ganze Bewegung hatte keine Folgen.

Fürst, das wäre das allergefährlichste. Nur Festigkeit und entschiedener Wille sind uns geboten

Der Protest unserer Regierung gegen das Protokoll vom 23. Januar enthebt mich eigentlich meiner Funktionen als Kommissar der Konferenz. Ich habe ihn nur dem Herrn van de Weher mitgeteilt wegen der ablehnenden Stimmen Limburgs und Luxemburgs. Er hat sich das Aktenstück entreißen lassen, und dadurch wurde es auf der Tribüne verlesen und später gedruckt.

Noch ist ein sehr delikater Punkt zu erwägen: wenn nämlich der König die Wahl des Herzogs von Nemours gutheißt, so zieht dies einen Protest gegen das Protokoll vom 20. Januar nach sich, denn von unseren 97 Stimmen fallen 20 auf Luxemburg, und wenn wir Luxemburg als holländische Provinz anerkennen, so annullieren wir dadurch die Wahl. Der Prinz von Oranien, als König von Polen auf unseren Vorschlag, würde freilich die Bedenken leicht heben

Ich weiß nicht, ob diese prächtige politische Kombination einzig und allein im Kopfe des Grafen ausgeheckt war, aber die Sicherheit seines Auftretens in dem obigen Briefe ließen mich annehmen, daß er wohl irgend einen Rückhalt hatte. Wie dem auch sein mochte, ich nahm mir nicht einmal die Mühe, auf diese Absurditäten zu antworten, und fahre hier einfach in der Mitteilung der verschiedenen Depeschen fort.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 6. Februar 1831.

Verehrter General!

Die englischen Minister sind in diesem Augenblick versammelt, um über eine Depesche des Lord Ponsomby zu beraten, der seine Regierung benachrichtigt, daß der Graf Bresson eine Art von Proklamation des französischen Kabinetts

in Brüssel verbreitet hat. Nach dieser Depesche, deren Inhalt ich noch nicht kenne, soll Frankreich die letzten Protokolle der Londoner Konferenz nicht anerkennen. Dies hat hier begreiflich einen sehr schlimmen Eindruck gemacht¹⁾.

Die fünf Mächte hatten ihre Vertreter nach London geschickt, um die durch die belgische Revolution entstandenen Wirren zu schlichten, und zwar im Interesse des europäischen Friedens.

Infolge eines von allen Großmächten unterzeichneten Vertrages wurde Belgien i. J. 1814 mit Holland vereinigt; jetzt, wo diese Union durch die belgische Revolution aufgehoben ist, haben dieselben Mächte doch die Verpflichtung, die streitenden Parteien auf eine für beide Teile möglichst günstige Weise zu versöhnen. Dies Princip ist von jeher die Grundlage der Londoner Konferenz gewesen. Eine Erklärung der französischen Regierung in dem obigen Sinne würde mithin diese Grundlage erschüttern, Frankreich in Widerspruch mit den anderen Mächten setzen und uns vor der Politik des übrigen Europas isolieren.

Man wundert sich hier deshalb sehr, daß das französische Kabinett sich bei einer Meinungsverschiedenheit nicht direkt an die Konferenz, sondern an die Belgier gewendet hat, denen

1) Der Graf Bresson hatte in Brüssel eine sehr schwierige Stellung, denn er war sowohl von der Konferenz als vom General Sebastiani abhängig. Dies zeigte sich vorzüglich bei den Protokollen über die Grenzbestimmungen, über die kommerziellen und finanziellen Abmachungen und schließlich über die Weigerung Louis Philippes, den Herzog von Nemours als König von Belgien anzuerkennen. Die letztere Depesche hatte Talleyrand dem Grafen nach Brüssel geschickt, um sie der provisorischen Regierung mitzuteilen. Am demselben Tage schrieb aber der General Sebastiani, der die Ansicht Talleyrands nicht teilte und mit der seinigen durchgedrungen war, im Namen des Königs an Bresson, das Protokoll vom 27. Januar nicht bekannt zu machen, denn die französische Regierung betrachte die Londoner Konferenz nur als eine Vermittlerin, die den Belgiern völlige Freiheit des Handelns lassen müsse.

Der Graf hatte aber das Protokoll bereits dem Herrn van de Weyer mitgeteilt, der es seinerseits im Kongreß vorlas. Darauf bezieht sich die Äußerung Talleyrands im obigen Briefe.

das letzte Protokoll gar nicht mitgeteilt werden sollte. Dieser Schritt, verehrter General, ist hier sehr mißfällig aufgenommen worden und hat meine Stellung zu einer überaus schwierigen gemacht. Sie dürfen daher keine Zeit verlieren, um die schlimmen Folgen wieder gut zu machen, und zwar durch eine offene, unzweideutige Erklärung. Es wird Ihnen dies durch den Umstand erleichtert, daß mein Protokoll nur Vorschläge enthielt und weder Ihre Zustimmung noch Ihre Ablehnung verlangte. Ich bin überzeugt, daß der König die seinem Sohne angebotene Krone ausschlägt, und dies sichert uns die Allianz mit England, die wir sonst leicht verlieren könnten. Ihre Depeſchen haben mich ja bereits zu dieser Erklärung ermächtigt; ich habe dieselbe heute provisorisch abgegeben und erwarte umgehend die Bestätigung von seiten des Königs und von Ihnen.

England weist den Herzog von Leuchtenberg zurück, würde sich aber wohl zur Annahme des Prinzen von Neapel verstehen, jedoch vorher muß, wie gesagt, die Erklärung des Königs wegen Nemours erfolgen.

Sie sehen, verehrter General, daß es sich um Krieg oder Frieden handelt, und ich muß ehrlich gestehen, daß mir Belgien nicht wichtig genug ist, um deshalb den Weltfrieden auf Spiel zu setzen.

Ich ersuche Sie um eine schleunige Antwort.

Genehmigen Sie

Talleyrand.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 7. Februar 1831.

Verehrter General!

Der gestrige Ministerrat hat über drei Stunden gedauert und sich ausschließlich mit der Wahl des Herzogs von Nemours beschäftigt. Sämtliche Minister waren der Ansicht, daß eine

Anerkennung dieser Wahl von seiten Frankreichs den sofortigen Krieg nach sich ziehen würde. Und wenn ich gut unterrichtet bin, so will man diesen Krieg mit großer Energie betreiben.

So lautete der Beschluß des englischen Kabinettes, als glücklicherweise gegen sieben Uhr abends Ihre Depesche vom 4. eintraf, die ich unverzüglich den Lords Grey und Palmerston mittheilte. Sie wurde mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen, und dasselbe gilt von dem diplomatischen Corps. Noch im Laufe des Abends erschien ich in mehreren Salons, um die Gemüther zu beruhigen. Man zollte der Loyalität der französischen Regierung die vollste Anerkennung, denn die City war besonders in große Aufregung geraten durch die Wahl des Herzogs. Sämtliche Botschafter haben bereits erklärt, daß ihre Regierungen sich nach der Handlungsweise des englischen Kabinettes richten würden. Somit sind die Kriegsgerüchte verschwunden, und man spricht jetzt nur von Frieden und Freundschaft.

Bei dieser Gelegenheit habe ich so recht erkannt, welche wichtige Stellung Frankreich wieder in Europa einnimmt: von ihm hängt Krieg oder Frieden ab. Belgien kommt dabei wenig in Betracht, denn es begehrt zu große Dummheiten, um viel Interesse zu erregen. Halten wir nur fest an dem guten Einvernehmen mit England, denn das ist unser bester Schutz gegen die übrigen Mächte. Würden die glänzendsten kriegerischen Erfolge auf dem Kontinent uns für den Ruin unseres Handels und unserer Industrie entschädigen können? Würden wir nicht durch einen Krieg den Umsturzparteien im Innern Thor und Thür öffnen? An einen Krieg zur See dürfen wir vollends bei den gewaltigen Rüstungen der englischen Marine nicht denken.

Durch ein festes und verständiges Auftreten werden wir uns aber die Freundschaft Englands bewahren, wobei wir freilich niemals vergessen dürfen, daß das englische Kabinett

sich stets nur von seinem eigenen materiellen Vorteil leiten läßt, den wir deshalb sorgfältig zu schonen haben.

Ich freue mich, verehrter General, daß auch Sie der Ansicht sind, unsere Politik niemals von derjenigen der übrigen europäischen Mächte zu isolieren, denn wir dürfen nicht vergessen, daß, solange Frankreich mit in der Londoner Konferenz sitzt, von einer „heiligen Allianz“ nicht die Rede sein kann. Das sagt mehr als pathetische Kammerreden.

Sie erhalten zugleich das Protokoll unserer heutigen Sitzung, das der König gewiß mit Vergnügen lesen wird¹⁾.

Genehmigen Sie

Talleyrand.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 8. Februar 1831.

Verehrter General!

Aus Ihrer Depesche vom 5., die ich gleich nach der Abreise des Grafen Flahaut erhielt, sehe ich, daß Sie noch immer wegen der Lage in Belgien besorgt sind. Das wundert mich keineswegs, und es giebt nur ein Mittel dagegen, nämlich Ihrerseits unumwunden zu erklären, daß Sie jetzt, nach Beseitigung von Nemours und Leuchtenberg, der Konferenz die weitere Regulierung der belgischen Angelegenheiten völlig und ganz überlassen wollen.

Dadurch entlasten Sie sich sehr und kommen zugleich den anderen Mächten entgegen, denn nach meiner Ansicht ist es unmöglich, daß ein Kabinett allein dieser Aufgabe gewachsen ist. Die Konferenz verfolgt unbeirrt ihr Ziel und bekümmert sich nicht um das Gerede über Intervention und Nichtintervention, und behält dabei stets die Unabhängigkeit Belgiens im Auge.

1) Das Protokoll enthielt die Erklärung der Großmächte, daß dieselben unter keinen Bedingungen den Herzog von Leuchtenberg als König der Belgier anerkennen würden.

Ich glaube, verehrter General, daß Se. Majestät der König diesen Vorschlag billigen wird, denn derselbe entspricht vollkommen seiner Würde und seinen Interessen. Auch bin ich genötigt, hinzuzufügen, daß im entgegengesetzten Falle mein hiesiger Aufenthalt nutzlos sein würde. Ich habe die peinlichen Verlegenheiten, die mir der Graf Bresson in Brüssel bereitete, nur deshalb ertragen, weil ich sicher war, daß meine Abreise auch die sofortige Abreise der übrigen Bevollmächtigten nach sich ziehen würde, und ich wollte nicht die Ursache eines so folgenschweren Ereignisses sein. In Zukunft möchte ich hier aber keine andere Rolle spielen, als diejenige, welche der Würde eines Botschafters Frankreichs gebührt.

Genehmigen Sie

Talleyrand.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 9. Februar 1831.

Verehrter General!

Wir haben in unserer gestrigen Sitzung, wie Sie aus dem beifolgenden Protokoll ersehen, energisch die Beobachtung des Waffenstillstandes verlangt, der immer durch die belgischen Truppen in der Umgegend von Maastricht verletzt wird, vollends jetzt, nachdem der König von Holland die Schifffahrt auf der Schelde wieder freigegeben hat.

Als man den Kommissaren die betreffenden Instruktionen nach Brüssel sandte, ließ man den Grafen Bresson noch als Kommissar gelten, wohl aus Rücksicht auf mich; jetzt scheint es mir doch angezeigt, ihn hierher zurückzuschicken, wo er seine frühere Stellung wieder einnehmen kann.

Unsere Sitzungen werden jetzt weniger häufig stattfinden, denn wir müssen den Gemütern Zeit lassen, sich zu beruhigen. Wenn dies die Belgier sehen, werden sie auch wohl ihrerseits

den verständigen Ratschlägen zugänglicher werden, und umsichtige Agenten könnten dann vielleicht bei ihnen für die Wahl des Prinzen Karl von Neapel mit Erfolg wirken, was Sie ja wünschen und was England nicht bekämpfen würde.

Genehmigen Sie

Talleyrand.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 10. Februar 1831.

Verehrter General!

Sie haben mich beauftragt, dem englischen Kabinett Vorstellungen zu machen wegen des Benehmens Lord Ponsonbys zu Gunsten des Prinzen von Oranien. Lord Palmerston, den ich zu diesem Zweck aufsuchte, war ganz unserer Meinung, daß diese fortgesetzten Intriguen schließlich zu einem Bürgerkriege führen könnten, und versprach mir sofortige Abhülfe.

Sie schrieben mir ferner, daß Se. Majestät beabsichtigten, die belgische Deputation wegen der Wahl des Herzogs von Nemours erst später zu empfangen, aber dies widerspricht den Erklärungen, die der Graf Flahaut und ich dem englischen Kabinett darüber gemacht haben, so daß ich diesen Entschluß dem Lord Palmerston noch nicht mitteilen wollte¹⁾.

Was auch immer der König bestimmen könnte, jedes Verzögern seiner Ablehnung würde hier neuen Verdacht erwecken, den wir auf jeden Fall vermeiden müssen. Ich habe bereits von drei uns sehr wohlgesinnten englischen Ministern Anfragen deshalb erhalten, und alle stimmen darin überein, daß eine klare und blündige Ablehnung von seiten des Königs und seiner

¹⁾ Diese Deputation bestand aus zehn Mitgliedern, darunter der Graf von Mérode, die Herren Gendebien, Lehon und Brouckère. Sie traf am 6. Februar in Paris ein, wurde aber erst am 17. offiziell empfangen.

Regierung den unsicheren Zuständen am besten ein Ende machen würde.

Genehmigen Sie

Talleyrand.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 17. Februar 1831.

Verehrter General!

Besten Dank für Ihre Depesche vom 9., die sehr beruhigend gewirkt hat.

Nur eine Bemerkung in Bezug auf den Grafen Bresson hat hier Anstoß erregt. Sie meinen nämlich, daß das Gerücht von dem bewußten Protokoll schon in Brüssel verbreitet gewesen und daß der Graf, um die dadurch hervorgerufene Aufregung zu beschwichtigen, geglaubt hat, die Ablehnung der französischen Regierung sofort veröffentlichen zu müssen.

Ich will dies gelten lassen, bin aber doch genötigt, Sie zu ersuchen, mir dies in einem ostensibelen Brief noch einmal zu versichern, und hinzuzufügen, daß Sie von jeher mit der Konferenz einer und derselben Meinung gewesen sind. Diese Erklärung wird dann ganz mit der unsrigen übereinstimmen, wobei ich noch bemerke, und zwar von meiner Person ganz abgesehen, daß man sie als eine Garantie von Ihnen erwartet.

Genehmigen Sie

Talleyrand.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 13. Februar 1831.

Verehrter General!

Meine gestrige Depesche war schon abgegangen, als mir Lord Palmerston einen Brief Ponsomby's zuschickte, in welchem der letztere meldet, daß der Graf Bresson sich geweigert habe,

dem diplomatischen Komitee das Protokoll vom 7. Februar mitzuteilen¹⁾).

Diese neue Demonstration des Grafen bringt mich wieder in die größte Verlegenheit.

Ich habe bis zu einem gewissen Punkte das erste verkehrte Vorgehen des Grafen zu entschuldigen gesucht, und zwar mit der Dringlichkeit der Sache, aber in Bezug auf diesen neuen Verstoß kann ich es nicht.

Der Graf Bresson verließ London als Bevollmächtigter der Konferenz und hat in dieser Eigenschaft zwei Monate lang brieflich mit uns verkehrt; darauf hat er plötzlich und ohne die Konferenz davon zu benachrichtigen, jenen Briefwechsel eingestellt und in Brüssel auf eigene Hand und gegen unsere direkten Befehle agitiert. Jeder sagt sich hier, daß der Graf aus sich selbst unmöglich so handeln konnte und vermutlich seine Weisungen von der französischen Regierung erhalten hat, die aber dadurch in einem äußerst zweideutigen Lichte erscheint, was gerade ein neues Kabinett ängstlich vermeiden muß.

Da Sie mir nun nichts darüber mitgeteilt haben, so befinde ich mich hier in einer sehr peinlichen Lage, denn entweder kannte ich die Absichten meiner Regierung nicht, oder ich verhehlte sie den Mitgliedern der Konferenz.

Ich muß also dringend um Aufklärung bitten, damit ich weiß, wie ich mich zu verhalten und was ich auf die Anfragen zu erwidern habe, und dabei ist zwischen den beiden Protokollen vom 20. und vom 27. Januar ein wesentlicher Unterschied zu machen, denn das erstere war definitiv und das zweite nur provisorisch in Form eines Vorschlages.

Sie können überdies nicht schnell genug den Grafen Bresson

¹⁾ In diesem Protokoll bestätigte Talleyrand von neuem und offiziell im Namen seiner Regierung die Ablehnung Louis Philippes für seinen Sohn, und fügte dann noch hinzu, daß die sämtlichen fünf Mächte die Kandidatur des Herzogs von Leuchtenberg definitiv zurückgewiesen hätten. Der Graf mußte jedenfalls nach einer von Paris erhaltenen Weisung so gehandelt haben.

wieder hieher zurückschicken; sein längerer Aufenthalt in Brüssel versetzt alle Kabinette in Unruhe.

Genehmigen Sie

Talleyrand.

Der Graf Bresson an den Fürsten Talleyrand.

Brüssel, den 11. Februar 1831.

Teurer Fürst!

Ich erhielt gestern und heute die beiden Zuschriften, mit denen Sie mich beehrt haben. Sie sind so nachsichtig, teurer Fürst, daß Sie Ihre Mißstimmung gegen mich nur indirekt andeuten, und dieser neue Beweis von Güte hat mich tief gerührt.

Ich konnte aber keinen Augenblick annehmen, daß Ihnen der Beschluß unseres Ministers unbekannt geblieben sei, das Protokoll vom 27. Januar unberücksichtigt zu lassen, nur hatte ich in der Eile vergessen, Ihnen mit der Wahl des Herzogs von Nemours auch die bereits erfolgte Veröffentlichung derselben durch das Protokoll der Kongreßsitzung anzuzeigen. Für eine solche Veröffentlichung aber den diplomatischen Agenten verantwortlich zu machen, scheint mir doch gar zu streng.

Die Einzelheiten über die Wahl des Staatschefs möchte ich aber nicht dem Papier anvertrauen, sondern Ihnen mündlich mitteilen; wenn Sie dieselben kennen und auch diejenigen, die sich auf meine Reise nach Paris beziehen, so werden Sie mich vielleicht weniger tadeln als beklagen.

Wäre doch das Protokoll vom 7. d. M. (die Ablehnung der Kandidatur Leuchtenbergs) einen Monat früher erschienen, so hätte die ganze schreckliche Krisis, die uns jetzt bedroht, sehr wahrscheinlich vermieden werden können.

Dies Protokoll ist hier vorgestern angekommen, und Lord Ponsonby hat es dem Kongreß notifiziert, ohne mich um Rat zu fragen. Herr van de Weyer hat es dem Lord gestern zurückgeschickt, mit dem Bemerkten, daß der Kongreß bereits den Herzog

von Nemours gewählt habe, und daß nur die in Paris befindliche belgische Deputation eine Antwort darauf geben könne.

Jetzt höre ich, daß Lord Ponsonby sich direkt an den Präsidenten des Kongresses wenden will. Wenn er mich vorher gefragt hätte, so würde ich ihn gebeten haben, noch ein Paar Tage damit zu warten, um einige beschwichtigende Vorkehrungen zu treffen.

Überdies hat Lord Ponsonby mir geschrieben, die Konferenz wünsche nicht, daß er mit mir zusammen die Bekanntmachung des Protokolles vollzöge, und daß man in London erst eine nähere Erklärung, oder ein Dementi in Bezug auf den Brief des Generals Sebastiani vom 1. Februar an mich erwarte.

Von diesem Augenblick an habe ich mich bis auf weiteres meiner Funktionen als Kommissar der Konferenz enthoben betrachtet. Von Ihnen, teurer Fürst, erwarte ich nun Aufschluß, ob ich noch den gleichen amtlichen Charakter und die gleichen Vollmachten wie Lord Ponsonby besitze. Ich habe denselben deshalb auch ersucht, Instruktionen vom 8. Februar als nur allein an ihn gerichtet ansehen zu wollen.

Ihre Zuschrift vom 9. giebt mir wieder einige Hoffnung. Alles, was ich wünsche, ist, zu Ihnen zurückzukehren. Hier ist mir nur Haß und Verkennung zu teil geworden, weil ich die Befehle der Konferenz und der königlichen Regierung redlich vollzogen habe. Die Parteiführer zeigen mit Fingern auf mich, elende Wichte haben mich vor drei Wochen öffentlich insultiert, ich erhalte aus Kaffeehäusern und Weinstuben anonyme Briefe, die mein Leben bedrohen. Das hat mein Gemüt verbittert und zugleich meine Gesundheit geschädigt. Und nach so schweren Prüfungen werde ich wohl nur Vorwürfe zu hören bekommen. Es ist ja so leicht, einen armen Teufel zu opfern

Der „arme Teufel“ hatte übrigens nur wenig Ursache, sich so zu beklagen. Man wollte ihn mir nach London nicht

zurückschicken, wohl aus Furcht, der Graf könne mir zu viel von den Pariser Intriguen verraten, aber man ernannte ihn einige Wochen darauf zum Gesandten in Hannover und später in Berlin. So freute ich mich denn, dem Grafen dadurch, daß ich ihn nach Brüssel geschickt hatte, zu einer glänzenden Carriere verholfen zu haben. Auch erfuhr ich aus Paris, daß über kurz oder lang die Wahrheit an den Tag kommen würde.

Der Herzog von Dalberg an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 12. Februar 1831.

Teurer Fürst!

Ihr Brief vom 8. spricht zwei Wahrheiten aus, die auch ich längst als solche erkannt habe. Erstens, daß allein die fünf zusammenstimmenden Mächte den Belgiern, die durch die Pariser Jakobiner ganz unsinnig geworden sind, den richtigen Weg zu weisen haben, und zweitens, daß hier von Paris alle die miserablen Intriguen ausgehen, weil unsere Minister uneinig und unfähig sind.

Gottlob haben Sie den Drachen, der sich gegen die Konferenz erhob, gebändigt, und wir danken Ihnen dafür, denn Frankreich will weder den Krieg, noch die Vereinigung mit Belgien, und am allerwenigsten den Herzog von Nemours zum König.

Wenn der Prinz von Neapel reüssiert, um so besser, aber ich bezweifle es. Die belgischen Deputierten halten nicht viel von ihm. Die Verständigsten sagen, daß drei Viertel ihrer Landsleute die Vereinigung mit Frankreich nicht wünschen und daß, mit Ausnahme der durch die Revolution Kompromittierten, alle die vollständige Trennung von Holland befürworten, wenn auch unter der Souveränität des Hauses Nassau, um die zwischen beiden Ländern bestehenden kommerziellen und industriellen Beziehungen nicht zu schädigen

Zwei Tage später schrieb mir der Herzog nochmals, und zwar in Folge der skandalösen Ereignisse, die sich in Paris zugetragen hatten, wo der Pöbel das erzbischöfliche Palais geplündert und in Brand gesteckt hatte.

Der Herzog von Dalberg an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 14. Februar 1831.

Teurer Fürst!

Unsere Lage verschlimmert sich mehr und mehr. Die gestrigen Excesse, welche die Regierung voraussehen konnte, aber denselben nicht vorgebeugt hat, sind sehr ernster Natur. Die Kirchen Saint-Etienne du Mont und Saint-Germain l'Auxerrois wurden schrecklich verheert, und in noch höherem Grade der erzbischöfliche Palaß. Auch das Seminar Saint-Sulpice wurde gestürmt. Es gab gar keine Autorität mehr, denn der König und die Minister haben durch die Intriguen wegen Belgien dergestalt an Ansehen verloren, daß ich es Ihnen gar nicht zu schildern wage. Die öffentliche Meinung ist im höchsten Grade aufgeregt und will sich nicht länger hinters Licht führen lassen.

Die Kriegspartei will in ihrer tollen Verblendung den Krieg um jeden Preis, und weil es ihr mit Belgien nicht zu glücken scheint, richtet sie jetzt ihre Augen auf Italien, wo der Lafahetteschwindel in Modena und Bologna schon in voller Blüte steht¹⁾. Ich denke, die Oesterreicher werden einschreiten und sich nicht um das einfältige Princip der Nichtintervention bekümmern. Am Ende wird eine neue Konferenz zur Regulierung der italienischen Angelegenheiten nötig sein.

1) Am 3. Februar brach ein Volksaufstand in Modena aus, der Herzog mußte flüchten und eine provisorische Regierung wurde gewählt; das gleiche geschah am nächsten Tage in Bologna. Der Aufruhr wurde bald durch österreichische Truppen gedämpft.

Wenn nur die fünf Mächte sich nicht veruneinigen; das ist die Hauptsache. Ich halte nicht viel vom europäischen Frieden, solange aber die fünf Kabinette einig sind, ist er doch noch möglich.

Hätte der General Sebastiani meinen Rat befolgt, so wäre er jetzt nicht dem Gespötte des diplomatischen Corps und der Kammern preisgegeben. Er hat sich in der belgischen Frage ebenso verkehrt wie in der griechischen benommen. Bei einer solchen Leitung der Geschäfte weiß kein Mensch, woran man ist. Die hiesigen Belgier schwärmen nicht sonderlich für den Prinzen von Neapel; sie wollen keinen König, der ihnen, wie sie sagen, nur Maccaroni und Kapuziner ins Land bringt.

Wenn London nur endlich entscheidende Maßregeln treffen möchte, die nicht bloße Worte bleiben.

Der General Sebastiani soll sich kürzlich geäußert haben, die Londoner Konferenzen seien eigentlich nur Unterhaltungen und sonst nichts. Ich weiß, daß er es gesagt hat, aber ich weiß auch, daß er selbst es nicht glaubt. Er steckt eben seine Nase in alles . . . wie der Graf Rigny neulich sehr richtig bemerkte¹⁾. Jeden Morgen empfängt er Chatelain und Bertin. Wie jämmerlich! und dabei geht Frankreich zum Teufel. Casitte hat mir gestanden, er könne keine zehn Millionen durch Anweisungen auf den Staatsschatz bekommen. Und man spricht von Krieg führen. Nur Friede, teurer Fürst, sonst ist alles verloren!

Pozzo sagte mir gestern, er habe Sebastiani versichert, daß England den Brüsseler Intriguen ganz fern stehe und

¹⁾ Graf Heinrich von Rigny, geb. i. J. 1782. trat früh in die französische Marine und befehligte als Admiral die französische Flotte in der Seeschlacht bei Navarino (20. Okt. 1827). Er starb als Staatsminister i. J. 1835. — René Chatelain (1790—1839) war der Besitzer und Herausgeber des *Courrier français*, eines revolutionären Oppositionsblattes, und Louis Bertin de Beau (1766—1841), in dem von ihm gegründeten *Journal des débats*, einer der eifrigsten Vertreter der Julimonarchie.

daß Flahaut keine Unze in der Waagschale der Verhandlungen wiege. Talleyrand sei noch der einzige, der ein richtiges Verständniß für die Lage besitze

Der General Sebastiani schien anderer Meinung zu sein als Pozzo, oder es ärgerte ihn, sich in seinen eigenen Schlingen gefangen zu sehen; genug, er beklagte sich in seinem nächsten Briefe über die Geschäftsordnung der Konferenz und gab mir die Weisung, die Protokolle von nun an immer nur ad referendum anzunehmen.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.
London, den 15. Februar 1831.

Verehrter General!

Ich beeile mich, auf Ihre Depesche vom 12. zu antworten, weil ich aus derselben ersehe, daß die Regierung des Königs den Gang der Konferenz nicht billigt und daß ich unrecht gethan, nicht dagegen zu protestieren. Dies verlangt meinerseits einige Aufklärung.

Als ich Paris im September des vorigen Jahres verließ, erhielt ich, eine Viertelstunde vor meiner Abreise, nur einige allgemeine Instruktionen über Dinge, die bis jetzt hier noch gar nicht zur Sprache gekommen sind, wobei man mir sagte, man wolle mir genauere und eingehendere Weisungen baldigst nachsenden. Diese habe ich aber bis auf den heutigen Tag vergebens erwartet, so daß ich mich einfach auf das beschränken mußte, was Sie mir ja auch beständig in Ihren Briefen empfehlen, nämlich den Frieden zu erhalten und der Würde Frankreichs nichts zu vergeben. Dieser doppelte Gesichtspunkt war mithin meine einzige Aufgabe, und ich glaube, daß ich dieselbe zur Zufriedenheit des Königs erfüllt habe. Sie, verehrter General, scheinen dieser Ansicht nicht zu sein und wünschen, daß ich in Zukunft nur nach bestimmten Instruktionen

handele. Natürlich habe ich mich diesem Befehle zu fügen, aber es ist zugleich meine Pflicht, Ihnen die Unzuträglichkeiten einer solchen Handlungsweise nicht zu verhehlen.

Die Konferenz würde dadurch in der öffentlichen Meinung an Autorität verlieren, denn wenn jedes ihrer Mitglieder noch von den Weisungen seiner Regierung abhängig sein soll, so ist ein ersprießliches Zusammenwirken nicht mehr möglich.

Als Beweis führe ich Ihnen nur an, daß die Neutralitätserklärung Belgiens nach einer langen Beratung sofort unterzeichnet wurde; zwei Tage später hätte der preussische Bevollmächtigte sich sehr wahrscheinlich nicht mehr dazu verstanden.

Die Grenzbestimmungen waren eine logische Folge des Beschlusses, der die Unabhängigkeit Belgiens proklamierte, und die Konferenz hatte hier weiter nichts zu thun, als die Grenzen festzusetzen, wie sie vor der Vereinigung Belgiens mit Holland bestanden. Die Territorien beider Länder blieben intakt. Wäre man weitergegangen, so wäre es eine wirkliche Intervention gewesen. Die Konferenz hat aber durch ihr Protokoll vom 20. Januar gerade an ihrem Prinzip der Nichtintervention festgehalten.

Diese beiden Punkte scheinen Ihre besondere Aufmerksamkeit hervorgerufen zu haben, und es ist mir sehr lieb, Ihnen speziell hier das korrekte Verfahren der Konferenz zu zeigen.

Das englische Kabinett ist seit Canning überaus empfindlich auf dem Gebiete der Nichtintervention, und Lord Palmerston vertritt dies Prinzip genau so im Parlament, wie ich es hier vor Ihnen vertrete.

Schließlich war ich stets der Ansicht, daß möglicherweise der Friede gefährdet sein würde, wenn ich mich geweigert hätte, irgend eines der Protokolle nicht mitzuunterzeichnen, und da dieselben auch niemals etwas gegen die wahren Interessen Frankreichs enthielten, so hatte ich keinen Grund, anders zu handeln als meine Kollegen.

Ich werde Ihnen morgen über Lord Ponsomby und über Herrn von Krüdener berichten.

Den 16. Februar.

Ich habe, Ihrer Weisung gemäß, mit Palmerston über die Abberufung Ponsomby's gesprochen, was sehr leicht gewesen wäre, wenn nicht der Graf Bresson Ihren Brief veröffentlicht hätte; jetzt steht Ponsomby der Konferenz gegenüber auf einer und derselben Linie wie Bresson, und das englische Kabinett will nicht einschreiten¹⁾.

Übrigens hatte Palmerston den Lord schon früher angewiesen, sich nur beobachtend zu verhalten und sich in die Angelegenheiten Oranien's nicht einzumischen; auch hatte Palmerston mir mehrfach versichert, daß er die Wahl des Prinzen für das beste Mittel halte, die belgischen Wirren zu beendigen; er glaubt nur selbst nicht daran.

Ich habe auch diesen Morgen mit dem Fürsten Sieven über Krüdener gesprochen. Der Fürst sagte mir, er habe Krüdener, der auf Urlaub in London sei, nach Brüssel geschickt, um sich die dortigen Verhältnisse persönlich anzusehen, und ihm dann darüber Bericht zu erstatten. In Bezug auf Oranien habe er ihm nur empfohlen, die Stimmung des Publikums zu sondieren.

Krüdener ist jedenfalls dazu nicht der geeignete Mann, denn Sie wissen, daß er so gut wie gänzlich taub ist.

Sie erinnern mich an das Protokoll Nr. 15, in welchem wir die provisorische Regierung in Brüssel angewiesen haben, die Feindseligkeiten von Maastricht einzustellen und die durch den Waffenstillstand bestimmten Grenzen nicht zu überschreiten.

1) Der General Sebastiani hatte dem Fürsten Talleyrand mitgeteilt, daß der Fürst Sieven den Herrn von Krüdener nach Brüssel schickt, um dort mit Ponsomby Propaganda für den Prinzen von Oranien zu machen. Krüdener war ein ehemaliger russischer Diplomat, und Rußland interessierte sich bekanntlich gleichfalls für den Prinzen. Später sagte die Konferenz sich gänzlich von Krüdener los.

Bis jetzt ist die Antwort ausgeblieben, und wenn sie auch morgen nicht eintrifft, so werden wir den König von Holland nicht weiter verhindern, sich wieder mit Mastricht in Verbindung zu setzen.

Ich lege auch die heutige Nummer der Times bei; sie enthält die erste Rede Palmerstons als Minister des Auswärtigen. Die Rede ist sehr selbstbewußt und bespricht alle Punkte offen und deutlich¹⁾. Weiter unten finden Sie noch einen bemerkenswerten Artikel über die Geschäftsordnung bei Interpellationen der Parlamentsmitglieder

(Ich erinnere mich nicht, daß der General Sebastiani jemals auf die beiden vorhergehenden Briefe geantwortet hat; ich fahre deshalb in der Mitteilung meiner Zuschriften fort.)

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.
London, den 17. Februar 1831.

Verehrter General!

Ich kann Ihnen heute Näheres melden über die Dispositionen des hiesigen Kabinettes in Bezug auf die Wahl des Prinzen von Neapel.

Die englischen Minister sind dieser Kandidatur, trotz ihrer Vorliebe für Oranien, nicht entgegen; aber auf ihre Mitwirkung haben wir nicht zu rechnen.

Der österreichische Bevollmächtigte hat mir bereits seine Zustimmung ausgesprochen und will auch deshalb einen Agenten nach Brüssel senden; der preussische hat noch keine Instruktionen, aber er versicherte mir, daß sein Herr alles billige, was er zur endlichen Beruhigung Belgiens beitragen könne. Der Fürst Lieven, so freundschaftlich wir auch sonst miteinander stehen, hält mit seiner Meinung noch zurück, weil der russische Hof diese Kandidatur nicht gern sieht. Der Fürst Esterházy hat

¹⁾ In der Sitzung des Unterhauses am 15. Februar. Der Abgeordnete Vivian interpellirte Palmerston wegen der Zusammenziehung französischer Truppen im Nord-Departement.

mir jedoch gesagt, daß man Rußland wohl umstimmen würde, wenn nur alle übrigen Mächte dafür wären.

Sie sehen daraus, wie die Dinge jetzt stehen, und wenn die Regierung des Königs sich nur positiv ausspricht, so werden wir, wenn auch keine direkte Unterstützung, so doch jedenfalls keine Opposition finden.

Im übrigen spricht man hier nur von Erhaltung des Friedens und meint, daß nur Frankreich die Lösung zum Kriege geben könne.

Das letzte Protokoll der Konferenz ist dem Lord Ponsonby deshalb zugesandt worden, weil sie den Grafen Bresson nicht mehr als ihren Agenten betrachtet. Nach der augenblicklichen Stimmung scheint es mir geratener, die Rücksendung des Grafen hieher noch etwas aufzuschieben.

Nachschrift vom 19. Februar.

Sie finden in dem beifolgenden Protokoll Nr. 18 die Zustimmung des Königs von Holland zu den Protokollen vom 20. und 27. Januar. Wir haben diese Zustimmung nur mit Mühe erlangt und erst durch eine Pression unsererseits.

Ein in Poole angelangter englischer Schoner hat die Nachricht überbracht, daß an dem Tage, wo er Vissabon verlassen, dort ein heftiger Straßenkampf ausgebrochen sei, und daß man die Gefängnisse gestürmt habe. Dom Miguel stehe an der Spitze der Truppen¹⁾.

Der Herzog von Dalberg an den Fürsten Talleyrand
Paris, den 21. Februar 1831.

Teurer Fürst!

Wenn man Sie fragen sollte, wohin Frankreich nach den nächsten sechs Monaten gekommen sein wird, so müssen Sie

1) Am 7. Februar hatte die Regierung Dom Miguels ein Dekret erlassen, die Beurteilung der politischen Gefangenen nachsichtslos zu beschleunigen. Dies rief einen Volksaufstand zu Gunsten Donna Marias hervor, der aber blutig unterdrückt wurde.

die Antwort schuldig bleiben. Der König geht mit der Minorität, wie ehemals Bonaparte, Ludwig XVIII. und Karl X., und Casitte ist ein zweiter Polignac in den Händen der Jakobiner, wie Polignac selbst es in den Händen der Emigranten war.

Alle Parteien verlangen die Auflösung der Kammern, die auch nicht ausbleiben kann. Man sagte gestern, daß der Streit Montalivets mit dem Seinepräfecten Odilon Barrot mit der Demission des Ministers endigen würde¹⁾. Der Graf d'Argout solle ihn ersetzen, und Rigny solle die Marine bekommen. Mit den Leuten, die jetzt an der Spitze der Regierung stehen, sind alle Kombinationen möglich, ohne das Richtige zu treffen. Wenn es uns glückt, den Frieden zu erhalten, so überwinden wir vielleicht diese Krisis und dürfen uns der Ruhe freuen; aber dies scheint mir sehr unsicher.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 23. Februar 1831.

Verehrter General!

Die letzten Ereignisse in Paris haben hier eine außerordentliche Unruhe verursacht. Das Ausbleiben aller Nachrichten drei Tage lang (den 19., 20. und 21.) haben die Speculanten der Börse sehr gut auszubeuten gewußt. Seit der Julirevolution hatte sich die hiesige Börse in keiner solchen Auf-

1) Graf Bachasson de Montalivet, geb. i. J. 1801. wurde i. J. 1830 Minister des Innern und bald darauf Unterrichtsminister; später Generalintendant der Civilliste und nochmals Minister des Innern. Nach 1848 zog er sich zurück, wurde i. J. 1879 Senator und starb im Jahre darauf. — Odilon Barrot, geb. i. J. 1791, war unter der Restauration Advokat am Cassationshofe. Nach der Julirevolution gehörte er zu den Kommissaren, welche Karl X. eskortierten. Später Deputirter und Seinepräfect, mußte er letzteres Amt niederlegen, weil er sich im Aufstande des 14. Februar nicht energisch genug benommen. Im Februar 1849 ernannte Louis Philippe ihn mit Thiers zum Minister; er konnte aber die Revolution nicht hemmen. Im Dezember desselben Jahres trat er in das Kabinett des Prinz-Präsidenten, zog sich aber i. J. 1852 zurück. Er starb als Vicepräsident des Staatsrates i. J. 1873.

regung befunden. Alle Welt sprach von Krieg, und die Prämien für Lebensversicherungen gingen stark in die Höhe. Ich that mein möglichstes zur Beschwichigung, was mir indes sehr schwer wurde, weil ich gar keine Nachrichten erhalten hatte. Dabei wurde meine Wohnung von Nachfragenden nicht leer.

Leider habe ich Ihre Depesche vom 19. nicht früh genug erhalten, sonst hätte ich schon das beifolgende Protokoll nur ad referendum unterzeichnet. Sie werden aber bei Durchsicht desselben sehen, daß nur diejenigen Grundsätze darin ausgesprochen sind, welche die Konferenz von jeher geleitet haben: Gerechtigkeit und Mäßigung zum Schutz der Völkerrechte und der bestehenden Verträge. Es enthält mithin nichts, was mit den früheren Protokollen in Widerspruch stände¹⁾.

Die Konferenz wird jetzt wohl für einige Zeit ihre Sitzungen aussetzen; welche Beschlüsse sie aber auch später fassen mag, ich werde bei wichtigen Protokollen in Zukunft immer vorher die Ermächtigung des Königs zu meiner Unterschrift nachsuchen.

Ich habe ferner der Konferenz und den englischen Ministern Ihren Wunsch mitgeteilt, Lord Ponsomby von Brüssel abzurufen, wie wir es in Bezug auf den Grafen Bresson gethan haben. Man hat mir darauf erwidert, daß zwischen den beiden Agenten keine Analogie bestehe, weil der Lord immer nur die

1) Dies Protokoll vom 19. Februar ist eigentlich nur eine ausführliche Motivierung der Grundsätze, welche die Konferenz zur Intervention in Belgien geleitet hatten, und die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

1. Die Bestimmungen des Protokolles vom 20. Januar sind fundamental und unwiderruflich.

2. Die Unabhängigkeit Belgiens ist proklamiert.

3. Die Anerkennung der Neutralität Belgiens ist obligatorisch für die fünf Mächte.

4. Die fünf Mächte halten sich zu der Erklärung berechtigt, darüber zu wachen, daß der zu erwählende Souverän Belgiens durch seine Persönlichkeit die nötige Garantie biete für die Selbständigkeit und Wohlfahrt des Landes und für die Sicherheit der anderen Staaten, und zwar unter Annahme des Protokolles vom 20. Januar 1831.

Befehle der Konferenz ausgeführt hätte, was bei dem Grafen nicht der Fall gewesen.

Trotzdem habe ich mehrfach behauptet, daß die Anwesenheit Ponsomby's in Brüssel nicht allein völlig überflüssig, sondern sogar schädlich sei, konnte aber nicht damit durchdringen, und zwar um so weniger, als mir Palmerston eine Depesche zeigte, die an Lord Granville ¹⁾ gerichtet war, und in welcher es hieß, daß die französische Regierung endlich anfange, dem Lord Ponsomby gerecht zu werden, weil er nichts gethan, was gegen die Interessen Frankreichs gerichtet gewesen.

Die Aussichten des Prinzen von Oranien werden hier übrigens immer schwächer.

Der Fürst Talleyrand an die Prinzessin Adelaide.
London, den 23. Februar 1831.

Ew. Hoheit werden in dem heute abgesandten Protokoll nichts Neues finden, denn es enthält nur einen Überblick unserer bisherigen Thätigkeit. Ich hoffe aber, daß Se. Majestät damit zufrieden sein wird, darf aber auch zugleich versichern, daß wir durch unser festes Zusammenhalten in der Konferenz die belgischen Angelegenheiten gewiß zu einem guten Ende führen werden. Dadurch verhindern wir zugleich den Zusammensturz des alten Europas und retten die Throne, die Monarchen und die Freiheit der Völker.

Allerdings will ich dabei Ew. Hoheit meine sonstigen trüben Gedanken nicht verhehlen. Aber wie schlimm man auch die Zustände in Frankreich schildert, ich vertraue auf die Weisheit des Königs, der sicherlich die heilige Sache der Freiheit zu einem endlichen Triumph führen wird, trotz der augenblicklichen Verwirrung

¹⁾ Thomas Gower, Lord Granville, geb. i. J. 1773. war schon mit zweiundzwanzig Jahren Mitglied des Unterhauses, wurde i. J. 1802 Vordschatzmeister und zwei Jahre später Botschafter in Petersburg. Alsdann Gesandter im Haag i. J. 1815 und von 1831—41 englischer Botschafter in Paris. Er starb i. J. 1846. — Lord Ponsomby war ein Schwager Lord Grey's.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 24. Februar 1831.

Verehrter General!

Ich muß Ihnen den Eindruck schildern, den die Antwort des Königs auf die Begrüßung der belgischen Deputation hier gemacht hat. Sie ist eine durchaus erfreuliche und gute, wie ich diesen Morgen bei der großen Cour zu Ehren des Geburtstages der Königin von vielen Seiten erfahren habe. Die Besorgnis vor neuen, beunruhigenden Nachrichten war dadurch gehoben. Aber ich übertreibe nicht, wenn ich behaupte, daß man an den Krieg geglaubt haben würde, wenn ich mich jetzt von den übrigen Mächten getrennt hätte; für die Börsespekulanten wäre es wieder ein Tag reichlicher Ernte gewesen.

Sie werden im Protokoll vom 19. bemerkt haben, daß darin nur des Vertrages von 1814 Erwähnung geschieht, der für uns so günstig ausfiel, wie es unter den damaligen Umständen nur irgend möglich war. Die Feinde hatten binnen sechs Wochen das französische Territorium verlassen, das alte Frankreich war vergrößert und seine Grenzen zu seinem Vorteil reguliert worden, der Besitz eines großen Theils von Savoyen schützte Lyon damals weit besser als heute; die Museen waren unberührt geblieben und ebenso die Archive, denen man die Schätze von Venedig und Rom gelassen hatte.

Von dem Vertrage von 1815 spricht das Protokoll nicht, und ich habe hier nichts zu reklamieren, denn ich gab damals meine Demission, um ihn nicht unterzeichnen zu müssen.

In Ihren Briefen empfehlen Sie mir wiederholt, mit den übrigen Mächten zusammenzugehen. Dies ist auch jetzt nötiger als je, und es wird Ihnen leicht sein, es vor der Kammer zu vertreten

Es war nicht ganz exakt, als ich meldete, daß die Antwort des Königs so allgemeine Zustimmung gefunden habe;

wenigstens ließ ein Billet des Lords Grey, das mir gerade in die Hände fällt, einiges Mißtrauen durchblicken. Der Lord schrieb mir nämlich folgende Zeilen:

Downing Street, den 19. Februar 1831.

Mein lieber Fürst Talleyrand!

Meinen besten Dank für die gefällige Zusendung der Antwort des Königs. Man wird sie gewiß dahin kritisieren, daß bei allem Bedauern, die angebotene Krone ablehnen zu müssen, doch der Wunsch verborgen war, sie annehmen zu können. Aber ich halte mich an dem Wortlaut der Rede, von der ich vollständig befriedigt bin. Zugleich hege ich den innigen Wunsch, daß sich nichts ereignen möge, unsere Friedenshoffnungen zu trüben.

Genehmigen Sie, lieber Fürst

Grey

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 25. Februar 1831.

Berehrter General!

Der Geburtstag der Königin wurde hier überall mit großer Begeisterung gefeiert. Glänzende Festlichkeiten und Illuminationen und der dazu gehörende Volksjubel zeugten von der Verehrung der englischen Nation für das Königshaus und ließen die gehässigsten Verleumdungen der Pamphletisten nicht aufkommen.

Die Parlamentsitzungen werden täglich interessanter, obwohl das Ministerium in der Beratung des Budgets eine kleine Niederlage erlitten hat. Bald wird auch die Reformbill eingebracht werden, die zur Stärkung des Ministeriums dienen sollte, die aber möglicherweise dem Kabinett Verlegenheiten bereiten könnte, denn die eigentliche Reformpartei wird nicht dadurch befriedigt werden. Die politische Lage des Continents beschäftigt hier noch immer alle Welt. Die Unruhen in Paris,

die Angriffe auf den Alerus, die Revolution in Italien und die in Deutschland überall herrschenden Besorgnisse — dies alles kann wohl ein ernstes Nachdenken erwecken. Handel und Gewerbe leiden sehr darunter.

Die Politiker erblicken nach wie vor in den verbündeten Großmächten die beste Friedensbürgschaft. Ich nenne Ihnen nur Sir James Mackintosh, der doch gewiß unverdächtig ist. Selbst dieser Mann, der bis jetzt immer den Kontinentalmächten feindlich gegenüberstand, hat sich zu dieser Ansicht bekehrt, denn nur allein diese Allianz könne die Gefahren des Despotismus und der Anarchie wirksam bekämpfen¹⁾.

P. S. Ich wurde diesen Morgen auf das Auswärtige gerufen, wo durch Ponsomby die Meldung eingetroffen war, daß die Belagerung von Maastricht fort dauert und daß die Verbindungen mit Nordbrabant und mit Aachen vollständig unterbrochen sind.

Es wurde sofort beschlossen, mit äußerster Strenge gegen die Belgier vorzugehen; ich habe aber das Protokoll nicht unterzeichnet, sondern will erst Ihre Genehmigung abwarten. Lord Palmerston sendet zugleich einen Kurier an Lord Granville ab, der Ihnen mündlich das Nähere mitteilen und Sie um Ihre Mitwirkung ersuchen wird. Es handelt sich hier nur um eine strikte Beobachtung des von allen Mächten, also auch von Frankreich festgesetzten Waffenstillstandsvertrages

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 27. Februar 1831.

Verehrter General!

Ihrem Wunsche gemäß habe ich den Fürsten Lieven noch einmal wegen des Aufenthaltes des Herrn von Krüdener in

¹⁾ Sir James Mackintosh (1765—1832), bedeutender englischer Volksredner und Publizist. Im Parlament war er einer der einflussreichsten Männer der Whigpartei.

Brüssel interpelliert und kann Ihnen jetzt mitteilen, daß der genannte Herr bereits nach London zurückgerufen ist. Bei dieser Gelegenheit habe ich auch aufs neue erfahren, daß man hier die Kandidatur des Prinzen von Oranien vollständig aufgegeben hat. Ferner wird hier ein aus Frankfurt stammendes Gerücht verbreitet, daß die Mission des Herzogs von Mortemart nach Petersburg ganz erfolglos gewesen sei. Es wird sich mit diesem Gerücht wohl ähnlich verhalten, wie mit der Behauptung, daß die hiesigen russischen Bevollmächtigten alle Protokolle nur ad referendum unterzeichnen dürfen, was auch nicht der Fall ist. Lieven und Matusiewicz unterzeichnen alles ohne Rückhalt, pur et simple, was uns nur lieb sein kann.

Die Wahl des Barons Surllet zum Mitglied der belgischen Regentschaft ist hier diesen Morgen bekannt geworden, und wenn der König den General Belliard¹⁾ zum Gesandten in Brüssel ernannt hat, so steht der Rückkehr des Grafen Bresson nach London nichts mehr im Wege. Ich werde ihm hier schon wieder eine passende Stelle zu verschaffen wissen.

Ich bedaure, daß Sie das Protokoll Nr. 19 zu spät erhalten haben; Sie hätten darin das beste Material gefunden, die unwürdigen Angriffe in der Kammer zu widerlegen.

Der Herzog von Dalberg an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 27. Februar 1831.

Teurer Fürst!

Unsere Lage verschlimmert sich immer mehr. Geld ist gar nicht mehr zu haben. Seit dem Direktorium hat Frank-

1) Der General Graf Belliard (1769–1832) machte alle Feldzüge der Republik und des Kaiserreiches mit, zog sich unter der Restauration zurück und wurde i. J. 1831 französischer Gesandter in Brüssel, starb aber schon im nächsten Jahre. — In der Kammer Sitzung vom 23. Februar griff der General Samarque die Regierung wegen der Ablehnung der belgischen Krone heftig an: „Überall Unsicherheit, Unentschlossenheit und Widersprüche, die unsere ganze Diplomatie in dem kläglichsten Lichte erscheinen lassen.“

reich solche Zustände nicht gesehen. Von Autorität keine Spur, nichts wie Intriguen.

Sie haben ganz recht, wenn Sie sagen, daß die Konferenz noch die einzige wirkliche Macht in Europa ist, aber kann sie auf unsere inneren Verhältnisse Einfluß haben? Das völlig unfähige Ministerium stützt sich jetzt auf die Linke, kann also zwischen der Kammer und der Krone nicht mehr vermitteln, und wie kann eine Regierung ohne Kammermajorität bestehen?

Man sieht jetzt deutlich, daß die letzten Aufstände von den Karlisten im Verein mit den Bonapartisten angezettelt wurden, und die letzteren werden bald obenauf kommen, wenn der König nicht ernstlich einschreitet. Sie fühlen sich durch die Ereignisse in Belgien nur um so stärker. Lafayette möchte gern Präsident einer Regentschaft in Frankreich werden, aber länger als vierundzwanzig Stunden würde er sich schwerlich halten können.

Durch Ihren Briefwechsel mit dem König und mit dem Ministerium werden Sie doch wohl ungefähr wissen, was man hier will. Ich und meine Freunde wissen von nichts und warten nur auf den Blitzstrahl, der das ganze miserable Kartenhaus zusammenwerfen soll. Ein König, der sich keinen Gehorsam zu verschaffen weiß, eine Pairskammer, die gesetzlich ohne Halt ist, eine Deputiertenkammer, die man isoliert und fortschicken will, eine faule Nationalgarde, die im Notfalle nicht dreinschlagen kann, eine Armee, die nicht weiß, wem sie gehorchen soll — da haben Sie ein Bild unserer Lage. Verschaffen Sie uns doch ein Mittel gegen eine solche Anarchie.

Im Auslande sieht man auch nur Wühlereien, um die Völker aufzustacheln, und nirgends Kraft und Energie, ein solches Treiben zu verhindern. Nach dem westfälischen Frieden blieb noch eine Armee beisammen, um über die Vollziehung der Verträge zu wachen; das wäre uns jetzt nötig, um die einzelnen Staaten auf den rechten Weg zu leiten.

Ich glaube, wir gehen einer Militärherrschaft entgegen, als Resultat dieser anarchischen Zustände. Meine Familie hat Genua verlassen, wo noch alles ruhig war; aber von Lyon aus wollten die sardinischen Flüchtlinge einen Handstreich versuchen, der gottlob noch zeitig unterdrückt wurde.

Ihr sogenannter Chef Sebastiani ist noch immer der alte: gut Freund mit Chatelain und Bertin. Der erstere hat Sie in seiner Nummer vom 28. scharf angegriffen¹⁾. Es weiß eben niemand recht, was er will. Wenn es zum Kriege kommt, meint der gute alte Marschall Jourdan, so muß ein Nationalkonvent voraufgehen. Der König mag sich in acht nehmen!

Freuen Sie sich, teurer Fürst, daß Sie nicht genötigt sind, hier mit uns zu leben

Ein solcher Zustand, wie der Herzog von Dalberg ihn schilderte, konnte unmöglich länger dauern; und ich glaube, der König wollte diese Männer, deren Hauptführer Lasitte war, sich abnutzen lassen, um dann energisch einzuschreiten.

Das Ministerium mußte wenigstens teilweise entlassen werden, und es galt, unter den konservativen Deputierten einen tüchtigen Mann ausfindig zu machen. Glücklicherweise

1) „Ein Brief aus London“, heißt es in jenem Artikel, „spricht von einem Protokoll, das alle unsere bisherigen politischen Grundsätze über den Haufen wirft. Man begreift nicht, wie diese Konferenz von Diplomaten, deren Beratungen doch von ganz Europa gelesen werden, es wagen kann, sich auf die Verträge von 1815 zu berufen, welche die Länder zerstückelten und beliebig verschachtelten, und die Völker wie das liebe Vieh zusammenpferchten, die sich jetzt in halb Europa erheben, um aus diesem schimpflichen und unnatürlichen Zustande herauszukommen, Aber Herr von Talleyrand sitzt mit in der Konferenz, er, der selbst Anteil an jenen Verträgen hatte, und dieser Umstand genügt, um uns zu überzeugen, daß in London unsere wahren Interessen gefährdet sind. Weshalb ruft unsere Regierung diesen Bevollmächtigten nicht zurück? Wir würden jedenfalls den Vorteil haben, von einem solchen Manne nicht mehr vertreten zu sein und zugleich unsere Unabhängigkeit wiedergewinnen. Die Diplomaten scheinen zu vergessen, daß Frankreich noch immer die Lösung für ganz Europa geben kann. Will man es zum äußersten treiben? Wir sind bereit!“

fand sich ein solcher: es war dies kein geringerer als Casimir Périer¹⁾.

Die Schwierigkeiten mit Soult wegen des Vorsitzes im Ministerium waren bald beseitigt, jedoch die anderen Bedingungen, welche Périer stellte, gefielen anfangs dem Könige nicht. Er mußte aber im Hinblick auf die stets wachsende Gefahr der Lage nachgeben, und das Ministerium Périer kam am 13. März zustande²⁾.

Es gelang dem König, den General Sebastiani für das Ministerium des Außern zu behalten.

Inzwischen wurden die Sitzungen der Konferenz etwas ausgesetzt, weil im Parlament die ersten Debatten über die Reformbill stattfanden, die Lord John Russell³⁾ am 1. März im Unterhause eröffnete. Ich gehe hier nicht in die Einzelheiten über diesen wichtigen Gegenstand ein, sondern werde nur die Resultate, wie sie im Laufe der langen Diskussionen hervortraten, kurz berühren.

1) Casimir Périer, geb. i. J. 1777 zu Grenoble, war zuerst Genieoffizier. Er gründete später mit seinem Bruder ein Bankhaus, das außerordentlich prosperierte. Nach der Julirevolution wurde er Präsident der Deputiertenkammer und am 13. März 1831 Ministerpräsident; er starb aber schon am 16. Mai 1832 an der Cholera.

2) In dem neuen Kabinett blieb der General Sebastiani Minister des Außern und Soult Kriegsminister. Montalivet wurde Unterrichtsminister und Riguy Marineminister.

In England machte dieser Ministerwechsel einen sehr guten Eindruck, wie aus einem Briefe Palmerstons an Granville hervorgeht:

„Wir sind hier über die Ernennung Casimir Périers hoch erfreut, denn wir hoffen, daß dadurch der Friede für Europa und Frankreich gesichert ist. Kommen Sie dem neuen Ministerpräsidenten recht herzlich entgegen und sagen Sie ihm, daß das englische Kabinett großes Vertrauen in ihn setzt und ihn als eine Friedensbürgschaft betrachtet.“

3) Lord John Russell, geb. i. J. 1792, trat früh in das Unterhaus und hielt sich zur Whigpartei. Er wurde i. J. 1830 zum Generalschatzmeister der Armee ernannt und zugleich zum Mitgliede der Kommission für die Wahlreform.

Der parlamentarische Kampf um die Bill dauerte, wegen der Opposition im Oberhause, über ein volles Jahr, bis sie endlich, am 4. Juni 1832, von beiden Häusern angenommen wurde. Lord Russell war der eigentliche Führer der ganzen Bewegung. Er bekleidete später mehrfache Ministerposten und folgte Lord Palmerston als Kabinettschef von 1865—68. Er starb i. J. 1878.

Ich hatte in meinen Briefen nach Paris noch immer gegen die dortigen verkehrten Auffassungen der belgischen Verhältnisse zu kämpfen. In Brüssel beschuldigte man die Konferenz der Parteilichkeit für Holland, während der König von Holland sich laut und bitter über uns beklagte, weil wir eine Revolution begünstigten, durch die er die Hälfte seiner Staaten verloren.

Der General Sebastiani wollte gern in der belgischen Frage die Politik Frankreichs von derjenigen der anderen vier Mächte trennen und begriff nicht, daß er dadurch nur den bonapartistischen und republikanischen Intriguen Vorschub leistete, aber die Ereignisse in Italien und Spanien zwangen ihn doch immer wieder, sich an England zu halten.

Die italienischen Revolutionäre hatten einen Aufstand in den päpstlichen Staaten hervorgerufen, an welchem sich zwei Mitglieder der Familie Bonaparte beteiligten¹⁾. Die französische Regierung befürchtete die Folgen einer Intervention Oesterreichs und beauftragte mich, im Einverständnis mit England, die anderen Mächte um gemeinsame Vermittelung zu ersuchen, damit Oesterreich nicht allein vorgehe.

Ferner wünschte man in Paris, daß Frankreich und England die spanischen Angelegenheiten zusammen regulieren möchten.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 5. März 1831.

Verehrter General!

Ich habe heute Ihre beiden Depeschen vom 1. d. M. erhalten (die eine wegen Luxemburg und die andere wegen Italien) und werde genau Ihre Weisungen befolgen. Aber die Debatten über die Parlamentsreform nehmen die englischen Minister der-

1) Die beiden Söhne des Exkönigs Louis Bonaparte beteiligten sich an dem Aufstande in der Romagna. Der ältere, Charles, starb in Forlì am Nervenfieber, und der zweite, Louis, entging in Ancona nur mit Mühe dem Tode. Dieser Prinz war der spätere Kaiser Napoleon III.

gestalt in Anspruch, daß es sehr schwer hält, andere politische Fragen mit ihnen zu verhandeln.

Ich habe übrigens schon mit den Herren von Bülow und von Wessenberg die luxemburgische Angelegenheit besprochen. Beide erwiderten mir, daß es ihnen peinlich sei, darüber nach Frankfurt zu berichten, nachdem sie gesehen, daß man die gemachten Versprechungen nicht gehalten habe, daß nämlich Maastricht noch immer von belgischen Truppen blockiert sei, trotz der Gegenversicherungen der Regentschaft in Brüssel. Dadurch würden die Unterhandlungen ganz illusorisch. Ich sagte ihnen, daß der General Mellinet¹⁾, unter Androhung der Absetzung, den Befehl erhalten habe, sich sofort zurückzuziehen, worauf sie mir antworteten, daß sie alsdann nach Frankfurt berichten wollten, um den Bundestag von weiteren Schritten abzuhalten²⁾.

Am 8. März sandte ich darauf den folgenden Brief an den General Sebastiani:

Ich teile ganz Ihre Ansichten über die Zustände in Italien und glaube auch, daß Ihre Pläne in Bezug auf den Kirchenstaat recht gut auszuführen sind. Der Fürst Esterházy und der Baron Wessenberg stimmen mir bei, obwohl sie keine direkten Instruktionen haben; sie wollen aber in unserem Sinne darüber nach Wien berichten.

1) François Mellinet, geb. i. J. 1769, war Oberst i. J. 1793 und während der Hundert Tage Generalstabschef der jungen Garde. Er lebte hierauf in der Zurückgezogenheit bis zur Julirevolution, wo er an der Spitze eines Freiwilligen-corps nach Belgien marschierte und in den Septembertagen die Artillerie von Brüssel kommandierte. Alsdann leitete er die Blockade von Maastricht. Vom Regenten abberufen, blieb er in Brüssel als Haupt der republikanischen Partei. Do t suchte er i. J. 1848 einen Volksaufstand hervorzurufen, wurde aber verhaftet und zur Detention verurteilt. Er starb i. J. 1857.

2) Der König von Holland hatte sich in seiner Eigenschaft als Großherzog von Luxemburg an den Bundestag um Unterstützung gewandt. Derselbe dekretierte in seiner Sitzung vom 18. März die Bildung eines Armeecorps von 80000 Mann, um den König wieder in seine Rechte einzusetzen, und erließ zugleich die nötigen Befehle, die Festungen der Bundesstaaten zu verproviantieren.

Mit Lord Palmerston habe ich ebenfalls diesen Morgen eine lange Unterredung gehabt und den Inhalt Ihres Briefes vom 1. mit ihm besprochen.

Er ist ganz bereit, in der italienischen Frage mit uns und dem Wiener Kabinett zusammenzugehen, um von der päpstlichen Regierung die nötigen Zugeständnisse zu erlangen und vielleicht einen Teil der Verwaltung weltlichen Händen zu übergeben. Er billigt ferner vollkommen Ihr Verfahren gegen Piemont und besonders die Entwaffnung der piemontesischen Flüchtlinge an der Grenze.

Ihre Beschwerden gegen Spanien haben uns auf den Gedanken gebracht, daß man die spanischen Truppen wohl leicht bewegen könnte, sich von der Pyrenäengrenze zurückzuziehen, wenn Sie Ihrerseits die spanischen Flüchtlinge veranlassen, nach dem Norden von Frankreich zu gehen. Sie werden sich über diesen Punkt wohl mit dem spanischen Botschafter verständigen. Jedenfalls dürfen Sie in dieser Angelegenheit auf die Unterstützung des englischen Kabinettes rechnen.

Die nächste Zusammenkunft der Konferenz ist wegen der Parlamentssitungen auf Freitag verschoben. Wir werden alsdann die verschiedenen Punkte Ihrer letzten Depesche eingehend besprechen.

An demselben Tage schrieb ich auch noch an die Prinzessin Adelaide:

Ew. Hoheit werden bereits wissen, daß wir jetzt mit allen Mächten auf dem besten Fuße stehen, denn sie wünschen Frankreich die gleiche Ruhe, welche sie sich selbst wünschen. Dabei verfolgen sie mit Aufmerksamkeit alle Ereignisse, sowohl in Paris als auch in den Departements, die irgendwie diese Ruhe stören könnten. Sie wollen redlich den Frieden, der nur durch die Umsturzparteien in Frankreich gefährdet ist, jene Parteien, die von Ruhm und Eroberungen träumen und die wahren Interessen des Vaterlandes unberücksichtigt lassen. Der Thron

Louis Philippes ist jetzt so alt wie derjenige des h. Ludwig, d. h., solange wir Frieden behalten -- mit dem Kriege datiert er von gestern.

Diesem Kriege vorzubeugen, haben Ew. Hoheit mir immer ans Herz gelegt, und mir gleichfalls empfohlen, mit den Vertretern der einzelnen Mächte freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen: ich hoffe, daß ich diese Aufgabe zur Zufriedenheit gelöst habe.

Ich bemerke noch, daß ich bis jetzt keine Antwort auf das Protokoll vom 19. erhalten, obwohl das hiesige diplomatische Corps und auch der Herr von Rothschild seit vierundzwanzig Stunden von der Ankunft desselben in Paris benachrichtigt sind. Unsere Zeitungen besprechen bereits den Inhalt jenes Protokolles in entstellender und gehässiger Weise, und doch ist die wortgetreue Veröffentlichung von großer Wichtigkeit. Das Publikum muß nämlich wissen, daß ich, wenn ich von Verträgen rede, nur den Friedensschluß von 1814 im Auge haben kann, der Frankreich groß und stark ließ, und nicht, wie man unwahr behauptet, von 1815, an dem ich keinen Anteil hatte¹⁾. Ich darf wohl sagen, daß ich ebensoviel Nationalstolz besitze, wie jeder andere Franzose

Auch meiner Freundin, der Prinzessin von Baudémont, sandte ich an jenem Tage die folgenden Zeilen:

Es mag sein, daß ich, wie man in Paris behauptet, die Dinge etwas von oben herab betrachte; aber, um gut zu sehen, muß man einen erhöhten Standpunkt wählen. Mit den unruhigen und leichtfertigen Belgiern ist nicht viel anzufangen. Vielleicht wird Belgien uns später zufallen; heute ist dies von geringem Interesse. Die Macht der Thatfachen könnte Bel-

¹⁾ Vergl. den Auszug aus dem *Courrier français* in der Anmerkung auf S. 64.

gien in die Arme Frankreichs führen, aber wir müssen erst ein Frankreich machen, und zwar eines, das mit den Großmächten verbunden ist, die ihm schon heute die Hand reichen. Dahin habe ich es hier in London doch schon gebracht. Und diese Stellung dürfen wir nie aus den Augen verlieren; es hat mir große Mühe gemacht, sie zu erreichen, aber ich wollte dem König und der Prinzessin Adelaide, die mir beide sehr teuer sind, redlich dienen. Lassen wir die kleinen Interessen beiseite und denken wir nur an die großen. Es ist besser, mit den Großmächten zu harmonieren und auf gleichem Fuß mit ihnen zu stehen, als mit den Herren van de Weyer und Compagnie gut freund zu sein.

Unser Protokoll über Belgien war doch gewiß recht verständlich, und trotzdem wirft man uns Parteilichkeit für Holland vor und sagt, wir seien Holländer; Holland sagt, wir seien Belgier, und der König sagt uns noch Grobheiten obendrein. Wenn uns alle Welt tadelt, ist man wohl so ziemlich auf dem rechten Wege. In Frankreich hört man freilich nur mit einem Ohr, und zwar auf den Grafen von Selles, aber das ist nicht sonderlich empfehlenswert

Der Fürst Talleyrand an den Grafen Sebastiani.

London, den 13. März 1831.

Berehrter General!

Die Konferenz wird erst morgen im auswärtigen Amte zusammentreten, wo ich dann Ihren letzten ostensibelen Brief vorlesen werde.

Ich war gestern wieder bei Lord Palmerston und berührte zunächst die Ereignisse in Warschau und sprach von den gefährlichen Folgen für Europa, wenn der Kaiser Nikolaus nicht der Mäßigung und Großmut Gehör geben wolle. Palmerston ging ganz auf meine Ideen ein und sagte mir, er werde den

englischen Botschafter in Petersburg anweisen, auf der Beobachtung der Verträge von 1814 zu bestehen, nach welchen Polen ein selbständiges Königreich und keine russische Provinz sein soll. Dies wird auch ganz Ihren Wünschen entsprechen, denn Sie haben vermutlich dem Herzog von Mortemart ähnliche Instruktionen gegeben.

Alsdann theilte ich Palmerston Ihre Bemerkungen über die griechischen Angelegenheiten mit. Er sagte mir, der Fürst Lieven habe eine Depesche aus Petersburg erhalten, wo man über die Grenzerweiterungen Griechenlands beunruhigt sei. Rußland will indes nicht direkt einschreiten, schon wegen der Entschädigungssumme, die Griechenland an die Türkei zahlen muß, die aber schließlich an Rußland fällt, als Zahlung, welche der Vertrag von Adrianopel stipuliert hat. Deshalb, fügte Palmerston hinzu, wolle das Petersburger Kabinett die Regulierung der griechischen Frage England und Frankreich überlassen und im Notfalle die Ansprüche Griechenlands unterstützen.

Wegen Portugal und der darauf bezüglichen Punkte in Ihrer Depesche vom 4. d. M. hat Palmerston mir die Gründe auseinandergesetzt, die das englische Kabinett verhindern, darin mit uns gemeinschaftliche Sache zu machen. England hat nämlich sehr günstige Partikularverträge mit Portugal, die wir nicht haben und kann deshalb auch nur allein mit der portugiesischen Regierung verhandeln. In streitigen Fällen hat England sogar das Recht, dieselben einem von ihm ernannten portugiesischen Gerichtshof vorzulegen.

Die Anerkennung Dom Miguel's ist zweifelhafter denn je, und im übrigen wird England auch in Bezug auf Portugal stets mit uns zusammengehen.

Die Reformbill macht Fortschritte, täglich treffen Petitionen dafür von allen Seiten ein, und das Ministerium hofft auf eine Majorität im Parlament

Der Herzog von Dalberg an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 25. März 1831.

Teurer Fürst!

Endlich ist ein neues Ministerium an die Stelle des alten getreten, das so einfältig, unfähig und verächtlich war, wie Frankreich kaum jemals eines gehabt. Der Staatsbankrott stand schon vor der Thür, und man würde Lafitte und Thiers wohl schwerlich die provisorischen vier zwölftel Steuern bewilligt haben. Die revolutionäre Kammeraderie ist hier aber so stark, daß sie in den Zeitungen jedes strenge Urtheil über die abgegangenen Minister zu unterdrücken weiß. Auch bleiben noch Lafittesche Kreaturen genug in der Verwaltung.

Wird das neue Ministerium sich nun bei der überall herrschenden Unordnung und Unbotmäßigkeit halten können? Jedenfalls darf es zwei Dinge nicht vergessen: man unterhandelt nicht mit dem aufständischen Volke, sondern geht entschieden vor; 70,000 Mann liegen um Paris herum, und drei Regimenter Kavallerie sind bereits eingerückt. Diese Maßregeln lassen das Beste hoffen. Alsdann muß das Ministerium in der neuen Kammer (denn die haben wir durchaus nötig) die Majorität besitzen. Hoffentlich werden die Neuwahlen das linke Centrum ansehnlich verstärken, und dann ist der Sieg gesichert.

Daß man Sebastiani für das Auswärtige beibehalten hat, ist ein großer Fehler. Er war immer nur das schwache Werkzeug der Intrigue. Er will keinen Krieg und kann doch den Frieden nicht aufrecht halten.

Casimir Périer will gleichfalls den Frieden, aber man hat dafür nur alles so verdorben. Die unverhältnißmäßig starken Rüstungen, unter dem Vorwande, daß Europa uns angreifen wolle, haben die Gemüther so erhitzt, daß sie sich schwer beruhigen lassen. Dazu das Geschwätz der Leute in der

Umgebung des Königs: wie Batout, Remigny und Treviso, als wollten sie ganz Europa auffressen

Am 19. März schrieb ich an den General Sebastiani:

Verehrter General!

Die Proklamation des belgischen Regenten an die Luxemburger hat hier einen schlechten Eindruck gemacht ¹⁾.

Wäre die Proklamation nur vierzehn Tage früher erschienen, ich hätte alsdann die Instruktionen, die Sie dem General Belliard gegeben, hier sehr gut verwerten können, um den Verdruß über die Verkehrtheiten des belgischen Regenten zu beschwichtigen. Ich würde dann auch vielleicht die Absendung einiger englischen Kriegsschiffe nach der Schelde verhindert und dem preußischen Bevollmächtigten Gelegenheit gegeben haben, positiveres nach Frankfurt zu melden.

Wie dem auch sei, ich werde schon versuchen, den möglichsten Erfolg aus Ihrer Depesche vom 16. zu ziehen

Tags zuvor hatte ich bereits den folgenden Brief an den Ministerpräsidenten Casimir Périer gesandt, und dieser Brief gereicht mir noch heute zu einer gewissen Genugthuung, weil derselbe meine politischen Ideen über meine Mission deutlich ausspricht.

¹⁾ Am 5. März veröffentlichte der Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar, den der König von Holland als Generalgouverneur nach Luxemburg gesandt hatte, eine Proklamation, die allen Einwohnern des Großherzogtums vollständige Amnestie versprach, sobald sie sich ihrem früheren Landesherren wieder unterwerfen würden. Als Antwort darauf erließ der Regent Belgiens, Surlet de Choklé, eine Gegenproklamation, welche die Luxemburger beschwor, der belgischen Sache treu zu bleiben und alle Anerbietungen des Königs zurückzuweisen und die mit den Worten schloß: „Im Namen Belgiens, eure Brüder werden euch nie verlassen!“ Diese Herausforderung, die zugleich gegen die Konferenz gerichtet war, rief in London großen Unwillen hervor.

Der Fürst Talleyrand an Casimir Périer.

London, den 28. März 1831.

Verehrter Herr!

Endlich hat sich nach langen Wirren und trüben Befürchtungen der Horizont unseres schönen Frankreichs aufgeklärt und alle Hoffnungen und Wünsche richten sich auf Sie.

Auch alle Wohlbedenkenden in England sind befriedigt, besonders die ehrenwerten Männer, die hier für die Interessen des Continents vereinigt sind und zu den Freunden Frankreichs zählen — fast bin ich beauftragt, Ihnen dies direkt zu versichern.

Ich erlaube mir jetzt, Ihnen, als dem Ministerpräsidenten, kurz die Grundsätze mitzuteilen, nach denen ich mein Amt als französischer Botschafter in London verwaltet habe.

Mein Hauptzweck war die Erhaltung des Friedens, denn nur dadurch konnte sich unsere neue Dynastie befestigen und den Rang einnehmen, der ihr gebührte, um das alte Europa vor einem drohenden Untergange zu bewahren. Nur die Unabhängigkeit meines Vaterlandes stand mir noch höher, aber sie wurde gottlob von keiner Seite bedroht.

Deshalb betrachtete ich auch im Gegensatz zu den exaltierten Parteien in Frankreich die belgische Frage als nicht so wichtig, wie man in Paris glaubte. Ich habe aber stets bedauert, daß die öffentliche Meinung in meinem Vaterlande sich auf eine Handvoll Anarchisten stützte und zwar in einer Frage, die nicht überhastet sein will, sondern sich mit der Zeit und nach dem Laufe der Dinge günstig für uns lösen wird.

Um die Ordnung und den Frieden in der Welt zu bewahren, muß eine Autorität da sein, die leider augenblicklich so gut wie nirgends existiert, mit Ausnahme einer einzigen, nämlich die Einigkeit der Vertreter der fünf Großmächte. Diese Einigkeit hat mit der sogenannten heiligen Allianz nichts zu schaffen; denn das Prinzip der Nichtintervention in

Bezug auf das Recht der Selbstbestimmung der einzelnen Staaten zerstört die Grundlage, auf welcher diese Allianz beruhte. Die vereinigten Mächte, durch Erfahrung belehrt, sind zu den notwendigen Konzessionen bereit, selbstverständlich unter den unabweislichen Bürgschaften, die sie beobachten müssen.

So habe ich die Dinge von jeher angesehen, und finde darin den wahren Stützpunkt für unsere neue Regierung. Europa selbst mußte den sicheren Bestand derselben wünschen, und zwar im eigenen Interesse; und ich darf sagen, daß ich dies erreicht habe. Unser Einfluß wird noch fortwährend zunehmen, nur müssen wir das Ausland wegen der Kriegsgelüste beruhigen, die man uns noch immer vorwirft, und zwar, indem wir uns im eigenen Hause als Herren zeigen, was wir seit drei Monaten nicht mehr gewesen sind.

Das Prinzip der Nichtintervention wird aber zu einer Verkehrtheit, wenn man es als absolut aufstellen will. Ein klares politisches Verständnis gehört dazu, es richtig anzuwenden, oder es zu umgehen. Und da Sie, wie Canning, dieses Verständnis in hohem Grade besitzen, so können wir ganz beruhigt sein.

Ich wünsche sehnlich, daß diese meine Politik auch der Ihrigen entsprechen möge; ich bin indes zu alt geworden, um mich für unfehlbar zu halten und nehme gern Ihre Berichtigungen und Weisungen an, um Ihnen in allem zu folgen, was Sie für gut und nützlich erachten.

Genehmigen Sie

Talleyrand.

Dieser Brief wird gewiß seinen Eindruck nicht verfehlt haben, mußte ich doch, daß Herr Périer eine verständigere Politik verfolgen würde, als seine Vorgänger.

Ich konnte dies auch schon an der veränderten Sprache in der Depesche Sebastianis vom 16. März merken, und, um

den General in dieser guten Stimmung zu erhalten, schickte ich ihm am 20. den folgenden Brief:

Verehrter General!

Ich teilte diesen Morgen dem Lord Palmerston, dem Fürsten Esterhazy und dem Baron von Bülow Ihre Depesche vom 16. mit, und die drei Herren waren sehr erfreut, daraus zu ersehen, daß die französische Regierung sich endlich aus der peinlichen Lage befreien will, in welche die belgischen Wirren sie gebracht haben.

Belgien, so sagte mir jeder von ihnen, geht nur darauf aus, Frankreich mitfortzureißen, und den Intriganten in Brüssel liegt nichts an der Ruhe Frankreichs, sondern sie wollen es gegen Europa aufheizen. Der Baron von Bülow fügte noch hinzu, daß die Konferenz ganz recht gehabt, in ihrem Protokoll Nr. 7 von der „künftigen“ Unabhängigkeit Belgiens zu sprechen. Auch haben mir die österreichischen und preußischen Bevollmächtigten versprochen, nach Frankfurt zu schreiben, um den Bundestag von weiteren Schritten, die ich befürchtete, zurückzuhalten.

Der Prinz von Oranien hat sich diesen Morgen nach Holland eingeschifft, nachdem er alle Genüsse der Hauptstadt vollauf durchgekostet. Seine ganze hiesige Lebensweise war durchaus keine respectable

Das obenangedeutete Versprechen der österreichischen und preußischen Bevollmächtigten, nach Frankfurt zu schreiben, war keineswegs überflüssig gewesen, denn der Bundestag hatte die unbesonnene Proklamation des Regenten an die Luxemburger mit dem größten Mißfallen aufgenommen. Man wollte deshalb in Frankfurt schon energische Maßregeln ergreifen, stand aber auf Anraten des Fürsten Esterhazy und des Barons von Bülow davon ab, und zwar hauptsächlich, weil das neue französische Ministerium viel Vertrauen erweckte.

Von Paris hatte ich die Weisung erhalten, das Londoner Kabinett zu veranlassen, einen englischen Agenten nach Italien zu senden, um durch unsere diplomatische Vermittelung die Unruhen, namentlich im Kirchenstaate, beizulegen und einer österreichischen Intervention zuvorzukommen. Ich schrieb deshalb einige Zeilen an Lord Palmerston, der im Parlament wegen der Diskussion über die Reformbill zurückgehalten wurde. Die Bill wurde in der Nacht vom 22. auf den 23. März mit der Majorität einer einzigen Stimme angenommen¹⁾. Lord Palmerston antwortete mir, wie folgt:

Mein lieber Fürst!

Besten Dank für Ihre Glückwünsche. Unsere Lösung ist: Einer genügt.

Sir Brook Taylor, ein tüchtiger Diplomat, befindet sich augenblicklich in Florenz, nachdem er den Winter, seiner Gesundheit wegen, in Rom zugebracht; er ist ganz der Mann, dessen wir bedürfen, und ich werde ihm ohne Verzug die nötigen Instruktionen zugehen lassen, nach Rom zurückzukehren und sich dort mit Ihnen und mit Oesterreich in Verbindung zu setzen.

Nach den letzten Berichten aus Florenz scheint es mir aber, daß Bologna kein Warschau ist und daß der dortige Aufstand durch den schlechten Wind, der aus Mailand herüberweht, kompromittiert wird. Bianchetti und ein anderer Agitator, dessen Namen ich vergessen habe, sind aus Toscana angekommen und wollen sich in Livorno nach Frankreich oder England einschiffen. Wir werden wohl keine großen Schwierigkeiten haben, den Papst mit den Aufständigen wieder zu versöhnen.

Ganz der Ihrige!

Palmerston.

¹⁾ Die Reformbill selbst wurde übrigens in jener Sitzung nicht angenommen, sondern nur die Zustimmung zu der zweiten Lesung, und bei dieser erlitt das Ministerium eine Niederlage.

So gelangten alle wichtigen politischen Fragen, die Europa damals bewegten, in London zum Austrag, wo das englische Kabinett sie mit den Bevollmächtigten beriet und zu schlichten suchte. Die italienischen Angelegenheiten bereiteten der französischen Regierung neue Verlegenheiten, auf die ich später zurückkommen werde. Vorher will ich nur den Verlauf der anderen Fragen weiter verfolgen.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.
London, den 25. März 1831.

Verehrter General!

Ich habe mehrfach mit Palmerston über die polnischen Angelegenheiten gesprochen und bin überzeugt, daß das englische Kabinett sich aufrichtig für Polen interessiert. Lord Heytersburgh, der englische Botschafter in Petersburg, soll dort die Stimme der Mäßigung vernehmen lassen, und es wäre wohl gut, wenn der Herzog von Mortemart sich mit ihm verständigte, denn dieser wird doch gewiß ähnliche Instruktionen erhalten haben.

Als Basis einer solchen Vermittelung müssen uns die Verträge von 1814 dienen, welche den Polen eine unabhängige Existenz unter dem Scepter des russischen Kaisers zusicherten, und diese Verträge würden schwer verletzt werden, wenn Rußland Gewalt anwenden will.

Diesen Morgen habe ich auch den neuen belgischen Gesandten gesehen¹⁾, aber in meiner Unterhaltung mit ihm eine große Reserve beobachtet, und die übrigen Bevollmächtigten thun dasselbe. Mir fiel aber doch ein Satz aus Ihrem Briefe vom 16. ein, den ich ihm nicht vorenthalten wollte, daß nämlich Frankreich nur dann geneigt sein könne, Belgien zu unterstützen, wenn dasselbe nicht durch irgend welche Provokationen

¹⁾ Graf Arschot (1781—1846), Mitglied der Ersten Kammer der Generalstaaten von 1825 bis 1830, später unter der Regierung Leopolds I. Palastmarschall und Senator.

den Frieden Europas bedrohen wolle. Dadurch war auch der Standpunkt der Konferenz hinreichend bezeichnet. „Das heutige Belgien“, sagte ich ihm dann noch, „ist das Belgien von 1790; seine Neutralität ist bereits anerkannt, und seine Unabhängigkeit soll jetzt proklamiert werden, es hat also die besten Aussichten, aber nur unter der Bedingung, die anderen Staaten nicht zu beunruhigen.“

Ich erwarte auch das Resultat Ihrer Bemühungen beim Bundestag in Frankfurt wegen Einstellung der kriegerischen Intervention, ich bin überzeugt, daß Sie damit Erfolg gehabt haben

London, den 28. März 1831.

Verehrter General!

Ich habe nochmals mit den Bevollmächtigten die Wahl des zukünftigen Königs von Belgien besprochen, und alle waren mit Recht der Meinung, daß vorher die Grenzen des neuen Staates genau festgesetzt werden müßten. Sonst könnte der Souverän gar leicht wegen der Integrität seines Territoriums mit den Nachbarn in Konflikt geraten. Deshalb muß das betreffende Grenzprotokoll sobald wie möglich veröffentlicht werden. Später kann man sich dann noch über einige Enclaven verständigen, die besser für Belgien als für Holland passen.

Die Kandidatur des Prinzen von Neapel hat für Frankreich manches für und manches gegen sich; Sie werden das schon zu beurteilen wissen. Diejenige des Prinzen von Sachsen-Koburg findet hier, nachdem man Oranien hat fallen lassen, keinen Widerspruch; im Gegentheil, man steht ihr sympathisch gegenüber.

Mit dem russischen Botschafter habe ich aber nicht darüber gesprochen, denn seine Instruktionen beschränken sich nur auf den Prinzen von Oranien. Das stört uns indes nicht weiter. Rußland hat die Unabhängigkeit Belgiens anerkannt, und das war die Hauptsache; die Anerkennung des Souveräns wird dann schon folgen.

Wenn der Prinz von Sachsen-Koburg gewählt werden sollte, so ist auch die von Ihnen gewünschte Demolition der Grenzfestungen leicht zu erlangen, schon auf Grund der Neutralität. Augenblicklich haben wir uns übrigens mit dieser Frage noch nicht zu befassen.

Was meine persönliche Ansicht über die beiden erwähnten Kandidaturen betrifft, so meine ich, daß man denjenigen Prinzen wählen soll, der die meisten Aussichten hat.

Vor vier Monaten war es der Prinz von Sachsen-Koburg; seitdem haben Sie aber andere Pläne verfolgt, und ich habe die Sache fallen lassen

London, den 5. April 1831.

Verehrter General!

In meinen letzten Briefen habe ich Sie mehrfach ersucht, mit der Anerkennung der belgischen Grenzen, wie dieselben von der Konferenz festgesetzt worden sind, nicht länger zu zögern. Diese Zögerung hat bereits übelwollende Urteile hervorgerufen, obwohl man andererseits auch eine Zustimmung darin erblickt.

Wenn Sie wegen der Festungen noch Bedenken tragen, so können Sie dieselben ja leicht in Ihrer Antwort erwähnen. Die Kabinette wünschen nur sich zu verständigen.

Die Erklärungen unserer Regierung in Bezug auf Bologna haben sehr beruhigend gewirkt, und dasselbe wird hoffentlich auch in Wien der Fall sein.

Die Sache der Belgier verliert hier übrigens immer mehr Anhänger, denn man hält sie nicht reif genug für die Unabhängigkeit. In einem so praktischen Lande wie England konnten auch die phantastischen Debatten im Brüsseler Kongress keinen besonders vorteilhaften Eindruck machen.

Die Rede des Ministerpräsidenten hat hier große Sensation gemacht, und alle Welt wiederholte die Worte: „Die

Garantien für die innere Politik liegen in der Verfassung und die für die auswärtige in den Verträgen."

Genehmigen Sie

Talleyrand.

An demselben Tage schrieb ich der Prinzessin Adelaide:

London, den 5. April 1831.

Wüßten doch Ew. Hoheit mit einem alten Diener Mitleid fühlen und dafür sorgen, ihm unverzüglich entweder den Grafen Bresson oder einen Ersatzmann zu schicken. Seit der damaligen Abreise des Grafen nach Brüssel, also seit fünf Monaten, habe ich keinen ersten Botschaftssekretär gehabt, und sein Stellvertreter, der Baron von Bacourt, den ich übrigens nur loben kann, ist ernsthaft krank geworden, weil er sich geradezu überarbeitet hat. Jetzt liegt die ganze Geschäftslast auf meinen Schultern, die Konferenzen, die Besuche, die Leitung der Botschaft u. s. w., und mit dem besten Willen und bei allem Fleiß kann ich nicht alles nach Wunsch bewältigen. Ich will Ew. Hoheit nicht mit einem langen politischen Bericht belästigen; ich sage nur das Eine, daß der Friede binnen kurzem vollständig gesichert sein muß, damit uns die Intriganten und Hitzköpfe nicht doch noch in einen Krieg verwickeln. Und dies kann am besten geschehen, wenn Frankreich die alten Grenzen Belgiens anerkennt, wobei es noch immer wegen der Festungen einen Vorbehalt machen darf. Diese Anerkennung muß aber offiziell hier und in Brüssel erklärt werden; denn wir wissen aus sicherer Quelle, daß der Kongreß nachgeben wird, wenn er sieht, daß Frankreich mit den übrigen Mächten eines Sinnes ist.

Ich halte, soviel ich vermag, ein äußerstes Vorgehen des Bundestages zurück, aber die steten Verzögerungen in Paris können ernstliche Gefahren herbeiführen. Ich bitte Ew. Hoheit, die Wichtigkeit eines definitiven Entschlusses in Bezug auf

Belgien nicht aus den Augen zu verlieren. Nicht nur meine Überzeugung, sondern auch meine aufrichtige Ergebenheit sind der Grund dieser Bitte

Die Ernennung Casimir Périers zum Ministerpräsidenten hatte sofort einen sehr günstigen Einfluß auf die inneren Verhältnisse Frankreichs, und auch unsere auswärtigen Beziehungen wurden dadurch weit besser, besonders in der belgischen Frage. Am 4. April meldete mir der General Sebastiani, daß Frankreich das Grenzprotokoll vom 20. Februar definitiv angenommen habe.

Aus den folgenden Briefen wird man die Motive dieses Entschlusses kennen lernen. Ich beginne mit denen des Ministerpräsidenten.

Casimir Périer an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 2. April 1831.

Teurer Fürst!

Sie müssen mich entschuldigen, wenn ich mich der Hand meines Sohnes bediene; meine eigene Schrift ist gar zu unleserlich.

Zahllose Geschäfte haben mich verhindert, Ihnen schon früher für Ihre liebenswürdige Zuschrift zu danken. Ich habe den Posten, auf welchen der König mich berief, nicht gewünscht, denn unter den obwaltenden Umständen ist er nicht sehr verführerisch. Aber da ich ihn nun einmal bekleide, so fühle ich mich durch das Vertrauen beglückt, das man mir entgegenbringt. Ich wünsche nur, daß Ihr Wohlwollen mich nicht überschätzen und daß mein Name wirklich unserem Vaterlande einige Freunde zuführen möge.

Wenn dies irgendwo geschehen kann, so ist es in England, denn nach meiner Überzeugung müssen Frankreich und Eng-

land sich mehr und mehr verbinden, da sie im Grunde ja dieselben Ideen vertreten. Die Kurzsichtigen sehen dies freilich nicht, aber die Erfahrung wird es schon lehren.

Ihnen, dem Botschafter Frankreichs, erkläre ich offen und frei, daß wir den Frieden wollen, aber ich glaube auch, daß die anderen Mächte ebenso denken. Dabei werden wir unseren Rechten gewiß niemals etwas vergeben. Frankreich leistet durch seine Friedensliebe dem übrigen Europa einen großen Dienst, für den es uns dankbar sein wird. Ich habe meine Politik vor der Kammer ausgesprochen, und ich rede nicht mit zwei Zungen. Ich lege sie Ihnen auch ganz so vor, wie ich es meine, und sollte ich hier oder da meine Ansichten ändern, so werde ich Sie davon sofort benachrichtigen.

Ich weiß, daß Sie sich jetzt mit der Wahl eines Monarchen für Belgien befassen und daß man zu gleicher Zeit wünscht, die Grenzen des neuen Staates definitiv festzusetzen. Es ist sehr zu wünschen, daß wir darin nicht von außen gestört werden; denn unsere jetzige Politik verlangt schnelle Entschlüsse. Ich weiß auch sehr wohl, daß man durch ein stetes Hinhalten und Verzögern sehr gegen Ihren Wunsch und Willen dem Erfolge unserer Bemühungen geschadet hat. So etwas darf in Zukunft nicht wieder geschehen.

Ihre vielumfassende Welt- und Menschenkenntnis, teurer Fürst, wird Ihnen gewiß die richtigen Mittel und Wege zeigen, um unsere Ideen zu verwirklichen. Bitte, schreiben Sie mir recht oft, denn ich fühle das Bedürfnis, mich überall zu orientieren. Ich rechne dabei völlig und ganz auf Ihre geschickte und erfahrene Mithülfe.

Ich habe Ihnen auch meinen Sohn hinübergesandt, um sich etwas in die Staatsgeschäfte einzuarbeiten, und wo könnte er dies besser als bei Ihnen.

Genehmigen Sie

Périer.

6*

Casimir Périer an den Fürsten Talleyrand

Paris, den 4. April 1831.

Teurer Fürst!

Ich wünsche, wie gesagt, in möglichst direkter Verbindung mit Ihnen zu sein; nur konnte ich nicht sofort dazu gelangen.

Als das Vertrauen des Königs mich an die Spitze der Staatsgeschäfte rief, verlangte die innere Lage des Landes meine ersten Sorgen. Sie kennen dieselbe längst, und ich hatte viel im stillen darüber nachgedacht; nun konnte ich ohne Zögern meine bereits gefaßten Pläne ausführen.

Unsere sehr verwickelten Beziehungen zum Auslande lagen mir damals ferner, weil diese stets von einem gewissen Schleier umgeben sind; jetzt, als Präsident des Ministerrates, bilden sie mein ernstes und eingehendes Studium. Und doch müssen mich auch hier die Kenntnisse und Einsichten anderer unterstützen.

Schon in Bezug auf die beiliegende Depesche werden Sie Gelegenheit haben, mir Ihre Meinung mitzuteilen, denn Ihre Erfahrung und Umsicht haben in Europa nicht ihresgleichen, und Ihre angesehene Stellung in der Konferenz wiegt schwer in der Schale unserer Geschicke.

Ich habe die ebenermähnte diplomatische Note gutgeheißen, weil sie mir der augenblicklichen Lage in Europa, die zwischen Krieg und Frieden schwankt, zu entsprechen scheint. Aber ich richtete meine Ansicht nach derjenigen meiner Kollegen, die fast sämtlich Mitglieder des früheren Kabinettes gewesen, und weit weniger nach meiner inneren Überzeugung, weil ich die vorangegangenen diplomatischen Verhandlungen nicht kannte.

Deshalb bitte ich Sie, teurer Fürst, mir wenn möglich schon mit dem nächsten Kurier, und zwar ganz konfidentiell, Ihr Urteil über die Ihnen zugesandte Note zu sagen. Hier hat man mir versichert, sie sei ganz im Einklang mit den Verhandlungen der Konferenz in der belgischen Frage, und

daß sie sogar zur Förderung derselben beitragen würde. Dies von Ihnen selbst bestätigt zu sehen, wäre mir in hohem Grade angenehm, denn ich hätte dann die Gewißheit, den Absichten der Regierung entsprochen zu haben.

Finden Sie jedoch in der Note irgend etwas Ungenügendes oder Unvollständiges, so wünsche ich darüber aufgeklärt zu werden, damit ich zukünftig in dieser hochwichtigen Frage, die Frankreich in so ernste Beziehungen zum Auslande bringt, bessere und erfolgreichere Beschlüsse fassen kann.

Genehmigen Sie

Périer.

Der Graf Bresson, von Brüssel abberufen, hatte einige Tage in London zugebracht und war dann nach Paris gegangen, von wo er mir am 5. April das folgende Schreiben schickte:

Teuerster Fürst!

Ich habe die mir erteilten Instruktionen mit der größten Pünktlichkeit und Sorgfalt ausgeführt und hoffentlich zur Zufriedenheit der Konferenz. Als Hauptmotiv machte ich geltend, daß die Belgier, solange sie noch außerhalb der Konferenz auf eine Stütze rechnen können, sich schwer der Notwendigkeit fügen werden. Ich wünschte durch meinen Eifer frühere, allerdings nicht beabsichtigte Fehler und Übereilungen wieder gutzumachen, und zugleich einen Beweis meiner Dankbarkeit für die Rücksichten zu geben, die Sie, teuerster Fürst, und die andern Bevollmächtigten mir haben zu teil werden lassen.

Das neue Ministerium hat den ihm von Casimir Périer kräftig vorgezeichneten Weg bereitwillig eingeschlagen. Ich zweifle auch gar nicht, daß nach der Auflösung der Kammer ihm die Neuwahlen eine ansehnliche Majorität zuführen werden. Sie selbst, teuerster Fürst, werden von allen als die sicherste Friedensbürgschaft angesehen, und Friede ist nicht allein der fast allgemeine Wunsch, sondern eine wahre Notwendigkeit.

Die Nachrichten aus Belgien sind nicht eben erfreulich. Die Partei für die Vereinigung mit Frankreich stößt auf große Schwierigkeiten wegen der richtigen Verteilung des Territoriums und sieht dadurch die Unabhängigkeit bedroht. Die Sympathien für den Prinzen von Sachsen-Coburg steigen, aber als *conditio sine qua non* verlangt man seine Vermählung mit einer französischen Prinzessin. Doch wir müssen erst den Eindruck abwarten, den seine Wahl auf die Franzosen machen wird

Ich finde den Brief nicht, in welchem der General Sebastiani mich ersuchte, seine Weisungen in Bezug auf das Protokoll vom 20. Januar wegen der Grenzbestimmungen als nicht gegeben zu betrachten. Die folgende Depesche bezieht sich auf den Inhalt jenes Briefes.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.
London, den 7. April 1831.

Verehrter General!

Ich habe diesen Morgen Ihre Depesche vom 4. erhalten und zweifle nicht, daß die Konferenz mit derselben sehr zufrieden sein wird. Nur Ihre Reklamationen wegen Mastricht dürften Schwierigkeiten hervorrufen. Vor einigen Monaten wäre dies leichter gewesen, denn die Belgier hatten damals noch nicht wie heute allgemeines Mißtrauen erregt. Überhaupt ist die Strömung jetzt gegen uns, denn überall entstehen neue Verwickelungen.

Wegen der zu demolierenden Grenzfestungen habe ich Ihnen bereits meine Ansicht mitgeteilt. Die Konferenz wird am besten mit dem König direkt darüber verhandeln.

Ich werde Lord Grey Freitag auf seinem Landsitz besuchen und ihm dann die betreffende Mitteilung machen, und zwar, wie Sie wünschen, bevor dieselbe an die Konferenz gelangt. Derartige Fälle bespreche ich lieber, als daß ich darüber schreibe.

Diesen Morgen habe ich auch den Baron Bülow und den Fürsten Esterhazy gesehen, der letztere wird den Bundestagspräsidenten Grafen Münch-Bellinghausen veranlassen, nicht wegen Luxemburg einzuschreiten, um was ich dringend gebeten habe.

Dann muß ich Ihnen noch meinen Dank abstatten, daß Sie die Angriffe des Generals Lamarque auf meine Person in der Kammer so prompt zurückgewiesen haben. Ich sehe darin einen neuen Beweis Ihrer alten Freundschaft für mich, aber ich begreife nicht, wie man mich als ein Mitglied der h. Allianz hinstellen kann, die doch erst auf dem Kongreß zu Aachen im Herbst 1818 zu stande kam, also zwei Jahre nach meinem Rücktritt, und die vom Herzog von Richelieu unterzeichnet wurde. Und vollends zu behaupten, die Londoner Konferenz sei eine zweite Auflage der h. Allianz, ist denn doch, gelinde gesagt, ein großer Irrtum. Man vergleiche z. B. nur die Intervention Oesterreichs in Neapel und in Spanien in den Jahren 1821 und 23 mit den Beschlüssen der Konferenz in der belgischen Frage: nach zwei Monaten wurde die Unabhängigkeit Belgiens proklamiert

Der General Sebastiani machte große Weitläufigkeiten, um mir einen Ersatzmann für den erkrankten Baron Bacourt zu senden und wollte mir eine seiner Kreaturen aufzotrohiereu. Endlich legte Casimir Périer sich ins Mittel und schickte mir den Herrn Bellier, einen früheren Sekretär im auswärtigen Amt. Zugleich erhielt ich den folgenden Brief.

Casimir Périer an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 8. April 1831.

Mein teurer Fürst!

Ich ersuchte Sie in meinem letzten Briefe noch um einige Fingerzeige in Bezug auf unser Verfahren gegen Belgien.

Wir sind nämlich fest entschlossen, ein ernstes Wort mit jener Handvoll Abenteuerer zu reden, die nur zu lange unsere auswärtigen Beziehungen gestört haben, ähnlich wie die Aufwiegler es bei uns im Innern gethan.

Sonst geht hier alles recht gut, und wenn Oesterreich nur unseren Wünschen für den Kirchenstaat entgegenkommt, so sind wir des Friedens ganz sicher, und das wird wohl auf eine Weise geschehen, die beide Teile zufriedenstellt. Wenn England es aufrichtig meint, so kann es uns darin sehr nützlich sein.

Die Nachrichten aus Wien und Petersburg sind durchaus beruhigend, besonders die letzte Depesche des Herzogs von Mortemart, die erst nach unserem hiesigen Ministerwechsel abgegangen ist.

Die Kammer wird demnächst vertagt werden, und wir hoffen bis dahin alle unsere Gesetzborschläge mit großer Majorität durchzubringen. Die heutige Sitzung war vortrefflich: Gegen den verlangten außerordentlichen Kredit von hundert Millionen hatten wir nur 32 schwarze Kugeln.

Die letzte Rede des Generals Sebastiani wird Sie befriedigt haben; er hat Ihnen die gebührende Gerechtigkeit voll auf widerfahren lassen. Es war aber auch endlich Zeit . . .

Dieses Schreiben des Ministerpräsidenten bestätigte mir, daß wir endlich das alte ausgefahrene Geleise, in welches die Intriganten uns zu lange eingezwängt, verlassen hatten. Ich durfte nun auf den wirksamen Beistand Périers rechnen, denn dieser Staatsmann besaß das, was man im gewöhnlichen Leben gesunden Menschenverstand nennt, in hohem Grade. Er verfolgte unbeirrt seine Ziele, sobald er sie für die richtigen erkannt hatte. Er war wohl manchmal etwas eigensinnig, sogar heftig, aber immer ein ganzer Mann, fest und unerschütterlich . . . große, vortreffliche Eigenschaften in einer schwachen Zeit, wo Intriguen, Anmaßungen und Ausschreitungen fast

überall dominierten. Meine Beziehungen zu ihm waren stets die angenehmsten und ersprißlichsten, denn die Erfüllung der mir anvertrauten Aufgaben wurde mir dadurch sehr erleichtert.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 13. April 1831.

Verehrter General!

Ihre letzte Depesche vom 4. d. M., die ich gestern der Konferenz mittheilte, hat einen sehr guten Eindruck gemacht, weil aus ihrem Inhalt der Wunsch eines noch festeren Anschlusses an England hervorgeht. Auch die allgemeine Lage Frankreichs in Bezug auf die öffentliche Meinung und auf die erfreulichen Erfolge der königlichen Regierung fand allgemeine Anerkennung. Ich war aber genöthigt, die Bitte um eine Kopie der Depesche abzuschlagen, weil in derselben des Grafen Appony erwähnt wird und wir Oesterreich nicht verletzen dürfen.

Ihre Depesche vom 8. wollte ich der Konferenz aber noch nicht vorlegen, sondern habe nur mit jedem Minister privatim darüber gesprochen und dabei die Überzeugung gewonnen, daß man unseren wesentlichsten Forderungen entgegenkommen wird.

Ich habe ferner die österreichischen und preussischen Bevollmächtigten gebeten, die schwebenden Fragen möglichst bald erledigen zu wollen, und der Fürst Esterhazy hat mir bereits Depeschen aus Wien vorgelegt, die ein freundliches Entgegenkommen Metternichs in Aussicht stellen. Die Mitwirkung Englands ist uns ohnehin gesichert; es wird auch unsere Ansprüche in Rom unterstützen.

Die Reformbill kommt nächsten Montag wieder zur Beratung, und man erwartet sehr lebhaft Debatten, weil das Kabinett Modifikationen in Vorschlag bringen wird, die aber nicht geeignet sein sollen, die Zahl seiner Anhänger zu vergrößern

So ließ sich denn alles, wenigstens in meinem Ressort, gut an, obwohl es trotzdem an Komplikationen nicht fehlte. Auch konnte man nicht wohl erwarten, daß die alleinige Persönlichkeit Périers an der Spitze eines Kabinettes, das so ziemlich das alte geblieben war, sofort einen vollständigen Umschwung herbeiführen würde.

Der folgende Brief bestätigte dies nur zu sehr.

Der Herzog von Dalberg an den Fürsten Talleyrand.
Paris, den 12. April 1831.

Teurer Fürst!

Wenn man Ihnen die hiesige Lage als eine zufriedenstellende schildert, so glauben Sie es nur nicht; es geht hier nach wie vor alles aus den Fugen. Unser Premier hat einen unberechenbaren Mißgriff begangen, als er die Wiederaufrichtung des Standbildes Napoleons auf der Vendômesäule dekretierte. Das giebt der bonapartistischen Partei neue Kraft und neue Kühnheit, denn sie wird jetzt auch die Rückberufung der ganzen Familie Bonaparte verlangen und dadurch einen willkommenen Vorwand zu neuen Intriguen erhalten. Der päpstliche Nuntius hat mir gesagt, daß man in Italien gern von den Bonapartes befreit sein möchte. Glücklicherweise hat man hier die Nichtintervention für die italienischen Angelegenheiten stipuliert, sonst würde Metternich wohl schon den Herzog von Reichstadt gegen uns ausgespielt haben. Sie können sich darauf verlassen. Die Ereignisse in Polen geben der Politik ohnehin eine neue Wendung, und doch machen uns die Bewegungen im Auslande weniger Sorge als unsere stets wachsenden Finanzverlegenheiten. Die Anleihe vom 19. muß um jeden Preis zu stande kommen, oder der Staatsbankerott ist da. Aber was fangen wir dann mit unsern 150 000 Mann an? . . .

In dieser pessimistischen Schilderung des Herzogs lag allerdings etwas Wahrheit; ich durfte mich aber dadurch nicht

irre machen lassen, sondern verfolgte ruhig meinen Weg, so gut ich es unter allen diesen Widerwärtigkeiten vermochte. Von den letzteren geben die nachstehenden Depeschen genügend Zeugnis.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 16. April 1831.

Verehrter General!

Sie sprechen in Ihrer Depesche vom 12. von den ernstern Besorgnissen, welche bei Ihnen das Einrücken deutscher Truppen in Luxemburg hervorrufen würde, indem Sie ganz richtig bemerken, daß eine derartige Maßregel nicht vom Bundeestage allein ausgehen dürfe, sondern daß es der Londoner Konferenz zustehet, darüber endgültig zu entscheiden.

Gestatten Sie mir, Ihnen folgendes zu erwidern:

Die französische Regierung hat gleich beim Beginn der Mißhelligkeiten zwischen Belgien und den deutschen Bundesstaaten die letzteren nicht um ein sofortiges Einschreiten ersucht, sondern ihnen eine abwartende Stellung empfohlen, und ich habe der Konferenz in diesem Sinne darüber berichtet. Ich glaube auch, daß der Bundestag in Frankfurt danach handeln wird, und wenn derselbe wirklich ein Armeecorps mobil machen will, so wissen Sie so gut wie ich, daß die Ausführung einer solchen Maßregel geraume Zeit in Anspruch nimmt.

Der Bundestag würde auch gewiß diese abwartende Stellung noch länger beobachtet haben, wenn die neuliche Proklamation an die Luxemburger nicht ein vermehrtes Mißtrauen hervorgerufen hätte. Jetzt allerdings ist derselbe wohl genötigt, ernstere Schritte zu thun.

Der Fürst Esterhazy und der Baron von Bülow sind freilich noch immer zu einer versöhnenden Vermittelung geneigt und wollen sich auch ferner beim Bundespräsidenten dafür verwenden.

Ich komme fast täglich mit diesen Herren zusammen und weiß, daß wir uns deshalb nicht allzusehr zu beunruhigen brauchen. Die militärischen Maßregeln bedingen noch nicht ein sofortiges Einschreiten, denn sie sind mehr vorbereitender Art, und dabei ist es sehr bezeichnend, daß die Truppen aus den holsteinischen, oldenburgischen und mecklenburgischen Contingenten bestehen werden, die von weither kommen müssen, wo doch die Preußen ganz in der Nähe sind. Aber in Bezug auf die letzteren befürchtet man anderweitige Verwickelungen.

Man behauptet allerdings, der Graf von Münch-Bellinghausen wünsche einen Krieg mit Belgien, aber sein Einfluß reicht doch nicht soweit, Oesterreich dafür zu gewinnen, das von einem Kriege, gleichviel wo in Europa, nichts wissen will.

Sie können also versichert sein, daß von Frankfurt keine Kriegserklärung ausgehen wird, bevor die Konferenz nicht die Aussichtslosigkeit aller Vermittlungsversuche eingestanden hat.

Die glänzenden Erfolge der Polen haben hier, ebenso wie in Frankreich, große Sensation hervorgerufen. Wenn Litauen und Kurland gleichfalls an dem Aufstande teilnehmen, so dürften die Folgen der polnischen Revolution weit bedeutender werden, als man anfangs gedacht hat.

Die Freunde der Ordnung und des Friedens rufen Ihnen Beifall zu, verehrter General, für Ihre letzten Reden in der Kammer; Sie haben ganz recht, wenn Sie sagen: „Wir werden den belgischen Wirrwarr schon zu bewältigen wissen!“

London, den 21. April 1831.

Lord Palmerston hat mir mitgeteilt, daß einige britische Untertanen in Portugal injuliert worden sind und daß die portugiesische Regierung sich dabei unthätig verhalten hat. Deshalb hat das hiesige Kabinett zwei Kriegsschiffe nach Lissabon geschickt, um Genugthuung zu fordern und nötigenfalls in die Mündung des Tago einzufahren. Wenn dieser Schritt vergeblich sein sollte, so wird England alle portugiesischen Schiffe

auf offenem Meer wegnehmen, aber man erwartet, daß Don Miguel, der ebenso feige wie grausam ist, es nicht dahin kommen läßt. Lord Palmerston meint, daß die bloße Drohung schon genügen wird.

Ich habe mir ferner Ihre Notiz wegen der Insel Samos gemerkt und werde sie nächstens in der Konferenz zur Sprache bringen. Sie kann sich nur jetzt nicht damit befassen, weil die englischen Minister durch die Parlamentssitzenngen zu sehr in Anspruch genommen sind ¹⁾.

Das englische Kabinett hat gestern eine starke Niederlage erlitten, und zwar durch ein Amendement des Generals Gascogne in Sachen der Reformbill, und mehr noch durch den Vorschlag des Lords Horncliffe im Oberhause, eine Adresse an den König zu richten, mit der Bitte, die Auflösung der Kammern nicht zu genehmigen, welche die Minister in ihrer Bedrängnis sehr wahrscheinlich verlangen würden.

Inzwischen hatte aber das Kabinett von Sr. Majestät bereits die bestimmte Zusicherung der Auflösung erhalten, und der König hat sich heute zu diesem Zweck in das versammelte Parlament beider Häuser begeben.

Jetzt müssen vierzig Tage bis zum Zusammentritt des neuen Parlaments verfließen, und diese Zeit wird jede Partei benutzen, so viele Stimmen zu gewinnen, wie nur möglich, wobei die unerhörtesten Anstrengungen gemacht und weder Mühe noch Kosten gescheut werden. Deshalb haben auch die meisten Parlamentsmitglieder London bereits verlassen, um sich in ihre betreffenden Wahlkreise zu begeben.

P. S. Diesen Morgen ist hier in London eine belgische Deputation eingetroffen, die aus den folgenden vier Personen besteht: Der Graf von Mérode, der Abbé Foere und die Herren

¹⁾ Man hatte die Insel Samos wie auch die Insel Candia den Türken gelassen, die aber den Einwohnern die von der Konferenz zugestandenen Freiheiten gewährleisten mußten.

Billain XIV. und de Brouckère. Wie es heißt, sollen sie dem Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg die belgische Krone anbieten. Die Antwort wird sehr wahrscheinlich eine ausweichende sein, denn der Prinz wird sich nicht positiv erklären wollen, bevor die Belgier nicht das Protokoll vom 20. Januar angenommen haben. Das hört man wenigstens aus der nächsten Umgebung Sr. Hoheit.

Ich lege zugleich die heutige Rede des Königs im Parlamente bei.

Genehmigen Sie

Talleyrand.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 25. April 1831.

Verehrter General!

Ihre Depesche vom 22. d. M., die ich diesen Morgen erhielt, würde ich dem Lord Palmerston sofort mitgeteilt haben, wenn derselbe nicht schon gestern nach Cambridge abgereist wäre, um seine dortige Wiederwahl persönlich zu betreiben. Er wird wohl acht Tage fortbleiben, und ich werde inzwischen die einzelnen Bevollmächtigten besuchen.

Das Verlangen der französischen Regierung, durch die Konferenz die Anzahl der Truppen bestimmen zu lassen, die möglicherweise in Luxemburg einrücken werden, scheint mir so gerecht und billig, daß wir gewiß keine Ablehnung zu befürchten brauchen.

Auch die Räumung von Venloo und der Citadelle von Antwerpen wird keine Schwierigkeiten haben.

Was die Auswechslung der Grenzdistrikte zwischen Holland und Belgien betrifft, so muß dieselbe durchaus vertagt werden, bis die betreffende Kommission ihre Arbeiten vollendet hat. Der König von Holland hat allerdings schon seine Zustimmung gegeben, und wir dürfen ihm keine Modifikationen mehr vor-

schlagen. Aber der Termin bis zum 1. Juni, den Sie den Belgiern für die Annahme des Protokolles Nr. 21 setzen, scheint mir etwas lang. Wäre es nicht besser, wenn wir die Hauptpunkte der belgischen Frage vor dem Zusammentritt der Kammern lösten, der in Frankreich und England zu gleicher Zeit stattfinden wird?

Der Prinz Leopold hat den belgischen Deputierten erklärt, daß er bereit sei, die ihm angebotene Krone anzunehmen, sobald die Belgier das Protokoll wegen der Grenzbestimmungen angenommen. Dies Protokoll sei von den fünf Großmächten festgesetzt worden, von denen er sich nicht trennen wolle.

Ganz England befindet sich jetzt in großer Aufregung, wie wohl kaum jemals seit der Revolution von 1688. Die Parlamentsreform beschäftigt alle Welt, keiner bleibt neutral, und die Nation ist in zwei Lager geteilt: die einen dafür, die anderen dagegen; aber die Partei der ersteren ist die weitaus größte. Ungeheure Summen werden geopfert; in einem einzigen Wahlkreise, wie man sagt, gegen 100 000 Pfund Sterling. Auch Irland hat sich der Bewegung angeschlossen, und in den südlichen Distrikten soll es schon zu schlimmen Ausschreitungen gekommen sein. Das ruhige Frankreich bildet zu diesem wilden Treiben einen vorteilhaften Kontrast.

Sir Frederic Lamb ist zum englischen Botschafter in Wien ernannt, und der Herzog von Broglie ist hier angekommen.

Den 26. April.

Als die belgischen Deputierten schon im Begriff waren, abzureisen, erhielten sie vom Prinzen Leopold eine Einladung zur Tafel. Lord Grey war gleichfalls zugegen, und die belgischen Verhältnisse wurden eingehend besprochen, wobei der Prinz seine obige Erklärung wiederholte und sehr freimütig kommentierte.

Der Abbé de Zoere wird diesen Abend allein zurückreisen, und die anderen Herren werden noch hier bleiben, um das Resultat seiner Vorschläge abzuwarten.

Lord Grey knüpft an diese Unterredung des Prinzen mit den Deputierten große Hoffnungen.

Lord Palmerston ist noch nicht zurückgekehrt, so daß der Tag unserer nächsten Sitzung vorläufig nicht bestimmt werden kann.

Die Note des Generals Guilleminot an den Großvezier macht hier viel von sich reden¹⁾. Als man mich deshalb interpellirte, erwiderte ich, daß ich von nichts wisse und bei der bekannten Loyalität des Königs und seiner Regierung nicht daran glauben könne

Das englische Kabinett hatte sich wirklich bei mir über jene Note ernstlich beschwert, und Lord Grey erging sich in sehr zornigen Ausbrüchen über unseren Botschafter und sandte mir am nächsten Tage das folgende Billet:

Downing Street, den 26. April 1831.

Mein verehrter Fürst!

Hierbei übersende ich Ihnen eine Abschrift des Berichtes, der uns über die Schritte des französischen Botschafters in Konstantinopel zugegangen ist.

Ich hege die feste Überzeugung, daß ein so unloyales Verfahren niemals von dem König der Franzosen gebilligt werden kann, und der Charakter seines Ministerpräsidenten giebt mir Bürgschaft dafür, daß dieser dasselbe, sobald es zu seiner Kenntniß gelangt, auf das bestimmteste und nachsichtslos desabouieren wird.

1) Diese Note des französischen Botschafters in Konstantinopel enthielt drei Hauptpunkte: Erstens eine Darlegung der französischen Politik, die sich den Kabinetten von Wien und Petersburg fast feindlich gegenüberstellte; zweitens die Erklärung, daß England sich entweder neutral verhalten, oder mit Frankreich zusammengehen würde, und drittens eine Warnung an die Pforte, zu ihrer eigenen Sicherheit kein Bündniß mit irgend einer Macht zu schließen, die nicht in freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich stände.

Aus diesem Grunde enthalte ich mich jeder weiteren Bemerkung über den Inhalt der Schriftstücke, die ich Sie bitte, mir nach Kenntnissnahme gefälligst wieder zurückzuschicken.

Genehmigen Sie, verehrter Fürst

Gren.

Die mir zugesandten Dokumente bestätigten allerdings, daß der General Guilleminot der Pforte die nahe bevorstehende Kriegserklärung Frankreichs an Rußland und Oesterreich und die Neutralität oder gar ein Bündnis Englands mit Frankreich in Aussicht gestellt hatte. Ich begreife noch heute nicht, wie es möglich gewesen, daß ein so erfahrener Diplomat, wie der General, eine derartige Erklärung ohne direkte Instruktion von Paris hatte abgeben können. Wie dem auch war, sobald Périer davon Kenntniss erhalten, wurde der Botschafter schleunigst abgerufen. Dieser beklagte sich später ganz laut, daß der General Sebastiani ihn im Stich gelassen, und wer von den beiden hier recht hatte, ist niemals aufgeklärt worden.

Das schlimmste bei der Sache war nur, daß sie nicht dazu beitrug, das Vertrauen zu uns zu befestigen.

Doch ich kehre zu meinen Depeschen zurück.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 28. April 1831.

Verehrter General!

Die Eröffnung des neuen Parlamentes, die hier in London mit einer glänzenden Illumination gefeiert wurde, hat zugleich allerlei Ausschreitungen hervorgerufen, die aber ohne ernste Folgen geblieben sind. Das Volk zertrümmerte eine Menge Fensterscheiben in den Häusern derjenigen Parlamentsmitglieder, welche gegen die Reform gestimmt hatten, doch dergleichen passiert hier bei solchen Gelegenheiten immer. Die Börse hat gar keine Notiz davon genommen

Den 29. April.

Ich habe mit den belgischen Deputierten eine längere Unterredung gehabt, über die ich Ihnen berichten muß.

Zuerst habe ich den Herren versichert, daß Frankreich ein aufrichtiges Interesse an Belgien nehme und daß ich stets bereit sei, im Auftrage meiner Regierung die freundschaftlichsten Beziehungen mit ihnen zu unterhalten. Dann brachte der Graf von Mérode die Rede auf Luxemburg und bezeichnete es als eine Gewissenssache, die Luxemburger, die sich ihnen so vertrauensvoll angeschlossen, nicht fallen zu lassen. Ich suchte ihn zu beruhigen, indem ich ihm sagte, daß die Konferenz die Sonderstellung des Großherzogtums in ernste Erwägung züge und daß die Ansprüche der Bewohner auf eine Volksvertretung durchaus berechtigt seien.

Hierauf besprachen wir die Frage der Grenzbestimmungen, und ich wies auf das Protokoll vom 20. Januar hin, das als Richtschnur dienen müsse, um beiden Teilen gerecht zu werden. Ich fügte noch hinzu, daß die Belgier versichert sein könnten, alle billigen und verständigen Wünsche erfüllt zu sehen.

Endlich kamen wir auf den Hauptgegenstand: die Wahl eines Monarchen, und ich bemerkte den Herren sofort, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der gewählte Fürst, gleichviel welcher, sich erst entscheiden könne, nachdem die Belgier das Protokoll vom 20. Januar angenommen, denn eben dieses Protokoll sichere ihm sofort bei seinem Regierungsantritte einen würdigen Platz unter den übrigen Mächten Europas. Dies sind, verehrter General, so ziemlich die wesentlichsten Punkte unserer Unterredung, und die Deputierten schienen durch meine offene und wohlwollende Sprache recht befriedigt zu sein. Persönlich machten sie außerdem auf mich den Eindruck von durchaus ehrenhaften Männern, nur daß sie mir in politischen Dingen als Neulinge erschienen

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.

London, den 3. Mai 1831.

Verehrter General!

Der Prinz Leopold hat mir diesen Morgen einen Besuch gemacht, und wir haben uns recht lange unterhalten. Se. Hoheit will die belgische Krone annehmen, aber unter dem Vorbehalt, den ich Ihnen bereits in meinem letzten Briefe mittheilte. Er beansprucht, um nicht zurückzutreten, genau dieselbe Stellung wie der König von Holland. Gegen die Deputierten, die er oft bei sich sieht, spricht er sich gleichfalls in diesem Sinne aus, denn gerade mit dem König von Holland wünsche er korrekte und unzweideutige Beziehungen, und dazu biete das Protokoll vom 20. Januar, das er, der Prinz, bereits angenommen habe, die beste Stütze. Er fügte alsdann noch hinzu, daß ihm die Wohlfahrt Belgiens warm am Herzen liege und daß er alles, was nur irgend in seinen Kräften stehe, thun werde, um dem Lande, seinem neuen Vaterlande, den ihm gebührenden Rang unter den anderen Mächten zu verschaffen.

In betreff Luxemburgs könnte man vielleicht die Festung dem Deutschen Bunde überlassen und sich mit dem König von Holland wegen des Territoriums verständigen, das schon durch seine entfernte Lage für ihn nicht von Bedeutung ist, oder ihn auch mit einer Geldsumme abfinden

London, den 6. Mai 1831.

Durch die Abberufung des Generals Guilleminot ist die fatale Angelegenheit erledigt; ich bin aber überzeugt, daß sie zum größten Teil auf Dragomansintriguen zurückzuführen ist.

Lord Palmerston, den wir morgen erwarten, wird wahrscheinlich in Cambridge unterliegen und sich mit einem geringeren Wahlkreise begnügen müssen.

Die polnischen Abgesandten hier in London fürchten sehr eine Vermittelung Preußens und Oesterreichs, würden sich aber

sofort beruhigen, wenn Frankreich und England auch daran teilnahmen. Ich meine, England könnte sich wohl nicht weigern mit uns zu gehen¹⁾.

Den 9. Mai.

Unsere Sitzungen haben wieder begonnen und natürlich mit Beratung über die belgischen Angelegenheiten. Die Deputierten aus Brüssel machen durch ihr verständiges Benehmen einen guten Eindruck, aber sie haben keine Vollmachten, um die noch schwebenden Fragen endgültig zu erledigen.

Die Konferenz hat den von Ihnen vorgeschlagenen Termin vom 1. Juni gutgeheißen, bis zu welchem die Belgier sich zur Annahme des Protokolles vom 20. Januar entscheiden müssen.

Ich lege Ihnen auch, im Falle Sie dieselbe noch nicht haben, eine Liste über den Bestand der deutschen Truppen bei, die in Luxemburg zur Verwendung kommen sollen; sie stehen unter dem Oberbefehl des Generals Hinüber (?), rücken aber nur langsam vor.

Noch heute besuchte ich den Prinzen Leopold; er wiederholt stets seine gestellten Bedingungen: die Krone Belgiens in den von der Konferenz festgesetzten Grenzen anzunehmen, unter völliger Trennung von Luxemburg.

Sie sehen, auch hier kommen wir nur langsam vorwärts, und doch wünschen die Bevollmächtigten, sobald wie möglich alles zu beendigen.

Den 10. Mai.

Die Konferenz hat heute folgendes Protokoll Nr. 23 angenommen: Zustimmung Frankreichs zu den in London gefaßten

¹⁾ Palmerston war jedoch keineswegs dieser Ansicht. In seinem vertraulichen Briefwechsel (Bd. I, S. 32) äußert er sich darüber folgendermaßen: „Wenn die Polen sich auch noch so tapfer schlagen, der Sieg wird doch endlich auf seiten Rußlands sein. Ich habe auch deshalb den Herren Wielopolski und Walewski bereits erklärt, daß wir uns durchaus an die bestehenden Verträge halten müßten. Wir können unmöglich auf der einen Seite den Russen vorwerfen, den Wiener Vertrag verletzt zu haben und auf der anderen Seite die Hand bieten, Polen vollständig unabhängig zu machen.“

Beschlüssen — bedingungsweise Annahme des Prinzen Leopold — den 1. Juni als letzten Termin für die Belgier.

Offentlich wird man in Brüssel diesen verständigen Vorschlägen Gehör geben; sollte dies aber nicht der Fall sein und sollten die Belgier es zum äußersten treiben, so werden die deutschen Bevollmächtigten nach Frankfurt berichten, um den folgenden Beschluß zu erlangen:

„Der Deutsche Bund läßt seine Truppen nur in Luxemburg einrücken, um die Rechte des Königs-Großherzogs zu schützen und zugleich die Erfüllung der bestehenden Verträge. Derselbe wird so lange die Neutralität Belgiens respektieren, wie dies von seiten der Belgier geschieht.“

Diese Erklärung bezieht sich aber nur auf den Fall, wenn die Belgier sich nicht bis zum 1. Juni entschieden haben; alsdann wird der Bund jede unberechtigte Occupation des Luxemburger Territoriums mit den Waffen verhindern.

Meiner Ansicht nach, wünscht der Bundestag nicht in die Lage zu kommen, diese letzte Drohung auszuführen, und hauptsächlich schon deswegen, um nicht den Rhein überschreiten zu müssen, was für die verschiedenen Contingente mit großen Kosten verbunden sein würde

Den 12. Mai.

Die belgische Deputation hat sich um eine Persönlichkeit vermehrt: Herr Devaux, ein Mitglied des Kongresses und des Ministerrates, ist gestern hier angekommen, aber er besitzt nicht mehr Vollmachten als seine Kollegen.

Er hat auch schon den Prinzen Leopold besucht, der ihm ganz dieselben Erklärungen gegeben hat, wie den anderen Deputierten.

Ich möchte Ihnen empfehlen, den General Belliard davon in Kenntniß zu setzen, um ihn zu veranlassen, auf die Belgier im versöhnenden Sinne einzuwirken

Ich habe diesen Depeschen nichts weiter hinzuzusetzen, denn sie zeigen hinreichend, mit welchen Schwierigkeiten wir fortwährend zu kämpfen hatten. Aber ich möchte noch einige andere Briefe mitteilen, die ich aus Paris erhielt und zwar von Personen, die in ihren Ideen und Meinungen sehr verschieden waren.

So schrieb mir Casimir Périer am 23. April 1831:

Teurer Fürst!

Wir haben Ihre letzten Briefe und die beiden Protokolle mit großer Befriedigung gelesen, und wenn nur unsere Vorschläge wegen der Grenzdistrikte angenommen werden, so hoffen wir einem erfreulichen Abschluß immer näher zu kommen.

Der General Belliard wird die von Ihnen gewünschten Instruktionen erhalten.

Auch unsere innere Lage gestaltet sich nach und nach besser, obwohl dieselbe noch immer ernst genug bleibt. Überall stellen sich uns Hindernisse entgegen; der unruhige Geist der Neuerungen und der Ummwälzungen scheint nicht mehr bloß französisch, sondern europäisch zu sein. Aber mit Beharrlichkeit werden wir, wenn wir nur Frieden behalten (und dafür haben Sie zu sorgen) schon glücklich durch die Klippen steuern

Der Graf Alexis von Noailles, ein Vertreter des Faubourg Saint-Germain, schrieb mir am 30. April:

Verehrter Fürst!

Ich bin im Begriff, nach meinem Departement abzureisen wegen der Sitzungen des Generalrates und auch wegen der Wahlen, die, wie ich hoffe, gemäßigt ausfallen werden, wenn man jetzt auch noch so lebhaft darüber diskutiert. Einige Oppositionsmänner müssen wir natürlich mit in den Kauf nehmen, aber im allgemeinen haben sich doch viele Gemüther beruhigt.

Ihnen ist ein schönes Los geworden, verehrter Fürst; welche eine ruhmvolle politische Laufbahn! Dreimal haben Sie in

schweren Zeiten, wo unsere ganze Existenz bedroht war, mit fester Hand das Steuer ergriffen und das Schiff vom Unterge gange gerettet. Auch diesmal steuern Sie uns in den sicheren Hafen hinein. Ihre Verdienste bemessen sich nach den überwundenen Schwierigkeiten. Der Krieg ist jetzt in Frankreich ein Bild des Schreckens geworden, und die Regierung wird mächtig durch ihre Friedensliebe. Alle Parteien sind dieser Ansicht

Hören wir nun auch den Herzog von Dalberg:

Paris, den 3. Mai 1831.

Der alte Fuchs im Luxemburger Palast ¹⁾ prophezeit be- ständig, daß die Lage nicht haltbar ist und weiß so viele Gründe dafür, daß man wirklich geneigt ist, ihm beizupflichten. Er meint sogar, man würde am Ende noch den „kleinen Adler“, wie er den Herzog von Reichstadt nennt, zurückrufen, der sich allerdings wohl nicht lange halten würde, aber doch den sonstigen Prätendenten auf die Beine helfen könnte.

Die Bonapartisten sind sehr rührig und haben jedenfalls Zusicherungen auf Beistand erhalten. Man führt auch schon eine ganz andere Sprache gegen sie als früher.

Casimir Périer wagt sich so weit vor, wie er nur irgend kann, aber nach oben hin hat er einen härteren Stand als nach unten.

Die Abberufung des Generals Guilleminot hat hier einigen Eindruck gemacht. Man sollte nur den Marquis von Latour- Maubourg, der jetzt in Neapel ist, nach Konstantinopel senden; aber man sagt, daß Sebastiani den Posten seinem Bruder zuge- dacht hat, und die Familie geht vor . . .

1) Der Graf von Sémonville, der hier gemeint ist, war damals Großreferen- dar der Pairskammer.

Und acht Tage später, am 10. Mai.

Das Treiben der Parteien, die durch die Schwäche der Regierung soviel Spielraum gewonnen haben, obwohl man ihnen jetzt energisch entgegentritt, verleidet mir Paris immer mehr.

Augenblicklich ist der Bonapartismus an der Tagesordnung, und man sucht die Armee und die unteren Klassen dafür zu gewinnen. Die Regierung hat unrecht, die öffentliche Meinung nicht über den Imperialismus aufzuklären. Dadurch erlangt er Bedeutung, und Mauguin sagte vor wenigen Tagen: „Wir haben eine provisorische Regierung nötig und eine Regentschaft im Namen des Herzogs von Reichstadt, und wir werden schon dahin gelangen.“ Seien Sie versichert, teurer Fürst, daß, wenn in Italien ein Krieg ausbrechen sollte, Oesterreich diese Intriguen unterstützen wird. Man hat immer gesagt, das Ausland wolle auf Paris marschieren und dadurch Armee und Bevölkerung wild gemacht — jetzt mag man den Sturm beschwichtigen.

Nun, die bevorstehende Kammeression wird zeigen, ob man aller dieser gefährlichen Elemente Herr werden kann . . .

Ich beendige diese Auszüge durch einen Brief der Prinzessin Adelaide, der noch wichtiger ist als die vorhergehenden:

Die Prinzessin Adelaide von Orleans an den
Fürsten Talleyrand.

Saint-Cloud, den 11. Mai 1831.

Mein lieber Fürst!

Ich bin mit meinen Briefen an Sie im Rückstand, aber wir haben hier sehr bewegte Tage gehabt (das Namensfest unseres teuren Königs und dann die Übersiedelung hieher nach Saint-Cloud), daß ich wirklich keine ruhige Stunde finden konnte. Ich habe aber von der Herzogin von Dino erfahren, daß Sie sich wohl befinden und daß die unglücklichen belgischen Geschichten Sie noch immer in Anspruch nehmen.

Der Prinz von Koburg schreibt mir, daß er wohl geneigt sei, die Wahl anzunehmen, daß er aber nach der Erfahrung, die er mit Griechenland gemacht, jetzt vorsichtig geworden und erst die Regulierung aller schwebenden Fragen abwarten wolle, was ich recht gut begreife¹⁾. Auch das, was der Prinz über Luxemburg schreibt, finde ich sehr verständig, obwohl es doch viel zur Beruhigung Frankreichs und des Auslandes beitragen würde, wenn der König von Holland sich entschliesse, das Land an Belgien abzutreten. Vielleicht gelingt es Ihnen noch, dies durchzusetzen. Doch da schwatze ich über Politik und verstehe doch nur blizwenig davon. Pardon, lieber Fürst, und belehren Sie mich!

Die wenigen ruhigen Tage, die uns hier erfreuten, erlitten eine unliebsame Unterbrechung bei der Verteilung der Julikreuze, denn auf dem großen Bankett protestierte man gegen die Inschrift²⁾. Die Bewegung hatte aber keine weiteren Folgen, und die Nationalgarde sowohl wie der ganze bessere Teil der Pariser Bevölkerung waren entrüstet über diese Handvoll schlechter Subjekte, die den Protest angezettelt hatten. Hoffentlich ist dies der letzte derartige Streich.

Der König begiebt sich morgen nach der Normandie, was er schon lange versprochen und wo man ihn mit Sehnsucht erwartet. Wir, die Königin und ich, bleiben während dieser Zeit in Saint-Cloud, wo es uns sehr gefällt und wo wir zugleich alte Erinnerungen wachrufen. Leben Sie wohl, lieber Fürst!

P. S. Ich habe meinem Bruder diesen Brief vorgelesen, der aber mit dem politischen Teil desselben nicht sonderlich zufrieden war. Er sagte, er wolle weder der einen noch der

1) Vergl. Bd. III, S. 366.

2) Die Inschrift des an die Kombattanten der Julirevolution verteilten Erinnerungskreuzes lautete: „Gestiftet von dem König der Franzosen.“ Man fand dies und den damit verbundenen Schwur: „Treue dem König und der Verfassung“ inkonstitutionell, und es kam zu lärmenden Auftritten und zu bedrohlichen Zusammenrottungen auf dem Vendômeplatze. Bei dieser Gelegenheit bediente sich der Platzkommandant von Paris, Graf Lobau, mit großem Erfolg der Feuerspritzen, um die Volksmassen auseinander zu treiben.

anderen Partei Ratschläge geben, sondern alles der Konferenz überlassen; auch den Prinzen Leopold wolle er nicht beeinflussen, nicht aus Mißtrauen, denn er schätze ihn sehr, sondern nur, um falschen Deutungen vorzubeugen, weil man schon so oft seine besten und redlichsten Absichten verkannt habe. Er wünsche den Belgiern einen ehrenhaften Monarchen, der dem Lande die Unabhängigkeit bewahren und dort Frieden und Ordnung aufrecht halten könne.

Dann fügte der König noch viel Schmeichelhaftes für Sie hinzu, lieber Fürst, und lobte Ihre Gewandtheit und Uner-schrockenheit bei den Beratungen der Konferenz, denn Ihnen sei es doch gelungen, Belgien von den Niederlanden loszulösen und zu einem selbständigen Reich zu machen. Jetzt sei die Wahl eines Souveräns für die Belgier die Hauptsache, aber sie müßten dabei nicht auf sich allein angewiesen sein, sondern auch die Interessen der übrigen Mächte berücksichtigen. Die republikanische Partei wünsche natürlich die Wahl zu hinter-treiben, weil sie in dem Provisorium, das einer Anarchie sehr ähnlich sei, für ihre Propaganda ein günstigeres Feld besäße.

Mein Bruder sagte auch noch, daß er keinen Augenblick mit der Annahme des Protokolles vom 20. Januar geögert und dies auch den belgischen Deputierten versichert habe, schon um die Wahl eines Souveräns dadurch zu erleichtern, der gleichfalls die Annahme verlange, die aber auch nach seiner Wahl geschehen könne, da ja seine Ansichten bekannt seien.

Schließlich bemerkte der König noch, daß er Ihnen diese Mitteilungen reinpersönlich und vertraulich mache, „wie ein intimes Gespräch, als wenn Talleyrand bei mir auf dem Sofa säße, und nicht als eine offizielle Kundgebung.“ Dies waren seine eigenen Worte

Das ganze Postskriptum dieses Briefes war augenscheinlich ein Diktat des Königs. Der streitige Punkt lag nur darin,

daß die Grenzen des Landes, wie der Kongreß dieselben wollte, nicht mit den von der Konferenz festgesetzten zusammenstimmten. Als darauf der Kongreß dem Prinzen die Krone antrug, gebot diesem die Klugheit, sie erst nach einer genauen Grenz-Regulierung anzunehmen. Er wäre sonst in sofortigen Konflikt mit den fünf Mächten geraten, was er als König erst recht zu vermeiden hatte, und überdies wegen Luxemburg auch noch mit dem Bundestage. Das mußte der Prinz wohl bedenken, und hierin liegt auch zugleich die Antwort auf das Postskriptum des Königs.

Frankreich hatte übrigens bei diesen Fragen nur ein sekundäres Interesse; der Hauptgewinn war ihm ja längst geworden: Die Teilung Hollands, die Selbständigkeit des zu einem besonderen und noch dazu neutralen Königreiche erhobenen Belgien, endlich die Schleifung einer Anzahl bedrohlicher Grenzfestungen — dies alles hatten wir ohne Schwertstreich erreicht. Da durfte ich gern die Nebenfragen über die Grenzbestimmungen und den gegenseitigen Gebietsaustausch unberücksichtigt lassen und nur in der Konferenz die Gesamtinteressen Belgiens nach wie vor gewissenhaft vertreten. Glücklicherweise hatte man auch in Paris endlich begriffen, daß der Prinz Leopold von allen Kronprätendenten derjenige sei, der die besten Garantien bieten könne. Dies erleichterte mir meine Aufgabe, die trotzdem noch mühevoll genug war.

Bevor ich nun in der Mitteilung meiner Depeschen fortfahre, will ich noch kurz eines Ereignisses erwähnen, das an sich von keiner großen Bedeutung war, von welchem aber gewisse Zeitungen viel Wesen machten; ich thue dies auch nur im Interesse der Wahrheit und nur, insoweit dies Ereignis mich persönlich betraf.

Die Herzogin von Saint-Leu (diesen Titel hatte bekanntlich die Königin Hortense angenommen) war nach dem Tode ihres ältesten Sohnes in Forli mit ihrem zweiten Sohne

Louis incognito nach Paris gekommen, und war genötigt, ihre Gegenwart dem Conseilpräsidenten Casimir Périer anzuzeigen. Dieser gestattete auch der Herzogin den Aufenthalt bis zur Genesung ihres Sohnes, den sie für krank ausgegeben hatte. Sie mußte aber doch Paris verlassen und reiste nach London, was mir mit verschiedenen Einzelheiten angezeigt wurde.

Die Herzogin wünschte nun mir einen Besuch zu machen, aber ich hielt es für passender, eine Zusammenkunft zu vermeiden und bat meine Nichte, die Herzogin von Dino, zu ihr zu gehen, um zu erfahren, worin ich ihr nützlich sein könne. Sie verlangte nur einen Paß, um sich durch Frankreich nach der Schweiz zu begeben, wo sie das Schloß Arenenberg besaß. Ich fragte deshalb in Paris an, erhielt auch die nötige Vollmacht und stellte den Paß aus.

Man hat mir mein Benehmen gegen die Herzogin zum Vorwurf gemacht, aber ohne jeden vernünftigen Grund. Ich wäre gar nicht verlegen gewesen, sie zu empfangen, wenn dies einen Zweck gehabt hätte. Ich war schon oft in der hohen Londoner Gesellschaft den beiden Brüdern des Kaisers Napoleon, Lucian und Joseph Bonaparte, begegnet und hatte denselben stets den schuldigen Respekt bezeigt, wie sich das übrigens von selbst verstand. Denn wenn ich auch heute, so gut wie i. J. 1814, die napoleonische Politik für Frankreich verderblich halte, so habe ich doch dem Kaiser Napoleon aus früheren Zeiten so viel zu verdanken, daß schon diese Pflicht der Dankbarkeit mich veranlassen muß, allen Mitgliedern seiner Familie mit Achtung und Ergebenheit entgegenzukommen, ohne dabei meine politische Überzeugung zu verleugnen.

Dies hatte ich zur Klarstellung der Angelegenheit zu bemerken und fahre jetzt in der Mitteilung meiner Depeschen fort¹⁾.

¹⁾ Die jetzt folgenden Depeschen vom 16. Mai bis zum 4. Juni 1831 sind sämtlich an den General Sebastiani gerichtet, und für den deutschen Leser genügen zum Verständnis der weiteren Unterhandlungen, die sich fast nur mit Belgien beschäftigen, einige kurze Auszüge, die wir oben zusammengestellt haben.

Der Fürst Talleyrand an den General Sebastiani.
London, den 16. Mai 1831.

. . . . Lord Ponsonby ist gestern hier angekommen und hat mir einen Brief des Generals Belliard überbracht, der sich beklagt, daß der Kongreß sich fortwährend weigert, die ihm von der Konferenz zugehenden Anordnungen zu befolgen. Lord Ponsonby hat zu diesem Zweck ein Referat ausgearbeitet, das er uns vorlegen wird.

Wir erfuhren zunächst daraus, daß bei den in Brüssel stattgefundenen Unruhen und Demonstrationen vorwiegend Franzosen die Hand im Spiel hatten; unter siebzehn Verhafteten befanden sich deren zwölf, und mehrere trugen bedeutende Summen bei sich, die ihnen von Paris geschickt worden sind.

Die letzten drei belgischen Deputierten haben London nun auch verlassen; ich sprach sie noch kurz vor ihrer Abreise und legte ihnen noch einmal alles ans Herz, was ich ihnen so oft für die Wohlfahrt ihres Landes empfohlen hatte und bat sie inständig, unsere wohlgemeinten Ratschläge, besonders wegen Mastricht und Luxemburg, zu befolgen

Den 18. Mai.

. . . . Wir haben in der heutigen Konferenz das Referat Ponsonbys gelesen und beraten. Ich schrieb darauf sofort dem General Belliard, daß wir versuchen würden, den König von Holland zu einer gutwilligen Abtretung Luxemburgs zu bewegen, aber zugleich die Belgier vor einem bewaffneten Angriff auf das Territorium eindringlich warnten. Die anderen Bevollmächtigten haben in dem gleichen Sinne an ihre Kommissare geschrieben, und wir hoffen von unserer bestimmten, aber wohlwollenden Sprache einen guten Erfolg.

Die Mitglieder der Konferenz, die sich speziell mit der griechischen Frage befaßen, haben mich gebeten, der französischen Regierung ihren Dank für die Absendung von fünfhundert Mann zum Schutz Capo d'Istria abzustatten

Den 19. Mai.

. . . . Herr de Zuhlen, der sich des besonderen Vertrauens des Königs von Holland erfreut, ist hier eingetroffen, um bei der Konferenz dahin zu wirken, die Belgier zu veranlassen, doch endlich die Bedingungen zu erfüllen, welche die definitive Trennung Belgiens von Holland herbeiführen sollen. Der genannte Herr besitzt übrigens keine Vollmachten, sondern hat nur im Namen seines Souveräns erklärt, daß dieser einen Angriff von seiten der Belgier befürchtet und deshalb die nötigen Vorkehrungen treffen will.

Auch hierüber haben wir sofort nach Brüssel berichtet, und wenn alle diese Vorstellungen, die wir nun schon seit fünf Monaten machen, nichts fruchten, so wird die Konferenz eingestehen müssen, daß alle Mittel und Wege zu einer versöhnlichen Vermittelung erschöpft sind.

Lord Ponsomby hat dem Prinzen Leopold einen Besuch in Claremont gemacht, denn das englische Kabinett läßt es sich sehr angelegen sein, den Prinzen zur Annahme der belgischen Krone zu bestimmen.

Der Prinz selbst hat auch gegen mehrere Mitglieder der Konferenz seine Absicht geäußert, daß er gern bereit sei, diesem Wunsche nachzukommen, sobald die wesentlichsten Bedenken beseitigt sein würden.

Ich übersende Ihnen hiermit eine Abschrift des Protokolles unserer gestern abgehaltenen Konferenz-Sitzung, in welcher, wie Sie sehen, der Name des Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg bereits genannt ist, um den Belgiern einigermaßen entgegenzukommen, wenn sie der Konferenz offiziell die Wahl notifizieren. Hierdurch ist zugleich das Einverständnis der Mächte mit derselben ausgesprochen.

Mehr als je ist es jetzt nötig, daß unsere Regierung allen ihren Einfluß in Brüssel aufbietet, um die Belgier auf den richtigen Weg zu leiten.

Auch der Bundestag hat das beabsichtigte Einschreiten fistiert und will vorher noch den Erfolg der Unterhandlungen mit Holland abwarten, was uns alle sehr beruhigt

Den 24. Mai.

. . . . Sie irren sich, verehrter General, wenn Sie dem Referat Ponsombys allein das günstige Resultat zuschreiben; auch der Brief des Generals Belliard an mich, den ich in der Konferenz vorlas, hat viel dazu beigetragen. Lord Palmerston hat mich sogar, ihn noch einmal vorzulesen. Wie dem übrigens auch sei, wir dürfen uns wirklich Glück wünschen, so weit gekommen zu sein; noch wenige Tage vorher wagte ich kaum, dies zu hoffen.

Diesen Morgen habe ich dem Prinzen Leopold meine Aufwartung gemacht; auch er ist sehr erfreut über den günstigen Ausgang, obwohl er sich, ebenso wie ich selbst, nicht verhehlt, daß noch manche Schwierigkeiten zu bekämpfen sind, denn noch ist die Krisis nicht überwunden. Dies wird sich am Dienstag der nächsten Woche entscheiden, denn dann ist der 1. Juni gekommen, also der letzte Termin, den wir den Belgiern für die Annahme des Protokolles vom 20. Januar gestellt haben. Ohne diese Annahme hält sich der Prinz zu gar nichts verpflichtet.

Den 25. Mai.

. . . . Der König von Holland hatte immer gehofft, daß der Eigensinn der Belgier endlich die Geduld der Konferenz erschöpfen würde und daß es dann doch noch vielleicht zu einem Kriege kommen könnte. Jetzt, wo er diese Hoffnung hat aufgeben müssen, fürchten wir, daß er uns in der Luxemburger Frage neue Verlegenheiten bereiten wird. Wir haben deshalb die hier anwesenden holländischen Minister zu beruhigen gesucht und sie gebeten, dem König vorzustellen, daß es in seinem eigenen Interesse liege, sich den Verhandlungen nicht zu entziehen. Selbst eine Cession Luxemburgs an Belgien gegen eine beträcht-

liche Geldsumme sei nicht ganz von der Hand zu weisen und habe viel für sich, wohingegen der Weiterbesitz des Landes die Holländer in steten Kontakt mit den Belgiern bringen und unaufhörliche Streitigkeiten hervorrufen würde. Kurz, wir haben alles gethan, um unseren Vorschlägen Eingang zu verschaffen, denn die Bevollmächtigten legen auf eine gutwillige Transaktion großen Wert

Den 29. Mai.

. . . . Vor einigen Tagen erhielt ich den Besuch des Herrn van Praet, der gleichfalls zu der letzten belgischen Deputation gehörte. Er wußte nicht viel Erfreuliches aus Brüssel zu melden, wo man sich noch immer in großer Aufregung befindet, aber ein gestern eingetroffener Brief des Generals Belliard schildert die Situation in weniger düsteren Farben.

Diesen Morgen ist auch eine Depesche von Lord Ponsomby angekommen, der wieder in Brüssel ist. Der Lord meint, man solle den Belgiern noch einige Konzessionen in Bezug auf gewisse Territorien machen, um den Abschluß der Geschäfte zu beschleunigen.

Aber die Konferenz sprach sich dahin aus, daß sie nicht in der Lage sei, ihre Dispositionen zu ändern, daß sie nichts hinzuthun und nichts fortnehmen könne und erklärte dann noch sehr kategorisch, daß, wenn die Belgier am 1. Juni, also übermorgen, das Protokoll vom 20. Januar nicht angenommen hätten, der Lord Brüssel sofort verlassen solle, wie die ihm erteilten Instruktionen besagten.

Ich beeilte mich, dies dem General Belliard durch einen besonderen Kurier sofort mitzuteilen und ihn auch seinerseits an die von Ihnen erhaltenen Instruktionen zu erinnern, die, soviel ich weiß, ähnlich lauten.

Den 31. Mai.

. . . . Der König von Holland zeigt sich mit der ihm vorgeschlagenen Abtretung Luxemburgs gegen eine anderweitige

Entschädigung höchst unzufrieden und scheint sich nicht darauf einlassen zu wollen. Er habe die Trennung Belgiens notgedrungen gutheißten müssen, gehe nun aber nicht weiter.

Es dürfte sich wohl empfehlen, unseren Gesandten im Haag anzuweisen, den König zu beschwichtigen, der ohnehin schon durch den Verlust von vier Millionen Unterthanen sehr gereizt ist. Er könnte es sonst doch noch zum Kriege treiben; wenn die Belgier ihm nur den geringsten Anlaß dazu geben.

Ich besitze die Liste der holländischen Streitkräfte; dieselben betragen 60 000 Mann, ohne die Milizen, und die holländische Marine ist sehr bedeutend. Außer den vierzehn Kriegsschiffen, die jetzt vor Antwerpen kreuzen, liegen an den Küsten noch 300 Kanonen. Dabei kennen wir die Unbesonnenheit und Tollkühnheit der Belgier, wenn sie auch bei weitem so große militärische Ressourcen nicht haben. Auch könnten ihre Finanzen einen langen Kriegszustand nicht ertragen. Also ein Grund mehr für den König von Holland, mit dem Beginn der Feindseligkeit nicht länger zu zögern, aber auch für uns ein Grund mehr, alles zu thun, um sie zu verhindern

Den 3. Juni.

. . . . Ich habe jetzt den Brief Ponsomby's an den belgischen Minister des Auswärtigen gelesen.

Sie besitzen eine zu große Erfahrung in den Staatsgeschäften, verehrter Graf, um nicht sofort erkannt zu haben, daß ein solcher Brief unmöglich von den Bevollmächtigten der Konferenz herrühren konnte. Der Lord hat denselben ganz aus sich selbst verfaßt und trägt auch dafür ganz allein die Verantwortung¹⁾. Durch diesen übereilten Schritt kommt natürlich der Prinz Leopold in große Verlegenheit, weil der Kongreß

¹⁾ Lord Ponsomby hatte nämlich am 28. Mai dem Minister Debeau geschrieben, die belgische Nation solle sich nur wegen der Grenzbestimmung vertrauensvoll auf die Konferenz verlassen, und für die Annahme des Protokolles vom 29. Januar würde man dem Kongreß den Besitz von Luxemburg garantieren. Die Veröffentlichung dieses Briefes machte in ganz Belgien außerordentliches Aufsehen.

nun erst recht auch auf den Besitz von Venloo, Maastricht und Limburg besteht. Der General Belliard schlägt vor, eine gemischte oder gar eine fremde Garnison nach Maastricht zu verlegen, etwa Hannoveraner, aber dies würde nur zu weiteren Verwickelungen führen.

So bereitet Belgien uns immer neue Schwierigkeiten, obwohl der Kongreß sich längst für den Prinzen Leopold ausgesprochen hat und auch die Notwendigkeit erkennt, dem aufgeregten Lande endlich Ruhe zu verschaffen.

Ich denke, es wird wohl am besten sein, beide, Ponsomby sowohl wie Belliard, einfach abzurufen, um zu geordneten und erspriesslichen Zuständen zu gelangen. Diese Ansicht teilen auch die Konferenzmitglieder, mit denen ich privatim darüber gesprochen habe

Den 4. Juni.

. . . . Aus Ihrer letzten Depesche ersehe ich, daß auch Sie bereits wissen, daß der General Belliard den Belgiern einen weiteren Aufschub für die Annahme des Protokolles zugestanden hat, und zwar bis zum 10. Juni. Er hat dies aus freien Stücken gethan, sich aber sehr wahrscheinlich vorher mit Ponsomby darüber verständigt, denn er schreibt mir, daß er diese Maßregel auf sich genommen habe und daß Ponsomby derselben Ansicht sei.

Ich bedaure sehr, daß sowohl Sie, wie die Konferenz, nicht schon früher gegen diese beiden Herren eingeschritten sind; jetzt wird es nötiger als je sein

Ich erhielt auch noch an demselben Tage eine Depesche von Casimir Périer (vom 2. Juni), die mir die volle Bestätigung von dem eigenmächtigen Vorgehen des Generals Belliard brachte. Derselbe habe seine Vollmachten, die mit den Beschlüssen der Konferenz völlig übereinstimmten, überschritten und

sei von seinem Posten abberufen worden. Sebastiani habe als Minister des Außern dem General Belliard einen sehr kategorischen Brief geschrieben und ihm befohlen, entweder beim Kongreß die sofortige Annahme des Protokolles durchzusetzen, oder Brüssel ohne weiteres zu verlassen¹⁾. „Die Lage“, so lautete der Schluß des Briefes, „ist also wieder sehr ernst geworden, aber wenn der Prinz von Koburg die Krone annimmt, so dürfen wir noch immer auf eine glückliche Lösung hoffen. Wir können vorderhand nichts weiter thun, denn wir kennen die neuen Bedingungen noch nicht, die der Kongreß stellen wird.“

Der Brief Périers beruhigte mich allerdings, aber ich wußte nur zu gut, daß die Intriguen, und speciell gegen mich, in Paris fort dauerten und daß man mir auf alle mögliche Weise Steine in den Weg zu legen suchte. Hatte doch sogar der Courrier français, das Blatt Sebastianis, behauptet, daß der Brief Ponsomby's an den Minister Lebeau von mir inspiriert worden sei, und dergleichen perfide Andeutungen mehr.

Eine Zuschrift des Herzogs von Dalberg vom 5. Juni konnte mich darin nur bestätigen.

„Der Brüsseler Kongreß“, schrieb der Herzog, „ist ein Wirrsal ohne Sinn und Verstand, der eigentliche Kongreß ist die Londoner Konferenz. Die Bonapartisten sind hier in Paris obenauf, und die Seiltänzer des Kaiserreiches träumen von neuen Siegen à la Bonaparte. Die Vorliebe Louis Philippes für diese Sorte von Leuten ist mir unerklärlich. Kann denn der König den Mord des Herzogs von Enghien vergessen? und den schmachlichen Verrat an Spanien und so viele ähnliche Abscheulichkeiten! Wenn man den Herzog von

1) Der General Belliard reiste noch an demselben Abend ab, weil der Minister Lebeau die Annahme des Protokolles durch den Kongreß verweigert und neue Unterhandlungen angeknüpft hatte.

Robigo (Savary) zum Pair von Frankreich macht, so kann doch ein anständiger Mensch nicht mehr in der Pairskammer bleiben!

Armes Frankreich! Sie sind glücklich daran, teurer Fürst, in London zu sein!“

Am 6. Juni erhielten wir in London die Nachricht aus Brüssel, daß der Kongreß in seiner Sitzung vom 4. den Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg zum König der Belgier erwählt habe, und zwar mit einer Majorität von 155 Stimmen auf 199 Votanten. Eine Deputation von zehn Mitgliedern, an deren Spitze sich Herr von Gerlache befand, sollte sich nach London begeben, um dem Prinzen die auf ihn gefallene Wahl offiziell anzuzeigen.

Inzwischen setzte die Konferenz ihre Beratungen fort. Zuerst erledigte sie die Angelegenheit Bonjombh-Belliard durch Abberufung dieser beiden Kommissare. Alsdann, und weil die bloße Wahl des Prinzen Leopold die übrigen schwebenden Fragen noch keineswegs löste, wurde die Reklamation der holländischen Minister wegen Luxemburg in Erwägung gezogen und beschloffen, den König Wilhelm zu ersuchen, auf dem bisher eingehaltenen Wege der Mäßigung zu verharren und von jedem gewaltsamen Schritte abzustehen. Zugleich sollten sämtliche Kabinette durch ihre Vertreter im Haag dieser Bitte Nachdruck verleihen, mit der Versicherung, daß die Rechte des Königs jederzeit gewahrt werden würden.

Ferner meldete ich dem General Sebastiani, daß uns die Entscheidung des Prinzen Leopold noch nicht bekannt sei, daß er sich aber unmöglich dazu verstehen werde, die Aufrechterhaltung der Integrität Belgiens zu beschwören, solange die Grenzen des Landes nicht genau fixiert seien, denn die Belgier legten sich sogar Städte zu, die sie gar nicht besäßen und auch nie besessen hätten.

Am 9. Juni beantwortete ich eine Depesche des Generals Sebastiani, die mir den Wunsch des französischen Kabinettes mitgeteilt hatte, die Festung Luxemburg aus dem Deutschen Bundesverbande zu streichen und dann zu schleifen.

Ich bemerkte sofort, daß die Konferenz für diesen Fall nicht kompetent sei, obgleich sie zwei deutsche Bevollmächtigte in ihrer Mitte habe, und empfahl dem General, die Sache in Berlin durch unseren dortigen Gesandten zur Sprache zu bringen. Der Baron von Bülow war gleichfalls dieser Ansicht, ließ aber die Nutzlosigkeit eines solchen Antrages durchblicken.

Inzwischen war die belgische Deputation am 8. Juni in London angekommen; zugleich trafen zwei andere Kommissare aus Brüssel ein, die Herren Nothomb und Devaux, welche sich zum Prinzen begaben, um die Deputation anzumelden.

Der Prinz empfing die Herren sehr zuvorkommend, dankte ihnen für das ehrenvolle Vertrauen des Kongresses und sprach seine Bereitwilligkeit zur Annahme der angebotenen Krone aus, selbstverständlich unter den bereits mehrfach angedeuteten Bedingungen.

Am 8. Juni hatte ein brasilianisches Schiff die Nachricht nach London gebracht, daß der Kaiser Dom Pedro den in Rio de Janeiro ausgebrochenen Aufstand nicht zu dämpfen vermocht und die Stadt und das Land mit seiner ganzen Familie verlassen, um sich, wie man sagte, nach England einzuschiffen¹⁾.

Diese Revolution mußte auch auf die bewegten Verhältnisse in Portugal großen Einfluß ausüben, von wo die letzten Nachrichten hier am 29. Mai eintrafen. Diese meldeten, daß das französische Geschwader den Hafen von Lissabon, aber nur

¹⁾ Die Revolution war in Rio am 7. April ausgebrochen, weil der Kaiser das mißliebige Ministerium nicht entlassen wollte. Dom Pedro dankte darauf zu Gunsten seines sechsjährigen Sohnes ab, des i. J. 1890 abgesetzten Kaisers Dom Pedro II. (gestorben im Frühjahr 1892 zu Paris).

gegen portugiesische Schiffe blockiert hatte und daß die Regierung Dom Miguel's, nachdem das englische Kabinett jede Vermittelung abgelehnt, sich an Spanien wenden wolle.

Am 17. Juni verbreitete sich in London die Nachricht, daß die Belgier Antwerpen angegriffen und nachdem sie sich in den Besitz des Forts Saint-Laurent gesetzt, ein lebhaftes Feuer von der Hafenseite eröffnet hätten.

Glücklicherweise bewies der holländische General Chassé große Mäßigung und erwiderte das Feuer von der Citadelle aus nicht. Die Antwerpener schickten schleunigst eine Deputation nach Brüssel, aber der Kongreß war machtlos, und die Kriegspartei behielt die Oberhand¹⁾.

Es war wirklich unbegreiflich, daß die Belgier, die eine Friedensbotschaft nach London geschickt hatten, in Antwerpen ihren kriegerischen Gelüsten nachgingen und dadurch immer neue Verwirrungen anrichteten.

Am 21. Juni eröffnete der König von England das Parlament mit einer Thronrede, die einen überaus gemäßigten und friedlichen Charakter trug. In Bezug auf Belgien enthielt sie nur die Andeutung, daß in dem neugeschaffenen Königreiche noch viele Punkte unerledigt seien, daß aber das freundschaftliche Zusammenwirken der Konferenzmitglieder eine baldige günstige Lösung hoffen lasse.

Die Rede wurde sehr beifällig aufgenommen.

Die Unterhandlungen der belgischen Deputierten mit dem Prinzen Leopold nahmen ihren Fortgang; die wirklichen Schwierigkeiten waren bereits gehoben, und im Grunde waren es nur kleine Schikanen, die sich geltend machten und den Abschluß verhinderten.

1) Die Citadelle blieb aber in holländischem Besitz, bis sie im Dezember 1832, nach einer schrecklichen Beschießung durch die vereinigte englisch-französische Flotte vom General Chassé übergeben wurde und endgültig an Belgien kam.

Ich that, was ich konnte, um auch diese zu beseitigen, wurde nur leider in jenen Tagen ernstlich krank, jedenfalls infolge der unaufhörlichen Verdrießlichkeiten, die mir das ewige Hin- und Herschwanken der Herren aus Brüssel bereitete. Die Besprechungen wurden trotzdem in meinem Schlafzimmer fortgesetzt, während ich im Bette lag. Ich sprach auch den belgischen Kommissaren ganz offen meine Mißbilligung aus und ging sogar soweit, ihnen mit einer Teilung Belgiens zu drohen, was sich sehr gut ohne Krieg erreichen ließe, wohingegen sie durch ihre Verkehrtheiten und unsinnigen Forderungen leicht einen Krieg herauf beschwören könnten.

Dies schrieb ich auch am 22. Juni dem General Sebastiani, denn ich unterbrach während meiner Krankheit den Briefwechsel mit Paris nicht. Ich betonte darin besonders den Gedanken einer Teilung Belgiens, wobei Frankreich jedenfalls nicht leer ausgehen würde und ersuchte den General, in diesem Sinne auf den belgischen Gesandten in Paris zu wirken.

Der Prinz Leopold besuchte mich gleichfalls oft und empfing auch in seiner Wohnung, in Marlborough House, die Deputierten zu fortwährenden Beratungen, die denn endlich, am 26. Juni, zum Abschluß kamen.

Der Prinz nahm die 18 Artikel, welche die Deputierten mit dem Kongreß vereinbart hatten, an, und damit die Krone als König der Belgier.

In seiner Ansprache an die belgische Deputation betonte er zunächst seine Erkenntlichkeit für das ihm geschenkte Vertrauen (wie er bereits beim ersten Empfang der Herren gethan) und daß er stolz sei auf die ihm gewordene schöne Mission, die Unabhängigkeit eines edlen Volkes und dessen Freiheiten zu schützen.

„Ich setze übrigens bei meiner Annahme als selbstverständlich voraus, meine Herren, daß der Kongreß, als eine Versammlung von Vertretern der belgischen Nation, die von mir gestellten Bedingungen in ihrem

ganzen Umfange billigen und annehmen wird, denn nur dadurch kann es mir möglich sein, die mir auferlegten schweren und verantwortlichen Pflichten gewissenhaft zu erfüllen“¹⁾).

Die kleine Rede machte unleugbar einen sehr guten Eindruck, wozu die offene und gewinnende Persönlichkeit des Prinzen allerdings viel beitrug; ich persönlich wurde nur durch den Umstand etwas peinlich berührt, daß Frankreich in derselben gar keine Erwähnung fand, was wir doch jedenfalls durch unsere Mühen und Sorgen um das Zustandekommen seiner Wahl glaubten verdient zu haben²⁾. Ich schrieb dies auch dem Prinzen ganz offen und sprach ihm mein aufrichtiges Bedauern darüber aus, um so mehr als er mir am Abend vorher versprochen hatte, diesem Wunsche nachzukommen.

Ich erhielt umgehend vom Prinzen eine sehr freundliche Antwort, in welcher er mir mittheilte, daß er gleich nach seiner Ansprache die Rede auf Frankreich gebracht und den Herren versichert habe, daß er mit der französischen Regierung, und besonders mit dem jetzigen Königshause, in sehr intimen Beziehungen stehe, wie er überhaupt Frankreich, wo er schon so viele glückliche Tage verlebt, tief im Herzen trage. Da mußte ich mich denn wohl zufrieden geben.

Alsdann schrieb ich dem General Sebastiani, er möge doch dahin wirken, daß Frankreich sofort, nachdem der Kongreß die 18 Artikel angenommen, den Prinzen Leopold als König von Belgien anerkenne, weil uns dies den Abschluß der noch restierenden Geschäfte wesentlich erleichtern würde. Ich konnte damals unmöglich voraussehen, daß noch neue Komplikationen im Anzug waren.

1) Nach dem Wortlaut der französischen und belgischen Zeitungen jener Tage.

2) In der Rede befand sich ein kurzer Passus, daß es dem Prinzen schwer falle, das ihm so lieb gewordene England verlassen zu müssen.

Meine letzten Depeschen an das auswärtige Amt gab ich dem jungen Périer, dem bereits erwähnten Sohne des Ministerpräsidenten mit, der nach Paris zurückkehrte, nachdem er einige Zeit lang bei mir als Botschaftssekretär fungiert hatte.

Er meldete mir auch gleich nach seiner Ankunft (5. Juli), daß sowohl sein Vater, wie auch der General Sebastiani über das Resultat der belgischen Königswahl hocherfreut seien, und daß alle Wohlthenden und Verständigen diese Freude teilten. Er fügte dann noch hinzu, daß man wegen der bevorstehenden Jahresfeier der Julirevolution die nötigen Vorkehrungen getroffen habe, um alle Ausschreitungen und Unordnungen zu verhindern und daß die Neuwahlen für die Kammer ihnen nur geringe Besorgnis machten.

Auch General Sebastiani schrieb mir einen sehr schmeichelhaften Brief, in welchem er mir im Namen des Königs zu meinen Erfolgen Glück wünschte. Jetzt sei nur noch die Frage der Festungen in einem für uns günstigen Sinne zu lösen, um die h. Allianz, die i. J. 1815 ja nur gegen Frankreich gerichtet gewesen, so gut wie ganz aus der Welt zu schaffen. Der neue belgische König würde sofort in ganz Frankreich populär werden, wenn er dazu die Hand bieten wolle¹⁾.

Schließlich berührte der General noch die polnische Frage, auf die ich nur zu bald zurückkommen werde.

Ich mußte dem General Sebastiani in seiner Ansicht wegen der Festungen recht geben und wandte mich deshalb an den

¹⁾ In der Festungsfrage hatte übrigens die Konferenz schon in einem geheimen Protokoll vom 17. April die Entscheidung getroffen, daß, nachdem man die Neutralität Belgiens anerkannt, auch das System seiner militärischen Verteidigung modifiziert werden müsse, und daß eine Anzahl von Festungen jetzt überflüssig geworden sei. Dies Protokoll war von den Bevollmächtigten der vier Großmächte, Oesterreich, Preußen, Rußland und England, unterzeichnet, natürlich mit Ausschluß Frankreichs, gegen welches ja die Festungen ausschließlich gerichtet waren.

Die folgenden Plätze sollten zunächst demoliert werden: Menin, Ath, Mons, Philippeville und Marienburg; die übrigen waren dagegen von Belgien in gutem Zustande zu unterhalten.

Prinzen Leopold, der mir auch umgehend antwortete, daß ihm die Sache gleichfalls sehr am Herzen liege, schon weil die Beziehungen Frankreichs zu Belgien immer die freundschaftlichsten sein müßten. Er sei auch überzeugt, daß die Belgier das geheime Protokoll vom 17. April billigen und dem darin ausgesprochenen Verlangen nachkommen würden.

Als der Prinz mir dies schrieb (am 11. Juli 1831), war er bereits König der Belgier, denn der Kongreß zu Brüssel hatte ihn tags vorher mit 152 Stimmen von 196 dazu gewählt, nachdem die Versammlung zuvor die achtzehn Präliminarartikel angenommen.

So durfte ich mich denn unseres Sieges freuen, wenn auch nicht lange, denn ein Brief Casimir Périers, den mir sein Sohn überbrachte, der nach London zurückkehrte, bereitete mir schon wieder neue Sorgen.

Der Ministerpräsident schickte mir nämlich ein vertrauliches Cirkular der französischen Regierung, in welchem die Sache der Polen in ernste Erwägung gezogen wurde. Er behauptete, er müsse so handeln, weil sich in Frankreich die Sympathien für die Polen immer allgemeiner und ungestümer ausdrücken, und weil die Nachrichten aus Petersburg immer trostloser lauteten. Er habe bereits früher beim Kaiser Nikolaus ein vermittelndes Wort für die Polen eingelegt, aber vergebens und meine nun, einen ähnlichen Schritt beim Londoner Kabinett thun zu müssen und hoffentlich mit besserem Erfolge¹⁾. Ich erhielt nun den Auftrag, zunächst Lord Grey zu sondieren, was wir etwa von dieser Seite zu hoffen hätten. Es bedurfte kaum bei mir dieser besonderen Weisung, denn ich hatte schon i. J. 1807 beim Kaiser Napoleon und später

¹⁾ Schon im Juni hatte das französische Kabinett einen allerdings ganz platonischen Versuch in dieser Beziehung beim Zaren gemacht, aber ohne Erfolg. Unter dem Drängen der öffentlichen Meinung in Frankreich, wandte es sich nun an England und Preußen, aber man hatte sowohl in London wie in Berlin taube Ohren.

auf dem Wiener Kongreß die Sache der Polen energisch vertreten, und wollte jetzt gern ein weiteres thun. Leider fand ich überall nur kühle Aufnahme und oft sogar direkten Widerspruch. Die Tories wollten von den Polen nichts wissen; Lord Grey, als intimer Freund der Fürstin Lieven, hatte nur leere Ausflüchte und meinte, er dürfe die Intervention Englands für eine verlorene Sache nicht anraten.

So war ich denn genötigt, dem Ministerpräsidenten die Erfolglosigkeit meiner Bemühungen zu melden.

Eine gleiche Auskunft gab ich auch der Prinzessin Adelaide, die sich ebenfalls für die Polen sehr interessierte und mir deswegen geschrieben hatte. Ferner meldete ich ihr, daß der Prinz Leopold am 19. Juli nach Brüssel abgereist sei, und zwar durch Frankreich, weil er Holland nicht gut passieren konnte, und daß er mir noch beim Abschied versichert hätte, er wüßte nichts sehnlicher, als sich mit dem König Louis Philippe noch durch andere als bloß politische Bande näher zu verbinden.

Auch durfte ich der Prinzessin, die meine Briefe stets ihrem Bruder, dem König, vorlas, nicht verschweigen, daß der König von Holland uns immer neue Schwierigkeiten bereitere, jetzt hauptsächlich wegen der belgischen Festungen.

Herr von Wessenberg, der wieder nach dem Haag zurückgekehrt war, that sein möglichstes, um den König freundlich zu stimmen, konnte ihn aber nicht bewegen, den 18 Präliminartikeln beizustimmen. Unsere Verlegenheit wäre sehr groß gewesen, wenn der König nicht am 4. August auch seinerseits der Konferenz angezeigt, daß er den Waffenstillstand gekündigt habe, den übrigens die Belgier schon früher durch ihren Angriff auf Antwerpen verletzt hatten. Auf diese Weise konnten beide Parteien mit gleichem Maße gemessen werden.

Die Prinzessin Adelaide antwortete mir, sie habe vom Prinzen Leopold aus Calais einen sehr liebenswürdigen Brief

erhalten. Auch sie wisse sehr gut, daß der Prinz wünsche, ihrer Familie durch verwandtschaftliche Bande näher anzugehören, daß sie aber vorderhand sich nicht weiter darüber äußern könne.

Dann benutzte sie das Datum ihres Briefes an mich (den 30. Juli), um mir die letzten Julitage des verflossenen Jahres ins Gedächtnis zu rufen, wo sie alle in so großer Not und Bedrängnis gewesen, bis endlich am 30. ihr Bruder zum Generallieutenant des Königreiches und bald darauf zum König proklamiert worden sei. Die drei diesjährigen Festtage zur Feier der Revolution seien sehr friedlich vorübergegangen und sie, die Prinzessin, habe nie einen ähnlichen Enthusiasmus in der Bevölkerung gesehen. Für ihren Bruder ein wahrer Triumph.

Auch die Thronrede habe im Lande einen vortrefflichen Eindruck gemacht, besonders der Passus über die Demolierung der belgischen Grenzfestungen.

Am 26 sei der Kaiser Dom Pedro mit seiner Familie in Paris angekommen und habe die Festtage bei ihnen zugebracht.

Zimmer aber kam die Prinzessin auf die guten und tapferen Polen zurück, die in ganz Frankreich so große Sympathien erregten und bedauerte lebhaft das kalte, abweisende Benehmen des englischen Kabinettes.

Ich fand es sehr hübsch von der Prinzessin, sich der Polen so anzunehmen, obwohl es nur fromme Wünsche waren, aber mich beschäftigten augenblicklich ganz andere und weit näherliegende Dinge.

Der neue König Leopold hatte sofort bei seinem Regierungsantritt einen schwierigen Stand.

Wir waren bei seiner Abreise von London übereingekommen, daß er gleich nach seiner Ankunft in Brüssel zwei belgische Kommissare hieher schicken solle, um, unter Vermittelung der Konferenz, den definitiven Separationsvertrag zwischen

Holland und Belgien ratifizieren zu lassen. Seine Minister wollten sich aber nicht dazu verstehen, sondern direkt mit den Holländern unterhandeln. Dies zeigte uns nun der König Leopold an und fügte hinzu, daß er sich, weil die holländischen Truppen unter dem Prinzen von Oranien die belgische Grenze bereits überschritten hätten, an die französische Regierung um Unterstützung gewendet habe.

Seltamerweise blieb ich gerade jetzt ohne Instruktionen aus Paris; und doch war keine Zeit zu verlieren.

Die Konferenz setzte daher am 6 August ein Protokoll auf, in welchem sie, unter lebhaftem Tadel gegen den König von Holland, das Einrücken („auf begrenzte Zeit“) einer französischen Armee in Belgien zuließ und zugleich bestimmte, daß ein englisches Geschwader zum Schutze der belgischen Küste abgehen solle¹⁾.

Die Prinzessin Adelaide schrieb mir, daß der König zwei seiner Söhne mit einer Armee nach Belgien geschickt habe: die Herzöge von Orleans und Nemours, und daß der Marschall Gérard das Oberkommando erhalten. Sie setze ihr festes Vertrauen auf England, jetzt mit Frankreich gemeinsam zu handeln, und könne auch nicht glauben, daß Preußen trotz seiner verwandtschaftlichen Anhänglichkeit an das Haus Nassau, den König von Holland unterstützen werde

Soweit war alles gut, wenn nicht auf einmal der König Leopold seine Handlungsweise vollständig geändert hätte.

¹⁾ Es war nicht leicht gewesen, diesen Beschluß von der Konferenz zu erlangen, der im englischen Kabinett große Aufregung hervorrief.

Ein Brief Palmerstons (aus dessen „geheimer Korrespondenz“) an Lord Grey giebt darüber einen eigentümlichen Aufschluß: „Ich begreife gar nicht, wie der König von Holland einen so dummen Streich hat begehen können, oder sollte am Ende Frankreich dahinter stecken? Sie werden sich vielleicht erinnern, daß Talleyrand kürzlich äußerte, man müsse die Holländer zu reizen suchen, den Waffenstillstand zu brechen; das würde großen Lärm in Europa machen und man könne dann die Gelegenheit benutzen, fremde Truppen in Belgien einrücken zu lassen. Später könnten wir dann, ganz nach unserem Belieben, die belgischen Angelegenheiten regulieren. Das wäre also der erste Akt des Komplottes.“

Es gab nämlich in Belgien eine große Partei, die es nicht verwinden konnte, Frankreich soviel verdanken zu müssen, und die jetzt verlangte, Belgien solle allein die Holländer hinausstreiben. Der Minister des Außern, de Muelnaere, theilte diese Ansicht, indem er erklärte, daß die Verfassung das Einrücken fremder Truppen in Belgien verbiete, und beschwor den König, nicht zu gestatten, daß eine französische Armee die belgische Grenze passiere. Der König gab nach und widerrief in einem Briefe an Louis Philippe seine anfängliche Bitte um Hülfe. Als aber die belgische Maasarmee eine Niederlage erlitten, bat er den Marschall Gérard so schnell wie möglich herbeizueilen.

Unterdessen machte ein Zwischenfall im englischen Oberhause viel böses Blut in Frankreich. Lord Aberdeen hatte in der Sitzung vom 6. August die Intervention Frankreichs in Dissabon heftig getadelt und zugleich den englischen Ministern ihre Unthätigkeit vorgeworfen. „Unsere Lage Dom Miguel gegenüber ist ganz dieselbe wie die dem König der Franzosen gegenüber“, sagte er, „Louis Philippe hat sich der Erbschaft seines Neffen bemächtigt, zu dessen Gunsten Karl X. abgedankt hatte.“ Diese Worte erregten im Parlament einen gewaltigen Sturm, den Lord Grey durch die Erklärung beschwichtigte, daß das Vorgehen Frankreichs gegen Portugal durchaus korrekt sei, und daß ferner Louis Philippe sich nicht des französischen Thrones bemächtigt, sondern daß Frankreich ihm denselben angeboten. Damit war der peinliche Zwischenfall erledigt.

Ich hoffte nun, daß der König von Holland nachgeben würde und schrieb dies auch der Prinzessin Adelaide. Unsere Truppen würden alsdann sofort zurückgezogen werden, und wir würden zugleich die Festungsfrage schneller geregelt haben. Denn es war nicht zu leugnen, daß das Einrücken unserer Armee in Belgien in ganz Europa große Sensation hervorgerufen hatte.

Am Morgen des 11. August erfuhr ich auch durch Lord Grey, daß Palmerston über Nacht Depeschen aus dem Haag erhalten, die einen Rückzug der holländischen Truppen auf Befehl des Königs ankündigten, aber Lord Grey bat mich auch zugleich, dem König Louis Philippe dringend zu raten, dasselbe zu thun, schon um die dadurch in England entstandene große Aufregung zu beschwichtigen.

Ich mußte dem Lord recht geben; denn die Tories sind es nicht allein, welche die allzugroße Nachgiebigkeit des englischen Kabinettes tadeln, auch die ministeriellen Times stimmen den gleichen Ton an. Trotzdem könnte der Marschall Gérard vor seinem Abzuge noch wegen der Demolitionen der Festungen unterhandeln.

Einen anderen Rat wußte ich meiner Regierung nicht zu geben, denn der König schwankte beständig hin und her, wollte heute dies und morgen das, und die Belgier selbst ergingen sich in Fanfaronaden gegen die Holländer und konnten ihnen allein doch nichts anhaben.

Von einer Teilung Belgiens war freilich jetzt nicht mehr die Rede, aber trotzdem herrschte keine Einigkeit unter den verschiedenen Kabinetten. Das englische fürchtete beständig eine Vergrößerung des französischen Einflusses, in Frankreich wünschte eine große Partei noch immer den Herzog von Nemours zum König, Rußland und Preußen schwärmten nach wie vor für den Prinzen von Oranien, und Oesterreich war mit dem Wirrwarr ganz zufrieden, weil Frankreich dadurch von anderen Dingen abgelenkt wurde.

Die Hauptsache war bei alledem unfeugbar die Notwendigkeit, daß Périer Ministerpräsident blieb, denn das Ausland rechnete stark auf ihn, nicht minder die gesamte französische Geschäftswelt und auch alle friedliebenden Bürger Frankreichs.

Leider fand ich beim Pariser Kabinett nicht die nötige Unterstützung, denn die Prinzessin Adelaide schrieb mir (natür-

lich im Auftrage des Königs), daß man in Paris sich jetzt nicht mehr mit der Demolition der Festungen begnügen könne, denn das Nationalgefühl der Franzosen sei durch den erzwungenen Rückzug ihrer Truppen verletzt worden und verlange jetzt noch eine weitere Entschädigung.

Der General Sebastiani spielte sogar in einem Briefe vom 14. August an mich schon darauf an, nämlich auf Annullierung der Verträge von 1815 und überhaupt auf Beseitigung der h. Allianz. Er setzte allerdings hinzu, daß Frankreich die Verträge „nicht zerreißen“ wolle, aber er meinte, daß ich in meiner hohen Stellung, in London wie in ganz Europa, wohl dahin wirken könne, weil die Kabinette das „System des Hasses“ gegen Frankreich doch jetzt nicht mehr befolgten, wie damals.

Und dann kam immer wieder die Festungsfrage aufs Tapet, über welche die Konferenz allerdings längst einen Beschluß gefaßt hatte, dessen Ausführung wir aber doch nicht wohl erzwingen konnten, und vollends nicht als eine Bedingung für die Zurückziehung unserer Truppen aus Belgien ¹⁾.

Auch der Herzog von Dalberg ließ sich wieder hören; immer als der alte Pessimist, der er nun einmal war.

Er schrieb mir am 13. August, daß die Kammer sich gut anlasse, denn 200 neue Deputierte seien hineingekommen, deren Erziehung man freilich erst machen müsse, daß aber das Geschwätz

1) Palmerston spricht sich darüber in seinem „geheimen Briefwechsel“ sehr unverblümt aus, und zwar in einer Zuschrift an Lord Granville vom 17. August:

„Talleyrand hat mir heute einen vertraulichen Brief Sebastianis vom 14. August mitgeteilt, in welchem der General ihm anzeigt, daß 20 000 Franzosen nach Frankreich zurückkehren sollen, und daß der Rest in Nivelles bleiben wird, aber mit dem fatalen Zusatz, daß vor der vollständigen Räumung Belgiens die Festungsfrage entschieden werden müsse. Ich entgegnete sofort, daß beide Angelegenheiten ganz und gar nicht zusammengehörten, und daß wir im Gegenteil erst nach der Räumung uns mit den Festungen befassen würden. Wir hätten die bestimmte Absicht, die Ringmauern mehrerer festen Plätze Belgiens niederzureißen, ließen uns aber darin von Frankreich, gewissermaßen an der Spitze französischer Bajonette, nichts vorschreiben.“

auf der Tribüne höchst einfältig sei. Die Kameraderie im Palais royal stecke noch immer mit dem revolutionären Gesindel unter einer Decke, und Osterreich und Rußland beklagten sich über das freche Auftreten der französischen Agenten in Deutschland und in Italien. „Der vortreffliche Casimir Périer“, so schloß sein Brief, „den wir an beiden Rockschößen festhalten, damit er uns nicht fortlaufe, spricht stets von Demission. Man spinnt hier die plattesten Intriguen an, um ein Ersatzministerium zurechtzubringen. Die Hauptanstifter sind Odilon-Barrot, Salverte und der General Clausel, den man zum Marschall gemacht hat.

Alles tolles Zeug, und seien Sie froh, lieber Fürst, daß Sie in London sind.“

Ich trug mich schon immer mit dem Gedanken, sobald wir die augenblickliche Krisis würden überstanden haben, und wenn der König von Holland nicht nachgeben wollte, einen feierlichen Vertrag der fünf Mächte mit Belgien abzuschließen, um den Frieden aufrecht zu halten. Ich teilte dies Projekt der Prinzessin Adelaide mit und motivierte es näher.

Zunächst durfte ich nicht unerwähnt lassen, daß von dem Tage an, wo unsere Truppen in Belgien einrückten, die öffentliche Meinung in England sich sehr gegen uns gewendet und daß die heftigen Artikel der Times nur Öl ins Feuer gegossen hatten. Sogar der Bestand des Kabinettes wurde dadurch bedroht, was Lord Grey und seine Kollegen sehr gut begriffen. Die Tories blieben auch nicht müßig, denn ein eventueller Krieg würde die von ihnen so gefürchtete Parlamentsreform in den Hintergrund drängen. Eine Demission aber des jetzigen Kabinettes würde ganz antifranzösische Elemente ans Ruder bringen. Lord Grey mußte daher, um sich auf seinem Posten zu halten, vor dem Parlament den Abzug unserer Truppen erklären können.

Ich hielt es deshalb für das beste, wenn Frankreich versuchte, sich direkt mit dem König Leopold zu verständigen, also Souverän gegen Souverän. Das wäre vielleicht noch ein Ausweg aus diesem Labyrinth; oder auch, wir ließen alles beim alten, denn Lord Grey hatte mir noch kürzlich versichert, daß er sich, „wenn es soweit wäre“, zur Demolierung der Festungen verstehen wolle, nur solle dies nicht durch Frankreich allein geschehen.

Dies alles berichtete ich der Prinzessin und fügte hinzu, daß, wenn es zu einer Unterhandlung mit dem König Leopold käme, dies ganz im geheimen geschehen müsse.

Nach langen Diskussionen in der Konferenz, in welcher ich energisch die Notwendigkeit vertrat, die französische Armee noch in Belgien, und zwar zur Sicherheit des Landes zu lassen, kamen wir endlich überein, dem König von Holland noch einen neuen Waffenstillstand von sechs Wochen aufzuerlegen. Während dieser Zeit sollte dann ein definitiver Vertrag zwischen beiden Ländern unter der Bürgschaft der fünf Mächte abgeschlossen werden. Bis dahin würden die französischen Truppen in Belgien bleiben. Dies war das Protokoll Nr. 34, und die Annahme desselben erklärte das englische Kabinett als eine Bedingung seiner Existenz. Das Pariser Kabinett war aber dadurch nicht befriedigt, weil in dem Protokoll weder die sofortige Demolierung der Festungen noch ein bestimmter Zeitpunkt dafür ausgesprochen war.

Selbst Louis Philippe, der doch sonst weit besonnener und einsichtsvoller war als seine Umgebung, wurde dadurch beunruhigt, was, meiner Ansicht nach, wohl seinem Patriotismus und seiner Loyalität, aber nicht seinem politischen Scharfblick Ehre machte.

Er schickte daher in aller Eile den Adjutanten des Herzogs von Orleans, General Baudrand, nach London, der mir einen langen Brief von Sr. Majestät überbrachte.

Der König beklagte sich in demselben, daß das neue Protokoll wohl dem englischen Kabinett genehm und nützlich sei, keineswegs aber der französischen Regierung. Er könne sich daher auch durch dasselbe nicht gebunden erachten, wenn es nicht zu seinem Vorteil wesentlich modifiziert würde. Und von mir verlange er diese Vermittelung. Ohne die französische Armee wäre Belgien längst von den Holländern wiedererobert und der König Leopold entthront. Die Gefahr sei noch dieselbe, und er könne deshalb seine ganze Armee nicht zurückrufen. Holland stehe mit einem Heer von 100000 Mann an den Thoren Belgiens, und die Belgier seien allein ganz machtlos. Die vorgeschlagene Waffenstillstandsverlängerung könne leicht ohne Resultat ablaufen; was dann? Mühsam habe die Konferenz das neue belgische Staatsgebäude aufgebaut und wolle jetzt das Land der Anarchie und der Kriegsnot überlassen! Er sehe nur in der sofortigen Zerstörung der Festungen ein wirksames Gegenmittel; sein Ministerium sei der gleichen Ansicht, und er lege die betr. Vorschläge desselben bei. Er habe als König das Nationalgefühl seines Volkes zu schonen, und das Volk fordere dringend weitere Garantien; die Festungsfrage sei unbedingt die Hauptursache der öffentlichen Unruhe und Unzufriedenheit. Er meine es offen und ehrlich mit der Wohlfahrt Belgiens, ohne jedweden Nebengedanken; ihm liege sehr viel daran, den König Leopold auf dem Throne zu halten, und das sei jetzt ohne eine französische Armee nicht möglich.

Schließlich bemerkte der Monarch noch sehr zutreffend, daß der König von Holland durchaus nicht im stande sei, eine Armee von 110000 Mann lange zu unterhalten, und daß derselbe schon aus diesem Grunde zu einem baldigen Angriff schreiten müsse. Er lasse sogar in ganz Deutschland noch immer neue Truppen anwerben. Wie könne man also Vertrauen in einen Waffenstillstand haben, der nicht die sofortige Entlassung einer so großen Armee als Vorbedingung aufstelle?

In einem Postskriptum verwies der König mich dann noch speciell auf den General Baudrand, der direkt von Brüssel komme und mithin die dortige Lage genau kenne. Der König Leopold habe weder Soldaten, noch eine geregelte Verwaltung; es hieße, ihn der Vernichtung preisgeben, wenn man ihm jetzt den moralischen und materiellen Halt entziehen wolle, den nur allein die französischen Truppen ihm bieten könnten

Der General Baudrand brachte mir auch Briefe von der Prinzessin Adelaide und vom General Sebastiani. Dieser schrieb noch besorgter als der König selbst, indem er behauptete, daß das 34. Protokoll leicht zu einer Auflösung des französischen Ministeriums führen könne. Die Nachgiebigkeit der Konferenz gegen Holland beunruhige Frankreich sehr. Alle Gesandten im Haag, sogar der englische, hätten die Prinzessin von Oranien wegen des Sieges ihres Gemahls bei Louvain beglückwünscht. Ich müsse hier durchaus einschreiten, um in Paris ein neues, und zwar ein kriegerisch gesinntes Kabinett zu verhüten. Der Brief schloß mit den Worten: „Wir befinden uns in einer wirklichen Krisis.“

Inzwischen hatte die französische Regierung den Grafen von Latour-Maubourg nach Brüssel geschickt, um direkt mit dem König Leopold wegen der Festungen zu unterhandeln. Ich erfuhr dies frühzeitig genug, um dem Grafen die äußerste Vorsicht anzuempfehlen, und der Brief, den er mir am 28. August schrieb, bewies, wie sehr ich recht hatte.

Zunächst teilte er mir mit, daß er in Brüssel sehr enttäuscht gewesen, denn man habe ihm in Paris seine Mission als sehr leicht und einfach geschildert, und er habe gerade das Gegenteil gefunden. Überall Mißtrauen und Befürchtungen, und der englische Gesandte, Sir Adair, sei sehr böse auf das belgische Ministerium, das sich wegen des letzten Protokolles so beunruhige. Die Minister erwiderten dagegen, daß sie voll-

ständig hilflos sein würden, wenn die Waffenstillstandsverlängerung erfolglos bleiben sollte. Der König Wilhelm lasse fortwährend neue Rekruten anwerben, der ganze Rhein sei mit Schiffen bedeckt, welche die Mannschaften nach Holland brächten, darunter viele Leute von den entlassenen preussischen Regimentern. Bevor daher die Konferenz nicht eine starke Reduktion der holländischen Armee durchsetze, könnten die Belgier sich nicht sicher fühlen.

Ich hatte also den König Louis Philippe, den General Sebastiani und nun auch den Grafen von Latour-Maubourg zu beschwichtigen, und es gelang mir, von der Konferenz wenigstens das Zugeständnis zu erlangen, über den weiteren Aufenthalt der französischen Truppen in Belgien ein Auge zuzudrücken; etwas Schriftliches wollten sie jedoch darüber nicht geben.

Dies schrieb ich auch am 2. September dem König nach Paris und sprach zugleich die begründete Hoffnung aus, daß alles friedlich verlaufen würde. Ich sei der Meinung, durch das 34. Protokoll viel erreicht zu haben, müsse aber zu meinem Bedauern sehen, daß man in Paris damit unzufrieden sei, was ich gar nicht begreifen könne.

Alsdann bat ich den König, mir noch eine offene Bemerkung zu gestatten, und zwar in Bezug auf manche Personen seiner nächsten Umgebung. Dies betreffe speciell die Neulinge in den Staatsgeschäften, die durch einen allzugroßen Eifer die wichtigsten Dinge übersähen und sich viel zu sehr mit den Nebendingen besaßen. Die Festungsfrage könne nun einmal nicht anders als durch die vier Hauptmächte, deren Vertreter hier in London vereinigt seien, gelöst werden, und die Mission des Grafen von Latour-Maubourg nach Brüssel sei viel zu ostensibel, um nicht die Empfindlichkeit der Gesandten Rußlands, Oesterreichs und Preußens hervorzurufen. Die Mächte

würden ihren Verpflichtungen, die sie in dem Aprilprotokoll ausgesprochen, schon nachkommen, und sie noch besonders anzutreiben, nütze zu nichts.

Casimir Périer, dem ich lange nicht geschrieben, bat ich gleichfalls, sich zu gedulden; wir dürften nichts überhasteten und würden gewiß nach Ablauf der sechs Wochen zum Ziel kommen.

Solange er an der Spitze des Pariser Kabinettes stehe, wäre ich übrigens beruhigt, und diese Zuversicht teilten auch die anderen Kabinette. Das sagte man mir von allen Seiten.

Die Aussichten für das Zustandekommen des Definitivvertrages zwischen Holland und Belgien waren günstiger geworden, denn die Großmächte hatten das feindliche Vorgehen Hollands sehr übel vermerkt, und die Belgier fühlten mehr und mehr das Bedürfnis, endlich zur Ruhe zu kommen.

In den ersten Tagen des Septembers war Herr van de Weher aus Brüssel in London eingetroffen, und zwar als ein mit allen Vollmachten ausgerüsteter Gesandter zur Abschließung des Definitivvertrages.

Der September brachte mir aber der Mühen und Anstrengungen fast zu viel, wenigstens in Anbetracht meines hohen Alters, denn am 8. fand die feierliche Krönung des Königs von England in Westminster statt, der ich von Anfang bis zu Ende beiwohnen mußte. Von halb neun morgens bis halb fünf Uhr abends immer in Bewegung und später noch ein großes Bankett im Foreign office, das war für mich etwas gar zu viel.

Ende September sollte dann die Reformbill im Oberhause zur Diskussion gelangen, was den Ministern sehr durch den Kopf ging.

Bei dieser Gelegenheit hatte ein im Grunde nur frivoler Vorfall für mich insoweit ernstere Folgen, als er meine bisherigen so freundschaftlichen Beziehungen zu Lord Palmerston trübte.

Unter den politischen Karikaturen, die damals von Zeit zu Zeit in einem Witzblatte erschienen, befand sich eine, die auf Palmerston und mich gemünzt war. Sie stellte einen blinden Mann vor, der von einem Lahmen geleitet wurde («the lame leading the blind»), und die Porträtähnlichkeit war frappant¹⁾.

Ich setzte mich leicht darüber hinweg, was mir in derartigen Fällen immer am vernünftigsten scheint; Palmerston dagegen fühlte sich sehr verletzt und ließ es mich entgelten, und seit jener Zeit bis zu meiner Abreise i. J. 1834 habe ich viel darunter zu leiden gehabt. Ich that übrigens, als merkte ich es nicht, denn ich mußte aus höheren Rücksichten stets mit ihm in gutem Einvernehmen bleiben. Glücklicherweise hatte diese Verstimmung auch keinen Einfluß auf unser Zusammenwirken in der Angelegenheit des Definitivvertrages, dessen Annahme nach wie vor meine Hauptaufgabe blieb.

Am 5. September erhielt ich vom General Sebastiani eine unter Aufsicht des Königs ausgearbeitete Karte über die belgischen Grenzen, die Se. Majestät selbst mit einem Handschreiben begleiteten, das verschiedene Erläuterungen enthielt.

So zunächst für Belgien die Notwendigkeit, die Schleusen und Dämme seiner Wasserstraßen nicht in holländischen Händen zu lassen, um bei etwa ausbrechenden Zwistigkeiten die betreffenden Territorien nicht sofort von dem Nachbar überschwenmt zu sehen, speziell die Umgebungen von Brügge und Gent.

Auf der anderen Seite sollte aber auch Holland nicht übervorteilt werden und deshalb im Besitz der Westerschelde (der Hout) bleiben. Es müsse dadurch freilich auf die Demarkationslinie von 1790 verzichten, aber dies sei zur Sicherheit Belgiens unbedingt notwendig. Damit würde auch eine

¹⁾ Eine Anspielung auf Talleyrands Klumpfuß und auf Palmerstons Kurzsichtigkeit.

wirkliche Neutralität zwischen beiden Staaten, von Antwerpen bis zum Meer, gegründet.

Schließlich berührte der König noch einmal die unabweisliche Reduktion der holländischen Armee, wodurch alsdann die noch schwebenden Fragen leicht gelöst würden; ja, er hoffe sogar, eine allgemeine Abrüstung zu erlangen, als beste Bürgschaft eines europäischen Friedens. Die Interessen Englands müßten hier mit denen Frankreichs innig zusammengehen, und von den übrigen Mächten hoffe er dasselbe.

Der General Sebastiani sandte mir noch eine Nachschrift vom 15. September, in welcher er mich ersuchte, dahin zu wirken, daß die französischen Truppen Belgien erst am 30. verließen. In den nächsten Tagen würden nämlich die Debatten über die Pairie in der Kammer beginnen und natürlich viel Aufregung hervorrufen, die leicht bedrohlich werden könnte, wenn in derselben Zeit die zurückkehrenden Truppen in Paris einzögen. In der letzten Kammer Sitzung habe man ohnehin sehr heftig auf Belgien angespielt und auch Polen wieder mithineingezogen, um das Verhalten Preußens in der polnischen Frage anzugreifen. Das Ministerium habe aber gar nicht darauf geantwortet, denn es seien ewig dieselben und bereits erledigten Interpellationen.

Ich schrieb auch am 17. September einen Brief an die Prinzessin von Baudémont, eine intime Freundin der Prinzessin Adelaïde, und der sie, wie ich wußte, immer meine Briefe mitteilte, die sie dann ihrerseits wieder ihrem Bruder, dem König, vorlas. Auf diese Weise konnte ich Dinge besprechen, von denen ich wünschte, daß sie der König erführe, ohne mich direkt an Se. Majestät zu wenden.

„In Ihrem Palais royal“, schrieb ich der Prinzessin, „begeht man viele Verkehrtheiten, die niemals zu etwas Positivem führen, denn diese Herren sind noch große Neulinge. Überhaupt ist man hier der Ansicht, daß man in Paris zuviel

Hast und Ungeduld zeigt, so z. B. in der Festungsfrage, die durch heftiges Drängen keineswegs zu lösen ist, ebensowenig die Abrüstung des Königs von Holland. Glauben Sie auch nur ja nicht an eine Verletzung des Waffenstillstandes; ich erkläre Ihnen positiv, daß dies von holländischer Seite nicht geschehen wird. Die Mächte sind dagegen, und der König weiß dies sehr gut. Der Definitivvertrag wird so aufgesetzt werden, daß der König von Holland ihn unterzeichnen kann, sonst würde Belgien beständig in der Luft schweben. Das ist das Prinzip der fünf Mächte, und sie werden daran festhalten. Holland wird das bleiben, was es i. J. 1790 war, mit einem vergrößerten luxemburgischen Besitz. Man könnte vielleicht etwas Besseres zu stande bringen, aber dann würden die Intriguen und Prätentionen wieder beginnen. Unser neues Staatsleben in Frankreich muß erst älter werden. Ein Eroberer muß in steter Bewegung bleiben, aber ein aus der Volkswahl hervorgegangener Souverän bedarf der Ruhe und der Sammlung. Friede und immer wieder Friede muß seine Lösung sein. Nur das allein sichert ihm seinen Thron. Deshalb fort mit allen militärischen Plänen und Phantasien, die sich in der Umgebung der königlichen Familie so wichtig machen. Der König und die Seinigen sind ganz dazu angethan, sich die Liebe der Franzosen zu erwerben, und das um so mehr, als das Land ihrer bedarf. Der Friede bringt Wohlfahrt und Gedeihen, der Krieg schmeichelt nur den Eitelkeiten der Militärpartei, und die sind ohne Bestand. Der König muß gründen und befestigen, und das kann er nur durch den Frieden“

Nach Absendung dieses Briefes traf schon wieder ein Schreiben des Königs an mich ein, und zwar aus Neuilly vom 15. September.

Se. Majestät kamen darin noch einmal auf den Definitivvertrag zurück und stellten die drei folgenden Punkte als Grund-

lage desselben auf, wobei die Frage wegen Regulierung der Nationalschuld unberücksichtigt blieb ¹⁾.

1. Luxemburg gegen eine billige Entschädigung Belgien zu geben, aber die Festung selbst mit der Bannmeile dem Deutschen Bunde zu überlassen; 2. solle die Stadt Mastricht wieder an Holland zurückfallen (und Belgien durch das Bistum Lüttich entschädigt werden, mit einer anderen Abgrenzung des betreffenden Territoriums als diejenige von 1790; und 3. solle Belgien der bereits in einem früheren Briefe erwähnte Besitz der Schleusen und Dämme als Schutz gegen Überschwemmungen zugesprochen werden.

Der Verlust eines so geringen Territoriums, fuhr der König fort, sei für Holland von keiner Bedeutung (vier kleine Städte und einige Dörfer mit im Ganzen kaum 4000 Einwohnern), wohl aber sei der Besitz für Belgien ein sehr wichtiger, weil es dadurch die Demarkationslinie besser verteidigen könne.

In einem Postskriptum fügten Se. Majestät noch hinzu, daß die Belgier berechtigt wären, für die Verletzung des Waffenstillstandes und für die Verheerung Flanderns eine Entschädigung zu verlangen ²⁾. Er verlange nichts von Holland, was die Zukunft des Landes schädigen könne, aber er wünsche auch für Belgien eine Sicherstellung seiner Zukunft. Die übrigen Mächte würden ihm gewiß darin beipflichten.

Am 22. September erhielt ich durch die Prinzessin Adelaide einen näheren Bericht über die am 16. in Paris ausge-

¹⁾ Die holländische Nationalschuld wurde durch die 18 Artikel dahin geregelt, daß Belgien nur für die gemeinschaftlich gemachten Anleihen, und zwar in einem richtigen Verhältnis mitbelastet wurde, wie es der Kongreß von Anfang an vorgeschlagen hatte. Ein Schlußprotokoll vom 6. Oktober stellt die Höhe der verschiedenen Summen genau fest.

²⁾ Die Holländer hatten sofort beim Beginn der Feindseligkeiten mehrere Dämme in der Umgegend von Antwerpen durchstochen und dadurch eine Überschwemmung herbeigeführt, welche den belgischen Truppen das Vorrücken unmöglich machte.

brochene Insurrektion. Den äußeren Anlaß zu derselben gaben die schlimmen Nachrichten aus Polen und die Einnahme von Warschau, welche die Wühler aller Parteien benutzten, um das Volk aufzuwiegeln, das von jeher für die Polen große Sympathien hegte. „Die besseren Klassen der Pariser Bevölkerung“, schrieb die Prinzessin, „nahmen nicht daran teil, aber die Karlisten, die Bonapartisten und die sogenannten Republikaner hatten sich zusammengethan und schürten den Aufruhr, um ihren Hauptzweck, den Sturz des Königs, zu erreichen.

Einige hundert Glende, unter ihnen sogar Kinder, zogen umher und schrien: „Es lebe Polen! Nieder mit den Ministern!“ und der Pöbel schloß sich an und schrie mit. Viele wurden verhaftet und darunter manche, die man von früheren Aufständen her kannte. Die Auführer zogen vor die Deputiertenkammer, in der Hoffnung, die Abgeordneten einzuschüchtern, was ihnen aber nicht gelang. Sebastiani hielt eine vortreffliche Rede und schlug die absurden Beschuldigungen Mauguins siegreich zurück. Den ganzen Tag über bildeten sich lärmende und schreiende Gruppen; sie wurden aber stets von der Nationalgarde und von der Linie auseinandergetrieben. Auch sonst sind die umsichtigsten Maßregeln getroffen, so daß wir hoffentlich bald von dem Gesindel befreit sein werden.

Der Herzog von Orleans ist aus Brüssel zurück; der König Leopold war sehr liebenswürdig gegen ihn und organisiert seine Armee, so gut er kann, was sehr nötig ist, denn er befindet sich in einer schlimmen Lage.

Mein Bruder beauftragt mich, Sie zu bitten, doch mit aller Energie den Abschluß des Definitivvertrages zu betreiben.... „sage meinem Botschafter“ (dies sind, teurer Fürst, seine eigenen Worte), er möge doch den Mitgliedern der Konferenz begreiflich machen, daß die Anerkennung Leopolds als König der Belgier die alleinige und wahre Friedensbürgschaft sei, und daß die Cession von zwölf Quadratmeilen, die wir noch von Holland

verlangen, eine *conditio sine qua non* bleiben müsse, ohne welche Leopold nicht bestehen könne.“

Wenden Sie also Ihre ganze Überredungskunst auf, teurer Fürst, um den König und Frankreich, ja ganz Europa diesen großen Dienst zu leisten. Mich überfällt ein Grauen, wenn ich nur an einen Krieg denke! Leben Sie wohl für heute.“

Derartige Zuschriften waren mir überaus peinlich, denn die Bevollmächtigten kannten die Lage in Paris so gut wie ich, wo nicht besser. Und dazu sollte ich, der Vertreter einer Regierung, die von heute auf morgen gestürzt werden konnte, immer neue Ansprüche und Forderungen erheben und dem König von Holland, der schon einen großen Teil seiner Staaten verloren hatte, noch mehr abzuringen versuchen!

Außerdem enthielten die Zeitungen entsetzliche Dinge über die letzten Pariser Ereignisse, und seit der Julirevolution war man in London wegen Frankreich nicht so aufgereggt gewesen.

Am 23. September sandte ich das Protokoll über die gänzliche Räumung Belgiens nach Paris, in welchem ausdrücklich gesagt wurde, daß das letzte Armeecorps nur auf den direkten Wunsch des Königs Leopold noch im Lande geblieben sei und es bis zum 30. September endgültig werde verlassen haben.

Dann schrieb ich an Casimir Périer einen Brief, in welchem ich ihn zu dem Triumph beglückwünschte, den er in der Kammer Sitzung vom 22. davongetragen ¹⁾.

¹⁾ Das französische Ministerium hatte in den Sitzungen vom 19. bis zum 22. September einen harten Kampf gegen die Opposition zu bestehen, welche es sowohl wegen seiner ausländischen wie auch wegen seiner inländischen Politik heftig interpellirte. Nach den glänzenden Reden Périers und Sebastianis ging die Kammer zur Tagesordnung über, indem sie sich mit 221 gegen 136 Stimmen im Einverständnis mit den Ministern erklärte und ihnen ein Vertrauensvotum in Bezug auf ihre auswärtige Politik gab.

Bei den Besprechungen über den Definitivvertrag waren alle Bevollmächtigten von dem besten Geiste beseelt; jeder notierte seine speziellen Bemerkungen und Bedenken, die am 26. in einer gemeinschaftlichen Besprechung diskutiert werden sollen. Man will gerecht und billig nach beiden Seiten hin sein und sehnt sich zugleich nach dem Schluß.

Die englischen Minister beschäftigen sich fortwährend mit der Reform; unzählige Petitionen treffen in London ein, die großen Debatten sollen am 3. Oktober beginnen.

Die Lösung der Festungsfrage brachte dagegen noch immer neue Schwierigkeiten, die sich durch die Mission des Grafen von Latour-Maubourg nur vermehrten. Das Vertrauen der Mächte, das ich bereits gewonnen hatte, wurde nämlich dadurch erschüttert und ich mußte nun sehen, dasselbe wiederherzustellen.

Zu alledem kam ein achttägiger widerwärtiger Nebel, der meine Verstimmung noch vergrößerte. Der Marschall Soult hatte, als Kriegsminister, in der Kammer erklärt, daß die französische Armee so lange in Belgien bleiben müsse, bis die Unabhängigkeit des Landes von allen Mächten feierlich anerkannt worden sei, was jedenfalls eine große Unvorsichtigkeit war, denn die Erklärung stand mit der meinigen, welche die Räumung auf den 30. September festgestellt hatte, in flagrantem Widerspruch.

So arbeitete man in Paris, anstatt mich zu unterstützen, meinen Plänen immer entgegen.

Um nun das Maß meiner Verdrießlichkeiten voll zu machen, wurde ich in der Sitzung des Oberhauses am 29. September von Lord Londonderry auf das heftigste angegriffen ¹⁾.

¹⁾ Der Marquis von Londonderry war ein Bruder Lord Castlereagh's und erscheint oft in den Verhandlungen des Wiener Kongresses als Lord Stewart. Der Marquis äußerte sich folgendermaßen über Talleyrand: Frankreich sucht auf alle mögliche Weise den Einfluß Englands zu schwächen und sich in allen Fragen vorzudrängen, um die Hauptrolle zu spielen. Der arglistige und schlaue

Der Herzog von Wellington erhob sich sofort und wies die gehässigen Verleumdungen energisch zurück, indem er besonders betonte, daß ich allerdings stets die Interessen Frankreichs verteidigt hätte, daß aber niemand die Loyalität und Redlichkeit meines Charakters in Zweifel ziehen dürfe. Nach Wellington nahm Lord Holland in dem gleichen Sinne das Wort, und zwar in der kräftigsten Weise. Ich ging also mit Ehren aus diesen Angriffen hervor. „In Paris“, schrieb ich bei dieser Gelegenheit an die Prinzessin von Baudémont, der ich auch die betr. Nummer der Times zuschickte, „in Paris, für das ich mich aufreibe, fällt es keinem ein, so für mich aufzutreten. Man meint, schon genug gethan zu haben, wenn man mir dann und wann ein paar freundliche und liebenswürdige Worte hinübersendet ¹⁾).

Diplomat, der Frankreich hier bei uns vertritt, weiß sich immer zu helfen: wird er auf der einen Seite geschlagen, so greift er von einer anderen Seite wieder an. Ich habe mich eben eines sehr scharfen Ausdrucks bedient, aber ich glaube auch nicht, daß man auf der ganzen Welt einen ähnlichen Charakter findet wie diesen Menschen. Er hat nacheinander Napoleon, Ludwig XVIII. und Karl X. gebient, und wenn man nun sieht, wie die englischen Minister einem solchen Menschen nachlaufen, um sich von ihm beraten zu lassen, so wird man von einem wahren Efel erfüllt. Wenn Sie, meine Herren Lords, wissen wollen, worauf sich mein Urtheil über den Fürsten Talleyrand gründet, so lesen Sie gefälligst das Memorandum, das er dem Ersten Konsul am 15. Brumaire des Jahres XI einreichte.“

¹⁾ Nach dem Ausfalle Bonfonderrys gegen Talleyrand nahm zuerst Lord Goderich das Wort: Er wundere sich, wie ein Mitglied des Oberhauses sich vor den versammelten Pairs in so unüberlegter und gehässiger Weise über den Botschafter einer befreundeten Macht auszusprechen wage. Er wolle übrigens nicht auf die Einzelheiten des Angriffes eingehen, weil er meine, es sei besser, dieselben durch Schweigen um so schneller der Vergessenheit anheimzugeben; wenn er sie aber ganz unberücksichtigt lasse, so könne man vielleicht glauben, daß die englische Regierung die Ansicht des edlen Marquis über den Vertreter des Königs Louis Philippe theile. Dies sei aber ganz und gar nicht der Fall, denn sonst müßte doch die englische Regierung den König der Franzosen längst ersucht haben, ihr einen anderen würdigeren Botschafter zu senden.

Hierauf nahm der Herzog von Wellington das Wort: „Bevor ich auf die Besprechung des eigentlichen Gegenstandes unserer Debatte eingehe die Verwendung französischer Offiziere in der belgischen Armee), muß ich mir durchaus einige Bemerkungen erlauben über die hochangesehene Persönlichkeit (illustrious individual), nämlich über den Fürsten Talleyrand, den mein verehrter Freund eben so heftig angegriffen hat. Da zögere ich denn nicht, offen zu erklären, daß ich zu

Die Notwendigkeit, endlich die belgischen Angelegenheiten zu einem für beide Teile gedeihlichen Abschluß zu bringen, veranlaßte die Konferenz, die Initiative zu ergreifen, indem sie selbst den bewußten Definitivvertrag verfaßte. Sie hatte nämlich bereits am 24. September einen darauf bezüglichen Entwurf nach Brüssel und nach dem Haag geschickt, aber die darauf erfolgten Antworten waren dergestalt unvereinbar und ließen auch jede Verständigung als unmöglich erscheinen, daß uns kein anderer Ausweg übrig blieb. Ich suchte natürlich meinerseits, soweit es irgend thunlich war, die vom General Sebastiani aufgestellten Grundzüge beizubehalten. Auf diese Weise entstand das Protokoll Nr. 44 vom 26. September, dessen 24 Artikel den beiden Kabinetten zugingen.

Casimir Périer gab seine volle Zustimmung zu diesem Schritte, schlug aber vor, den auf den 10. Oktober festgesetzten

allen Zeiten und in den langen Jahren, wo die Staatsgeschäfte mich mit dem Fürsten Talleyrand zusammengeführt, und zuletzt noch als Conseilspräsident Sr. Majestät nach der Julirevolution — daß ich, sage ich, keinen Staatsmann kennen gelernt habe, der mit solcher Umsicht und Gewandtheit die Interessen seines Landes zu vertreten gewußt, der aber auch in seinen Beziehungen zu den Ministern der fremden Kabinette eine so aufrichtige Ehrenhaftigkeit (uprightness and honour) gezeigt hätte wie der Fürst Talleyrand. Ich muß ferner als meine gewissenhafte Überzeugung noch hinzufügen, daß wohl noch niemand in seinem öffentlichen und privaten Charakter von jeher so falsch und ungerecht beurteilt worden ist wie dieser Staatsmann. Ich hielt es für meine Pflicht, dies hier öffentlich zu erklären, weil ich für meine Behauptungen zahlreiche Beweise habe. (Stürmischer Beifall.)

Schließ ich erhob sich noch Lord Holland, um zunächst, wie er sagte, dem edlen Herzog für die hochherzige Verteidigung des so schmählich angegriffenen Fürsten zu danken und seinerseits hinzuzufügen, daß er sich derselben voll und ganz anschließe. Er, Lord Holland, habe vierzig Jahre lang mit dem Fürsten in sehr nahen Beziehungen gestanden, so daß er den ehrenhaften Charakter desselben genau kenne, und auch er müsse gestehen, daß wohl noch nie ein Mensch so schmählich verleumdet und so ungerecht beurteilt worden sei wie Fürst Talleyrand.

(Vergl. die Times von Donnerstag, den 29. September 1831. Sitzungsbericht des Oberhauses).

Ein besonderer Umstand kam noch hinzu, die Ehrenerklärung Talleyrands im Oberhause in ein noch glänzenderes Licht zu setzen: Der Herzog von Wellington war damals der Führer der Opposition, zu welcher auch der Marquis von Londonderry gehörte, und die Lords Goderich und Holland waren Minister. Nennung des Herrn von Baccourt.

Termin noch um vierzehn Tage zu verlängern, um beiden Parteien die nötige Zeit zur Entscheidung zu lassen. Er ließ deutlich durchblicken, daß ein negatives Resultat leicht für das französische Ministerium eine Kabinettsfrage werden könne.

Er schrieb mir auch, daß man in Paris die vertrauliche Mitteilung erhalten habe, man beabsichtige, einen Prinzen aus dem Hause Nassau auf den griechischen Thron zu setzen.

Mich interessierte die Nachricht nur insoweit, als dadurch die Verhandlungen mit dem holländischen Kabinett eine leichtere Lösung finden konnten.

Die Idee war vom Kaiser von Rußland ausgegangen, der den König von Holland einigermaßen für den Verlust Belgiens zu entschädigen glaubte, wenn dessen jüngster Sohn Friedrich, der noch dazu sein Lieblingssohn war, König von Griechenland würde. Die Sache zerschlug sich aber alsbald, weil der König von Holland nichts davon wissen wollte.

Am 3. Oktober schrieb mir der Herzog von Dalberg aus Paris:

„Dem gesamten Europa und Frankreich besonders wäre Glück zu wünschen, wenn endlich durch einen verständigen Ausgleich die holländisch-belgische Frage aus der Welt geschafft würde. Solange diese fortbesteht, hängt immer der Krieg in der Luft, und Frankreich würde sich sehr täuschen, wenn es glaubt, durch den Krieg etwas zu gewinnen. Ich habe viele Personen in Italien und Deutschland gesprochen, die anfangs die Julirevolution willkommen hießen und die jetzt ihre Ansichten nach allem, was in Paris vorgeht, sehr geändert haben.“

Ein hochgestellter Freund in Deutschland schrieb mir kürzlich noch folgendes:

„Ihr Frankreich und namentlich Ihr Paris fangen nachgerade an, uns recht widerwärtig zu werden. Nehmen Sie sich nur in acht; bei einem allgemeinen Kriege könnten Sie leicht übel daran sein. Wo steht denn geschrieben, daß der Himmel

überall und fortwährend die französischen Waffen begünstigen wird? Denken Sie doch an die letzten Jahre Ludwigs XIV. und Napoleons. Auf die sogenannten Sympathien der Völker ist wenig zu geben. Ihre ewigen Aufstände und Intriguen, Ihre vielen Verkehrtheiten und das freche Geschwätz Ihrer Parteien — das alles ermüdet uns sehr und raubt uns die Geduld.“

So äußerte sich dieser Herr, und Reisende, die am Rhein gewesen waren, sprechen ebenso. Die Preußen haben in Köln einen Artilleriepark von zweihundert bespannten Geschützen. Der General Graf von Kostitz hat zu einem Stabsoffizier, den ich Ihnen nennen könnte, gesagt: „Wir verteidigen gegen Frankreich unsere Verträge. Es mag bei sich zu Hause thun, was es will, aber es soll die Nachbarn nicht beunruhigen. Unseren Soldaten ist der Krieg ganz recht; 200 000 Mann stehen bereit, und unsere ganze Heeresorganisation verbürgt uns den Erfolg. Metternich ist für uns, und die Österreicher bilden mit den übrigen deutschen Bundestruppen eine gleich große Armee. Wenn Louis Philippe nichts anderes sein will als der König der Jakobiner, so mag er sich außerhalb Europa ein Reich suchen. Wir werden uns schon zu verteidigen wissen.“

Bayern hat 60 000 Mann dem Wiener Kabinett zur Verfügung gestellt. Der hiesige bayrische Gesandte, Baron Pfeffel, hört auf dem auswärtigen Amte nur albernes Gerede, und unser Vertreter in München, Graf Mortier, ist hochfahrend und brutal, er mißfällt dem König von Bayern und allen, mit denen er in Berührung kommt.

Auch in der Schweiz wird stark agitiert, und zwar durch die Pariser Klubs. Mauguin war kürzlich dort und hat Hekreden gehalten, und die schweizer Demagogen rechnen stark auf Lafayette und Lamarque.

Sie sehen, teurer Fürst: alles ist in Gährung, und Europa kann eine solche Wirtschaft nicht mehr lange ertragen.

Über die Lage in Polen werden Sie dort besser unterrichtet sein wie wir hier. Anfangs ging für die Polen alles gut; sie hatten eine vortrefflich ausgerüstete Armee und volle Kassen. Sie hofften auch auf französische Hülfe, die man ihnen versprochen hatte, die aber ausblieb.

Der Marschall Diebitsch hatte schlecht organisierte Truppen, und der beste Verbündete der Polen war der Winter. Als aber die Russen mit einem starken Heer über die Weichsel gegangen waren, konnten die Polen sich gegen eine solche Macht nicht halten. Warschau fiel, und der größte Teil der polnischen Armee wurde zersprengt. Tausende ergaben sich; an einem einzigen Tage gegen sechshundert Offiziere. Die russische Regierung wird das Königreich Polen nominell bestehen lassen, aber ohne Volksvertretung und ohne Heer. Dazu weist sie jede fremde Intervention, gleichviel welcher Macht, grundsätzlich zurück. Sie hat darin vielleicht so unrecht nicht, denn unsere politisch so zerfahrene Zeit bedarf einer strengen Autorität.

Unser Ministerium sollte sich daran nur ein Beispiel nehmen und endlich mit Belgien ins reine zu kommen suchen. Auch lehrt uns die Geschichte, daß ein starkes Holland, schon als Seemacht, für Frankreich weit nützlicher sein würde, als das zerfahrene und unruhige Belgien. Das ist wenigstens meine Meinung, die ich vor einigen Tagen auch Casimir Périer mitgeteilt habe. Ich habe überhaupt die Vorliebe für die belgische Revolution nie recht begriffen. Und dazu noch der Streit um Luxemburg, Maastricht und Venloo! Was liegt denn daran, ob die Belgier eine Handvoll Dörfer mehr oder weniger haben? Die Hauptsache ist doch jedenfalls, daß wir Frieden behalten. Sebastiani, Pozzo und der Baron von Werther hatten darüber vorgestern eine sehr animierte Unterredung. Sebastiani bekämpfte das vorgeschlagene Arbitrium und behauptete, er könne es auf der Tribüne nicht verteidigen; lieber träte Frankreich ganz zurück und er würde der aufgelösten

Konferenz keine Thräne nachweinen. Werther widersprach heftig; Pozzo sagte nicht viel, als sie sich aber trennten, wandte er sich an den preussischen Gesandten und raunte ihm zu, indem er auf Sebastiani wies: „Weshalb streiten Sie sich mit ihm? Sie wissen doch, daß der General nicht derjenige ist, mit dem wir zu thun haben“¹⁾.

Bérier wird Sie schon nicht im Stich lassen, teuerster Fürst, und ich bin sicher, daß Sie alles zu einem guten Ende führen werden

Ich habe absichtlich diesen langen Brief des Herzogs von Dalberg so ausführlich mitgeteilt, weil er sehr charakteristisch war und manche zutreffende Wahrheiten enthielt, wenn ich auch den ganzen Inhalt desselben nicht billigen konnte.

In Paris faßte man noch immer die belgischen Angelegenheiten verkehrt auf, so viele Mühe ich mir auch gab, sie von ihrem richtigen Gesichtspunkte aus darzustellen. Und alle diese Kreuz- und Querfragen kamen zumeist aus dem verschrobenern Kopfe des Grafen von Selles, dessen Argumente oft so einfach waren, daß ein Kind sie leicht hätte widerlegen können. Dieser Taugenichts wollte nur im trüben fischen, denn, sobald in Belgien Ordnung herrschte, konnte er dort nichts mehr erreichen. Wir ließen uns aber in London durch diese Wühlereien nicht irre machen, die, wenn wir ihnen nachgegeben hätten, uns die größten Verlegenheiten bereitet haben würden.

Am 3. Oktober begannen die Debatten über die Reformbill von neuem, deren Ausgang sehr zweifelhaft erschien. Eine ungeheuere Menschenmenge belagerte das Parlamentsgebäude, und in ganz London sprach man von nichts anderem.

Am 4. trat die Konferenz wieder zusammen, um noch weitere Einzelheiten zu beraten. An den Schleusen sollten

1) Der Sohn dieses Barons von Werther war gleichfalls preussischer Gesandter in Paris beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges i. J. 1870.

holländische und belgische Beamte zusammen angestellt werden, und Belgien erhielt noch einen Zuwachs von 50000 Seelen. Die vom Grafen Latour-Maubourg im Auftrage Frankreichs vorgeschlagenen Festungen sollten demoliert werden, und der belgische General Goblet war zu diesem Zweck schon hier eingetroffen. Wir konnten also zufrieden sein.

Der König Leopold schickte mir am 4. Oktober durch seinen Leibarzt, den Baron Stockmar ¹⁾, einen Brief aus Brüssel, in welchem er sich beklagte, daß noch immer keine Antwort aus dem Haag eingetroffen sei. Es scheine, der König von Holland wolle wieder alles in die Länge ziehen und neue Verwirrungen herbeiführen. Ich möchte deshalb nur so energisch wie möglich vorgehen, und er treffe seinerseits die nötigen militärischen Vorbereitungen, um nicht überrascht zu werden, wenn es doch noch zu einem Kriege kommen sollte. Sein ganzes Bestreben ginge darauf hinaus, das freundschaftliche Einvernehmen Frankreichs und Englands zu fördern, was ihm bis jetzt gelungen sei, denn nur darin erblicke er das wahre Heil für ganz Europa.

Der Herzog von Dalberg zeigte mir am 4. Oktober die Rückkehr des Herzogs von Mortemart aus Petersburg an, aber wenn man behauptete, daß der Kaiser Nikolaus ihn besonders aufmerksam behandelt habe, so sei dies nicht wahr. Der Kaiser sei höflich gewesen und weiter nichts. Auch Pozzo besäße nicht mehr das Vertrauen seines Herrn wie früher, der ihn schon abrufen wollte, aber Nesselrode habe sich für ihn verwendet. Der Herzog meinte ferner, daß wir im nächsten

¹⁾ Baron Friedrich von Stockmar, geb. zu Koburg i. J. 1787, war der Leibarzt des Prinzen und späteren Königs Leopold, dem er auch nach England folgte. Dort trat er in den Dienst der königlichen Familie und zugleich in sehr freundschaftliche Beziehungen zum Herzog von Kent, dem Vater der nachmaligen Königin Viktoria. Auch bei dieser nahm er eine bedeutende Vertrauensstellung ein und war in vielen wichtigen Angelegenheiten ihr Berater. Später ging er nach Koburg zurück, wo er i. J. 1863 starb. Er hat wertvolle historische Erinnerungen und Aufzeichnungen aus seinem Leben hinterlassen.

Frühjahr sehr wahrscheinlich Krieg haben würden, wenn man die Mächte der h. Allianz nicht besonders vorsichtig behandelte. In Berlin wäre es eigentlich nur der König allein, der keinen Krieg wolle, und der Graf Flahaut habe dort eine kümmerliche Figur gespielt.

Das Gesetz über die Reorganisation der Pairskammer würde wohl durchgehen, und zwar wie Teste¹⁾ auf den Rat Semonvilles vorgeschlagen. Sicher ist es indessen noch nicht.

London, den 8. Oktober 1831.

Die Reformbill ist vom Oberhause mit einer Majorität von 41 Stimmen verworfen worden, also von weit mehr Opponenten, als man anfangs gedacht hatte. Alle Welt ist jetzt in größter Spannung, was der König und das Kabinett thun werden. Der Ministerrat ist seit diesen Morgen in Permanenz, aber man erfährt nichts.

Den 12. Oktober.

Fast jeden Tag erhalte ich aus Brüssel Kommentare über einen Brief Sebastianis, den man unklugerweise veröffentlicht hat und in welchem der General behauptet, daß die Beschlüsse der Konferenz nicht schnell genug befolgt würden, und daß der Abschluß der Verhandlungen sich deshalb so verzögere. Diese Hast und Ungeduld können nur schaden, und in England liebt man dergleichen nicht. Der Kaiser Napoleon, dem man auch nie

1) Das Testesche Amendement, nach welchem der älteste Sohn eines Pairs nur dann seinem Vater in der Pairswürde folgen solle, wenn derselbe als „würdig“ befunden sei, wurde übrigens abgelehnt; eine Bedingung, die namentlich aus diesem Munde später eine Illustration erhielt.

Jean Baptiste Teste, geb. i. J. 1780, war Advokat in Paris und unter den Hundert Tagen Polizeikommissar in Lyon. Nach der Zweiten Restauration flüchtete er nach Gütlich, wo er bis 1830 blieb. Nach der Julirevolution Vice-Präsident der Kammer, bekleidete er später mehrere Ministerposten und wurde i. J. 1843 Pair von Frankreich und Erster Präsident des Kassationshofes. Zu dem schimpflichen Bestechungsprozeß gegen den General Cubières mitangeklagt, wurde er von dem Gerichtshofe der Pairskammer zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren verurteilt und starb i. J. 1850.

schnell genug gehorchen konnte, hat mir oft gedankt, wenn ich die Ausführung seiner Befehle verzögerte, die er dann, weil er sie voreilig gegeben, zurücknahm. Ich bleibe in meinem ruhigen Gang, thue nur das unumgänglich Nötige und frage nicht viel danach, ob ich es dem einen recht und dem andern nicht recht mache.

Den 13. Oktober.

Wir hatten hier gestern abend einen kleinen Krawall: man warf dem Herzog von Wellington, dem Lord Bristol und dem Marquis von Londonderry die Fenster ein. Heute ist schon wieder alles ruhig, schon weil man meint, daß das Ministerium doch bleiben wird.

Die Konferenz hält täglich eine Sitzung; in acht Tagen werden wir hoffentlich zu Ende sein.

Allerdings müssen wir dann noch die Zustimmung der Könige von Holland und Belgien und die der Großmächte abwarten.

Ich teilte dies am 22. Oktober der Prinzessin Adelaide mit und fügte hinzu, daß der Tag des endlichen Abschlusses der schönste Tag meines Lebens sein würde. Der König von England habe gleichfalls in seiner Thronrede den großen Nutzen der Konferenz anerkannt.

„Ist erst einmal die belgische Angelegenheit beseitigt“, so schloß ich meinen Brief, „so kann Frankreich seinen inneren Verhältnissen eine größere Aufmerksamkeit zuwenden und sich ungestört den Werken des Friedens widmen. Die Decentralisation steht dann in der vordersten Reihe, die der König durchführen muß; jedem gebührt ein Anteil an der großen Arbeit. Die Aufreizungen von außen werden verschwinden, die Böswilligen werden verstummen. Alle gutgesinnten Franzosen werden sich um den Thron ihres Königs scharen, der ein Bollwerk des Friedens ist.“

Die Konferenz hatte bereits in ihrem Protokoll vom 15. Oktober die Gründe ihrer Vermittelung zwischen Holland und Belgien motiviert. Sie halte es für ihre Pflicht, hieß es darin, der steten Ungewißheit ein Ende zu machen und dadurch dem Verlangen von ganz Europa zu entsprechen. Eine weitere Verzögerung könne unberechenbares Unheil, wohl gar einen allgemeinen Krieg herbeiführen. Alle streitigen Punkte seien hinlänglich in ernste Erwägung gezogen; die belgischen, wie die holländischen Bevollmächtigten hätten alle nötigen Aufklärungen gegeben; da aber trotzdem eine Verständigung zwischen beiden Parteien nicht hätte erzielt werden können, so ergreife die Konferenz, im Auftrage der verschiedenen Kabinette, die Initiative und stelle jetzt die einzelnen Artikel eines Definitivvertrages fest. Die fünf Mächte machten sich ferner anheischig, die Zustimmung Hollands und Belgiens durchzusetzen, selbst für den Fall einer erstmaligen Ablehnung, weil sie überzeugt seien, daß jene durchaus unparteiisch aufgestellten Artikel dem Recht und der Billigkeit nach beiden Seiten hin vollkommen entsprächen, wobei sie zugleich ihren festen Entschluß erklärten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln einer Fortsetzung oder Erneuerung des Streites zu begegnen.

Soweit der Inhalt des Protokolles. Die 24 Artikel wurden darauf den Kabinetten im Haag und in Brüssel zur Annahme übersandt, mit dem Bemerkten, daß der Beschluß der Konferenz unwiderruflich sei.

In Paris teilte man glücklicherweise, wie in allen anderen Staaten, die Freude über den günstigen Abschluß unserer Beratungen. Die Prinzessin Adelaide gratulierte mir im Auftrage des Königs zu dem herrlichen Erfolge. Ihr Bruder sehe darin die beste Friedensbürgschaft; Vertrauen und Zuversicht würden im Volk wieder erwachen und die Wohlfahrt des schönen und teuren Frankreichs sei jetzt fest gegründet.

Die große Nachricht habe auf alle Gemüther einen wunderbaren Zauber ausgeübt; der Jubel sei allgemein. Der König von Holland müsse schon nachgeben, denn die Konferenz habe viel für ihn gethan, und auch das Verbleiben des englischen Ministeriums im Amte würde beruhigend und versöhnend wirken.

In ähnlicher Weise schrieb mir Casimir Périer und dankte mir für den großen Dienst, den ich dem Vaterlande erwiesen. „Der Friede bleibt uns nicht allein erhalten, teurer Fürst, sondern er ruht jetzt auf einer festen Grundlage. Erst die Nachwelt wird Ihnen jene volle Anerkennung zu teil werden lassen, die ein Staatsmann in diesen wildbewegten Zeiten von den Mitlebenden nicht erwarten kann.“

Alsdann meldete der Conseilspräsident mir noch, man habe bereits am 2. November in Paris die Nachricht erhalten, daß die belgische Deputiertenkammer die 24 Artikel angenommen, und daß der Senat nachfolgen werde¹⁾.

Der Herzog von Dalberg jandte mir ebenfalls seine Glückwünsche, was ich hier nur wegen des eigentümlichen Postskriptums seines Briefes erwähne. „Sebastiani hat uns wieder einmal einen Beleg für die Art und Weise geliefert, wie er die Geschäfte des Auswärtigen zu dirigieren versteht. Man weiß nämlich jetzt, was von den Instruktionen zu halten ist, die er f. B. dem General Guilleminot in der bewußten Angelegenheit gegeben, oder nicht gegeben hat²⁾“.

1) Die Deputiertenkammer nahm am 1. November die 24 Artikel mit 59 gegen 38 Stimmen an und der Senat am 2. November mit 35 Stimmen gegen 8.

2) Man erinnert sich wohl der befremdlichen Note, die der erwähnte General als französischer Botschafter der Pforte zukommen ließ. Vergl. S. 96.

Sofort nach seiner Ankunft in Paris brachte der General die Angelegenheit in der Pairskammer zur Sprache. Er habe zunächst seine Instruktionen nicht überschreiten können, weil er überhaupt niemals welche erhalten; nur seinem Abberufungsschreiben habe eine Depesche als „Duplikat“ beigelegen, mit Instruktionen für ihn, aber das „Primat“ sei nie in seine Hände gelangt. Sebastiani protestierte sofort gegen dies Duplikat, und die Sache blieb unaufgeklärt, wie sie vorher gewesen.

Den 10. November.

Der König von Holland hält mit seiner Zustimmung noch zurück; er hat einen Kurier nach Petersburg geschickt, um bei dem dortigen Kabinett anzufragen, weil er den russischen Bevollmächtigten in London nicht mehr traut. Die Antwort kann erst Anfang Dezember hier sein, so daß wir Zeit zum warten haben. Inzwischen ergehen sich die Zeitungen in allen möglichen Konjekturen, eine immer verkehrter als die andere.

Den 15. November.

Wir haben unterzeichnet. Die Belgier werden Lärm machen, und doch sind sie sicherlich nicht übervorteilt, besonders in ihren Grenzen nach Frankreich hin. Auch ist ihr Anteil an der Staatsschuld geringer als vor der Trennung, und ihr Handel wird durch die Kanäle im Innern und durch die Verbindung der Schelde mit dem Rhein bedeutend gewinnen. Und dennoch Refriminationen!

Beide Kammern in Brüssel hatten allerdings die 24 Artikel angenommen, aber das belgische Ministerium hatte für seine definitive Zustimmung den folgenden Vorbehalt gemacht:

1. Einige Artikel noch zu modifizieren, und
2. die Garantie, daß der von der Nation gewählte König auch sofort von allen Mächten anerkannt werden müsse¹⁾.

Die Konferenz antwortete umgehend, daß die 24 Artikel keinerlei Modifikationen erleiden könnten, daß aber in betreff des zweiten Punktes, einer Anerkennung des erwählten Königs durch die fünf Signatarmächte, nichts im Wege stehe.

Alsdann wurde die Zustimmung Belgiens dem holländischen Kabinett im Haag gemeldet, das, wie bereits erwähnt, einen Aufschub verlangte, und noch an demselben Tage, am 15. November, unterzeichneten sämtliche Bevollmächtigte, mit Ausnahme

1) Herr van de Weyer hatte der Konferenz diese Modifikationen vorgelegt; sie betrafen die Staatsschulden, einige Grenzrettifikationen und die freie Moselschiffahrt der Luxemburger.

Hollands, den Definitivvertrag, und zwar unter Hinzufügung der drei folgenden Artikel:

Artikel XXV. Die Kabinette von Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland garantieren Sr. Majestät dem König der Belgier die vollständige Ausführung der obenstehenden 24 Artikel.

Artikel XXVI. Infolge dieses Vertrages sollen Friede, Freundschaft und Eintracht herrschen zwischen Ihren Majestäten dem Kaiser von Oesterreich, dem König der Franzosen, dem König von Großbritannien, dem König von Preußen und dem Kaiser von Rußland einerseits — und Sr. Majestät dem König der Belgier andererseits und zwischen ihren Erben und Nachfolgern, ihren Staaten und Unterthanen auf ewige Zeiten.

Artikel XXVII. Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationen sollen in London ausgewechselt werden, von heute an spätestens nach Verlauf von zwei Monaten, und früher, wenn thunlich.

Wir werden nun sehen, welchen praktischen Erfolg dieser Vertrag, zunächst für die beiden kontrahierenden Staaten und auch für die übrigen beteiligten Mächte hatte.

Der König Louis Philippe an den Fürsten Talleyrand.
Paris, den 19. November 1831.

Mein teurer Fürst!

Der Londoner Vertrag vom 15. November 1831 ist ein geschichtliches Ereignis von großer Bedeutung, und für Frankreich besonders von außerordentlichem Nutzen. Sie können mit Recht stolz darauf sein; er ist zugleich Ihre beste Antwort auf die vielen Angriffe, denen meine Regierung und auch Ihre Person ausgesetzt waren. Der Vertrag vernichtet alle schlechten und gefährlichen Pläne und Anschläge, welche die Umsturzparteien bereits in der Hoffnung auf einen eventuellen Krieg geschmiedet hatten. Freilich fehlt noch die Zustimmung des

Königs von Holland, die aber unmöglich ausbleiben kann, wie Sie selbst mir ja auch versichern, denn endlich wird er doch wohl sein System des ewigen Hinausschiebens aufgeben, das ihm sonst noch verderblich werden könnte.

Auch der Hinblick auf die innige und feste Verbindung der Bevollmächtigten aller fünf Kabinette muß den König doch nachdenklich machen und ihn auf den richtigen Weg leiten.

Leben Sie wohl, teurer Fürst, Sie kennen längst meine freundschaftlichen Gesinnungen für Sie.

Louis Philippe.

Der Herzog von Dalberg blickte nicht so rosig in die Zukunft, aber sein Brief vom 21. November enthielt auch diesmal wieder manche zutreffende Bemerkung.

„Die Trennung Belgiens von Holland“, schrieb er, „hat eine starke Kriegsmaschine gerade an dem schwächsten Teil unserer Grenzen zerstört, und das ist Ihr Werk, teurer Fürst, was auch unsere einfältigen Deputierten und Journalisten dagegen schwachen mögen. Aber der König von Holland ist dadurch jedenfalls schwer verletzt worden. Preußen und Rußland haben die verwandtschaftlichen Rücksichten im Interesse des europäischen Friedens beiseite gesetzt, und ich glaube, sie meinen es ehrlich. Deshalb wird der König sich auch fügen müssen, aber er wird, wie seine beiden Vorfahren, Wilhelm II. und Wilhelm III., ein unveröhnlicher Feind Frankreichs werden. Er kann deshalb leicht einen Intriguenherd in seiner Umgebung begünstigen, der gegen uns gerichtet ist. Und hier in Paris können ihm dann die Karlisten und Bonapartisten in die Hände arbeiten.“

Augenblicklich scheint die Haltung der europäischen Kabinette eine ruhige zu sein; sie warten ab und spähen umher. Aber sie werden Frankreich beständig mit argwöhnischen Blicken betrachten und sich an den Vertrag von Chaumont erinnern, der gegen die französische Revolution gerichtet war und den sie gewiß nicht vergessen wollen. Und nur die Furcht vor der

Revolution hält sie zusammen, um Frankreich gemeinsam zu überwachen. Trotzdem müssen wir uns hüten, unter sie Zwietracht zu streuen, denn ein anarchischer Geist zieht durch alle Länder und könnte auch uns Gefahr bringen. Reden wir lieber selbst von Reformen und schaffen wir manche Mißbräuche ab, aber stärken wir zugleich die monarchische Autorität.

Sie erkundigen sich auch, teurer Fürst, nach einem Gelehrten, der eine sehr mittelmäßige Geschichte der Restauration veröffentlicht. Es ist ein gewisser Capesigue, der früher mit Mignet unter Molé in den Staatsarchiven gearbeitet hat. Dieser Capesigue hat sich überall Zutritt zu verschaffen gewußt; er trägt Anekdoten und sonstige Geschichten zusammen, und sein Hauptzweck ist, mit seinem Werk recht viel Geld zu machen. Kürzlich wollte er sogar eine wichtige Notiz aus London erhalten haben über eine geheime Allianz zwischen Frankreich, England und Oesterreich, die bereits im Werk sei. Die Eingeweihten halten das Ganze für eine Mystifikation. Vielleicht hat Metternich einmal ein darauf bezügliches Wort fallen lassen, aber Metternich hält sich doch im Grunde seines Herzens zu den Kabinetten von Berlin und Petersburg — ein Kleeblatt, das man die Kontinentalallianz nennen könnte.

Die Ereignisse in Bristol werfen ein betrübendes Licht auf die englischen Zustände; solches kann auch in London passieren¹⁾.

Unsere Pairskammer hat gestern ihren Gnadenstoß bekommen, denn sie wird nun unfrei. Der König und Casimir Périer machen aus ihr ein willenloses Geschöpf²⁾.

1) Ein blutiger Aufstand war am 29. Oktober in Bristol ausgebrochen und zwar bei der Rückkehr des Deputierten Wetherell, der sich im Parlament auf das heftigste gegen die Reformbill ausgesprochen hatte.

2) Eine Anspielung auf die 36 neuernannten Pairs, wodurch es möglich wurde, die von der Regierung vorgeschlagene und von der Deputiertenkammer bereits votierte Aufhebung der Erblichkeit der Pairswürde durchzubringen. Die Erblichkeit wurde bekanntlich von Ludwig XVIII. durch Ordonnanz vom 30. August 1815, und zwar auf Anraten und unter Beihülfe Talleyrands, dekretiert. Am 29. Dezember 1831 sprach sich dann die Pairskammer mit einer Mehrheit von 36 Stimmen gegen die Erblichkeit aus. Vergl. Bd. III, S. 211.

Den 2. Dezember.

Der Aufstand in Lyon hat die hiesige Bevölkerung von neuem wieder sehr aufgeregert, und man fürchtet, daß es in Manchester ähnlich hergehen könnte wie vor einigen Tagen in Bristol. Die Regierungen müssen durchaus helfend einschreiten, denn die Fabrikarbeiter können von ihrem geringen Lohn nicht leben. Die bloßen Geldunterstützungen genügen nicht; in den einzelnen Departements müssen die Arbeitslosen Beschäftigung finden, die immer vorhanden ist; Ländereien urbar machen, Sümpfe austrocknen, Wege aufbessern u. s. w. In manchen Gegenden, wie in der Auvergne, in Limousin, in Nivernais fehlt es an Arbeitskräften, dahin muß man die Überzahl der zu stark bevölkerten Provinzen zu schaffen suchen. Hunderttausende könnten auf diese Weise ihre Existenz finden, und dafür muß eine gute Verwaltung zu sorgen wissen.

Casimir Périer hatte mir in einem Briefe vom 4. Dezember seine Hoffnung ausgesprochen, daß es uns wohl bald gelingen würde, den Eigensinn des Königs von Holland zu brechen, der immer neue Schwierigkeiten erhöhe, so daß man die belgischen Angelegenheiten noch keineswegs als gänzlich erledigt ansehen könne.

Ich mußte ihm allerdings recht geben, vertröstete ihn aber zugleich in meiner Antwort auf die nächste Woche. Der Fürst Lieven hatte mir nämlich versichert, daß die Antwort aus Petersburg von einem Tage zum anderen eintreffen und daß es alsdann mit den Illusionen des Königs von Holland gänzlich vorbei sein würde.

Wir mußten uns also gedulden, was wir um so leichter konnten, als wir die Herren der Situation waren.

Die Antwort des Königs von Holland ist gestern hier eingetroffen, sie umfaßt nicht weniger als vierzig Foliosseiten, die ich gezwungen bin, durchzulesen.

Das Resultat ist, daß der König die Grenzbestimmungen annimmt und ebenso die Verteilung der Staatsschuld, daß er aber in Bezug auf die Schifffahrt und auf die Gerechtfame der Kanäle einen neuen Vertrag mit Belgien verlangt. Also mit anderen Worten: der König ist mit allem einverstanden, was für ihn günstig ist und verwirft das, was den Belgiern Vorteile sichert ¹⁾).

Also neue Schwierigkeiten und Weitläufigkeiten, die natürlich beseitigt und gelöst werden, aber Zeit und Mühe kosten. Ein Gleiches gilt von den Festungen, wo der König Leopold uns durch die Verpflichtungen, die er gegen den Grafen Tavour-Maubourg eingegangen ist, Verlegenheiten bereitet. Auch hier wird es noch Arbeit geben, aber im Prinzip stehen ja die drei Demolitionen fest; man hätte nur in Brüssel nicht noch darüber Nebenverhandlungen einleiten sollen ²⁾).

Den 17. Dezember.

Ich mußte gestern die Verlesung des langen holländischen Memorandums mitanhören. Wenn man in seinem Recht ist, schreibt man keine vierzig Folienseiten.

Dann kamen die Festungen wieder zur Sprache, aber ich nehme an den Verhandlungen nicht teil, die sehr wahrscheinlich in Paris nicht besonders gefallen werden. Frankreich hat hierbei nur seine Wünsche auszusprechen.

Eine von Lord Aberdeen beabsichtigte Motion im Parlament kam hinzu, die Angelegenheit noch mehr zu ver-

¹⁾ Das holländische Memorandum protestierte gegen die von der Konferenz vorgeschlagene Gemeinsamkeit der Überwachung der Pfahlbauten, der Baken und sonstigen Warnungszeichen und überhaupt der gesamten polizeilichen Befugnisse, und nahm dies alles für sich allein in Anspruch.

²⁾ Als der belgische Bevollmächtigte, General Goblet, bei der Konferenz wegen Tournay und Charleroi auf Widerspruch stieß, brachte er dafür die ganz unwichtigen festen Plätze Philippeville und Marienburg in Vorschlag. Frankreich protestierte sofort energisch dagegen, unter Berufung auf die von der belgischen Regierung am 8. September eingegangenen Verpflichtungen. Der König Leopold nannte jene Verpflichtungen aber nur Präliminarien, ohne bindende Kraft, und Frankreich mußte sich später dem *fait accompli* fügen.

wirren¹⁾, denn die in Brüssel vom König Leopold angeknüpften Unterhandlungen haben hier großes Mißtrauen erregt²⁾.

Der König Louis Philippe an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 16. Dezember 1831.

Mein Lieber Fürst!

Die Festungsangelegenheit nimmt eine Wendung, die mich beunruhigt und die mir doppelt peinlich ist, weil ich den Kammern gegenüber dadurch in einem zweideutigen Lichte erscheine.

Ich muß Ihnen aufrichtig erklären, daß ich meine Zustimmung zu der Regulierung der belgischen Frage und besonders zu der immerwährenden Neutralität Belgiens nicht gegeben haben würde, wenn ich mich nicht völlig und ganz auf die

1) Lord Aberdeen wollte nämlich im Oberhause gegen die 24 Artikel protestieren, aber die Motion wurde vertagt, weil der Herzog von Wellington, der ihm seine Unterstützung zugesagt hatte, krank geworden war. Aberdeen brachte sie am 26. Januar 1832 wieder ein, die Lord Grey alsdann siegreich bekämpfte und ein Vertrauensvotum für das Kabinett mit 132 Stimmen gegen 45 erzielte.

2) Talleyrand giebt hier noch einmal ein Resumé der Verhandlungen in Bezug auf die zu demolierenden belgischen Festungen und weist zunächst auf das schon früher erwähnte Protokoll vom 17. April 1831 hin, in welchem die vier Großmächte (mit Ausschluß Frankreichs) wegen der gänzlich veränderten politischen Lage Belgiens die festen Plätze für überflüssig erachten, und was durch die proklamirte und von ihnen verbürgte Neutralität des neuen Königreiches noch verstärkt wurde. Dies Protokoll war klar und deutlich, und als Talleyrand den Inhalt erfahren, wandte er sich sofort an den Prinzen Leopold, vor dessen Abreise nach Brüssel, mit der Bitte um Bestätigung. Der Prinz antwortete ausweichend, und die französische Regierung konnte sich mit dem Protokoll nicht zufrieden geben. Als aber dasselbe darauf im Juli in Brüssel veröffentlicht wurde, stellte Louis Philippe in seiner Thronrede bei Eröffnung der Kammern, am 23. Juli, die Demolierung der Festungen in sichere Aussicht, ohne dadurch die bei den Belgiern hervorgerufene Aufregung zu berücksichtigen. Als man sich deshalb in Paris beunruhigte, schickte Louis Philippe den Grafen von Batour-Maubourg nach Brüssel, um privatim mit dem König Leopold zu unterhandeln, und dieser bestätigte dann das Protokoll, jedoch ohne die Namen der einzelnen Festungen zu nennen, und der General Goblet ging als Bevollmächtigter Belgiens nach London, um mit den vier Mächten definitiv abzuschließen. Der Graf von Batour-Maubourg hatte bei seiner Rückkehr nach Paris auf seiner Liste auch Charleroi und Tournay aufgeführt, die der General Goblet, wie wir wissen, gegen Philippeville und Marienburg umgetauscht hatte, sehr zum Schaden Frankreichs.

Darauf bezieht sich vornehmlich der obige Brief Louis Philippes an Talleyrand.

verheißene Demolierung der Festungen verlassen hätte, und wenn ich hätte ahnen können, daß man auf einem neutralen Territorium ein bedeutendes Kriegsmaterial bestehen lassen wollte. Und bedenken Sie wohl, lieber Fürst, daß wir, vom Standpunkte des Rechtes aus, gar nicht genötigt sind, diese Festungen zu respektieren. Ich sage nicht, daß ich einen *casus belli* daraus machen will, aber sowohl England wie die übrigen Mächte können unmöglich beabsichtigen, Frankreich in eine so peinliche Lage zu bringen, nachdem wir im guten Glauben an die Verheißungen der Konferenz jene Festungen, die wir schon besetzt hielten, geräumt haben.

Auch in Bezug auf Philippeville und Marienburg muß ich protestieren, denn sie gehörten seit dem Pyrenäenfrieden (1659) zu Frankreich und wurden uns durch die Verträge von 1815 genommen; sie sind also nicht auf Kosten der Mächte errichtet worden. Der französische Nationalstolz würde mithin durch die Zerstörung dieser beiden festen Plätze schwer verletzt werden, und mein Volk würde mir und meiner Regierung mit Recht einen Vorwurf daraus machen, dieselben nicht zurückverlangt zu haben. Wenn Ypern, Tournai und Charleroi befestigt bleiben, so entsteht dadurch gegen Frankreich eine Operationslinie, welche die ganze belgische Neutralität illusorisch macht. Ich beschuldige niemand, Gott soll mich bewahren, aber es sieht nach der augenblicklichen politischen Lage wirklich so aus, als wolle man sich dadurch auf eventuelle Fälle eine Handhabe gegen uns sichern.

Belgien könnte ferner allein bei seinen Finanzverhältnissen die Festungen gar nicht unterhalten, und fremde Garnisonen hineinlegen, würde Frankreich erst recht verletzen und provocieren. Auch der Umstand daß der König der Belgier nicht Mitglied des Deutschen Bundes ist, kann keine genügenden Garantien bieten.

Ich weiß, lieber Fürst, daß Sie diese meine Ansichten, die auch diejenigen meiner Minister sind, mit uns teilen und ver-

traue daher auch Ihrer schon so oft bewährten Umsicht und Geschicklichkeit, um auf die betreffenden Verhandlungen in einem für Frankreich günstigeren Sinne einzuwirken. Sie werden dadurch Europa und uns vor großen Gefahren bewahren.

Meine freundschaftlichen Gesinnungen für Sie kennen Sie schon längst.

Louis Philippe.

Einen ähnlichen Brief erhielt ich einige Tage später von der Prinzessin Adelaïde, die sich namentlich über den König Leopold bitter beklagte, weil er seinen Versprechungen untreu geworden. „Wir dürfen doch unmöglich so mit uns spielen lassen“, schrieb sie, „und es war ein Unglück, daß Sie an den Beratungen nicht teilgenommen, denn Sie würden sicher energisch protestiert haben. Jetzt fällt Ihnen wieder die schwere Aufgabe zu, hier zu vermitteln und auszugleichen. Wenn die Konferenz erfährt, daß der König auf die Vorschläge absolut nicht eingehen will, wird sie wohl nachgeben.“

Ich antwortete dem König am 22. Dezember und sprach demselben mein lebhaftes Bedauern über seine Mißstimmung aus, erlaubte mir aber zu bemerken, daß mir die Sache keineswegs so düster erscheine, und daß vollends dadurch von einer Rückkehr zur h. Allianz nicht wohl die Rede sein könne. Das englische Kabinett sei durch die vielen belgischen Intriguen schon sehr verstimmt, und die Angriffe Lord Aberdeens hätten auch darin ihren Grund. Lord Grey sowohl wie Lord Palmerston, die beide Sr. Majestät hochverehrten, bedauerten sehr, daß man in Paris die Festungsfrage so beunruhigend auffasse.

Ich fügte noch hinzu, daß das Unglück nur aus Brüssel gekommen und auch nur dort wieder gutzumachen sei, daß mithin nur der persönliche Einfluß Sr. Majestät auf den König

Leopold hier von Wirkung sein könne. Selbstverständlich würde ich von meiner Seite ebenfalls alles versuchen, um der Sache eine bessere Wendung zu geben

Der Prinzessin Adelaide schrieb ich gleichfalls, daß ich leider zu der Überzeugung gekommen sei, die Wünsche Sr. Majestät unerfüllt zu sehen, wiederholte aber nochmals, daß ich die Sache nicht von einer so verhängnisvollen Seite betrachten könne. Die festen Plätze Ath und Mons würden jedenfalls zerstört werden, und das sei schon eine Genugthuung für Frankreich. Dies müsse uns übrigens als eine Warnung dienen, die neugeschaffenen und schwachen Regierungen nicht allzusehr sich selbst zu überlassen. Ich bäte schließlich Ihre Hoheit, dies an geeigneter Stelle zu betonen.

Der König gab sich aber trotzdem noch nicht zufrieden und sandte mir am 26. Dezember ein neues langes Schreiben, und zwar an Stelle des Generals Sebastiani, der plötzlich einen Schlaganfall erlitten hatte¹⁾.

Zunächst berührte Se. Majestät die Mission des Grafen von Latour-Maubourg nach Brüssel und bat mich, dies doch nicht als ein Mißtrauensvotum gegen die Bevollmächtigten und gegen meine Person anzusehen.

Das Protokoll vom 17. April sei ja zum größten Teil mein Werk, und ich hätte außerdem noch den glücklichen Gedanken gehabt, den König Leopold um einen Brief zu ersuchen, in welchem derselbe mir die Demolition der Festungen zugesagt habe, was im Grunde den Instruktionen des Grafen von Latour-Maubourg gleichkäme.

Von einem Mißtrauen des französischen Kabinettes gegen die Konferenz könne daher nicht wohl die Rede sein, er, der König, habe nur seinerseits eine nochmalige Zusicherung aus

1) Casimir Périer übernahm interimistisch das Portefeuille des Auswärtigen.

Brüssel gewünscht, um die Verhandlungen des Königs Leopold mit den Bevollmächtigten in London zu erleichtern.

Aber ein Mißtrauen der Kabinette gegen Frankreich sei noch weniger gerechtfertigt, denn seine Loyalität habe Frankreich bei der Räumung der besetzten Festungen hinlänglich bewiesen, die es ja hätte „zehnmal für einmal“ in die Luft sprengen können, wenn es gewollt.

Ebenso lehnte der König auch den Vorwurf ab, dem Protokoll vom 17. April eine so schnelle und allgemeine Publikation gegeben zu haben. Dies sei absichtlich geschehen und besonders deshalb, um die öffentliche Meinung günstig für den Prinzen Leopold zu stimmen, der bis dahin bei den Franzosen wenig beliebt gewesen, weil sie ihn stets als einen Lieutenant Englands oder der h. Allianz betrachtet hätten. Der König habe ferner seinem Volke durch die Trennung Belgiens von Holland die Hinfälligkeit der h. Allianz zeigen wollen, was durch die Demolition der belgischen Festungen und durch den Ausschluß des Königs von Belgien vom Deutschen Bunde noch erhöht worden sei.

Alles das habe doch sehr zur Erhaltung des Friedens, zur Stärkung Frankreichs und zur Befestigung des belgischen Thrones beigetragen.

Das Londoner Kabinett werde hoffentlich schon eingesehen haben, daß der von Herrn van de Weher oder dem General Goblet einseitig abgeschlossene Vertrag weder den englischen noch den französischen Interessen entspräche, und der König Leopold würde mit seinen Ministern wohl gleichfalls zu derselben Ansicht gekommen sein, denn was stände ihnen bevor, wenn dadurch das Protokoll vom 15. November annulliert würde! Der König von Holland wünsche dies natürlich und sehr wahrscheinlich der Kaiser von Rußland nicht minder.

Möge das Londoner Kabinett doch ja überzeugt sein, daß Frankreich bei diesen Forderungen ganz und gar keinen Hintergedanken habe, und möge es doch nicht die Hand bieten zur

Verlängerung eines Zustandes, der nur als eine stete Drohung Hollands und auch Rußlands nach Frankreich hinüber geschaffen worden sei.

Schließlich verbreitete der König sich noch über die falsche Stellung des Königs Leopold, wenn derselbe in Folge des letzten Vertrages nur noch mit vier Großmächten, anstatt mit fünf, verhandeln solle, da er doch gerade in dem festen Anschluß an England und Frankreich die beste Garantie für die Konsolidierung seines Thrones besitze.

Überdies stehe die Zustimmung Rußlands zu dem Protokoll vom 15. November noch aus, und dasselbe sei auch selbst dann noch nicht ratifiziert; die Konferenz könne also unmöglich auf Grund dieses Protokolles schon jetzt neue Beschlüsse fassen.

Würden aber England und Frankreich wie bisher, so auch in der Festungsfrage zusammenhalten, so könnten die beiden Mächte Holland schon zwingen, sich zu fügen, und Rußland bliebe dann jedenfalls auch nicht zurück

Someit der Brief des Königs, den mir Casimir Périer, als Vertreter des erkrankten Generals Sebastiani, übersandte, nachdem er noch einige zustimmende Worte beigelegt hatte.

Der Herzog von Dalberg schickte mir einen Neujahrsbrief mit den herzlichsten Glückwünschen. Dann beklagte er sich bitter über die Pairskammer, „die in ihrer Feigheit dem Senat des Kaiserreiches nichts nachgebe.“

Aus Petersburg seien bereits Nachrichten eingetroffen und ebenso aus Berlin, die andeuteten, daß man dem König von Holland wohl günstigere Bedingungen machen müsse, wenigstens in Bezug auf die Binnenschiffahrt, die nach der jetzigen Fassung des Vertrages zu ewigen Zänkereien mit Belgien führen würde. Er könne den Baron von Wessenberg nicht begreifen, der doch die Verhältnisse genau kenne, so etwas zugelassen zu haben.

Der General Sebastiani sei an seinem Schlaganfall selbst schuld; er habe auf der Tribüne in der Pairskammer soviel tolles Zeug geschwatzt und sich wie ein Frosch aufgeblasen (*gonflé comme un crapaud*), um Effekt zu machen, daß ihm das Blut ins Gehirn gestiegen sei. Dabei schwinde das Vertrauen in die Zukunft mehr und mehr. Die russischen Agenten führten eine sehr freche Sprache, aber Pozzo schein nicht mehr viel zu bedeuten. Die Österreicher meinten, früher oder später müsse Belgien doch wieder an Holland zurückfallen, und es sei wichtig für mich, dergleichen zu erfahren.

Zum Jahreswechsel erhielt ich auch noch einen Brief von unserem Gesandten in Berlin, dem Grafen Bresson, dem ich schon früher ein Exposé des Definitivvertrages zugesandt hatte. Er meldete mir, daß er dasselbe dem Grafen Bernstorff mitgeteilt habe, um es in die Hände des Königs gelangen zu lassen. Auch nach Petersburg habe er einen Auszug gesendet, und er hoffe, daß der König von Preußen einen guten Einfluß auf die Gesinnung des Zaren ausüben werde. Das preußische Kabinett sei offen und ehrlich und habe das russische auf die Gefahr aufmerksam gemacht, in die es durch die Nichtanerkennung des Protokolles vom 15. November geraten könne. „Wenn dies nur etwas fruchtet“, fügte der Graf hinzu, „denn wenn auch der König von Preußen das Versprechen seiner Ratifikation halten wird, so meinen die preußischen Minister, und mit Recht, daß sie durch die Weigerung einer einzigen der fünf Mächte hinfällig werden muß“

Den 30. Dezember 1831.

Die Krankheit Sebastianis geht mir doch recht nahe. Der General war freilich manchmal ziemlich unbequem, aber er hatte doch auch seine guten Seiten. Er war ein Mann von Verstand und feinen Sitten und mir gewiß freundschaftlich gesinnt. Der König verliert in ihm einen treuen Diener.

Die Angelegenheit der Pairskammer ist ohne Ministerkrisis erledigt; wenn ich dasselbe doch auch von Belgien sagen könnte! Ich kann gleichfalls sterben, wie Sebastiani vielleicht sterben wird — gut, ich sterbe dann auf dem Schlachtfelde. Gott gebe, daß es auf dem Bette der Ehren geschehen möge. Hoffentlich treffen die Ratifikationen aus Berlin vor dem 15. Januar ein, und wenn wir die erst haben, werden auch die aus Wien bald hier sein. Petersburg thut wichtig und vornehm und kommt später

Der Fürst Talleyrand an Casimir Périer.

London, den 2. Januar 1832.

Verehrter Herr!

. . . . Im auswärtigen Amt scheint man wirklich ein wahres Studium daraus zu machen, alle Schritte der fremden Mächte auf die h. Allianz zu beziehen, und man schafft sich dadurch nur ein verwirrendes Phantom. Ihr klarer Geist, verehrter Herr, wird diese Menschen schon auf die richtige Bahn leiten.

Die Festungsfrage, mit welcher die Zeitungen sich fortwährend beschäftigen, macht Ihnen gewiß manche unruhige Stunde, und doch ist sie von keiner so großen Tragweite. Viel wichtiger erscheint mir die Abrüstung, auf welche Sie bereits hindeuten. Bis jetzt ist noch kein Kabinett auf der ganzen Linie dafür eingetreten, und Ihnen würde der Ruhm gebühren, dazu den ersten Impuls gegeben zu haben. Die h. Allianz hat in dem Protokoll vom 17. April die Segel vor Frankreich streichen müssen; wir könnten jetzt noch mehr verlangen, aber wir thun es nicht. Durch die Abrüstung erleichtern Sie das Budget Frankreichs außerordentlich, und Sie können die dadurch gewonnenen Summen auf die innere Entwicklung Frankreichs verwenden. Dann wird es sich mehr und mehr konsolidieren und unser augenblickliches Verhältnis zu Eng-

land noch besser gestalten. Und eben diese entente cordiale möchten die anderen Mächte so gern zerstören; sie werden es aber hoffentlich nicht erreichen

Casimir Périer expedierte mir noch am Abend des 1. Januar die Antwort des Königs an das diplomatische Corps bei Gelegenheit der Neujahrscour. Die Rede war sehr friedlich gehalten, eigentlich viel friedlicher, als unsere auswärtigen Beziehungen es erlauben.

Alsdann zeigte der Conseilspräsident mir noch an, daß das Londoner Kabinett, wie ihm der englische Botschafter gesagt, sich nach Wien und Berlin wegen der Verzögerung der Ratifikationen von seiten Rußlands gewandt habe, und daß Preußen und Oesterreich wohl dadurch veranlaßt werden würden, mit England zu gehen.

Auch der Graf Bresson habe ihm aus Berlin gemeldet, daß Preußen nicht wage, sich definitiv Rußland anzuschließen; es schwanke allerdings noch, würde sich aber schließlich wohl für uns erklären

Den 3. Januar 1832.

Der General Sebastiani soll sich in der Besserung befinden und bald seine Geschäfte wieder aufnehmen können, so daß eine Änderung im Ministerium nicht nötig sein wird.

Mit dieser erfreulichen Nachricht erhielt ich vom Grafen Flahaut die andere weniger erfreuliche, daß in Paris das Gerücht verbreitet sei, die Ratifikationen würden bis zum 15. Januar nicht in London eingetroffen sein.

Daraus schöpft die Kriegspartei natürlich frischen Mut, und eine im Grunde armselige Navigations- und Kanalfrage könnte zu einer großen Katastrophe führen. Schlimm genug nach all den Anstrengungen, die wir zur Erhaltung des Friedens gemacht haben. Solange aber Frankreich und England fest vereint bleiben, haben wir nichts zu befürchten.

Den 5. Januar.

Der Präsident der Pairskammer, Baron Pasquier, ließ mir durch die Prinzessin von Baudémont die folgende Note zugehen:

Es ist höchst wichtig, daß der Fürst Talleyrand von dem Nachstehenden Kenntniß erhalte:

„Ich habe soeben mit dem Conseilspräsidenten eine lange Unterredung über unsere auswärtigen Beziehungen gehabt. Casimir Périer hat unleugbar einen schweren Stand, da aber alle Welt im Inlande, wie im Auslande ihn auf seinem Posten zu erhalten wünscht, so ist es gut, daß man es ihm sagt, damit er seine Handlungsweise danach einrichten kann. Er setzt großes Vertrauen in den Fürsten Talleyrand, weil er weiß, daß dieser allein imstande ist, das Staatsschiff durch alle Klippen glücklich hindurch zu lenken. Noch niemals vielleicht war die diplomatische Gewandtheit Talleyrands so notwendig wie eben jetzt. Es handelt sich dabei um zwei streitige Punkte: zunächst um die Ratifikationen und dann um den Vertrag wegen der Festungen. Die ersteren werden ohne Zweifel früher oder später eintreffen, aber die Festungsfrage wird schwieriger zu lösen sein, denn sie berührt die Eigenliebe der Franzosen. So wie der Vertrag jetzt vorliegt, kann kein französisches Kabinett ohne Demütigung denselben annehmen, und wenn England die Konsolidierung des Julikönigtums wirklich ernstlich wünscht, so muß es durchaus die Hand zu einer Verständigung bieten. Beide Kabinette, das englische sowohl wie das französische, wollen gewisse Parteien schonen: England die Tories und Frankreich die liberale Opposition, aber diese scheint mir weit wichtiger als jene.

Talleyrand hat unserer Sache schon außerordentliche Dienste geleistet, aber der Dienst, den wir jetzt von ihm verlangen, ist unstreitig der größte, denn er wird allen vorhergehenden erst ihre wahre Bedeutung verleihen.

Auch darf man nicht vergessen, daß Frankreich gerade durch die Forderung, die betreffenden Festungen zu demolieren, den besten Beweis seiner redlichen Absichten giebt, denn es liegt doch auf der Hand, daß diese Plätze sofort nach einer Kriegserklärung ohne weiteres von Frankreich in Besitz genommen würden, und da wäre es doch besser, wenn man die Befestigungen erhielte und nicht demolierte.“

Als Empfangsbescheinigung dieser Note antwortete ich der Prinzessin von Baudémont ganz kurz: wenn es keinen Krieg gäbe, so würden die Festungen unnütz sein und zerfallen, weil niemand sie unterhalten wolle, und wenn es Krieg gäbe, würden wir sie einfach besetzen und behalten, und damit gut — und sie möge den Baron Pasquier freundlich von mir grüßen.

Außerdem schickte ich den Botschaftssekretär Tellier nach Paris, um mündlich dasjenige noch genauer zu erklären, was man dort nicht zu verstehen schien.

Am 7. Januar erhielt ich von unserem Gesandten in Berlin, dem Grafen Breïsson, die folgende telegraphische Depesche:

„Preußen wird morgen seine Ratifikationen nach London schicken, aber mit dem Vorbehalt, daß sämtliche Mächte ohne Ausnahme gleichfalls ratifizieren.“

Und tags darauf traf der nachstehende Brief des Grafen ein:

. . . . Das preußische Kabinett befindet sich in großer Verlegenheit, weil es am liebsten gesehen, daß der Kaiser von Rußland gleichfalls ohne weiteres ratifiziert hätte. Jetzt steht es zwischen zwei Feuern, zwischen Rußland und uns.

Es hat übrigens von Anfang an den Vertrag vom 15. November nicht gebilligt und denselben nur aus Liebe zum Frieden mitunterzeichnet, was sowohl die preußische Politik als auch die persönliche Gesinnung des Königs charakterisiert.

Preußen hielt auch damals zwei Punkte reserviert: das Recht des Deutschen Bundes auf Luxemburg und die Ablehnung einer Teilnahme an etwaigen Zwangsmaßregeln gegen Holland. Dann kam die Weigerung des russischen Kabinettes, und mit derselben die dringende Aufforderung an Preußen und Oesterreich, sich dieser Weigerung anzuschließen. Preußen schwankte bereits, da erklärte ich aber sofort, daß es alsdann für die französische Regierung keine andere Alternative mehr gebe, als Belgien unter ihren Schutz zu nehmen, im Sinne der 24 Artikel, und daß weder Holland, noch irgend welche sonstige Macht daran rühren solle. Diese Erklärung wurde in reifliche Erwägung gezogen, und Preußen faßte nach langem Zögern endlich den Entschluß, den ich Ihnen telegraphisch mitgeteilt habe.

Es ist also dem Kaiser von Rußland nicht gelungen, das preußische Kabinett auf seine feindliche Seite hinüberzuziehen, und ich bin auch überzeugt, daß der Baron von Bülow bereits die nötigen Instruktionen erhalten hat, sich zu allen Vermittelungsvorschlägen zu verstehen, um jeden Mißklang zu vermeiden und die Unterhandlungen nicht abzubrechen. Der Minister Ancillon hat mir wörtlich erklärt, daß Preußen sich als den Schutzherrn des europäischen Friedens betrachte, daß sein ganzes politisches System auf Unparteilichkeit beruhe und rein defensiv sei, und daß es stets die Rechte aller anderen Staaten respektieren werde, solange diese seine eigenen Rechte nicht mißachten.

Sie haben also jetzt die preußische Ratifikation in Händen, teurer Fürst, wenn auch die Auswechselung noch verschoben ist, bis die übrigen Mächte die ihrigen eingeschickt haben. Es ist freilich nicht alles, was Sie verlangen, aber es ist doch schon viel. Der Kaiser von Rußland steht jetzt ganz allein

Einen weiteren Kommentar zu diesem wichtigen Briefe lieferte mir eine Zuschrift Palmerstons vom 3. Januar.

Er schrieb mir nämlich, daß der Fürst Esterhazy und der Baron Wessenberg ihm weit günstigere Nachrichten vom Wiener Kabinett mitgeteilt hätten, als J. Z. Graf Appony. Man scheine doch in Wien die Notwendigkeit eines Schiedsgerichtes zu begreifen, und zwar auf Grund der bereits von Belgien angenommenen 24 Artikel, die eine feierliche Konvention zwischen Belgien und den fünf Mächten sei; man wolle die Ratifikation der Artikel nur noch in der Hoffnung aufschieben, auch Rußland dafür zu gewinnen.

Palmerston bedauerte ferner, daß die französische Regierung den Vertrag vom 15. November nicht ratifizieren wolle, weil ihr derjenige vom 14. Dezember mißfalle. Beide hätten doch nichts miteinander gemein. Für die anderen Kabinette wäre das freilich ein Triumph, denn diese wünschten nichts sehnlicher als ein Zerwürfniß zwischen England und Frankreich

Man sieht aus dieser Zuschrift deutlich, mit welchen Widerwärtigkeiten ich in London beständig zu kämpfen hatte und wie schwer es mir wurde, die französischen Ansprüche wegen der Festungen durchzusetzen. Ich erlangte übrigens einige Konzessionen unter der Form eines erläuternden Protokolles („interprétatif“) zu der Konvention. Und mit diesen schickte ich meinen Sekretär Tellier nach Paris.

Den 12. Januar 1832.

Für den 31. sind uns nun die Ratifikationen Preußens und Oesterreichs in sichere Aussicht gestellt; die russische soll später eintreffen, aber wir werden mit den Auswechselungen nicht darauf warten. Holland kann dann noch immer seine Einwände und Bemerkungen dazu machen, die wir thunlich berücksichtigen wollen, nur um endlich fertig zu werden. Von Belgien können uns keine Schwierigkeiten mehr kommen, weil

eher von Frankreich, wo die Intriguen nicht ruhen. Es steht fest, daß wir ohne die damalige Mission des Grafen Latour-Maubourg nach Brüssel und ohne die verschiedenen Besprechungen des Generals Sebastiani mit Lord Granville in diese peinliche Lage nicht geraten wären.

Mit dem Protokoll vom 29. August habe ich nichts zu thun; die vier Mächte haben es aufgesetzt und es dann Granville zugeschickt, der es seinerseits Sebastiani mittheilte. Erst im Dezember erhielt ich überhaupt Kenntniß davon. So macht man doch keine Staatsgeschäfte! Man richtet in Paris allerlei Verwirrung an und kommt dann zu mir, damit ich die Knoten löse. Nachgerade fängt dies an, mich zu langweilen. Ich werde aber doch bis zum Ende ausharren, um die mir anvertraute Mission durchzuführen. Die nach mir kommen, mögen es dann wieder verderben.

Casimir Périer schickte mir am 9. Januar seinen Bruder Camille¹⁾, um persönlich mit mir die Maßnahmen zu beraten, dem Vertrage vom 14. Dezember durch verschiedene Modifikationen eine für Frankreich günstigere Wendung zu geben.

Einige Tage später schrieb mir der Conseilspräsident, unter Bezugnahme auf die seinem Bruder erteilten Instruktionen, daß man in Paris wohl geneigt sei, in einigen Punkten nachzugeben, wenn nur die neue Feststellung recht klar und bündig beschaffen sein würde. Dies gelte vernehmlich von dem Hauptpunkte, das Königreich Belgien und seine Monarchen von allen früheren und zukünftigen Verpflichtungen frei zu machen, soweit es die Unabhängigkeit und die Neutralität des Landes betreffe. Hier dürfe nicht der geringste Zweifel obwalten;

¹⁾ Camille Périer (1731—1844), ein ehemaliger Aubiteur beim Staatsrat und Präfekt unter dem Kaiserreich und unter der Restauration. Seit 1828 Mitglied der Deputiertenkammer und seit 1837 Pair von Frankreich.

darüber sei alle Welt, sowohl Freund wie Feind einig. In Bezug auf die Festungen selbst, läge dem Pariser Kabinett wenig daran, ob die eine oder andere mitdemolirt würde, Philippeville und Marienburg ausgenommen, nur müsse es darauf bestehen, daß die vier Mächte, wenn sie einmal die betreffenden Festungen bestimmt hätten, auch allen Ansprüchen an sie entsagten; es müsse denn anders Frankreich als fünfte Macht zustimmen.

Und sollten selbst die Ratifikationen der drei Kabinette ausbleiben, so würde das Einverständnis Englands und Frankreichs genügen, um eine moralische Friedensbürgschaft zu bieten, die die übrigen Kabinette zwänge, sich anzuschließen.

Auch die Abrüstungsfrage berührte Casimir Périer von neuem. Frankreich habe sich bereits offen dafür erklärt, und zwar besonders im Vertrauen auf die Zusicherung der fremden Botschafter, daß die Ratifikationen des Vertrages vom 15. November nur eine äußere Form seien. Um so mehr hätten aber Oesterreich und Preußen durch ihre Verzögerung gefehlt, wenn sie nämlich ehrliche Absichten hegten.

Schließlich legte der Conseilspräsident die ganze Angelegenheit auf meine Schultern, in der festen Überzeugung, daß ich alles zu einem gedeihlichen Ende führen würde.

Auch der König Louis Philippe schrieb mir am 11. Januar, und zwar unter Berufung auf den obigen Brief Périers, der mich hoffentlich beruhigt haben werde. Se. Majestät legte einen besonderen Wert darauf, daß in dem neuen modifizierten Vertrage die alten Verbindlichkeiten des Königs von Holland nicht auf den König der Belgier übergingen, und daß der letztere in jeder Beziehung den fünf anderen Mächten gleichgestellt sei, mithin auch von ihnen keine Art von Oberhoheit über das gesamte belgische Territorium ausgeübt werden könne.

Den 14. Januar ¹⁾.

Diesen Morgen hat ein Kurier denn endlich die Ratifikation Preußens gebracht, wodurch die belgische Frage eine mächtige Stütze gewonnen hat. Die österreichische Ratifikation wird in der nächsten Woche, oder doch jedenfalls vor Ende dieses Monats eintreffen. Dann ist ein großer Schritt vorwärts gethan und die noch immer drohende Eventualität eines Krieges beseitigt. Der Friede dämpft und beschwichtigt die Leidenschaften, und den Umsturzparteien wird das Terrain für ihre Wühlereien entzogen.

Den 17. Januar.

Ich suche jetzt über die Demolition der Festungen zu unterhandeln, und zwar nach den Wünschen des Pariser Kabinetts. Es wird nicht leicht sein, aber ich hoffe doch, einiges zu erreichen. Eine verkehrt eingeleitete und auf zwei verschiedene Arten behandelte Sache ist immer schlimm; ähnlich wie Reparaturen, die oft schwieriger sind als neue Arbeit. Der arme Sebastiani gehörte auch in die Kategorie der „faiseurs“, obwohl er dabei eine ganz gute Dosis Verstand hatte.

Hier ist das Gerücht verbreitet, man werde in der Deputiertenkammer das Budget heftig angreifen. Hoffentlich wird das Ministerium siegreich aus dem Kampfe hervorgehen, denn wir können Périer nicht missen, diesen energischen und fähigen Mann. Jeder denkt hier so. Der Rücktritt Périers würde für alle Kabinette eine Umwälzung sein.

Den 19. Januar.

Die Mächte nähern sich uns, und die Ratifikationen werden nicht ausbleiben. Die Verzögerungen erklären sich wohl zum meist aus Rücksichten gegen den König von Holland.

¹⁾ Die jetzt folgenden Notizen sandte Talleyrand an die Prinzessin von Baudémont, die sie dann, wie sie immer that, der Prinzessin Adelaïde mittheilte, wodurch sie in die Hände des Königs gelangten.

Den 23. Januar.

Camille Périer reist diesen Abend nach Paris zurück, und ich hoffe, man wird mit den Akten, die ich ihm mitgegeben habe, zufrieden sein.

Ich habe mich diesmal sehr eigensinnig und zudringlich gezeigt, was sonst gar nicht meine Art ist und habe auch damit reüssiert. Mehr zu erlangen, war unmöglich.

Zu näherem Verständniß lasse ich hier einen Auszug aus der Convention folgen, welche die vier Mächte am 14. Dezember mit Belgien wegen der Festungen abgeschlossen hatten. Dies waren zugleich die Papiere, die ich durch Herrn Camille Périer nach Paris schickte. Übrigens genügt der erste Artikel, denn dieser ist für die anderen maßgebend.

Artikel I. Da durch die Erklärung der Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens die militärischen Verhältnisse dieses Landes sich wesentlich geändert haben, so sind die hohen kontrahierenden Parteien übereingekommen, daß es zweckmäßig sein würde, einen Teil der Grenzfestungen zu demolieren, welche in Belgien seit dem Jahre 1815 auf Kosten Oesterreichs, Englands, Preußens und Rußlands errichtet, vergrößert und ausgerüstet wurden, indem die weitere Unterhaltung derselben für die betreffenden Mächte nur eine unnütze Last wäre.

Demgemäß sollen zunächst die Festungswerke der folgenden Plätze demolirt werden: Menin, Ath, Mons, Philippeville und Marienburg, und zwar binnen einer weiter unten zu bestimmenden Zeit.

Die folgenden Artikel regelten die Art und Weise der Demolitionen.

Die französische Regierung erblickte aber in diesem ersten Artikel eine specielle Bevormundung Belgiens seitens der vier Mächte mit Ausschluß Frankreichs, und so war ich genöthigt, darüber eine kategorische Erklärung zu fordern, die ich denn

auch nicht ohne Mühe durch den folgenden Zusatz vom 23. Januar erlangte:

1. Die Bevollmächtigten der vier obengenannten Kabinette finden sich noch veranlaßt, zu erklären:

1. Daß die in Artikel I ausgesprochenen Bestimmungen nur unter der Reserve der vollen und ganzen Souveränität Sr. Majestät des Königs der Belgier ihre Gültigkeit erlangen, wie es die Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens vorschreibt.

2. Daß die in Artikel 4 erwähnten Summen nur als eine Vorberechnung zu betrachten sind, und daß, wenn sich ein Überschuß herausstellen sollte, dieser Überschuß als eine Entschädigung für die Demolitionskosten dem belgischen Staate zugewiesen werden.

Diese Erklärung der Bevollmächtigten der vier Kabinette soll auch nur als Beweis dienen, daß die einzelnen Klauseln der Konvention vom 14. Dezember vollständig mit der Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens im Einklange stehen.

Ich hatte mich mit dem Herrn van de Weyer vorher über die obigen Modifikationen verständigt, so daß ich an ihm eine Stütze fand, um so mehr, als Casimir Périer mir geschrieben, daß im negativen Falle Frankreich den Vertrag vom 15. November nicht ratifizieren werde, daß aber, wenn es mir gelänge, meine Forderungen durchzusetzen (und dies war geschehen), die Auswechselung der Ratifikationen am 31. Januar stattfinden könne. Der Ministerpräsident empfahl mir außerdem noch, wenn wir mit England allein und vor den übrigen Mächten ratifizierten, eine Reserve in Bezug auf die Navigationsrechte hinzuzufügen, um nicht jede weitere Verständigung zwischen Holland und Belgien über diesen wichtigen Punkt unmöglich zu machen. Durch diesen Schritt würden wir zugleich den anderen Kabinetten beweisen, daß wir, ohne uns von ihnen zu trennen, doch auch ohne sie fertig werden könnten, denn

unser Einverständnis mit England hätte in dieser hochwichtigen Frage den Wert eines Offensiv- und Defensivbündnisses.

Den 27. Januar.

Das englische Ministerium hatte wieder einmal einen scharfen Angriff Aberdeens zu bestehen, ist aber mit Ehren aus dem Kampf hervorgegangen. Die Antwort Grens enthielt einige sehr schmeichelhafte Äußerungen über Frankreich¹⁾. Wellington unterstützte freilich Aberdeen, indessen beobachtete er doch die Gesetze des parlamentarischen Anstandes, die Aberdeen ganz und gar nicht berücksichtigte. Die Hauptsache bleibt immer, daß durch die letzten Vorfälle unser freundschaftliches Verhältnis zu England nur noch mehr befestigt ist.

Den 31. Januar.

Ich habe diesen Abend die Ratifikationen Frankreichs mit Belgien ausgewechselt, und was das beste dabei ist: England hat heute dasselbe gethan. Somit wäre für uns beiden Mächte die Sache erledigt. England und Frankreich, so wie heute vereint, ist mehr, als ich je zu hoffen gewagt. Wir müssen uns jetzt gedulden und nicht zu laut triumphieren, um das englische Kabinett nicht in Verlegenheit zu bringen, denn die großen und kleinen Tories rüsten sich schon zum Angriff. Es ist ohnehin nicht auf Rosen gebettet. Die Ratifikationen der anderen Mächte werden schon eintreffen. Was Holland dann später noch sagen und einwenden wird, ist für alle eine Nebensache.

Was im Innern Frankreichs vorgeht und wie es dort aussieht, weiß ich nicht, es scheint nicht eben erfreulicher Art zu sein, aber im Auslande stehen wir jetzt so da, wie es der König gewünscht hat. Die kleinen Schwärzer zu Gunsten der Nicht-Intervention werden sich stark verwundern. Wir haben übrigens auf Ansuchen Rußlands und Oesterreichs das Protokoll noch nicht geschlossen, sondern für die anderen Unterschriften Platz gelassen.

1) Lord Aberdeen interpellirte am 26. Januar das Kabinett wegen Belgien und speziell wegen der französischen Intervention.

Der König schrieb mir am 4. Februar einen sehr schmeichelhaften Brief, in welchem er mir zu diesem neuen Erfolge herzlich Glück wünschte; die große Krisis sei gottlob überwunden, für Frankreich um so bedeutsamer, weil es erst vor kaum anderthalb Jahren eine noch weit größere Krisis, die Julirevolution, so siegreich bestanden.

Die englisch-französische Ratifikation würde unstreitig die der übrigen Mächte nach sich ziehen, denn im Volk kursierte schon eine Redensart, daß, wenn England und Frankreich zusammenhielten, ein Krieg in Europa unmöglich sei. Und um so schöner sei die Freundschaft der beiden Mächte, weil sowohl die eine wie die andere weder an ihrer Nationalehre, noch an ihren politischen Interessen das allergeringste verloren hätte. Beide hätten nichts geopfert, sondern nur gewonnen. Das sei zugleich die beste Antwort auf die vielen Verleumdungen, denen er, der König, seine Regierung und sein Botschafter beständig ausgesetzt gewesen.

In den ersten Tagen des Februar befand ich mich in einer unbeschreiblichen Aufregung, denn in London waren schon am 3. Februar Gerüchte von einem Attentat auf das Leben Louis Philippes verbreitet, und man hatte mich ohne alle Nachrichten gelassen¹⁾. Erst am 8. erhielt ich einen Brief von der Prinzessin Adelaide. Sie schrieb mir: Die Freude, lieber Fürst, über die Ratifikationen Englands und Frankreichs war ein willkommener Trost für den teuren König in seinem Schmerz über die infamen Komplotte der Karlisten und Republikaner, die jetzt immer zusammengehen.

1) Talleyrand meint hier das Komplott der rue des Prouvaires, das von der Polizei noch rechtzeitig entdeckt wurde. Ein legitimistischer Agent, Foncelet, hatte in aller Stille mehrere tausend Gleichgesinnte angeworben, um sich durch einen Handstreich auf die Tuilerien der königlichen Familie zu bemächtigen. In der Nacht vom 1. auf den 2. Februar wurden die Hauptanführer bei ihrer Zusammenkunft in der genannten Straße verhaftet, und die Verschwörung kam nicht zum Ausbruch.

Die Polizei hat sich, Gott sei Dank, sehr tüchtig bewiesen und die Anführer der Verschworenen verhaftet, bevor dieselben ihren verbrecherischen Plan ausführen konnten.

Dies geschah gerade in derselben Nacht, wo ein großer Ball in den Tuilerien stattfand, der ganz ungestört verlief; nur gegen Mitternacht tauchten im Schlosse unbestimmte Gerüchte von neuen Unruhen auf, aber kein Mensch ahnte eine solche weitverzweigte Verschwörung. Ich begleitete die Königin, die sich um 3 Uhr zurückzog, und nun erfuhren wir die Verhaftung der bewaffneten Banden.

In den Straßen können sie keine Emeuten mehr hervorrufen, denn das Volk will nichts davon wissen, daher verlegen sie sich jetzt auf Verschwörungen und ähnliche Unthaten, die an die Höllemaschine aus der Zeit Napoleons erinnern. Weit über hundert Personen sind verhaftet, die alle mit Waffen versehen waren. Das beweist doch klar ihre mörderischen Absichten; aber die Ungeheuerlichkeit des Unternehmens wird vielleicht der Regierung von Nutzen sein.

Der König ist von einer bewunderungswürdigen Ruhe und Kaltblütigkeit; er ist überhaupt viel zu gut und zu arglos, und dieser Punkt ist so oft der Gegenstand unserer Unterredungen

13. Februar.

Der Kaiser Nikolaus schickt den Grafen Orloff¹⁾ nach dem Haag, um dem König zu erklären, daß er auf keinerlei Unterstützung von seiten Rußlands mehr zu rechnen habe, wenn er

1) Alexis Fodorowitsch, Graf und später Fürst von Orloff, geb. i. J. 1786, kämpfte bereits in der russischen Armee gegen Napoleon. General i. J. 1828 und darauf Botschafter in Konstantinopel, erhielt er i. J. 1832 eine wichtige Mission nach dem Haag und nach London. Ein Jahr darauf wurde er zum Oberbefehlshaber der russischen Armee gegen Ibrahim Pascha ernannt und unterzeichnete (1833) den Frieden von Unkiar-Skelessi. Später vertrat er Rußland auf den Konferenzen von Berlin und Olmütz (1853) und auf dem Pariser Kongreß nach dem Krimkriege (1857). In den Fürstenstand erhoben, wurde er Präsident des Ministerrates und starb i. J. 1861.

sich fortgesetzt weigere, die Beschlüsse der Konferenz anzunehmen. Die russische Ratifikation ist allerdings dadurch wieder um acht oder zehn Tage aufgeschoben, aber wir werden sie sicher erhalten.

Den 14. Februar.

Die Absendung französischer Truppen nach Italien erfuhr ich erst, nachdem sie geschehen war. Das französische Kabinett wird sich wohl vorher mit dem österreichischen darüber verständigt haben, um allen Verwickelungen vorzubeugen. Mich hat man dabei ganz aus dem Spiel gelassen; ich habe auch genug mit meinen eigenen Angelegenheiten zu thun, um mich noch in Dinge zu mischen, die überdies verkehrt sind¹⁾.

Den 15. Februar.

Eine Depesche von Casimir Périer gab mir näheren Aufschluß über die französische Expedition nach Italien. Sie sei durchaus nötig gewesen, um Oesterreich nicht allein im Kirchenstaat zu lassen und dadurch dessen Einfluß zu vergrößern. Die französischen Truppen hätten nur Befehl erhalten, Ancona „provisorisch“ zu besetzen, wenn die Oesterreicher dort noch nicht angekommen seien; in diesem Falle sollte das Geschwader nach Civita-Vecchia gehen. Man werde den Papst schon dahin bringen, sich einverstanden zu erklären, indem man ihn zugleich an die Erfüllung seiner feierlichen Zusage erinnern wolle, die verheißenen Reformen in seinen Staaten endlich einzuführen.

1) Es handelt sich hier um die französische Expedition nach Ancona. Der Leser erinnert sich, daß Casimir Périer im Juli 1831 den Abzug der österreichischen Truppen aus dem Kirchenstaat durchgesetzt hatte. Wenige Monate darauf brach dort ein neuer Aufstand aus, und der Papst verlangte wieder die Hilfe der Oesterreicher, die auch im Januar 1832 einrückten. Frankreich sah sich dadurch in seinem Ansehen geschädigt, denn es wollte mit Oesterreich zusammen den h. Stuhl verteidigen. Deshalb ging ein französisches Geschwader von Toulon nach Ancona ab und überrumpelte die Stadt in der Nacht vom 21. auf den 22. Februar. Das Wiener Kabinett geriet in große Aufregung und die übrigen Kabinette nicht minder. Im englischen Parlament machten die Tories, unter Führung Wellingtons, die heftigsten Gegenvorstellungen. Aber es blieb nur bei Worten.

Das von ihm, dem Conseilspräsidenten, vertretene politische System werde durch diesen Zwischenfall in keiner Weise berührt, oder gar geändert; mäßig und gerecht, wie immer, und dabei fest und würdig.

Den 17. Februar.

Die Reformbill und Belgien sind hier noch beständig an der Tagesordnung, und es scheint mir, daß ich in Paris einigen Erfolg habe, wenigstens beschäftigt man sich mit mir in den Zeitungen und in den Pamphleten. Das läßt sich nicht verhindern, wenn man seinem Vaterlande ehrlich dienen und sich dem wilden Treiben der Massen entgegenstellen will. Auch das wird vorübergehen, wie so viel anderes.

Den 24. Februar.

Augenblicklich denkt kein Mensch an einen Kongreß, denn Orloff hält alles in der Schwebe und ist dabei sehr verschlossen. Selbst in Berlin hat er nur wenig verlauten lassen. Wenn Pozzo von ihm spricht, so erzählt er Fabeln, er weiß ungefähr so viel wie der Fürst Lieven, und der weiß gar nichts. Orloff ist am 20. im Haag angekommen, er wird dort jedenfalls fünf oder sechs Tage bleiben und dann hieher kommen. Wenn Lamb¹⁾ und Esterhazy die österreichische Ratifikation mitbringen, was sie von Rechts wegen thun müssen, und wenn Metternich sich endlich dazu entschließen kann, Osterreich nicht mehr von Rußland ins Schlepptau nehmen zu lassen, so werden wir schon fertig. Der russische gespreizte Hochmut wird sich wohl legen müssen.

Den 25. Februar.

Man schreibt mir aus Paris, daß der Marquis von Maubreuil sich wieder rührt, um ein neues Pamphlet gegen mich in die Welt zu schicken²⁾. Das wird für ein paar Tage Skandal geben, und nachher wird sich kein Mensch mehr darum

1) Der englische Botschafter in Wien.

2) Vergl. Bd. III. S. 272 u. ff.

bestimmern. Es ärgert mich, aber es stört mich sonst nicht weiter. Auch gehört es zu den charakteristischen Zeichen unserer Zeit, daß die Angriffe eines Menschen Glauben finden, der so gut wie ganz unbekannt ist und der sich nur dadurch einen Namen gemacht hat, daß er nach dem Sturz des Kaiserreiches i. J. 1814 ein Ehrenlegionkreuz an den Schweif seines Pferdeband und den Orden durch den Stot ziehen ließ. Und ein solcher Mann hat Anhänger unter den heutigen Liberalen in Paris!

Den 27. Februar.

Ich weiß gar nicht, was der Graf Orloff eigentlich vorhat, aber das weiß ich, daß Frankreich kein Pünktchen auf dem T von einem Vertrage aufgeben wird, den es durch mich unterzeichnet hat. Erst müssen die anderen Mächte gleichfalls unterzeichnen; später werde ich dann mit mir reden lassen und will auch gern die Hand zu einer Verständigung zwischen Holland und Belgien bieten; ich gebe dies schon jetzt zu verstehen. Ich will sogar noch weiter gehen und, wenn England damit einverstanden ist, die Vorschläge Hollands befürworten. Das ist meine Ansicht von der Lage; ich habe auch die Überzeugung, daß ich es durchsetzen werde, und das bald.

Den 28. Februar.

Wir haben vom h. Vater die Konzessionen erlangt, wie selbst die Liberalen sie nicht besser wünschen konnten, die aber nun doch nicht zufrieden sind. Das mögen sie unter sich ausmachen. Das übrige ist Sache der Polizei, die der Papst nach seinen Gutdünken verwenden kann. Wir haben einfach unseren Grundsätzen Geltung verschafft, indem wir den Papst veranlaßten, den neuen Zeitideen Rechnung zu tragen, denen er sich nun einmal nicht mehr entziehen kann.

Das ist wieder ganz einfach und muß Vertrauen erwecken; man spricht offen seine Ansichten aus, und das hört jeder gern. So philosophiere ich hier mitten im Londoner Nebel. Halten wir

nur fest zu England, dann können wir in aller Ruhe unsere inneren Verhältnisse nach Wunsch gestalten, ohne von außen darin gestört zu werden, wenn auch Metternich darüber wütend ist. Jetzt macht man uns wieder mit Spanien bange, und Spanien hat keinen Thaler in seinen Kassen und keine Stiefel für seine Soldaten. Es könnte höchstens eine Armee von Barfüßermönchen ins Feld stellen, deren es ja in der sogenannten Peninsula so viele giebt.

Die politischen Parteien stehen einander noch immer schroff gegenüber, und bei der zweiten Lesung wird das Kabinet wohl die Majorität haben, doch in der Komitee-Sitzung ¹⁾ dürfte es anders ausfallen.

Lord Grey hat die schmählichen Angriffe Aberdeens auf Frankreich sehr passend beantwortet. Wir verhalten uns ruhig auf unserem Posten und werden schon durchkommen.

Jetzt noch einige Bemerkungen über die italienischen Angelegenheiten und über die Einnahme von Ancona, wenn auch nur, um zu konstatieren, daß ich in diesem Punkte mit den Ansichten der französischen Regierung nicht übereinstimme. Man hätte erst die wichtigste Frage, die belgische, die uns seit achtzehn Monaten zwischen Krieg und Frieden hin und her zieht, erledigen sollen, bevor man sich in neue Unternehmungen eingelassen. Das ist keine gesunde Politik. Ich weiß wohl, daß man in Paris großen Lärm machte, als man erfuhr, die Oesterreicher seien von neuem in die Romagna eingerückt, aber ich meine, daß man mit etwas mehr Festigkeit die Schreier wohl zum Schweigen gebracht haben würde, wenigstens bis zur Auswechslung aller Ratifikationen. Das Pariser Kabinet hätte dann nachhaltiger gegen Oesterreich auftreten können. Ich glaube auch, daß wir alsdann die Zustimmung des englischen Kabi-

1) Eine Komitee-Sitzung des Parlamentes ist die gemeinschaftliche Sitzung beider Häuser; der Begriff ist hier also ein ganz anderer, als das, was man gewöhnlich unter dem Ausdruck Komitee versteht.

nettes erhalten hätten, die uns jetzt fehlt. Das wäre jedenfalls eine würdigere und kräftigere Politik gewesen, als die heimliche Überrumpelung Anconas, wo wir am Ende noch schwieriger herauskommen werden, als wir hineingekommen sind. Dies ist meine Ansicht von der Sache, mit der ich nicht zurückhalten wollte.

Überdies hält mich dies Belgien dergestalt in Atem, daß ich mich mit nichts anderem beschäftigen kann, vollends jetzt, wo wieder ein Hin und Her und ein Durcheinander entstanden ist, daß selbst dem Geduldigsten die Geduld reißen möchte. So schrieb mir der Graf Bresson am 23. Februar aus Berlin, er habe einen Kurier nach Paris geschickt mit der Nachricht, der Kaiser Nikolaus wolle seine Bevollmächtigten in London desavouieren, den Vertrag vom 15. November nicht ratifizieren und dies auch dem preußischen Kabinett anzeigen — und wenige Tage später erhielt ich von demselben Grafen Bresson den folgenden Brief:

Berlin, den 1. März 1832.

Teurer Fürst!

Ich zeige Ihnen in aller Eile an, daß diesen Morgen um 4 Uhr ein russischer Kabinettskurier hier durchgekommen ist, der dem Grafen Orloff befehlt, dem König von Holland die folgende Erklärung zugehen zu lassen: Se. Majestät der Kaiser habe allerdings mit aufrichtiger Betrübniß von dem Definitivvertrage Kunde erhalten, welchen die Konferenz dem König von Holland zur Annahme zugeschiekt, daß aber jetzt, wenn der König die bereits von allen Mächten anerkannte Trennung Belgiens von Holland wieder in Frage stellen wolle, alle Beschlüsse der Kabinette seit achtzehn Monaten dadurch hinfällig würden. Eine derartige Handlungsweise des Königs zeige deutlich, daß derselbe den Krieg und nicht den Frieden wolle. Daher könne der Kaiser von Rußland, wenn der König auf seinen unzulässigen Präntentionen bestehe, wohl in die Lage

kommen, sich von seinen früheren Zugeständnissen als entbunden zu betrachten und die dem Grafen Orloff erteilten Instruktionen wesentlich zu modifizieren, und den König Leopold als solchen anzuerkennen, selbst wenn dies von seiten des Königs von Holland noch nicht geschehen sei.

Sollte der Graf Orloff bereits nach London abgereist sein, so habe der russische Geschäftsträger im Haag diese Erklärung zu übergeben.

Den 1. März.

Der Tag der Ankunft Orloffs ist noch nicht bestimmt, aber im Pievenschen Palais werden schon Vorbereitungen zu einem glänzenden Balle gemacht.

Der König von Bayern hat die Krone Griechenlands für seinen Sohn Otto angenommen; die Kabinette haben bei dieser Wahl eine große Uneigennützigkeit gezeigt, übrigens war der König von Bayern auch der einzige europäische Monarch, der aus seinen Sympathien für die Griechen kein Fehl machte. Der Prinz Paul von Württemberg erweckte nirgends Vertrauen; und der Prinz Johann von Sachsen und der Markgraf Wilhelm von Baden hatten abgelehnt.

Den 6. März.

Die Besetzung Anconas bereitet mir große Verlegenheiten. Man hätte sich doch vorher mit Oesterreich genau verständigen sollen! Um etwas zu thun, muß das Pariser Kabinett durchaus den Kommandanten des Geschwaders desavouieren, und dann nach London und Wien berichten, daß unsere Truppen die Stadt verlassen sollen, sobald der Papst seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Und das muß so bald wie möglich geschehen, denn man kann unbedachtsame Handlungen nicht schnell genug wieder gut machen. Ich würde dies wenigstens an Casimir Périers Stelle thun.

Unsere englischen Freunde sind gleichfalls darüber sehr betrübt, denn wie sollen sie uns verteidigen, wenn diese tolle

Expedition im Parlament zur Sprache kommt. Aberdeen wird den Ministern wieder stark zusetzen. Auch die Österreicher sind verschmüpft; Ancona bietet ihnen einen guten Vorwand, um uns etwas anzuhängen . . .¹⁾

Casimir Périer schickte mir die Rede, mit welcher er am 7. März in der Kammer die Generaldebatten über das Budget eröffnet hatte, und die sehr beifällig aufgenommen worden war. Dann teilte er mir noch mit, daß er ganz beruhigende Nachrichten aus Wien erhalten habe, sowohl über die Ratifikation, als auch über die italienischen Angelegenheiten. Er wisse freilich noch immer nicht, wie Österreich die „etwas inkorrekte“ Besetzung Anconas auffasse, weil die päpstliche Regierung sich darüber auch nicht deutlich ausdrücke.

Den 13. März.

Der König von Holland beutet jetzt die Geschichte mit Ancona für seine Zwecke aus; er hofft auch, daß die Reformbill nicht durchgehen werde und weiß dabei Orloff zurückzuhalten. Ein wirklich unerträglicher Zustand, der mich noch umbringen wird. Wenn wir jetzt nicht mit England so freundschaftlich verbunden wären, ständen wir ganz allein und fast machtlos da. An dieser Freundschaft müssen wir durchaus festhalten, denn sie ist eine solide Basis für unsere Dynastie.

Die Reformbill wird bei der zweiten Lesung wohl durchgehen, vielleicht mit einigen Abänderungsvorschlägen, die aber nicht von Bedeutung sein können.

Den 15. März.

Orloff läßt noch immer auf sich warten, was im Grunde kein großes Unglück ist, denn die Ratifikationen sind uns sicher, und ohne Ancona wären sie schon in meinen Händen. Aber im Haag hieß es auf einmal, daß die französische Expedition das Petersburger Kabinett wieder umgestimmt habe,

¹⁾ Wir erinnern hier nochmals daran, daß alle diese Notizen immer zu dem bereits angedeuteten Zwecke an die Prinzessin von Baudémont gingen.

und daß es erst den Eindruck abwarten wolle, den dieselbe auf die übrigen Rabinette gemacht — und deshalb solle Orloff noch dort bleiben. Wir werden uns hier aber so stramm halten, daß er schon kommen muß. Ohne diese Flibusterei mit Ancona wäre alles bereits am 10. März in Ordnung gebracht worden. Jetzt setzen wir den 30. fest.

Und dabei dürfen wir uns nicht einmal allzuscharf gegen die Expedition aussprechen, um dem Ministerium nicht zu schaden, das wir doch auf alle Fälle in Schutz nehmen müssen.

Casimir Périer an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 14. März 1832.

Verehrter Fürst!

Der General Sebastiani, der sich viel besser befindet, hat heute sein Portefeuille wieder übernommen. Ich wünschte, ihn in seiner Stellung zu behalten, weil gerade jetzt unsere Beziehungen zum Auslande im ganzen gut sind, um den Frieden zu sichern und unsere geplante Abrüstung durchzusetzen. Ich gestehe Ihnen, daß ich vornehmlich aus diesem doppelten Grunde mein schwieriges und unerfreuliches Amt noch nicht niedergelegt habe. Auch unsere Session ist für mich sehr mühevoll gewesen.

Wir haben leider mit so vielen unverständigen Menschen zu thun, die wohl zerstören, aber nicht wiederaufbauen können. Sie verstehen sich darauf, Revolutionen zu machen, aber nicht sie zu konsolidieren. Dabei Hindernisse jeglicher Art und nicht in letzter Reihe finanzielle. Und doch scheinen die Begriffe von Ordnung und von geregelter Verwaltung nach und nach immer mehr Raum zu gewinnen. Wir liegen augenblicklich nur zwei Dinge am Herzen: die Ratifikationen und die italienische Expedition. In Bezug auf die letztere werden die anderen Mächte bei der römischen Curie vermitteln. Ich habe diesen Morgen schon mit den hiesigen Botschaftern

darüber eine Besprechung gehabt. Zwei Punkte wurden dabei besonders in Erwägung gezogen: erstens die Besetzung Anconas mit Österreich gemeinschaftlich fort dauern zu lassen, bis die Zerwürfnisse der päpstlichen Regierung mit den Legationen geregelt sind, und zweitens die jetzigen Truppen durch die Schweizer aus Neapel zu ersetzen. Der letztere Fall könnte aber leicht neue Verwickelungen herbeiführen. Übrigens war jene Besprechung ganz privater Natur

Den 17. März.

Die hiesigen holländischen Bevollmächtigten haben ein Memorandum aus dem Haag erhalten, aber sie scheinen sehr verlegen zu sein, es uns mitzuteilen, weil wir ihre letzte Note, die sie dem Definitivvertrag beigelegt hatten, unbeantwortet gelassen haben. Wir bleiben nun einmal auf unserem Entschluß, uns vor Empfang der Ratifikationen auf nichts weiteres einzulassen. Dadurch denken wir sie schon zu zwingen. Wenn man nur in Paris die Sache mit Ancona reguliert, denn die wird uns hier beständig vorgeworfen, natürlich am heftigsten im Haag. Die Böswilligen hoffen sogar auf den Rücktritt des englischen und des französischen Ministeriums.

Den 22. März.

Meine Verlegenheit wegen Ancona wird immer größer; jetzt werden sogar Stimmen laut, die offen sagen: „Da sieht man es, die revolutionären Gelüste brechen wieder hervor.“ Graf Orloff soll deshalb einen Kurier nach Petersburg geschickt haben, und der Papst hat die Proklamation des Fregattenkapitäns Gellois überall verbreiten lassen. Es ist auch wirklich kein gesunder Menschenverstand (>dénué de sens commun<) in dieser phantastischen Expedition! Was bedeuten zwei oder dreitausend Franzosen in Ancona, wenn im mairländischen Gebiet 60 000 Österreicher stehen? Es ist der reine Wahnsinn!

Der Fürst Talleyrand an Casimir Périer.

London, den 22. März 1832.

Verehrter Herr!

Meine Freundschaft für Sie zwingt mich, Sie inständig zu bitten, unserer augenblicklichen Lage Ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, die durch die Ancona-Expedition eine außerordentlich verwickelte geworden ist. Unsere Freunde sind darüber erschrocken, und unsere Feinde greifen die Loyalität des französischen Cabinettes an, was sie nicht mehr gewagt haben, seitdem Sie an der Spitze desselben stehen. Ihre anerkannte Redlichkeit hat unserem Ministerium eine Stärke verliehen, die es um keinen Preis verlieren darf; alle Wirren im Innern können Sie viel leichter bewältigen, wenn Sie nach außen als der Hüter des guten Rechtes und der Ordnung dastehen.

Ich beschwöre Sie, machen Sie mit der unglücklichen Expedition ein schnelles Ende; schieben Sie meinetwegen die Verantwortlichkeit dafür auf einige Ihrer Unterbeamten, die noch zu sehr den revolutionären Ideen huldigen. Alle Welt spricht sich hier dagegen aus, und das englische Cabinet kann sie sich weder erklären, noch sie rechtfertigen. Wenn diese unselige Affaire nicht vor Schluß der Reformdebatten erledigt ist, die doch möglicherweise das Ministerium Grey gefährden könnten, so weiß ich wirklich nicht, was aus uns werden soll.

Dieser Brief, verehrter Herr, ist mir schwer geworden, aber ich mußte ihn schreiben, denn die Ehre unserer Regierung und auch Ihr politisches Ansehen liegen mir zu sehr am Herzen

Genehmigen Sie

Talleyrand.

Den 27. März.

Der Graf Orloff wird morgen in London eintreffen; er hat im Haag nichts erreicht, denn der König hat jedes Zu-

geständnis verweigert. Die Erklärung Orloffs vor seiner Abreise war sehr kategorisch: der Kaiser Nikolaus habe sich dem König von Holland gefällig zeigen wollen, da aber dieser alle wohlgemeinten Ratschläge abgelehnt, so könne er auf eine Unterstützung Rußlands nicht mehr rechnen.

Die Dinge gehen also ihren ruhigen Gang, vorausgesetzt, daß die Belgier nicht neue Dummheiten machen.

Den 28. März.

Orloff ist diese Nacht hier angekommen und hat mir gleich heute morgen einen Besuch gemacht. Es war aber mehr eine Höflichkeitsvisite. Er sprach kurz von seinem Aufenthalt im Haag und bemerkte nur, daß er den König direkt gefragt habe, ob er die 24 Artikel annehmen wolle — ja oder nein? — worauf der König mit nein geantwortet. Er, der Graf, habe dann Sr. Majestät eine Erklärung überreicht, dem Baron Fagel eine Abschrift davon gegeben und sei nach London abgereist. Das ist für heute alles¹⁾.

Den 30. März.

Ich höre zur Erklärung der Ancona-Expedition seltsame Reden. Frankreich habe versprochen, Truppen nach Italien zu senden, wenn die Österreicher in päpstliches Gebiet einrückten. — Wem versprochen? Dem Papste? — Der Papst hat Frankreich um nichts gebeten, — oder den Österreichern? — Der bloße Gedanke ist lächerlich. — Oder wem sonst? Etwa den Herren Mauguin und Lamarque? — Eine schöne

1) In der Erklärung ist sehr deutlich gesagt, daß der Kaiser von Rußland, nachdem er zu seinem Bedauern erfahren, wie der König von Holland alle Vermittlungsversuche ablehne, sich in die Notwendigkeit versetzt sehe, Sr. Majestät jede weitere Unterstützung zu entziehen.

Der Kaiser gebiete seinen freundlichen Gefühlen Schweigen und überlasse dem König von Holland die Verantwortung einer solchen Handlungsweise. Der Kaiser wolle aber auch hinzufügen, daß er sich, seinen Grundsätzen getreu, einem bewaffneten Einschreiten gegen den König nicht anschließen, aber sich auch nicht den Maßregeln widersetzen werde, welche die Konferenz eventuell ergreifen sollte, um Belgien seine Unabhängigkeit und Neutralität zu garantieren.

Geschichte, die weder Sinn, noch Verstand hat. Wie kann man überhaupt die Stellung Österreichs zu Rom mit derjenigen Frankreichs zu Rom vergleichen! Wenn es in den Legationen gährt, so ist Österreich als der nächste Nachbarstaat bedroht; aber Frankreich? Nicht im geringsten!

Lord Grey, Lord Holland, Sir Francis Burdett haben mir ganz vertraulich und freundschaftlich gestanden, daß sich diese Expedition durch nichts verteidigen lasse. Überhaupt taugt ein politisches Unternehmen schon an sich nicht viel, wenn man es verteidigen und bemänteln muß. Wir haben Unruhen in der Vendée und in manchen Städten des Südens und fangen mit Rom Streitigkeiten an, die naturgemäß auf die exaltierten Köpfe jener Gegenden zurückwirken müssen.

Auch Orloff sagte mir diesen Morgen, er sehe gar keinen plausiblen Grund für die Ancona-Expedition. Schaffe man sie also so schnell als möglich aus der Welt und überlasse mir alles weitere; ich nehme es auf mich.

Den 4. April.

Der russische Befehl zur Auswechselung der Ratifikation ist noch immer nicht angekommen. Die Russen scheinen sich in dem Gedanken zu gefallen, daß wir warten können. Im Grunde haben sie recht, denn die Sache ist abgemacht, aber sie dürfen es nicht wissen

Während dieser letzten Verhandlungen war die Cholera, die bereits seit einigen Monaten in London grassierte, plötzlich in Paris ausgebrochen, und auch unser Conseilspräsident, Casimir Périer wurde davon ergriffen¹⁾.

Am 12. April schrieb mir der General Sebastiani, daß der Ministerpräsident außer Gefahr sei, aber die Staatsgeschäfte

¹⁾ Die Cholera trat zuerst in Europa gegen Ende des Jahres 1831 auf, gelangte im Januar 1832 nach London und im März nach Paris, wo sie unzählige Opfer hinraffte. Casimir Périer besuchte am 8. April mit dem Herzog von Orleans die Cholera-kranken im Hotel Dieu; er wurde am nächsten Tage von der Epidemie befallen und starb nach sechswöchentlichem Leiden, am 13. Mai.

noch nicht wieder übernehmen könne. „Gott gebe“, fügte er hinzu, „daß dieser bedeutende Mann Frankreich und Europa erhalten bleibe!“

Übrigens könne ich mir wohl denken, daß die Gegner der Regierung den Krankheitsfall ausbeuteten und für den möglichen Tod Périers schon eine neue Ministerliste kolportierten. Später hätten sie ihre Taktik geändert und wünschten seine Genesung, aber nur deshalb, weil er ja doch, wie sie sagten, an seinem eigenen System zu Grunde gehen müsse.

„Das alles, teurer Fürst, ist im höchsten Grade lächerlich; die Minister gehen ruhig ihren Weg und lassen sich durch nichts beirren. Die Session wird morgen oder übermorgen geschlossen, und die Volksvertreter gehen in ihre Heimat zurück. Die Regierung wird sich also freier fühlen und braucht nicht mehr ihre Zeit und ihre Kräfte in den unerquicklichen und oft so nichts-sagenden Kammerdebatten zu verlieren“

Den 16. April.

Die österreichischen und preußischen Ratifikationen sind endlich hier¹⁾; auch die Vollmacht zu ihrer Auswechselung, aber in Berlin wünscht man sehr, noch vorher die Antwort des russischen Kabinettes abzuwarten. Eigentlich will man wohl die ganze Verantwortlichkeit auf Bülow und Bessenberg schieben, die in Berlin und in Wien nicht sonderlich beliebt sind, weil sie so frank und frei damals den Vertrag vom 15. November unterzeichneten, natürlich in der Meinung, ihren Regierungen einen großen Dienst zu leisten.

Spät abends.

Die Sitzung des Oberhauses hat bis heute 7 Uhr morgens gedauert, und das Ministerium hat eine Majorität von neunzehn Stimmen erzielt, also ein recht günstiges Resultat. Das Komitee²⁾

¹⁾ Nach der Notiz vom 14. Januar S. 174 waren die letzteren bereits an jenem Tage in London angelangt.

²⁾ Vergl. die Note auf S. 183.

wird erst nach Ostern zusammentreten, um die Einzelheiten der Bill festzusetzen. Vorderhand ist also die große Frage erledigt.

Aus Petersburg nichts Neues. Man verliert fast die Geduld. Ich halte aber aus, bis alle Ratifikationen da sind. Dann erst will ich an mein hohes Alter denken, aber dann auch ernstlich. Ich freue mich, meine Laufbahn durch einen großen Erfolg und durch einen Beweis großer Hingabe beschließen zu können. Der große Erfolg ist der Friede und unser inniges Bündnis mit England, und die große Hingabe bezieht sich auf zwei meiner letzten Lebensjahre voll geistiger und physischer Anstrengungen und Mühen, um unserer neuen Dynastie nach außen Ansehen und Einfluß zu verschaffen. Beides finden wir hauptsächlich in London und jedenfalls nicht in Ancona. Mit Ancona hat man der Opposition schmeicheln wollen, und das war sehr verkehrt, denn man erreicht niemals etwas damit. Im Gegenteil, man muß sie zu dominieren suchen, wenn man es kann.

Den 17. April.

Graf Orloff hatte am 14. März einen Kurier nach Petersburg abgeschickt, und die Antwort auf seine Depesche ist hier heute in der russischen Botschaft eingetroffen; sie ist ausweichend, nicht definitiv, wir lassen sie daher unberücksichtigt und werden morgen die Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens veranlassen, ihre Ratifikationen mit dem Vertreter Belgiens auszuwechseln. Also morgen, am 18. um 4 Uhr nachmittags, wird alles beendet sein; Rußland kommt dann hinterher, denn noch länger auf Rußland zu warten, würde doch eine allzugroße Nachgiebigkeit von unserer Seite zeigen. Ich bin gewiß ein Freund der Nachgiebigkeit, aber in diesem Falle würde dieselbe wie die Anerkennung eines gewissen Vorrechtes aussehen, das wir dem Petersburger Kabinett einräumten, und das wollen wir nicht zugeben. Wir lassen also, wie gesagt, Rußland unbe-

rücksichtigt und wechseln morgen ruhig aus. Man muß nur im äußersten Notfalle rücksichtslos sein, aber dann auch ganz und unerfchütterlich.

Die Prinzessin Adelaide an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 20. April 1832.

Mein Lieber Fürst!

Besten Dank für Ihre verschiedenen Mittheilungen, die mir durch die Prinzessin Baudémont zugegangen sind, besonders für die Notiz vom 17. April. Heute gegen 6 Uhr abends erhielt der König die telegraphische Nachricht von der Auswechselung der Ratifikationen¹⁾. Ich habe wohl nicht nötig, Ihnen nochmals zu versichern, wie sehr Sie sich um Frankreich, um die königliche Familie und um ganz Europa dadurch verdient gemacht haben. Für meinen teuren Bruder war die Nachricht wieder ein großer Trost in seinen vielen Sorgen und Kummernissen. Die entsetzliche Krankheit versenkt uns in die tiefste Trauer. Auch Casimir Périer ist davon ergriffen worden, aber er scheint sie überstanden zu haben, wenn auch seine völlige Genesung noch nicht so bald zu erwarten ist.

Den 21. April.

Ich konnte diesen Brief gestern nicht beendigen. Auch die Schwierigkeiten nach außen beginnen sich zu heben; wenigstens hat der König noch gestern abend die Nachricht erhalten, daß der Papst den Aufenthalt unserer Truppen in Ancona so lange gestatten will, bis die Oesterreicher seine Staaten vollständig verlassen haben. Ferner ist der Cardinal Albani abgerufen

¹⁾ Oesterreich hatte übrigens eine Reserve wegen der Rechte des Deutschen Bundes auf Luxemburg und Limburg hinzugefügt, und Bülow schloß sich für Preußen dieser Reserve, aber nur mündlich, an. Beide Bevollmächtigten gaben dann noch zu Protokoll, daß sie, bei der aufrichtigen Sympathie ihrer Kabinette für den König von Holland, die Hoffnung hegten, einen späteren friedlichen Ausgleich zwischen Holland und Belgien herbeizuführen.

worden¹⁾. Hoffentlich werden Sie sich jetzt etwas mehr mit der Ancona-Expedition versöhnen.

Der „Englische Kurier“ brachte uns heute einen sehr guten Artikel als Widerlegung der gehässigen Äußerung Robert Peels in der neulichen Debatte über die brasilianischen Angelegenheiten²⁾.

Es hätte in dem Artikel nur noch deutlicher gesagt werden müssen, daß Dom Miguel nur die Regentschaft angenommen und daß er später die ihm anvertraute Krone Donna Marias sich zugeeignet habe, während Louis Philippe derartige Verpflichtungen nicht hatte, und die ihm freiwillig angetragene Krone anfangs gar nicht annehmen wollte, und daß er dies endlich nur aus dem Grunde that, um unser teures Frankreich vor der Anarchie zu retten. Nun, Sie selbst, lieber Fürst, waren ja dabei und haben alles mitangesehen

Den 24. April.

Ich freue mich sehr, daß es mit Ancona eine bessere Wendung nimmt. Es war hauptsächlich auch der revolutionäre Anstrich dieses Unternehmens, der unsere hiesigen Freunde so unwirksam machte. Der Papst hatte die Österreicher gerufen und uns nicht; darin liegt der große Unterschied. Als Napoleon nach Spanien ging — ein schmähhches Verfahren, von wo der Beginn seines Unterganges datiert — hatte er sich vom König von Spanien rufen lassen, und hob dies immer hervor. Gerade weil unsere Regierung aus einer Revolution hervorgegangen ist, müssen wir zeigen, daß wir keine Revolutionäre sind. Das war stets die Richtschnur meiner Handlungen, und deshalb habe ich auch reüffiert.

¹⁾ Der Kardinal Albani war apostolischer Kommissar in der Romagna, wo er sich durch seine Härte und Strenge sehr verhaßt gemacht hatte. Er starb i. J. 1834.

²⁾ Robert Peel griff im Unterhause, am 16. April, die Minister heftig an, weil sie Dom Pedro gegen Dom Miguel unterstützten, und verglich dabei den letzteren mit Louis Philippe, indem er sagte, daß Dom Miguel dieselben Rechte auf den portugiesischen Thron habe, wie Louis Philippe auf den französischen. Von Legitimität könne doch bei beiden nicht wohl die Rede sein.

Den 26. April.

Der Graf Flahaut schrieb mir aus Paris, daß die dortigen Verhältnisse sich augenblicklich recht gut anließen, wenn nur die beklagenswerten Krankheitsfälle nicht eingetreten wären. Sebastiani sei freilich jetzt so ziemlich wiederhergestellt, aber Périer, obwohl von der Cholera kuriert, ginge doch wahrscheinlich seinem Ende entgegen. Schon aus diesem Grunde machten sich die ministeriellen Intriguen wieder sehr bemerklich.

Den 1. Mai.

Die russische Ratifikation ist denn endlich gestern hier angekommen, und zwar über Paris, wo sie bereits einige Tage früher eingetroffen war.

Dies meldete mir die Prinzessin Adelaide in einem Briefe vom 29. April, natürlich mit großer Freude. Auch sie schrieb sehr betrübt über den Zustand Périers, über die Ungewißheit seiner Genesung und die dadurch herbeigeführte tiefe Niedergeschlagenheit des Königs. Was auch geschehen möge, habe ihr Bruder gesagt, er werde das politische System Périers beibehalten. Sebastiani könne ebenfalls wohl nicht mehr lange seinen Posten versehen, und nun fragte sie mich ganz unter uns (*entre vous et moi*) wen ich vorkommendenfalls zu seinem Nachfolger vorschlagen könne

Dieser Brief der Prinzessin, obgleich sie durchblicken ließ, daß der König nichts davon wisse, war ihr doch wahrscheinlich von Sr. Majestät diktiert worden, und zwar, um mich zu sondieren. Von anderer Seite hatte man von Paris aus ebenfalls schon bei mir angefragt, ob ich nicht wieder in das Ministerium einzutreten wünschte, sei es an Périers, oder an Sebastianis Stelle, wenn die beiden gezwungen wären, sich zurückzuziehen. Es waren sogar Vertrauenspersonen eigens nach London gekommen, um mich auszuforschen. Auch der Finanzminister, Baron Louis, hatte mir darüber einen konfidentiellen Brief geschrieben, und ich lasse hier meine Antwort folgen:

London, den 3. Mai 1832.

Mein lieber Baron!

Wie lange hatte ich Ihre Schriftzüge nicht mehr gesehen! Ihr Brief hat mir eine wahre Freude bereitet, schon durch seinen herzlichen und vertraulichen Ton, und auf diesem Fuße habe ich von jeher am liebsten mit Ihnen gestanden.

Ich will Ihnen auch gleich ganz offen meine Meinung sagen: man muß sich für ein Amt, für eine Stellung im Staate entscheiden, wenn man fühlt, daß man darin zu Hause ist und niemals einen Posten annehmen, wenn man nicht überzeugt ist, daß man es auf demselben besser machen kann als die anderen. Deshalb wünschte ich Sie für die Finanzen, denn ich wüßte keinen besseren als Sie, und deshalb bin ich nach London gegangen, weil ich auch keinen besseren zur Aufrechthaltung des Friedens wüßte als mich.

Sie sehen, wir sind beide gut gefahren: unsere Finanzen stehen nach Wunsch, und der europäische Friede ist gesichert. Das ist zugleich der Abschluß meines politischen Lebens. Ich diene Frankreich seit fünfzig Jahren, denn man soll immer nur seinem Vaterlande dienen. Ich weiß, Sie haben ähnlich gedacht und gehandelt. In allen Zeitepochen kann man Gutes thun und Schlechtes verhindern; wenn man also sein Vaterland aufrichtig liebt, so soll man demselben auch, gleichviel unter welcher Regierung, seine Kräfte weihen.

Was nun mich persönlich betrifft, so muß ich Ihnen sagen, daß ich so lange hier in London bleiben werde, bis der Zweck meiner Mission erfüllt ist. Dann werde ich einen längeren Urlaub nachsuchen, sowohl zu einer Badereise, als auch wegen meiner privaten Angelegenheiten, um die ich mich während der zwei Jahre, die ich hier auf meinem Posten war, so gut wie gar nicht bekümmert habe. In London nehmen mich meine Botschafterpflichten völlig und ganz in Anspruch.

Denken Sie also, bitte, nicht an mich wegen eines Portefeuilles, denn ich würde ganz entschieden ablehnen müssen. Aber ich will Ihnen zugleich einen Ersatzmann für Sebastiani vorschlagen, und zwar den Grafen von Saint-Aulaire und etwa noch den Baron Rigny. Sonst wüßte ich keinen, der nach dem System Périers für den Posten eines Ministers des Auswärtigen paßte. Bassano würde eine sehr unglückliche Wahl sein, denn gerade wir beide, als frühere Diener Napoleons, wissen am besten, was von Bassano zu halten ist. Er ist nicht allein durchaus unfähig, sondern auch unserer Regierung feindlich gesinnt.

In alter, treuer Freundschaft der Ihrige.

Talleyrand.

Den 5. Mai.

Diesen Morgen um 3 Uhr hat die Auswechselung der russischen Ratifikation stattgefunden, freilich nach langen und schwierigen Verhandlungen, denn das russische Kabinett hatte noch verschiedene Bedingungen gestellt¹⁾. Wir mußten dieselben durchaus modifizieren, und ich denke, es ist uns gelungen. Die Sitzung hat 36 Stunden gedauert. Ich bedarf dringend der Ruhe und muß an meine Beine und an meine Augen denken. Zu meinem Stellvertreter habe ich unseren Gesandten im Haag, den Baron Durant de Mareuil, vorgeschlagen, der die holländischen Verhältnisse am besten kennt.

Den 8. Mai.

Die neue Lesung der Reformbill hat begonnen; der erste Paragraph bezeichnet verschiedene kleine Flecken, die ihr Wahlrecht verlieren und der zweite eine Anzahl größerer Städte, denen es erteilt wird. Lord Bynndhorst beantragte, den zweiten Paragraphen vor dem ersten zu diskutieren. Lord Grey und

¹⁾ Namentlich wegen der Schifffahrtsfrage und wegen der Verteilung der niederländischen Staatsschuld.

der Lordkanzler Holland sprachen dagegen, unterlagen aber bei der Abstimmung mit 116 Stimmen gegen 151. Lord Ellenborough¹⁾ griff dann die Bill selbst an und wollte sie noch liberaler aufgestellt sehen, nur um das Ministerium noch mehr zu diskreditieren. Er macht es ähnlich wie unsere Gazette de France mit ihrem allgemeinen Wahlrecht. Die Liberalen werden überall, wenn sie recht liberal sein wollen, zu Radikalen. Seltsame Zeiten! Lord Ellenborough stützt sich auf den Professor Genoude²⁾! Die beiden Lords, Grey und Holland, sind diesen Morgen nach Windsor gefahren, um die Ernennung von 60 neuen Pairs zu verlangen, oder ihre Demission zu geben.

Den 9. Mai.

Der König hat die Demission der Minister angenommen, aber noch niemand mit der Bildung eines neuen Kabinettes beauftragt. Wir müssen in Paris jetzt erst recht ruhig und besonnen sein und unsere Minister behalten, die Genesung Périers abwarten und uns freuen, daß wir die Ratifikationen erreicht haben und auch mit Italien besser stehen.

Den 10. Mai.

Die Geschichte mit der Herzogin von Berry beweist, daß es mit der karlistischen Partei nicht viel auf sich hat³⁾. Eigentlich gefährlich für uns kann nur die republikanische Partei sein.

1) Eduard Law, Graf Ellenborough (1790—1875) zuerst Mitglied des Unterhauses, folgte seinem Vater i. J. 1818 in der Pairswürde als eifriger Tory. Generalgouverneur von Ostindien (1841—1844), später Lord der Admiralität und i. J. 1858 nochmals Minister für Indien.

2) Eugène de Genoude (1792—1849) Priester und Universitätsprofessor und unter der Restauration ultra-royalistischer Journalist. Gründer und Hauptredakteur der legitimistischen Gazette de France, in welcher er nur aus Opposition gegen das Zulkönigtum das allgemeine Wahlrecht vertrat.

3) Die Herzogin von Berry versuchte zuerst (im April 1832) im Süden Frankreichs Anhang zu gewinnen und reiste, als dies fehlgeschlug, ganz im stillen nach der Vendée, wo sie am 15. Mai in Dampierre (Saintonge) eintraf. Dort bereitete sie die Schilderhebung des 4. Juni vor. — Anstatt „karlistischer“ wäre wohl der Ausdruck bourbonischer Partei richtiger gewesen.

Den 12. Mai.

Hier ist noch alles in der Schwebe. Sicher ist nur, daß der König dem Herzog von Wellington und dem Lord Lyndhorst ein Portefeuille angeboten hat und daß beide angenommen haben.

14. Mai.

Diesen Morgen erhielt ich einen Brief vom König, in welchem Se. Majestät mir mittheilte, daß seine sämtlichen Minister den Wunsch ausgesprochen hätten, zu meinem Stellvertreter während meiner Abwesenheit den Baron Durant de Mareuil zu ernennen; der König fügte aber hinzu, daß er es sehr gern sähe, wenn ich meine Abreise noch etwas verzögern wollte, denn die eigentliche Kriegsgefahr sei doch so lange nicht beseitigt, bis der König von Holland nicht einen Friedensvertrag mit Belgien geschlossen und die Citadelle von Antwerpen nicht geräumt habe; beides verlange der Vertrag vom 15. November 1831. Der König von Holland werde jetzt gewiß bei dem Rücktritt des Ministeriums Grey wieder neue Hoffnung schöpfen, denn England könne aus diesem Grunde leicht seine auswärtige Politik ändern, wodurch die Freundschaft der fünf Mächte wohl gar gestört werden dürfte. Die Gesinnung des Königs von Holland zeige sich hinreichend in seinem Verfahren gegen den Baron Thorn¹⁾. Durch diesen neuen Gewaltstreich und durch seine hochmütige Antwort auf die belgischen Reklamationen scheine er geradezu die Belgier zu einem Kriege provozieren zu wollen.

„Wir haben Sie also noch in London sehr nötig, mein lieber Fürst“, schloß der König seinen Brief, „denn Sie können noch am besten eine Vermittelung zwischen den beiden streitenden Parteien herbeiführen.“

¹⁾ Baron Thorn, Senator und belgischer Gouverneur der Provinz Luxemburg, wurde auf Befehl der holländischen Regierung am 17. April 1832 verhaftet und blieb bis zum 23. November in Gefangenschaft.

Den 16. Mai.

Das Ministerium Greh bleibt nun doch im Amt. Wir haben hier in den letzten drei Tagen die seltsamsten politischen Wandlungen durchgemacht. Diesen Abend nehmen sämtliche Minister ihre früheren Plätze wieder ein. Dem persönlichen Charakter des Herzogs von Wellington ist übrigens dadurch nicht der geringste Eintrag geschehen. —

So habe ich denn meinen Urlaub erhalten, und Durant wird hier eintreffen, sobald ich ihm schreibe. Auch Lord Granville bleibt auf seinem Posten in Paris. Ich werde übrigens meinen Urlaub erst antreten, wenn alles hier wieder in der gewohnten Ordnung ist. —

Gestern bei Sr. Majestät zur Tafel. Es machte sich sehr komisch, denn wir hatten eigentlich gar keine Minister und keine Großwürdenträger, weil die Demissionen noch bis zehn Uhr abends fort dauerten.

Der General Sebastiani an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 16. Mai 1832.

Teurer Fürst!

Ich habe Ihnen eine sehr betrübende Nachricht zu melden: Casimir Périer hat in der vergangenen Nacht seine ruhm- und mühevollen Laufbahn beendet. Sie werden mit mir und mit allen, welche die glänzenden Eigenschaften dieses edlen und hochbegabten Mannes schätzten, den tiefen Schmerz teilen über diesen frühzeitigen schweren Verlust. Er trifft uns um so härter, als wir nach der letzten Krisis uns bereits der Hoffnung hingegeben hatten, ihn dem Vaterlande erhalten zu sehen.

In den ersten Momenten einer so tiefen Betrübniß ist natürlich noch nichts weiteres beschlossen worden, wovon wir Sie in Kenntniß setzen müßten.

Wenn uns die besten und bedeutendsten Männer so plötzlich entrisßen werden, so ist es für die überlebenden Gleichgesinnten nur eine um so lautere Mahnung, desto fester zusammenzuhalten, und in diesem Sinne erneuere ich Ihnen, teurer Fürst, die Versicherung meiner unwandelbaren Anhänglichkeit und Verehrung, und bitte Sie, mir gleichfalls Ihre bisherige Freundschaft zu bewahren.

Sebastiani.

Den 23. Mai.

Der Tod Casimir Périers hat hier eine außerordentliche Teilnahme hervorgerufen, und zwar unter allen Klassen der Bevölkerung. Um so mehr liegt mir jetzt daran, den Tag zu wissen, an welchem Sebastiani seine Badereise antreten will, weil ich vorher noch in Paris mit ihm zusammentreffen möchte.

Den 24. Mai.

Im Oberhause befinden sich jetzt nur wenig Tories; die Beratungen über die Bill nehmen ihren Fortgang, und die Debatten sind nicht mehr so heftig wie in den letzten Tagen. Die Gereiztheit unter den Parteien ist freilich dieselbe geblieben, aber sie tritt nicht mehr so lebhaft hervor.

Der Graf Rémusat¹⁾ ist hier mit seiner Familie eingetroffen und hat mir Briefe aus Paris gebracht.

Aus dem Haag nichts Neues; die holländischen Bevollmächtigten haben von ihrer Regierung noch immer keine Antwort auf die letzte von der Konferenz abgesandte Zuschrift erhalten. Ich fühle keine große Sympathie für Belgien, aber auch nicht das Gegentheil, obwohl ich ihnen größere Dienste

¹⁾ Graf Charles de Rémusat, ein Enkel Lafayette's und ein Nefte Périers, geb. i. J. 1797, Deputirter und später Unterstaatssekretär i. J. 1836 und Minister des Innern i. J. 1840, lebte unter dem Zweiten Kaiserreich ganz zurückgezogen. Nach dem Sturz Napoleons III. wurde er Minister des Auswärtigen von 1871 — 1873 und starb i. J. 1875.

Er war ein Sohn der durch ihr Memoirenwerk „Napoleon I. und sein Hof“ so bekannt gewordenen Gräfin Rémusat, Palastdame der Kaiserin Josephine.

geleistet habe, als sonst irgend jemand, aber ich verlange auch von ihnen, daß sie keine Dummheiten begehen, die uns eventuell in einen allgemeinen Krieg verwickeln könnten. Leider scheinen sie das nicht recht zu begreifen.

Den 25. Mai.

Seit dem Tode Périers sind die Depeschen des auswärtigen Amtes in einem ganz anderen Tone abgefaßt, der mir nicht sonderlich behagt. Ein Grund mehr, meine Abreise nicht länger zu verzögern. Die Reise des Königs nach Compiègne macht mich besorgt. Die Belgier werden dadurch sehr wahrscheinlich nur noch anspruchsvoller werden¹⁾. Der König von Holland sucht ohnehin schon nach allerlei Vorwänden zur Verzögerung, und es ist nicht ratsam, ihn allzusehr zu drängen, was übrigens auch schwer fiel und weder gerecht, noch für uns vorteilhaft wäre. Das ist wenigstens meine Ansicht von der augenblicklichen Sachlage, und ich werde danach handeln; auch hoffe ich, daß mein Stellvertreter ein Gleiches thun wird, obwohl ich dessen nicht gerade sicher bin. Wenn man Durant gewähren läßt, so ist er noch der geeignetste, in meinem Sinne weiterzuwirken.

Wir leben doch in einer merkwürdigen Zeit, merkwürdig nach allen Richtungen hin. Was habe ich hier in den letzten vierzehn Tagen alles erlebt! Ich könnte ein ganzes Buch darüber schreiben!

Die Engländer schicken eine Flotte nach dem Tajo, und wir werden hoffentlich dasselbe thun. Wenn irgendwo in der Fremde Unruhen ausbrechen, so ist jede Regierung verpflichtet, ihre Staatsangehörigen zu schützen.

Den 27. Mai.

In acht Tagen soll die dritte Lesung der Reformbill stattfinden und sie wird hoffentlich nach Wunsch durchgehen. Die

¹⁾ Louis Philippe begab sich nach Compiègne, um dort mit dem König Leopold zusammenzutreffen und die Präliminarien der Vermählung desselben mit der Prinzessin Louise von Orleans zu besprechen.

böse Laune der Tories wird freilich verschiedene Verbesserungen unmöglich machen.

Ich unterhalte mich täglich mit der Gräfin Rémusat, die im Namen aller Freunde des verstorbenen Périer mir hart zusetzt, doch die Ministerpräsidentschaft anzunehmen. Ich fühle mich dadurch sehr geschmeichelt, bleibe aber auf meiner Weigerung bestehen.

Den 28. Mai.

Diesen Morgen war große Cour zur Geburtstagsfeier des Königs; alles sehr prächtig, und die verschiedenen politischen Parteien bewegten sich dort taktvoll und in den besten gesellschaftlichen Formen neben und untereinander.

Der König Louis Philippe an den Fürsten Talleyrand.

Saint-Cloud, Sonntag abend, den 27. Mai 1832.

Mein lieber Fürst!

Sie haben wohl schon durch Sebastiani die Zusammenkunft erfahren, die ich mit dem König Leopold in Compiègne haben werde, und kennen auch die Ursachen derselben. Wir waren der Ansicht, nach der Auswechslung der Ratifikationen diese Zusammenkunft nicht länger hinauszuschieben, vielleicht auch, um den König von Holland zu veranlassen, sich etwas mehr um die Sache zu bekümmern. Sie begreifen, daß ich keine von meinen Töchtern mitnehme, weil es sich ja eben um das Schicksal meiner ältesten Tochter handelt. Ich reise also nur mit der Königin, mit meiner Schwester und meinem zweiten Sohn.

Vorher habe ich noch dem König Leopold einen langen Brief geschrieben, aber leider vergeblich. Ich wollte ihn nämlich veranlassen, dem Vorschlage der Konferenz zuzustimmen und mit dem König von Holland unverzüglich in Unterhandlung zu treten. Er hat aber, oder wenn nicht er selbst, so

doch seine Minister, gerade das Gegenteil gethan und den Vorschlag abgelehnt, so daß er jetzt gewissermaßen die Rolle seines Gegners spielt¹⁾. Hoffentlich aber nicht unwiderruflich, denn ich denke, mit Hülfe Sebastianis, der gleichfalls in Compiègne sein wird, den König noch umzustimmen. Die Konferenz muß dann auch das ihrige thun, um den Eigensinn des Königs von Holland zu brechen und energisch die sofortige Räumung der Citadelle von Antwerpen zu verlangen. Das ist der gordische Knoten. Und England muß diesen entscheidenden Schlag thun, nicht wir; das scheint mir im europäischen Allgemeininteresse am gebotensten.

Allerdings wird das englische Kabinett jetzt gänzlich von der Reformbill in Anspruch genommen, ist aber diese Frage erledigt, dann darf es auch keinen Augenblick länger zögern. Erst wenn der General Chassé die Citadelle von Antwerpen verlassen hat, kann man von einem wirklichen europäischen Frieden sprechen. Auf diesen Brennpunkt, mein lieber Fürst, müssen Sie jetzt Ihre diplomatischen Batterien richten (*vos batteries diplomatiques*), vielleicht eine der schwersten Ihrer Aufgaben, doch Sie haben auch dann, wenn sie gelöst sein wird, Ihr Ziel glänzend erreicht.

Ich sage nichts weiter und erneuere Ihnen nur noch die Versicherung meiner unwandelbaren, aufrichtigen Freundschaft.

Louis Philippe.

¹⁾ Ein Protokoll der Konferenz vom 4. Mai lud Belgien und Holland ein, sich ohne Zögern über den Definitivvertrag zu verständigen. Der König Leopold erwiderte in einer Note vom 11. Mai daß er auf keinerlei Verhandlungen eingehen könne, bevor Holland nicht die Bedingungen des Novemberprotokolles erfüllt haben würde: Vollständige Räumung des belgischen Territoriums von holländischen Truppen, Übergabe der Citadelle von Antwerpen und freie Schifffahrt auf der Maas. Der König von Holland hatte bereits am 7. Mai seine Antwort nach London geschickt, in welcher er erklärte, daß er nicht das Novemberprotokoll von 1830, sondern das Protokoll vom 27. Januar 1831, das seiner Ansicht nach mit dem ersteren in Widerspruch stehe, als die Grundlage der Verhandlungen betrachte.

Der General Sebastiani an den Fürsten Talleyrand.
Paris, den 28. Mai 1832.

Mein verehrter Fürst!

Ich stehe im Begriff, nach Compiègne abzureisen, wohin die Majestäten sich schon diesen Morgen begeben haben und wo der König Leopold auch bereits eingetroffen ist. Wir werden dann die bewußte Angelegenheit zusammen besprechen, und ich werde mir noch besonders erlauben, dem neuen belgischen Monarchen, der im Begriff steht, sich mit unserem Königshause so innig zu verbinden, die Notwendigkeit recht ans Herz zu legen, sich nun auch unserer Politik treulich anzuschließen und nicht minder derjenigen der übrigen mit uns verbündeten Mächte. Dadurch wird Ihr Werk, verehrter Fürst, das Sie in London so erfolgreich und ruhmvoll zu Ende geführt haben, in Compiègne eine neue Befräftigung erhalten.

Nach den Staatsgeschäften noch eine persönliche Mitteilung: Mein Arzt hat mir für den nächsten Juli den Gebrauch der Bäder von Bourbonne verordnet, aber ich werde jedenfalls Ihre Rückkehr hierher erwarten, da ich lebhaft wünsche, mich mit Ihnen auszusprechen. Sie können sich leicht denken, daß ich, der ich so lange von Ihnen getrennt war, mich nach einer vertraulichen Unterredung mit Ihnen sehne

Den 2. Juni.

Ich habe hier die nötigen Vorbereitungen getroffen, um Durant gleich nach seiner Ankunft mit allen wichtigen Punkten seiner Mission bekannt zu machen. Er wird dann schon die Notwendigkeit begreifen, den König von Holland umzustimmen.

Man überhäuft mich hier noch vor meiner Abreise mit allen möglichen Aufmerksamkeiten; auch habe ich versprochen müssen, wiederzukommen, und einige verlangten sogar darauf mein Ehrenwort. Ich habe es versprochen, wenn es die Interessen Frankreichs fordern sollten. Zunächst habe ich hier erreicht, was

wohl kaum einem anderen gelungen wäre, nämlich die Vereinigung der fünf europäischen Großmächte; damit ist meine Mission erfüllt.

Der König wird hoffentlich eine Proklamation, oder so etwas Ähnliches erlassen, um vor ganz Europa zu erklären, daß seine Regierung das von Périer befolgte System im Innern und das meinige nach außen hin beibehalten will.

Die Prinzessin Adelaide an den Fürsten Talleyrand.

Saint-Cloud, den 2. Juni 1832.

Mein lieber Fürst!

Wir sind seit gestern abend von Compiègne zurück und von der Reise und von allem übrigen durchaus befriedigt. Unterwegs wurde der König von der ganzen Bevölkerung mit den unzweideutigsten Beweisen der Liebe und Verehrung empfangen, so daß ich es wirklich bedauert habe, daß mein teurer Bruder nicht häufiger derartige Reisen unternimmt, denn nichts kann seine gewinnende Persönlichkeit und seine herzlichen Worte ersetzen.

Auch mit dem König Leopold sind wir recht zufrieden, er konnte wirklich in jeder Beziehung nicht liebenswürdiger und offener sein. Deshalb wurde auch die wichtige Heiratsangelegenheit leicht und nach Wunsch geordnet. Der Tag der Vermählung ist allerdings noch nicht bestimmt. Die arme, liebe kleine Luise ist natürlich betrübt, die Eltern und Geschwister zu verlassen, aber das ist nun einmal nicht anders. Sie tröstet sich im Hinblick auf den vortrefflichen Charakter ihres zukünftigen Gemahls, mit dem Gedanken an seine freundschaftlichen Gesinnungen für uns alle und auch mit der so nahen Nachbarschaft beider Länder.

Aus der Vendée haben wir glücklicherweise auch gute Nachrichten; der geplante Aufstand ist vollständig unterdrückt, denn die große Masse der Bevölkerung verhielt sich völlig

gleichgültig, und die Nationalgarden thaten ihre Pflicht. Leider sind auch hier wieder manche Opfer zu beklagen, aber wir haben dies doch gewiß nicht zu verantworten

Den 7. Juni.

Ich befinde mich seit gestern abend in der größten Aufregung, denn ich habe bis jetzt keine Nachrichten aus Paris erhalten, wo ja, wie man sich hier gerüchtweise erzählt, entsetzliche Dinge vorgefallen sein sollen¹⁾.

Der König Leopold an den Fürsten Talleyrand.

Brüssel, den 5. Juni 1832.

Mein sehr lieber Fürst!

Kurz vor meiner Abreise nach Compiègne erhielt ich noch Ihren liebenswürdigen Brief, den ich jetzt, gleich nach meiner Rückkehr, beantworte.

Sie kennen meine langjährigen freundschaftlichen Gefühle für die königliche Familie und begreifen deshalb auch, wie sehr ich mich freute, einige Tage mit derselben zuzubringen. Wir haben von Ihnen gesprochen; die Majestäten sowohl wie die Madame Adelaide sind Ihnen aufrichtig zugethan.

Meine Vermählung mit der Prinzessin Luise ist endgültig und zwar zu beiderseitiger Zufriedenheit beschlossen worden. Ich glaube, daß diese Verbindung den Franzosen sympathisch ist, wenigstens hat mir die Bevölkerung, die sich in solchen Dingen nicht beeinflussen läßt, unzweideutige Beweise ihres Wohlwollens gegeben.

Die Ereignisse in der Vendée schienen einige Befürchtungen zu erwecken; ich meinerseits glaube aber, daß sie ganz geeignet

¹⁾ Bei der Beerdigung des am 1. Juni gestorbenen Generals Lamarque, welche die Republikaner zu einer Demonstration gegen die Regierung benutzten, kam es zu einem blutigen Aufstande in Paris, der zwei Tage dauerte, bevor er, unter großen Verlusten von beiden Seiten, gedämpft werden konnte.

sind, die Regierung zu kräftigen. Raten Sie mit Ihrer bewährten politischen Einsicht zur Strenge; die allzugroße Milde, die der König bis jetzt immer gezeigt hat, giebt ihm dazu ein doppeltes Recht.

Ich war eine volle Woche abwesend, noch dazu in beträchtlicher Entfernung, und doch ist in Belgien alles ruhig geblieben: ein gutes Zeichen, das ich wohl betonen darf.

Trotzdem müssen wir die noch immer schwankenden Verhältnisse in Ordnung bringen; die Armee und die heißblütigen Patrioten sehnen sich nach Krieg, und es könnte eine Zeit kommen, wo es mir unmöglich sein würde, sie zurückzuhalten. England ist ja auch entschlossen, die Streitfragen zu schlichten und zu beendigen. Man ziehe eine Flotte im Kanal zusammen und sage dann den Holländern, daß man ihnen das Kapital ihrer letzten Anleihe nicht auszahlen werde; diese zwei Mittel dürften schon eine gute Wirkung ausüben und wären dabei nicht einmal gefährlich. Nach der letzten Note der holländischen Regierung muß durchaus etwas geschehen.

Was mich betrifft, so werde ich natürlich alles versuchen, um den Frieden zu erhalten und habe dies auch schon bewiesen, aber das soll man sich auch merken, daß ich mich nicht mehr vertreiben lasse, sondern mich mannhaft verteidigen werde, und daß ich dann wohl leicht andere mit in meinen Sturz hineinziehen dürfte. Dazu habe ich mich mit der größten Kaltblütigkeit fest entschlossen.

Auch die Ruhe Frankreichs verlangt dringend eine baldige Beendigung der noch obwaltenden Streitfragen zwischen Belgien und Holland. Louis Philippe selbst behauptet, daß Frankreich erst dann rechtes Vertrauen zu ihm und zu seiner Regierung fassen könne.

Es freut mich, daß Sie sich über den Herrn van de Weher so anerkennend äußern; er verdient es wirklich, und hier hat man ihn sehr ungerecht behandelt. Seien Sie schließ-

lich, teurer Fürst, meiner hohen Wertschätzung und Freundschaft versichert.

Leopold.

Den 8. Juni.

Noch immer weiß ich nichts Näheres über die letzten Ereignisse in Paris. Hoffentlich ist alles zu Gunsten der rechtmäßigen Autorität ausgeschlagen, und die Regierung wird durch energische konstitutionelle Maßregeln die so schmäzlich gestörte öffentliche Ordnung wiederherstellen und dauernd befestigen. Nur indem sie sich auf die Verfassung stützt, kann sie wahrhaft populär werden. Wenn man dem Pöbel (*la canaille*) schmeichelt, wird er nur frecher, und man erreicht doch nichts. Man sagt, der König habe viel Ruhe und Festigkeit bewiesen und sei in der ganzen Nacht des 6. nicht aus dem Sattel gekommen; das gefällt hier sehr.

Der König Louis Philippe an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 7. Juni 1832.

Mein lieber Fürst!

Sebastiani wird Ihnen bereits das nähere über die betäubenden Ereignisse der letzten Tage mitgeteilt haben. Leider ist das Blut französischer Bürger geflossen, aber ich darf mir gottlob das Zeugnis geben, daß ich den Kampf nicht gewollt, sondern daß ich im Gegenteil alles gethan habe, ihn zu verhindern. Diejenigen, die bereits geprahlt hatten, der Julithron werde von den Trompeten der Karlisten und Republikaner umfallen wie einst die Mauern von Jericho, haben sich arg getäuscht. Aufrichtiger Patriotismus, religiöser Sinn und die damit verbundene Heilighaltung geschworener Treue sind die solidesten Stützen des Thrones und das sicherste Bollwerk gegen anarchischen Umsturz, und besser als eine absolute Re-

gierung mit einem Schwarm von Höflingen und Satelliten. Aber es gilt auch jetzt, nachdem wir den Sieg davon getragen haben, ihn gedeihlich auszunutzen, indem wir die aufgeregten Gemüther beruhigen und den Frieden nach innen und nach außen wiederherstellen und dauernd begründen.

Und dies ist in letzter Beziehung noch immer problematisch, solange Holland fortfährt, uns Verlegenheiten zu bereiten. England muß deshalb unbedingt die Räumung der Citadelle von Antwerpen verlangen und dadurch den König von Holland zwingen, die Unabhängigkeit Belgiens anzuerkennen und mit dem König Leopold direkt zu unterhandeln.

Die drei anderen Mächte, Preußen, Oesterreich und auch Rußland, müssen sich zu dieser Forderung mit England und Frankreich vereinigen und dadurch dem König Wilhelm die letzte Hoffnung nehmen, noch weitere Zermürfnisse anstiften zu können. Im Gegenteil, ihm muß mit Gewaltmaßregeln gedroht werden, wenn er die Citadelle nicht gutwillig herausgibt.

Ich meine, lieber Fürst, Sie müßten sich mit Palmerston verständigen und den holländischen Bevollmächtigten eine derartige Erklärung zugehen lassen, und zwar mit dem Bedeuten, wor Erledigung dieser Hauptfrage keinerlei sonstige Noten entgegenzunehmen. Wenn alsdann keine Antwort erfolgen sollte, so müßte eine englisch-französische Flotte sofort zur Blockade der holländischen Häfen schreiten. Hoffentlich wird England damit einverstanden sein; für uns wäre dies jedenfalls vorteilhafter, als nochmals unsere Truppen in Belgien einrücken zu lassen, ganz abgesehen davon, daß dadurch leicht neue anderweitige Komplikationen entstehen könnten.

Es trieb mich, Ihnen dies mitzuteilen, lieber Fürst, damit Sie die kurze Zeit, die Sie noch in London zu verweilen gedenken, zu diesem Schritte benutzen möchten, um wenigstens die Einleitungen dafür zu treffen.

Das erfreuliche Resultat unserer Zusammenkunft in Compiègne mit dem König Leopold ist Ihnen bereits bekannt, so daß ich schließen kann, und zwar mit der Versicherung meiner unwandelbaren Freundschaft für Sie.

Louis Philippe.

Tags darauf erhielt ich von der Prinzessin Adelaide einen Brief, der noch ganz unter dem Eindruck der beklagenswerten Junitage geschrieben war. Der Aufstand sei längst im stillen vorbereitet gewesen und hänge sicherlich mit den Unruhen in der Vendée und im Süden zusammen. Der König habe wie immer Mut und Entschlossenheit gezeigt.

„Sobald wir in Saint-Cloud die Nachricht von den ausgebrochenen Unruhen erhielten, ließ der König anspannen und fuhr mit der Königin, mit mir und dem Marschall Gérard nach Paris. Auf dem ganzen Wege hörten wir von der gesamten Bevölkerung beständig den lauten Zuruf: Es lebe der König! Auf dem Karussellplatz wurden wir von den Truppen und der Nationalgarde begeistert empfangen, und als der König die Fronten abtritt, rief er den Soldaten zu: Auf morgen, Kameraden! Ich rechne auf euch! — Ja, ja, auf morgen! war die stürmische Antwort. Und die Armee hat sich vortrefflich gehalten. Der König zeigte sich überall, auch da, wo die Kugeln pfliffen, konnte man ihn ruhig hin und her reiten sehen, bis der Marschall Lobau ihn beschwor, sein Leben zu schonen, aber das Volk umdrängte ihn von allen Seiten und schrie unaufhörlich: Es lebe der König! nieder mit den Karlisten! nieder mit den Republikanern! Männer aus dem Volk traten dicht an sein Pferd und riefen: Sire, lassen Sie den Belagerungszustand von Paris proklamieren, und nur für die Karlisten keine Gnade! — Auch die Nationalgarden der Umgegend kamen herangezogen und kämpften tapfer mit, (*comme des lions*). O, lieber Fürst, unser guter Louis Philippe wurzelt schon tief in den

Herzen des Volkes! Und in diesen Tagen hat er glänzend bewiesen, daß er die revolutionären Parteien zu meistern weiß. Dieser Umstand dürfte auch den König von Holland eines Bessern belehren, denn es bleibt wirklich ganz unbegreiflich, daß er nicht einlenken will. Nun, Sie haben schon so viel durchgesetzt, Lieber Fürst, daß Ihnen auch dieser Sieg noch gelingen wird.“

Den 10. Juni.

Hier billigt man allgemein das energische Auftreten der Regierung, schon weil sie vom Böbel provoziert wurde, und unser König muß nach diesem letzten Ereignis so fest dastehen, daß ähnliche Scenen gar nicht mehr stattfinden können. Vor allem müssen die fremden Flüchtlinge ohne Unterschied ausgewiesen werden; sie haben in Paris nichts zu suchen. Man kann sie ja auf die einzelnen Departements verteilen; die aus dem Norden, nach dem Süden und umgekehrt, und die Loire mag die Grenze bilden. Spanier und Portugiesen nach der Pikardie und der Normandie, die Piemontesen nach Flandern und die Polen meinetwegen nach Algerien als Soldaten oder Kolonisten.

Den 11. Juni.

Wenn wirklich, wie man behauptet, so viel Geld unter die Aufständischen verteilt wurde, so dürfte es doch nicht schwer fallen, die Quelle ausfindig zu machen, woher dieses Geld gekommen ist. Leute, die fünf, zehn und zwanzig Franken für eine derartige Mithilfe bekommen, pflegen doch nicht sehr diskret zu sein.

Mit Holland hoffe ich nun bald fertig zu werden. Nur müssen wir vorsichtig weitergehen, denn wir haben auch hier in London eine starke Partei gegen uns und dürfen auch ohne Zustimmung der vier anderen Mächte nichts unternehmen. Bis jetzt glaube ich allerdings, daß England mit uns gehen wird, aber sind wir dessen auch in Zukunft so sicher? Wenn z. B. hier ein anderes Kabinett ans Ruder käme,

wie dann? Nur ein schneller Entschluß kann hier helfen. Ich habe deshalb noch einen letzten Schritt vorgeschlagen, und sollte auch der vergeblich sein, so müssen wir, England und Frankreich, einschreiten, wenn die anderen Mächte zurückbleiben wollen¹⁾. So fasse ich jetzt die Sache auf. Und man darf nie vergessen, daß man im Auslande meint, die Unruhen, die augenblicklich in Paris mit Erfolg unterdrückt wurden, könnten über kurz oder lang doch wieder ausbrechen. Man betrachtet uns noch immer mit Mißtrauen.

Den 12. Juni.

Ich erwarte Durant, um ihm die Geschäfte der Botschaft zu übergeben, die in bester Ordnung sind. Er wird sich auch sehr leicht in meine Ideen und Ansichten hineinarbeiten. Solange ich hier noch nötig bin, bleibe ich, denn ich bin nur hier an meinem Plaze. Ich denke aber doch spätestens am 21. abzureisen, um am 24. in Paris zu sein.

Den 15. Juni.

Durant wird am 17. eintreffen, und ich werde ihn dann gleich in den folgenden Tagen überall vorstellen und einführen. Ich habe alles so arrangiert, speciell mit dem englischen Kabinett, daß wir in unserem Sinne vorgehen können, ohne die anderen Mächte zu verletzen, und diese werden gewiß ein bewaffnetes Einschreiten Englands und Frankreichs zur See gutheißen. Als letzten Termin habe ich den 30. Juni festgesetzt. In Paris wünscht man ein schnelleres Tempo, aber ich bin nicht dafür, und sowohl der General Goblet wie auch Herr van de Weyer sind ganz meiner Ansicht. Was bedeuten vierzehn Tage Aufschub, wenn wir bis dahin die Zustimmung der anderen Mächte erlangen.

¹⁾ Die Konferenz hatte wirklich am 11. Juni noch einmal mit dem König von Holland Unterhandlungen angeknüpft, in welchen sie einige weitere Konzessionen zu seinen Gunsten machte. Die holländischen Bevollmächtigten antworteten darauf am 30. Juni, aber wieder ausweichend.

In der heutigen Konferenz haben wir uns auch mit der Angelegenheit des Barons Thorn beschäftigt und beschlossen, den Bundestag in Frankfurt zu ersuchen, die Freilassung des genannten Herrn anzuordnen und die Gegenvorstellungen des Königs von Holland nicht weiter zu berücksichtigen¹⁾.

Durant hat also ganz einfach an der von mir von Anfang an verfolgten Politik festzuhalten: Bündnis mit England und einstimmiges Zusammengehen der fünf Mächte; ferner gemeinschaftliche Rüstung Englands und Frankreichs, um den König von Holland zu zwingen, das belgische Territorium vollständig zu räumen und vor allem die Citadelle von Antwerpen zu übergeben. Ich darf wohl sagen, daß ich Frankreich in einer guten Stellung zurückgelassen habe²⁾. . . .

Am 20. Juni verließ ich London, und wenige Stunden vor meiner Abreise erhielt ich noch das folgende Billet von Lord Palmerston:

Foreign Office, 19. Juni 1832.

Mein teurer Fürst!

Ich habe soeben die letzte Note der Konferenz erhalten, dieselbe unterzeichnet und sofort expediert³⁾.

1) Vergl. S. 200.

2) Auch diese letzten Notizen gingen, wie alle übrigen, an die Prinzessin von Baudémont.

3) Diese letzte Note datiert vom 19. Juni und war an die drei Kabinette von Preußen, Oesterreich und Rußland gerichtet.

Sie erklärte, daß die Bevollmächtigten Englands und Frankreichs nur deshalb in eine erneute Unterhandlung mit dem König von Holland getreten seien, um das Einverständnis der fünf Mächte untereinander nicht zu stören. daß aber das Resultat dieser Unterhandlung die Ausführung des Vertrages vom 15. November suspendiere. Dabei sei vornehmlich zu bedauern, daß die Bevollmächtigten der drei Kabinette keine Instruktionen besäßen, um den Termin dieser Suspension zu bestimmen, daß sie indes erklärt hätten, dieselbe könnte keine unbegrenzte sein; wenn daher der König von Belgien am 30. August die Ausführung des Vertrages vom 15. November verlange, so würden die Bevollmächtigten sich diesem Verlangen nicht widersetzen.

Nochmals ein herzliches Lebewohl, und lassen Sie es in Paris nur nicht an guten Ratschlägen fehlen. Vor allem aber pflegen Sie Ihre Gesundheit, erholen Sie sich von den Mühseligkeiten unserer Konferenzen und kommen Sie bald zurück. Ihre Rückkehr hierher ist entschieden die Hauptsache.

Ganz der Ihrige.

Palmerston.

Am 22. Juni kam ich in Paris an.

Ende der zehnten Abteilung.

Anhang.

Wir haben auch hier, wie bereits im vorhergehenden Bande, eine Anzahl von vertraulichen Privatbriefen hinzugefügt, die uns von einem besonderen Interesse erschienen. — Alle diese Briefe fanden sich in dem Nachlaß des Fürsten Talleyrand und wurden genau nach den eigenhändigen Originalbriefen kopiert.

Die Prinzessin Adelaïde an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 3. Januar 1831.

Die unglückliche belgische Frage, lieber Fürst, beunruhigt unseren teuren König mehr, als ich Ihnen sagen kann und überhäuft ihn mit Sorgen, die er gar nicht zu überwinden vermag. Sie kennen unsere herzliche Freundschaft für den Prinzen von Koburg, der auch in jeder Hinsicht dem König am genehmsten wäre, aber hier sieht man in ihm leider nur einen englischen Agenten, weshalb er, was ich Ihnen nicht verhehlen darf, außerordentlich unpopulär ist. Sollte er daher König von Belgien werden und noch dazu eine unserer Prinzessinen heiraten, so würde man das als ein Zugeständnis Frankreichs an England ansehen, und einer solchen Deutung möchte der König sich nicht aussetzen. Er selbst würde dadurch an seiner hiesigen Popularität viel verlieren, und aus demselben Grunde

würde auch Belgien damit nicht zufrieden sein. Belgien will nun einmal Nemours, oder eine Vereinigung mit Frankreich; das letztere würde entschieden einen Krieg herbeiführen, und der ist doch auf jeden Fall zu vermeiden. Die anderen Mächte würden gleichfalls von Nemours nichts wissen wollen, und selbst, wenn sie zustimmten, wären doch noch so viele Schwierigkeiten zu überwinden, daß der König ganz davon absieht. Man müßte eine Regentschaft ernennen, aber wen zum Regenten? Also Verwirrungen und Schwierigkeiten von allen Seiten, die durch die Luxemburger Frage noch vergrößert werden. Die Belgier wollen die Entscheidung des Deutschen Bundes in Bezug auf Luxemburg nicht anerkennen, und das regt sie nur noch mehr auf. Was sie im Schilde führen, ist nichts anderes als der Krieg. Rechnen Sie dazu die Falschheit des Königs von Holland, der immer auf Täuschungen ausgeht, weil er seinerseits gleichfalls einen Krieg wünscht, und der durch sein unwürdiges Benehmen sein armes Land zur Verzweiflung bringt. Von dem Prinzen Karl von Neapel will auch niemand etwas wissen. So weiß mein Bruder wirklich nicht, was er anfangen soll, und das schmerzt ihn tief, weil er gar keinen Ausweg findet.

Bitte, lieber Fürst, schreiben Sie mir offen Ihre Ansicht und was Sie für das beste halten, aber vergessen Sie dabei nicht, daß hier in Paris die Aufregung wegen Belgien außerordentlich groß ist, daß ferner das französische Volk die Vereinigung Belgiens mit Frankreich sehr wünscht und daß der König nur aus Zartgefühl Widerstand leistet. Aus Vertrauen und Liebe zu ihm will man sich noch gedulden. Sobald man aber die Überzeugung gewänne, daß der König zum Vorteil einer fremden Macht einen Entschluß fassen möchte, könnte er selbst und mit ihm unser innerer Friede ernsthaft bedroht werden. Das dürfen Sie nicht außer acht lassen, denn es ist wirklich der Fall.

Die Prinzessin Adelaide an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 5. Januar 1831.

Die hiesigen Heißsporne hören nicht auf, uns wegen Belgien Verlegenheiten zu bereiten, um Frankreich in einen Krieg hineinzutreiben; sie verlangen immer von neuem wieder die Vereinigung mit Frankreich und wollen in Brüssel die Tricolore aufpflanzen. Sie meinen, man müsse sich alsdann schon fügen, aber sie dürften sich irren. Mein Bruder hat nämlich erklärt, daß er keinem noch so lauten und heftigen Drängen nachgeben werde und daß er begierig sei, zu erfahren, wer über Krieg oder Frieden zu entscheiden habe: er, der König, oder die Pariser Studenten.

Als ich Ihnen vorgestern schrieb, war er gerade sehr befümmert, denn er suchte vergebens für die Belgier nach einem Auskunftsmittel, und deshalb sollte ich ein solches von Ihnen verlangen. Später kam dann eine Depesche des Grafen Bresson, die ihm meldete, daß die Belgier sich für den Prinzen Otto von Bayern ausgesprochen hätten. Sofort setzte mein Bruder alle sonstigen Bedenken beiseite und hielt sich an diese neue Kombination, freilich nicht in dem Sinne, als wolle er nun diesen Prinzen den Belgiern aufdrängen, sondern nur, um zu erklären, daß er sich dieser Wahl nicht widersetzen werde. Er billige sie sogar, weil er darin eine glückliche Lösung sähe.

Graf Bresson an den Fürsten Talleyrand.

Brüssel, den 13. Januar 1831.

(Privatim.)

Verehrter Fürst!

Gestern abend erhielt ich Ihren Brief vom 9. d. M., mit welchem Sie mich beehrt haben, und zugleich die beigefügten Dokumente. Ich war so betrübt über den Verdruß, den ich Ihnen bereitet, daß mir alles darin liegt, Ihnen die besonderen

Umstände mitzuteilen, die mich zu jener plötzlichen Kombination veranlaßt haben, von der ich jetzt allerdings begreife, daß sie der Konferenz nicht genehm sein konnte.

Die republikanische und die französische Partei hatten ihre sämtlichen Batterien ins Feld geführt; wir sahen uns von allen Seiten hart in die Enge getrieben und befürchteten einen Volksauflauf und zugleich eine Proklamation zu Gunsten der Vereinigung Belgiens mit Frankreich, besonders aus der Gegend von Lüttich und Berviers. Zugleich meinte man, daß der Kongreß sich bei der ersten Bewegung sofort für den Herzog von Nemours erklären würde. Diese Gefahr lag also in nächster Nähe, und zwar die schlimmste für unsere Regierung. Ein ablenkendes Auskunftsmittel war deshalb zur Beruhigung der Vernünftigen und Gemäßigten dringend geboten. Der Kongreß schlug nun einen bayerischen Prinzen vor, und weil ich von Paris aus wußte, daß man dort alles lieber sehen würde, als den Herzog von Nemours oder die Vereinigung mit Frankreich, und weil wir außerdem nur noch höchstens 24 Stunden vor uns hatten, so fand ich gar keinen Grund, das Projekt zu bekämpfen, sondern ließ die Herren gewähren. Ich wünsche aber sehr, verehrter Fürst, die Konferenz möge berücksichtigen, daß dies einzig und allein zur Niederhaltung der unaufhörlich wühlenden Kriegspartei geschehen ist und ohne irgend welchen Nebengedanken. Lord Ponjombh, dem alle meine Schritte bekannt sind, wird dies gewiß bezeugen.

Ich habe mich übrigens nach Empfang Ihres Briefes sofort eifrig bemüht, den Kongreßmitgliedern die großen Unzuträglichkeiten der Kombination zu schildern, wie Sie, verehrter Fürst, mir dieselben dargelegt, und darauf ließen sie das ganze Projekt fallen. Wir haben nun Zeit, uns wieder zu besinnen und zu verständigen.

In seiner heutigen Sitzung hat der Kongreß beschlossen, zum Zweck der Königswahl keine Specialkommissare weder nach

London noch nach Paris zu schicken; die Verhandlungen bleiben also den Agenten überlassen, die sich bei Ihnen in London befinden, so daß wir jetzt nicht mehr die überstürzten und unüberlegten Beschlüsse zu fürchten haben, die uns hier in jüngster Zeit so beunruhigten.

Der General Sebastiani an den Fürsten Talleyrand.

(Geheimes Kabinett.)

Paris, den 14. Januar 1831.

Verehrter Fürst!

Die neuen Verhaltungsmaßregeln, die Sie dem Grafen Bresson zukommen ließen, haben den König sehr überrascht, und diejenigen, welche Lord Ponsomby von seiner Regierung erhalten, vermehren unsere Besorgnis in Bezug auf eine erspriessliche Lösung der belgischen Frage. Die Äußerungen des Lords ermutigen die wenig zahlreichen Anhänger des Prinzen von Oranien, wohingegen sie die katholische Partei, wie auch die republikanische und konstitutionelle, nur aufreizen. So verlängert sich der revolutionäre Zustand des Landes und wird schlimme Früchte tragen. Man wird den Wiederausbruch der Feindseligkeiten nicht verhindern können, und es ist gar nicht abzusehen, wohin dieselben schließlich noch führen werden. Steht dabei der Prinz von Koburg im Hintergrunde, um ihn später vorzuschieben, und hofft man, ihn durchzubringen?

Eine solche Kombination scheint uns indes unausführbar. Wir selbst haben ja zu den Prinzen des Hauses Nassau gehalten, solange sie noch einige Ausichten auf Erfolg hatten. Dann haben wir mit gleicher Offenherzigkeit die Kandidatur des Prinzen von Koburg begrüßt, aber wir haben später die Haltlosigkeit derselben erkannt. Die Belgier müssen durchaus einen katholischen Monarchen haben. Ob man nun einen sächsischen, einen bayrischen oder einen neapolitanischen Prinzen wählt, ist uns völlig gleichgültig, wenn nur endlich in Belgien

Der anarchische Zustand aufhört, und das kann nur durch eine wohlgeordnete Regierung geschehen. Das englische Ministerium giebt viel auf die öffentliche Meinung, und mit vollem Recht, aber es darf dabei nicht vergessen, daß wir dasselbe thun, und Frankreich hat von Anfang an in dieser Frage einen so hohen Grad von Loyalität und Uneigennützigkeit gezeigt, daß es wohl mitreden darf bei der Wahl eines Monarchen, der sein nächster Nachbar sein wird.* Wenn die belgischen Angelegenheiten die Politik Englands und der übrigen Mächte berühren, so thun sie dies doch in noch höherem Grade in Bezug auf die unsrige, denn für uns ist es eine Frage der eignen Sicherheit. Die Londoner Konferenz hat ihren Einfluß in Belgien wohl zu hoch angeschlagen und in ihren langsamen und allzu bedächtigen Beratungen vielfach an die endlosen westfälischen Friedensverhandlungen erinnert¹⁾.

Ich bin fest überzeugt, verehrter Fürst, daß Ihnen selbst die gefällige Rolle endlich lästig wird, die man uns dabei zu= teilt, und daß Sie eine andere Rolle vorziehen, die eines mächtigen Monarchen und einer großen Nation würdiger ist. Europa kann unsere Politik nur dann richtig verstehen, wenn es einsieht, daß uns nicht die Furcht vor einem Kriege abhält, energischer aufzutreten, sondern nur die Besorgnis, die gesellschaftliche Ordnung des Kontinents zu erschüttern und dadurch einen Sturm heraufzubeschwören, der überall die Völker gegen ihre Regierungen aufreizen würde.

Nur eine solche Besorgnis ist unserer würdig, denn sie ist wahrhaft politisch und einsichtsvoll, weil sie auf den Grundsätzen der Moral beruht. Auch scheint man dabei zu vergessen, daß die Zugeständnisse, die wir den Wünschen des Volkes machen,

¹⁾ Man sieht hieraus, daß damals eine gewisse Meinungsverschiedenheit zwischen Talleyrand und dem französischen Kabinett bestand, deren Folgen später der Graf Bresson zu tragen hatte. Lord Ponsonby erhielt inzwischen allerlei Instruktionen zu Gunsten des Prinzen von Oranien.

ihre Grenzen haben, deren Überschreitung für ganz Europa nur verhängnisvoll sein kann

Der Fürst Talleyrand an die Prinzessin Adelaide.

London, den 16. Januar 1831.

Ew. Hoheit beehre ich mich, heute ein Aktenstück zu übersenden, das jedem anderen, mit alleiniger Ausnahme Sr. Majestät des Königs und Ew. Hoheit, unbekannt bleiben muß. Obwohl es von dem Prinzen von Oranien geschrieben ist, hat es doch Lord Grey zum Verfasser. Es ist so wertvoll und erregt ein so lebhaftes Interesse, daß wir uns nicht wohl weigern konnten, es in ernste Erwägung zu ziehen. Ist der Vorschlag annehmbar, so wird derselbe den anfänglichen Wünschen des Königs entsprechen, wo nicht, so haben wir dadurch eine größere Aktionsfreiheit gewonnen, um dasjenige in Vorschlag zu bringen, was wir für nützlich und gut halten

Das beigelegte Aktenstück lautete :

Brief des Prinzen von Oranien¹⁾.

Die jüngsten Ereignisse in Belgien haben mir, meiner Familie und dem gesamten Volk großes Unglück gebracht, das ich ewig beklagen werde.

Aber trotz aller Widerwärtigkeiten habe ich niemals die tröstliche Hoffnung aufgegeben, daß eine Zeit kommen wird, wo die Reinheit meiner Absichten Anerkennung findet, und wo ich persönlich an den edlen Bestrebungen teilnehmen kann, um Frieden und Wohlfahrt einem Lande zurückzubringen, an welches mich heilige Bande der Pflicht und die aufrichtigste Liebe fesseln.

1) Dieser Brief wurde in Form eines vertraulichen Zirkulars an die Anhänger des Prinzen versandt. (Anmerkung des Fürsten Talleyrand.)

Die Wahl eines Monarchen für Belgien, seitdem es von Holland getrennt ist, war von Anfang an mit Schwierigkeiten verbunden, die ich nicht nötig habe, hier näher zu schildern. Ich weiß nicht, ob ich ohne Selbstüberschätzung behaupten darf, daß meine Person die beste und vollkommenste Lösung jener Schwierigkeiten bietet.

Ohne Zweifel werden die fünf Großmächte, deren Vertrauen uns vor allem nötig ist, in der von mir vorgeschlagenen Lösung den sichersten, schnellsten und leichtesten Weg erblicken, die innere Ruhe und den allgemeinen Frieden in Europa dauernd zu befestigen.

Ferner haben die letzten Berichte aus den größeren Städten und aus mehreren Provinzen Belgiens unzweifelhaft bewiesen, daß ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung noch mit Vertrauen an mir hängt.

Geben wir das Vergangene, soweit es mich betrifft, der Vergessenheit anheim; ich werde niemals einen Unterschied der Personen machen hinsichtlich ihrer politischen Meinungen, mein stetes Bestreben wird einzig und allein darauf hinausgehen, alle diejenigen zum Dienst im Staate zu berufen, die mir durch ihre Talente und ihre Fähigkeiten, durch ihre Erfahrung und ihr Pflichtgefühl am geeignetsten erscheinen, ganz abgesehen von ihrer politischen Vergangenheit.

Ich werde die katholische Kirche und ihre Diener unter meinen besonderen Schutz nehmen und ihnen die gebührende Ehrfurcht in jeder Weise zu teil werden lassen.

Einer meiner lebhaftesten Wünsche und zugleich eine meiner ersten Pflichten wird darin bestehen, die gesetzgebenden Faktoren mit allen meinen Kräften zu unterstützen, um eine gesicherte Grundlage für die nationale Unabhängigkeit Belgiens zu erlangen, weil wir nur durch diese unsere Beziehungen nach außen hin befestigen und die Wohlfahrt im Innern dauernd begründen können.

Ich trete also mit jener freimütigen Offenherzigkeit, welche unsere beiderseitige Lage verlangt, vor die belgische Nation, und baue dabei hoffnungsvoll auf ihre Einsicht, auf ihr richtiges Verständniß für die wahren Bedürfnisse des Landes und vor allem auf ihre Liebe zur Freiheit.

Sollte ich diesen Worten noch etwas hinzufügen dürfen, so wäre es die aufrichtige Versicherung, daß mich zu diesem wichtigen Schritte weit weniger mein persönliches Interesse, als vielmehr der innige Wunsch geleitet hat, versöhnende Maßregeln zu ergreifen, um ein für allemal den Heimsuchungen und Leiden, die Belgien noch immer erdulden muß, ein Ende zu machen.

Graf Bresson an den Fürsten Talleyrand.

(Privatim.)

Brüssel, den 20. Januar 1831,
ein Uhr morgens.

Verehrter Fürst!

Die Anhänger des Herzogs von Leuchtenberg hatten alles in der Stille vorbereitet, um in den nächsten 48 Stunden ihren großen Handstreich auszuführen. Der Herzog von Bassano und der Graf Méjan sind die Hauptansteller dieses beklagenswerten Unternehmens. Um nun der äußerst dringenden Gefahr ungesäumt zu begegnen, mußte ich eine große Verantwortlichkeit auf mich nehmen, die eben nur durch diese Gefahr gerechtfertigt werden kann.

Ich habe nämlich erklärt, daß ich, wenn man den Herzog von Leuchtenberg wähle, sofort jede Verbindung mit der belgischen Regierung abbrechen und Brüssel binnen 24 Stunden verlassen würde. Und diese meine Erklärung hat gute Früchte getragen.

Ferner kann ich unmöglich annehmen, daß Sie die Instruktionen nicht kennen sollten, die man uns wegen des

Prinzen Otto von Bayern und des Prinzen von Neapel gegeben hat; ich brauche sie hier also nicht weiter zu besprechen.

Wir waren nicht stark genug, den letzteren dem Herzog von Leuchtenberg entgegenzustellen; aber wir haben doch dadurch gewissermaßen einen Ableiter gefunden, indem wir diesen Namen zwischen die Intriganten geworfen. Der Schlußbericht der Centralsektion, der schon auf heute die Wahl eines Königs festsetzen sollte, hat die Zustimmung der Mehrheit nicht erhalten.

Der Fürst Talleyrand an die Prinzessin Adelaide.

London, den 24. Januar 1831.

Die Ankunft des Grafen Flahaut, der alle meine Fragen beantworten konnte und mir außerdem angenehme Nachrichten aus dem Palais royal und aus Paris überbrachte, hat mir große Freude verursacht. Der Graf fand uns auch in den belgischen Angelegenheiten weit mehr vorgehritten, als er geglaubt, und ist gleichfalls der Meinung, daß die unter so großen Mühen und Kämpfen durchgesetzte Neutralität Belgiens das beste Mittel zur Lösung der übrigen noch streitigen Punkte sein wird. Ich bin überzeugt, daß Hoheit mit Ihrem klaren Geiste und bewährten Scharfblick ebenso urteilen, denn diese Maßregel war die einzige, die uns nicht allein den Frieden sicherte, sondern auch England befriedigte, ohne uns dieser Macht unterzuordnen. Mehr durften wir England nicht zugestehen, sonst hätten wir leicht ein neues Gibraltar im Norden geschaffen, das uns ebenso gefährlich hätte werden können wie das südliche für die pyrenäische Halbinsel. Das hieße, die Zukunft zu Gunsten der Gegenwart aufs Spiel setzen; auch wäre das ein Preis, zu dem man etwa nach zehn verlorenen Schlachten gezwungen werden könnte, und dagegen wäre selbst die Vereinigung Belgiens mit Frankreich kein genügendes Äquivalent. Wenn Frankreich überhaupt beab-

Sichtigte, sich zu vergrößern, so müßte es seine Blicke auf die Rheinlinie richten, denn dort liegen seine wahren Interessen und ein wirklicher Zuwachs an Macht durch starke Grenzen. Heute jedoch gilt der Friede mehr als alles andere. Der Besitz Belgiens würde uns mehr Schaden als Vorteile bringen, und die letzteren haben wir durch die Neutralität ohnehin schon fast ganz erlangt

Die Prinzessin Adelaide an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 28. Januar 1831. . . .

Mein lieber Fürst!

Gewiß, als der Graf von Flahaut Paris verließ, dachte er nicht, ein so glänzendes Resultat zu finden¹⁾; Ihrem Eifer und Ihrer Umsicht haben wir dies zu verdanken, und wir glauben gern, daß auch Sie darüber sehr befriedigt und erfreut sind. Sie haben ganz recht, wenn Sie sagen, daß alle Verständigen und Urteilsfähigen die großen Vorteile einsehen, die uns aus dieser Neutralität erwachsen; auch hat die gestrige Diskussion in der Deputiertenkammer dies glänzend bewiesen, denn sie war ein Vertrauensvotum für die Regierung. Die Kammer that nämlich diesen Schritt schon aus Furcht vor einem Ministerium der äußersten Linken, denn wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die große Mehrzahl der französischen Bevölkerung, um nicht zu sagen die gesamte Nation, die Vereinigung Belgiens mit Frankreich wünscht und daß das ewige Hinhalten (la trainasserie), das England dem belgischen Kongreß in Bezug auf die Wahl eines Monarchen zeigt, und das sich nur durch den Hintergedanken erklärt, den Prinzen von Oranien doch noch auf den Thron zu bringen, uns die äußerste Verlegenheit bereitet. Die Kandidatur des Herzogs von Leuchten-

1) Damit ist die Neutralitätserklärung (vom 20. Januar) gemeint, die in den Tuileries sehr gut aufgenommen wurde.

berg ist also unannehmbar; von unserer Seite konnte aber dagegen nicht gut etwas geschehen. England fühlt dies recht gut und gesteht es auch ein, und trotzdem erklärt Lord Ponsomby, keine bestimmten Instruktionen darüber erhalten zu haben. Dadurch wird die Frage nun wieder von neuem in höchst fataler Weise kompliziert, und durch wessen Schuld? Doch jedenfalls nicht durch die unsrige, denn wir sind immer offen und loyal gewesen

Samstag morgen, den 29. Januar.

P. S. Soeben erfahren wir, daß in Brüssel nur eine Alternative möglich ist: entweder Nemours oder Leuchtenberg. Sollte Ponsomby unter diesen Umständen wirklich dem Herzog von Leuchtenberg den Vorzug geben? Das ist doch kaum zu glauben und scheint trotzdem sehr wahrscheinlich. Daselbe gilt von dem Gerücht, Herr van de Weyer habe die Nachricht aus London gebracht, daß England den Herzog von Leuchtenberg anerkennen würde, wenn er gewählt werden sollte. Auch die Sprache Ponsombys geht ganz darauf hinaus ¹⁾.

Graf Bresson an den Fürsten Talleyrand.

Brüssel, den 8. März 1831.

Verehrter Fürst!

Da die Konferenz mit ihrer Entscheidung über meine Person noch immer zögert, habe ich mich entschlossen, ihr zuvorzukommen und beehre mich, Ihnen mein Entlassungsgesuch von meinem Posten als französischer Kommissar beim belgischen Kongreß einzureichen. Ich habe dies gleichfalls dem Lord Ponsomby mitgeteilt, der es nach London melden wird.

Sie haben wohl die Güte, mein beifolgendes Schreiben an die Konferenz zu übermitteln; auch füge ich die Ab-

¹⁾ Herr van de Weyer irrte sich übrigens, denn acht Tage später, am 7. Februar, unterzeichnete die Londoner Konferenz ein Protokoll, das den Herzog von Leuchtenberg von der Kandidatur ausschloß.

Schriften meiner Briefe an Lord Ponsonby und an Herrn van de Weher bei.

Ich denke, Freitag oder Samstag nach Paris abzureisen, werde mich indes dort nur sehr kurze Zeit aufhalten, denn ich habe keinen größeren Wunsch, als mich bald wieder an Ihrer Seite zu befinden¹⁾.

Der General Sebastiani an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 20. März 1831.

Verehrter Fürst!

Ich kann Ihnen über unseren Ministerwechsel wohl nichts mehr melden, denn Sie kennen bereits die Mitglieder des neuen Kabinettes. Die Friedenspartei ist einstimmig darin vertreten. Es wäre sehr wünschenswert, wenn Sie dem Herrn Casimir Périer einige Zeilen schreiben wollten; ein Brief von Ihrer Hand würde ihm gewiß große Freude machen. Er ist derjenige, welcher der Regierung einen neuen Impuls geben wird, und er hegt zugleich die Absicht, die Anarchisten energisch zu bekämpfen.

Es hielt schwer, Herrn Casitte zum Rücktritt zu bestimmen, und er ist bis jetzt noch immer sehr übler Laune. Sein politisches Fiasco ist in seinem finanziellen begründet, und die Börse war in so gewaltiger Bewegung, daß man das Echo davon in der Kammer hören konnte.

Jetzt bilden die Wahlen das Hauptereignis des Tages; ich glaube fest, daß wir eine gemäßigte, regierungsfreundliche Kammer bekommen werden, als Bürgschaft für die staatliche Ordnung.

Ich glaube auch, daß wir einem Kriege ausweichen werden. Wenn die Österreicher nicht in den Kirchenstaat einrücken, ist

1) Der Graf Bresson kehrte nicht nach London zurück. Nach einem kurzen Aufenthalt in Frankreich wurde er als Gesandter nach Berlin geschickt und einige Monate später dort dauernd beglaubigt.

der Friede gesichert, und ich will thun, was ich kann, um dazu beizutragen.

Vertrauliche Depesche des Sir R. Gordon an
Lord Palmerston¹⁾.

(Übersetzung)

Konstantinopel, den 31. März 1831.

Mylord!

Seit meiner letzten Depesche vom 25. ds. M. habe ich durch den Reïs-Effendi erfahren, daß der französische Botschafter der Pforte eine Note hat zustellen lassen, welche, wenn auch in milderen Ausdrücken als seine mündlichen Äußerungen, die folgenden Artikel enthält:

1. Die politischen Ansichten und Grundsätze der französischen Regierung sind denjenigen des russischen und österreichischen Kabinettes so „diametral“ entgegengesetzt, daß ein Krieg zwischen Frankreich und den beiden genannten Mächten unvermeidlich ist.

2. In diesem Kriege wird England entweder neutral bleiben, oder sich mit Frankreich verbinden.

3. Der Botschafter Frankreichs ersucht daher im Namen seiner Regierung die Pforte dringend, alle nötigen Vorkehrungen zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit zu treffen, und benachrichtigt die ottomanische Regierung zugleich, daß dieselbe, wenn sie sich gegen die Ansichten und Grundsätze der französischen Politik erklären sollte, die daraus entstehenden Folgen zu tragen hat und sich nicht über irgend welchen Verlust, den der Krieg unvermeidlich nach sich ziehen wird, beklagen darf.

Genehmigen Sie, Mylord

(Unterzeichnet) Gordon²⁾.

1) Sir R. Gordon, ein Bruder des Lord Aberdeen, war damals großbritannischer Botschafter in Konstantinopel.

2) Der Leser erinnert sich, daß der französische Botschafter in Konstantinopel, General Guilleminot, wegen dieser eigenmächtigen Erklärung sofort abberufen wurde.

Der Fürst Talleyrand an die Prinzessin Adelaide.

London, den 27. Juni 1831.

Nachdem ich Ew. Hoheit schon mit den Abschriften meiner nächtlichen Korrespondenz, die der heutige Kurier überbringen wird, belästigt habe, muß ich Ihnen doch noch die soeben eingetroffene Antwort des Prinzen Leopold mitteilen, die freilich nicht ganz den französischen Forderungen entspricht. Die mündlichen Erörterungen sagten mehr, die indes jetzt wohl noch nicht zur Veröffentlichung geeignet erscheinen.

Wir wollen übrigens vorderhand damit zufrieden sein, denn alles weitere wäre augenblicklich doch nutzlos.

Es ist immerhin gut, daß mein gestriger Brief die schriftliche Erklärung des Prinzen hervorgerufen hat, die sogar etwas wie eine Entschuldigung aussieht. Der Prinz sucht sich nämlich den andern Mitgliedern der Konferenz gegenüber zu rechtfertigen; einfacher und korrekter wäre es allerdings gewesen, wenn er sich genau an den Wortlaut meines Briefes gehalten, den ich ihm zu diesem Zweck geschrieben hatte.

Hoffen wir jetzt nur, daß die leider stets so indiscreten Belgier die Versicherungen der Freundschaft und Ergebenheit, die der Prinz an Frankreich richtet, nicht vergessen werden.

Hoheit wollen sich ferner erinnern, daß die ersten Nachrichten, die ich in diesen Tagen nach Paris schickte, mir aus Brüssel zugegangen sind.

Wessenberg soll jetzt den König von Holland günstiger zu stimmen suchen; eine schlimme Aufgabe, die wir ihm hier zugeteilt haben.

Lord Palmerston an den Fürsten Talleyrand.

Samstag, den 9. Juli 1831.

Mein lieber Fürst!

Wir erhielten Briefe aus Brüssel vom 6. abends. Alles ging recht gut, und man rechnete auf eine sehr beträchtliche

Majorität, denn man meint, daß von den 174 Botanten 125 dafür stimmen werden. Was ferner entschieden für die Annahme unserer Vorschläge spricht, ist der Umstand, daß auch Herr van de Weher für dieselben eintreten will; unser kleiner Freund hält es nämlich mit den catonischen Göttern und stellt sich auf die Seite der Sieger, was er jedenfalls nicht gethan hätte, wenn er nicht eine sichere Vorahnung gehabt, daß der Sieg sich zu Gunsten unserer Vorschläge und damit für den Prinzen entscheiden würde.

Die Rede Lebeaus hat sehr viele bekehrt, u. a. Rodenbach und Coppens¹⁾, und man sagte in Brüssel, daß diese Rede einen Stummen zum Sprechen und einen Blinden zum Sehen gebracht. Die Entscheidung wird wohl erst heute stattfinden.

Der Fürst Talleyrand an die Prinzessin von Baudémont.

London, den 15. Juli 1831.

Der König von Holland hat noch immer nicht geantwortet, und Wessenberg hat bis jetzt nichts weiter erreicht, als einen Aufschub von einigen Tagen. Der König will am Donnerstagabend antworten, und Wessenberg wird dann am Freitag abreisen, also heute. Nach meiner Ansicht wird die Antwort des Königs, trotz aller beruhigenden Erklärungen, schlecht ausfallen. Was er dadurch gewinnt, weiß ich nicht, denn die Dinge haben sich derartig zugespitzt, daß an ein Nachgeben unsererseits nicht mehr zu denken ist. Man kann vielleicht einzelne Artikel etwas milder auslegen, aber im ganzen können wir nicht weitergehen. Der Prinz Leopold reist trotzdem morgen, am 16., ab; er geht nach Calais und hofft, daß man damit zufrieden sein wird. Eine Vermählung mit einer unserer

1) Alexander Rodenbach (1783—1869), belgischer politischer Schriftsteller und liberaler Journalist. Von 1830 bis 1866 Mitglied der Deputiertenkammer. Er war vom 11. Jahre an blind. — Coppens, Mitglied des Kongresses und später einer der radikalsten Deputierten.

Prinzessinnen ist sein lebhafter Wunsch. Es ist wirklich lächerlich, wenn man in Frankreich einen englischen Prinzen aus ihm machen will: gerade das Gegenteil ist der Fall. Diese letzte Zögerung des Königs von Holland ist uns sehr unangenehm, und für ihn selbst, meiner Ansicht nach, ganz unnütz; wir erwarten jetzt seine Briefe, um Näheres zu erfahren.

Der Admiral von Rigny an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 28. Dezember 1831.

Verehrter Fürst!

Sie wissen bereits, wie gut wir in der Pairsfrage bestanden haben. In der Kammer zeigte sich eine revolutionäre Aufregung, die deutlich sagt, wohin wir bei Ablehnung des Gesetzes geraten wären. So sieht es hier bei uns aus.

Sebastiani hat einen kleinen Schlaganfall gehabt; es geht ihm schon besser, aber von den Geschäften muß er sich noch einige Zeit fern halten, was ihn sehr zu beunruhigen scheint. Pozzo freut sich darüber und meint, alles würde nun leichter von statten gehen. Morgen wird sich das diplomatische Corps bei ihm einfinden, und er versprach mir gestern abend, daß er die Schleifung Tournays für Philippeville und Marienburg in Vorschlag bringen wolle. Wenn Sie dies für annehmbar halten, so lassen Sie mir gefälligst durch die Herzogin von Dino ein paar Worte zukommen; ich werde dann demgemäß handeln, was ich jetzt leichter thun kann.

Genehmigen Sie Rigny.

Graf Brejsson an den Fürsten Talleyrand.

Berlin, den 26. Januar 1832.

Verehrter Fürst!

Ihr Brief vom 20. Dezember ist, wie ich erfahren habe, Sr. Majestät dem König von Preußen vorgelegt worden.

Der König hat darauf an den Kaiser von Rußland geschrieben, um ihn dringend zu bitten, sich den Beschlüssen seiner Verbündeten anzuschließen, und Graf Bernstorff sagte mir, der Brief sei in einem sehr heftigen Tone abgefaßt. Die von Ihnen gewünschte Wirkung ist also eingetroffen.

Als man hier erfuhr, daß die Auswechselung der Rati-
fikationen auf den 31. Januar verschoben sei, hat man sehr bedauert, nicht den 1. März gewählt zu haben. Außerdem habe ich mich gestern von neuem bemüht, die preußische Rati-
fikation des Vertrages vom 15. November zu erlangen; leider vergebens. Auch der englische Botschafter, der von seiner Regierung eine ähnliche Instruktion erhielt, ist nicht glücklicher gewesen. Preußen bleibt nun einmal in der Stellung, die es nach der Weigerung des Kaisers von Rußland eingenommen, und es hat im Laufe der Zeit seine Ansichten gar nicht geändert, bis auf eine nicht unwichtige Modifikation in den Instruktionen des Barons von Bülow. Der Baron ist nämlich angewiesen, der Konferenz mitzuteilen, daß, wenn am 31. Januar eine oder mehrere Mächte die Ratifikationen mit dem belgischen Bevollmächtigten auszuwechseln wünschen, dies geschehen kann, und daß man für die übrigen das Protokoll offen läßt, etwa bis zum 15. März, immer aber unter der Reserve von seiten Preußens, dem Vertrage erst dann seine volle Gültigkeit zuzuerkennen, nachdem alle Mächte ohne Ausnahme ratifiziert haben. Im Grunde ist dies also nur eine neue Art von Verzögerung, die ihr Gutes, aber auch ihr Schlimmes haben kann. Der Minister Ancillon meint, daß man diese Zwischenzeit mit Erfolg verwenden könne, entweder, um Rußland für die Beschlüsse der Konferenz zu gewinnen, oder den König von Holland günstiger zu stimmen. Auch könne man einen Definitivvertrag zwischen Holland und Belgien aufsetzen und beiden Parteien zur Annahme empfehlen; oder auch den 24 Artikeln noch einige erläuternde hinzufügen, die auf das

Kabinetts im Haag versöhnlich wirken und im Falle ihrer Nichtannahme Rußland berechtigen würden, sich von allen Rücksichten gegen Holland frei zu machen.

Das sind, verehrter Fürst, so ungefähr die Ideen des Berliner Kabinetts, die ich Ihnen nicht vorenthalten wollte, weil ich glaubte, dieselben könnten für Sie von einigem Interesse sein.

Die Prinzessin Adelaide an den Fürsten Talleyrand.

In den Tuileries, den 4. März 1832.

Mein lieber Fürst!

So sind wir denn jetzt in Ancona, lieber Fürst, und noch dazu in ganz lothaler und aufrichtiger Weise, denn sowohl der Papst wie die Oesterreicher wußten, daß, wenn die letzteren zum zweitenmal in den Kirchenstaat einrückten, wir entschlossen seien, nach Ancona zu gehen.

Sie dachten wahrscheinlich, daß wir es nicht wagten, ebenso wie der König von Holland dachte, daß wir unsere Truppen nicht nach Belgien schicken würden; jetzt bin ich ganz damit einverstanden, lieber Fürst, daß es so gekommen ist und daß wir uns gegenseitig, auch hier wie anderswo, Wort gehalten haben.

In derselben Stunde, wo die Flotte den Befehl zum Auslaufen erhielt, sind sämtliche Botschafter und Gesandten davon benachrichtigt worden. Wir wollen gewißlich in Italien keine Revolution hervorrufen, im Gegentheil den Ausbruch einer solchen auf alle mögliche Weise zu verhüten suchen, und werden dies auch noch sehr deutlich ankündigen; ich bin deshalb über den Ausgang der Expedition gar nicht besorgt, denn sie liefert den übrigen Mächten nur den Beweis, daß wir Wort zu halten wissen, was in meinen Augen von guter Wirkung sein kann.

Lord Palmerston an den Fürsten Talleyrand.

Stanhope=street, den 15. März 1832.

Mein teurer Fürst!

Unser Kabinett hat gestern abend die Frage in Erwägung gezogen, wie wir uns zu den neuen Vorschlägen Hollands verhalten wollen, und wir sind der Meinung, daß ich in der Konferenz selbst mich auf keine weiteren Erörterungen einlasse, sondern den Bevollmächtigten nur kurz die Frage vorlegen soll: Wollen Sie ratifizieren, oder nicht? — Solange nämlich die fünf Mächte über die Ratifikation selbst noch nicht einig sind, solange ist es unmöglich, sowohl die Vorschläge des Königs von Holland zu beantworten, als ihm andere zu machen.

Wenn wir z. B. den König summarisch auffordern, uns endlich eine kategorische Antwort auf die Annahme oder Nichtannahme der 24 Artikel, und zwar bis zu einem bestimmten Termin zu geben, so sagt dies doch soviel, daß wir nach Ablauf dieses Termines den Vertrag in Kraft treten lassen, gleichviel, ob mit oder ohne Zustimmung Hollands. Werden aber die anderen drei Mächte sich dann unseren Zwangsmaßregeln anschließen? Sehr wahrscheinlich nicht. So ständen wir also mit unserer PreSSION allein, und unsere beiderseitige Lage würde dadurch eine sehr verwickelte werden, denn wir wollen die Annahme erzwingen, und die anderen Mächte enthalten sich und bleiben unthätig. Es scheint mir daher am geratensten zu sein, wir bleiben vorläufig auf dem Terrain stehen, wo wir uns befinden, lassen uns auf keine weitere Diskussion mehr ein und fassen in der Konferenz keinen neuen Beschluß, bevor wir nicht ganz genau wissen, ob wir zwei sind oder fünf.

Wenn Sie diesen Nachmittag zwischen drei und vier Uhr zu mir kommen wollen, so können Sie mir mündlich Ihre Ansicht darüber mitteilen.

Ganz der Ihrige.

Palmerston.

Der Fürst Talleyrand an Lord Palmerston.

(Privatim.)

Den 17. März 1832.

Dear Lord Palmerston!

Nachdem wir so lange gewartet, sind wir doch wohl genötigt, eine neue Sitzung zu halten, um die österreichischen und preußischen Bevollmächtigten zu fragen, was sie wegen der Auswechselungen der Ratifikationen beschlossen haben. Alle Rücksichten sind beobachtet und die weitestgehenden Konzessionen von unserer Seite gemacht worden. Ich meine, die Dinge sind jetzt bis an ihr äußerstes Ziel gelangt, und daß man wirklich unseren Einfluß auf die belgischen Angelegenheiten mißbraucht, um auch nur noch einen Tag länger die Lösung zu verzögern, die das Land von dem unsicheren und schwankenden Zustande befreien soll.

Ein noch weiteres Hinausschieben wäre ein Übermaß von Nachgiebigkeit und könnte wohl gar noch einer anderen Deutung unterliegen.

Ich werde mich morgen nach dem Leber bei Ihnen einstellen und bin bereit, zu allem die Hand zu bieten, was Sie für gut finden, um das Ansehen und die Würde unserer beiden verbündeten Kabinette vollauf zu wahren.

Lord Palmerston an den Fürsten Talleyrand.

Stanhope-street, den 5. April 1832.

Mein teurer Fürst!

Bitte, kommen Sie heute um 3 Uhr. Bülow hat noch keine Vollmacht erhalten, und ich glaube, daß wir in pleno unseren Antrag noch einmal wiederholen müssen. Ich schlage Ihnen deshalb vor, den drei Bevollmächtigten noch einmal zu erklären: „volle zwei Monate sind seit dem 31. Januar verfloßen, und das Ratifikationsprotokoll liegt noch immer ohne Unterschriften da. Die Jahreszeit ist längst günstiger, und die

Wege sind besser geworden. Haben Sie von Ihren Kabinetten die Ratifikationen erhalten, und sind Sie zur Auswechslung derselben bereit? Wo nicht, so haben Sie die Güte, die Gründe Ihrer Verhinderung zu Protokoll zu geben.“

Ich werde den Grafen Orloff gleichfalls zu mir bitten, damit wir uns mit ihm vorher verständigen können.

Der Fürst Talleyrand an die Prinzessin von Baudemont.

London, den 1. Mai 1832, abends.

Die Ratifikationen sind eingetroffen, freilich mit allerlei Nebenbedingungen, die ich indes durch die von Rußland erhaltenen Erklärungen zu beseitigen denke. Sprechen Sie aber mit keinem Menschen davon, denn wenn ich neue Instruktionen aus Paris erhalte, so werde ich in meinem Vorhaben gestört, und ich möchte gern am Freitag alles beendigt haben. Man soll mir also gar nicht schreiben, und, wie gesagt: vollkommenes Stillschweigen!

Die Hoffnung, Sie im nächsten Monat zu begrüßen, giebt mir meine frühere jugendliche Thatkraft noch einmal wieder, um die mir anvertrauten Geschäfte glücklich zu Ende zu führen.

Leben Sie wohl! Ich werde es durchsetzen, und müßte ich auch dabei zu Grunde gehen. Es wäre schön, wenn alle Diener des Staates dasselbe thäten, um den Frieden zu sichern.

Adieu, teure Freundin!

Elfte Abteilung.

Die Revolution von 1830.

1832—1833.

Im Oktober 1832 kehrte ich auf meinen Botschafterposten nach London zurück; ich möchte indes vorher noch einige Ereignisse berühren, die sich während meiner Abwesenheit zutrug.

Als ich im Juni nach Paris kam, fand ich das Ministerium durch den Tod Casimir Périers ziemlich ratlos, weil es noch immer keine solide Basis wiedergewonnen hatte. Von allen Seiten wurde wegen der zu vergebenden Portefeuilles intriguiert, und der Ehrgeiz mancher Männer war dabei noch nicht so schlimm, als die Anmaßung so vieler anderer.

Deshalb trat ich ungesäumt meine Badereise an, denn ich empfand keine Lust, einem Treiben zuzuschauen, wo ich doch nicht eingreifen konnte. Trotzdem aber hatte ich keine Ruhe, denn man bestürmte mich, unverzüglich wieder nach England zurückzukehren. Es war nichts als eine neue Intrigue. Man behauptete nämlich in Paris, der Baron Durant de Mareuil vertrete mich ungenügend, sagte dies aber nur aus dem Grunde, um den Grafen Flahaut, der von Sebastiani protegirt wurde, an seine Stelle zu setzen. Ich ließ mich jedoch dadurch nicht irre leiten, sondern blieb ruhig in Bourbon-l'Archambault¹⁾

¹⁾ Bourbon-l'Archambault ist ein kleiner Badeort im Allier-Departement mit den Ruinen des Stammschlosses der Bourbons, und war schon unter den Römern wegen seiner eisen- und schwefelhaltigen heißen Quellen bekannt.

und entgegnete ganz kurz, meine Anwesenheit in London sei augenblicklich gar nicht nötig, da ich die Geschäfte im voraus geregelt hätte. Man habe vorderhand nur das freundschaftliche Einvernehmen mit England zu bewahren und weiter nichts. Übrigens, fügte ich hinzu, wolle ich gern meinen Urlaub etwas abkürzen, dachte aber keineswegs daran, es zu thun; ich beseitigte wenigstens dadurch die Flahaut-Sebastianische Intrigue. Bei dieser Gelegenheit sprach ich mich auch noch gegen die Arroganz der Belgier aus, die gar nicht verdienten, daß wir ihretwegen die Dinge überhasteten. Man befolgte indes meinen Rat nicht, beschleunigte im Gegenteil, was mir gar nicht recht war, die Vermählung des Königs Leopold mit der Prinzessin Luise, die dann auch am 9. August in Compiègne vollzogen wurde.

Natürlich wurden die Belgier nun erst recht anmaßend. Glücklicherweise kam der König von Holland uns zu Hülfe, denn durch seine beständige Weigerung, die Beschlüsse der Konferenz anzuerkennen, sah sich diese endlich am 1. Oktober 1832 zu der Erklärung genötigt, jetzt gemeinschaftliche Zwangsmaßregeln gegen Holland zu ergreifen, um die Anerkennung und Ausführung der Beschlüsse durchzusetzen.¹⁾ Dieser Schritt rief unter den Bevollmächtigten eine Meinungsverschiedenheit hervor, weil man sich über die Art und Weise jener angedrohten Zwangsmaßregeln nicht einigen konnte. Oesterreich, Preußen und Rußland wollten dieselben nur auf die holländischen Finanzverhältnisse angewendet sehen, während England und Frankreich eine militärische Exekution im Auge hatten.

Aus diesem Grunde entschloß ich mich doch, schon in den ersten Tagen des Oktobers wieder nach London zurückzugehen;

1) Diese Erklärung ging zunächst von dem englischen Bevollmächtigten aus, aber der französische, der sich derselben sofort anschloß, ging noch weiter, indem er hinzufügte, daß er im Namen seiner Regierung sich die volle Freiheit eines direkten Einschreitens vorbehalte, soweit dies im Interesse Frankreichs läge.

nur wünschte ich noch vorher sicher zu sein, daß das neue französische Ministerium die nötigen Garantien bieten könnte. Ich erfuhr dies zu meiner Beruhigung aus dem Munde des Königs selbst und reiste am 9. Oktober nach England ab.

Was nun unser neues Kabinett betraf, so kann ich es nicht besser charakterisieren, als wenn ich von den Hauptpersonen desselben die Briefe mitteile, die ich gleich nach meiner Ankunft in London empfing.

Der Herzog von Broglie an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 11. Oktober 1832.

Mein verehrter Fürst!

Sie wissen, daß noch kurz vor Ihrer Abreise eine kleine Änderung im Ministerium eintrat, das jetzt definitiv konstituiert ist¹⁾. Es besteht aus Männern, welche für die Ordnung, den Frieden und die gesetzliche Autorität energisch eintreten werden. Meine Wünsche und Hoffnungen kennen Sie bereits. England muß uns hauptsächlich stützen, damit wir den Gefahren, die Europa noch beständig bedrohen, Trotz bieten können. Wir kämpfen für die Sache der Civilisation, deshalb muß auch die Civilisation uns zu Hülfe kommen. Sie werden dafür bei dem englischen Kabinett Ihren Einfluß geltend machen, und wenn dasselbe Ihnen zustimmt, so ist unser Triumph gesichert, und wir können die Session mit Glanz eröffnen. Von mir selbst spreche ich nicht weiter, nur noch von meiner Verehrung für Sie. Ich bitte Sie um Rat und Beistand und weiß, daß Sie mir beides gewähren werden.

Broglie.

1) Ministerpräsident: Marschall Soult; auswärtige Angelegenheiten: Herzog von Broglie; Inneres: Thiers; Finanzen: Humann; öffentlicher Unterricht: Guizot. Barthe, d'Argout und Rigny behielten ihre Portefeuilles: Justiz, Handel und Marine.

Guizot an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 11. Oktober 1832.

Verehrter Fürst!

Wie gern hätte ich mich gestern noch etwas länger mit Ihnen unterhalten, um Ihnen nochmals zu wiederholen, wie sehr uns Ihr thätiger und durchgreifender Beistand not thut. Wir gehen unleugbar einem harten Kampf entgegen, aber es fehlt uns gottlob nicht an Mut, und alle verständigen Leute in Frankreich und auch außerhalb stehen auf unserer Seite. Wir besitzen das Vertrauen des Landes und können schon dadurch Bedeutendes leisten. Ich hoffe auch, der mannigfachen Schwierigkeiten Herr zu werden, vorzüglich, wenn Sie, verehrter Fürst, uns darin beistehen.

Ganz der Ihrige!

Guizot.

Ein Brief des Admirals Rigny sagte so ziemlich dasselbe und betonte noch besonders die Räumung der Citadelle von Antwerpen. „Wir werden sie unter ihren Mauern verlangen und erreichen, und am nächsten Tage wieder abziehen. Das englische Kabinett muß uns darin unterstützen, und die anderen Kabinette werden sich dann ruhig verhalten. Wenn wir dies nicht durchsetzen, so haben wir keinen Damm gegen die parlamentarische Hochflut“

Thiers an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 11. Oktober 1832.

Verehrter Fürst!

Der Telegraph wird Ihnen bereits das neue Kabinett gemeldet haben. Wir weigerten uns lange, anzunehmen, thaten

es aber endlich doch, weil der König uns seine feste Unterstützung versprach, um uns durch alle verfassungsmäßigen Mittel zu halten. Er sieht in uns ein zweites Rabinett Périers, also Mäßigung nach innen und nach außen. So werden Sie uns auch dem englischen Ministerium schildern. Antwerpen ist jetzt der entscheidende Punkt. Wir verlangen nichts Außerordentliches, aber es muß durchaus ein Ende gemacht werden. Ganz Frankreich fordert den Abschluß der belgischen Wirren. Man will endlich Thaten sehen. Diese Worte gehen hier von Mund zu Mund. Dupin, Odilon Barrot und selbst Périer, wenn er noch lebte, könnten sich dieser Forderung nicht mehr entziehen. Der ewige Widerstand Hollands muß gebrochen werden. Wenn wir z. B. die Citadelle von Antwerpen nehmen, so geben wir unser Ehrenwort, sie nach drei Tagen wieder zu räumen. Alle Minister denken wie ich und sagen dasjelbe. Auf Treu' und Glauben beruht jede gute Politik. Man wird uns vielleicht fragen, ob wir auch im stande sind, unser Wort zu halten. Darauf antworte ich einfach: wenn die Antwerpener Frage glücklich gelöst ist, haben wir die Majorität in der Kammer für uns. Wo nicht, sind wir allen Eventualitäten, sowohl auf der Tribüne wie in den Wählerkreisen, ausgesetzt. Nach uns kämen möglicherweise Dupin und Odilon Barrot, und die würden jedenfalls noch weit schärfer vorgehen und wohl nicht immer die wahren Interessen beider Länder voranstellen. Also, verehrter Fürst, helfen Sie uns mit Ihrem Genie und mit Ihrem Einfluß! Zwei Worte sagen alles: Ganz Frankreich verlangt Antwerpen! Und ich füge nochmals hinzu: wir wollen es nur auf drei Tage. Pardon, verehrter Fürst, daß ich Ihnen diese Dinge sage, die Sie besser wissen als ich, aber ich fühle das Bedürfnis, es stets und vor jedermann zu wiederholen.

In Verehrung und treuer Freundschaft der Ihrige.

Lhiers.

Der Herzog von Broglie an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 12. Oktober 1832.

Verehrter Fürst!

Ich lasse meinem gestrigen Briefe noch eine Nachschrift folgen.

Das jetzige Kabinett besteht zur einen Hälfte aus den Kollegen Casimir Périers und zur anderen aus seinen politischen Freunden, sämtlich Anhängern der Ordnung und des Friedens, die er sich wohl für bessere Zeiten aufgespart hatte. Diese Zeiten sind jetzt gekommen.

Sie selbst, verehrter Fürst, haben sich von dem durchaus befriedigenden Zustande Frankreichs überzeugt. Überall im Lande herrscht Ruhe, und man beginnt wieder sich sicher zu fühlen. Die Wahlen sind gemäßigt und verständig ausgefallen, und in den Städten sowohl wie auf dem Lande nehmen die Geschäfte sichtlich einen großen Aufschwung. Dazu war die Ernte vorzüglich.

Die einzige Schwierigkeit für uns besteht nur darin, die so mühsam errungene Majorität zu bewahren. Von den politischen Fraktionen wird sie aber beständig angegriffen; kleinliche Zänkereien und elende Rivalitäten geben unseren Gegnern vielfach bedeutende Vorteile über uns.

Wenn das jetzige Ministerium nicht zu stande gekommen wäre, so würden sich sehr wahrscheinlich diejenigen desselben bemächtigt haben, die das Land dem Kriege und der Anarchie überliefert hätten.

Sie kennen das beste Mittel, einer solchen Eventualität vorzubeugen. England braucht uns nur freie Hand zu lassen, den Holländern die Citadelle von Antwerpen zu nehmen, damit wir sie dann den Belgiern geben

In einem Postskriptum erinnert der Herzog mich noch an seine Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord Gran-

alle, bei welcher ich gegenwärtig war und die ich hier kurz mitteilen muß.

Granville richtete zunächst an den Herzog die folgende Frage: „Wenn Europa auch Ihren Worten Glauben schenkt, wer verbürgt uns, daß Sie so lange Minister bleiben, um Ihr Wort zu halten?“ — Der Herzog antwortete darauf: „Wenn England keinen Einspruch erhebt, so können wir bereits am 20. oder 22. in Belgien einrücken, denn unsere Truppen sind marschfertig. Am 26. oder 27. stehen wir dann vor Antwerpen, und spätestens am 15. November sind wir im Besitze der Citadelle. Am 16. ziehen unsere Truppen wieder ab und sind schon am 20. auf französischem Boden. Die Session wird am 19. beginnen, und vor dem 1. Dezember wird die Adresse nicht votiert.“ — Lord Granville machte darauf noch den folgenden Einwurf: „Wenn die Holländer Sie während der Belagerung angreifen, was dann?“ „In diesem Falle“, antwortete der Herzog, „werden wir sie über die Grenze zurücktreiben, aber die Grenze keinen Fuß breit überschreiten. Die Citadelle soll außerdem nicht einmal den Franzosen, sondern sofort den Belgiern übergeben werden, und von dem Momente an beginnt unser Rückmarsch.“

Schließlich schien Granville noch wegen einer eventuellen Intervention Preußens beunruhigt. Aber die französische Expedition würde so schnell ins Werk gesetzt werden, daß die Preußen ihre zerstreuten Truppen bis dahin gar nicht zusammenziehen konnten, und außerdem würde man ihnen Venloo und das von den Belgiern besetzte holländische Territorium anbieten. Drei Wochen müßten die Preußen wenigstens für die Vorbereitungen haben, und inzwischen wäre die Expedition ein fait accompli¹⁾.

1) Die gegenseitigen Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen waren in jener Zeit allerdings nicht sehr freundschaftlicher Art, denn man hatte in Berlin mit steigender Eifersucht den immer wachsenden Einfluß Frankreichs in Belgien

Der Herzog stellte auch noch in seinem Briefe an mich die Alternative auf, daß England vielleicht seinen Konsens zu der beabsichtigten Expedition verweigern könnte. In diesem Falle würde es schwer sein, die Belgier von einem selbständigen Vorgehen zurückzuhalten, und wenn es dann zu einem Zusammenstoß mit Holland käme, müßte Frankreich ja doch für Belgien Partei nehmen.

Unsere Armee, so schloß der Herzog seinen langen Brief, ist jetzt vollständig konzentriert und marschfertig; sollte nun die Expedition aufgegeben werden, so müßte man die Truppen entlassen, und wir würden alsdann dem Lande gegenüber einen so schweren Stand haben, daß wir nicht stark genug wären, dem Sturm Widerstand zu leisten. Grund genug, verehrter Fürst, von Ihrer Seite alle Hebel anzusetzen, um die Zustimmung Englands zu erlangen. Unser Schicksal und auch dasjenige Frankreichs liegt also in Ihren Händen.

Ihr aufrichtiger und getreuer

Broglic.

Nach einer sehr bösen Überfahrt war ich am 15. Oktober in London angekommen, wo ich die oben mitgetheilten Briefe bereits vorfand. Noch an demselben Tage hatte ich eine Unterredung mit Lord Palmerston und besprach, mit demselben zunächst den wichtigsten Punkt, der jetzt die Kabinette von London und Paris beschäftigte, nämlich die Ausführung des Vertrages vom 15. November des vorigen Jahres. Ich erkannte sofort,

betrachtet. Der Minister Ancillon machte auch daraus gar kein Hehl, und der Graf Bresson hatte dies mehrfach nach Paris gemeldet und ganz speciell die Erklärung, daß Preußen sich entschieden dem Einrücken einer französischen Armee in Belgien widersetzen, und wenn vollends ein französischer Soldat das holländische Territorium beträte, dies als einen casus belli betrachten würde. Daraus entstanden sehr langwierige diplomatische Verhandlungen zwischen Berlin und Paris, an welchen auch der englische Botschafter am preussischen Hofe nach einer aus London erhaltenen Weisung teilnahm, die aber zu keinem Resultat führten, und mittlerweile hatten die Franzosen sich längst der Citadelle bemächtigt.

daß der Baron Durant sehr gut vorgearbeitet hatte, speciell in der bereits erwähnten Konferenz vom 1. Oktober wegen der näher zu bestimmenden gemeinsamen Zwangsmaßregeln gegen Holland.

Dieses Protokoll ist als das letzte öffentliche Aktenstück der Konferenz anzusehen, obwohl die Konferenz selbst als solche noch lange fortfuhr, einen bedeutenden Einfluß auszuüben.

Infolge dieses Protokolles beantragte nun das französische Kabinett, die Räumung der Citadelle von Antwerpen auf militärischem Wege zu erzwingen, während das vereinigte englisch-französische Geschwader inzwischen die holländischen Küsten blockieren sollte. Das englische Kabinett war jedoch anfangs nur für die Blockade, bis es mir gelang, Palmerston und Grey umzustimmen und für unseren Plan zu gewinnen. Trotzdem entstanden mir durch Intriguen aus Paris auch jetzt noch Hindernisse, wie man weiter unten sehen wird. Die folgenden Auszüge aus verschiedenen Briefen werden zum näheren Verständnis der Unterhandlungen dienen.

Der Fürst Talleyrand an den Herzog von Broglie.

London, den 16. Oktober 1832.

Verehrter Herzog!

Der Baron Durant erhielt gestern einen Brief vom Grafen Bresson aus Berlin, in welchem dieser ihm von einer Unterredung Mitteilung machte, die er, der Graf, mit dem Minister Ancillon und mit Lord Minto gehabt. Ich sandte den Baron mit dem Briefe zu Palmerston, um anzufragen, ob dieser nicht auch schon Näheres aus Berlin erfahren, was dazu beitragen könnte, den Gang unserer Expedition zu beschleunigen.

Palmerston entgegnete, gestern hätte ein Kabinettsrat stattgefunden, in welchem man noch einige Zweifel erhoben habe an der von uns verheißenen prompten Einnahme der

Citadelle, und fragte zugleich den Baron, ob derselbe, um jene Zweifel zu beseitigen, in der Lage sei, positive Aufklärung darüber zu geben.

Der Baron antwortete einfach, in Paris sowohl wie in Brüssel und sogar im Haag hätten Sachverständige, welche die Citadelle genau kennen, ihm versichert, dieselbe könne gegen einen regelrechten Angriff nicht standhalten. Er fügte noch hinzu, die Stadt Antwerpen würde durch eine Beschießung beträchtlichen Schaden leiden, den man den Belgiern selbstverständlich ersetzen müsse. Palmerston schien durch diese Antwort befriedigt zu sein und ließ mir sagen, noch diesen Abend, oder spätestens morgen früh, würden mir die definitiven Beschlüsse des Cabinettes zugehen.

Bei dieser Gelegenheit berührte der Lord noch einen Zwischenfall, der die englische Regierung überrascht habe. Unser Botschafter in Wien, der Marschall Maison, sollte nämlich einige voreilige Bemerkungen gegen Sir Frederic Lamb gemacht haben, welche Metternich zu einer sehr heftigen Replik veranlaßt hätten.

Ferner habe der hannöversche Gesandte in London, Baron Ompteda, in Erfahrung gebracht, daß unser Geschäftsträger in Hannover bereits offiziell von unserer gemeinschaftlichen Expedition gesprochen, was doch sehr befremdlich erscheinen müsse, wenn man vor dem König von England, der doch beide Kronen in sich vereinige, noch das Für und Wider der Expedition in Erwägung zöge.

Palmerston habe dies übrigens ganz unbefangen mitgeteilt und die Indiskretion durch die vielen Zeitungsartikel hinreichend erklärt

Den 16. Oktober.

Die Intriguen ruhen nicht, besonders von seiten der Gräfin Flahaut, die sich täglich bei der Lady Grey einfindet

und dort die gehässigsten Bemerkungen über unser neues Kabinett macht, von dem sie dreist behauptet, es könne sich nicht lange halten, da ihm die Majorität fehle, und der König müsse doch wieder auf Sebastiani zurückkommen u. dergl. m. Heute sitzt sie bei Lord Holland über uns zu Gericht. Beide, die Gräfin hier und der Graf in Paris, schaden uns sehr, was wirklich unverantwortlich ist. Anfangs wollte ich es gar nicht glauben, aber nach den jüngsten Proben mußte ich geradezu einfältig sein, wenn ich noch länger zweifeln wollte. Bei all den geschäftlichen Hindernissen und Widerwärtigkeiten noch solche Verleumdungen! — es ist wirklich unerträglich.

Der Fürst Talleyrand an den Herzog von Broglie.

London, den 17. Oktober 1832.

Verehrter Herzog!

Die Bevollmächtigten Rußlands, Preußens und Osterreichs haben in den letzten Tagen Lord Palmerston mehrfach ersucht, doch eine neue Sitzung der Konferenz anzuordnen, um noch einmal die gegen Holland zu ergreifenden Maßregeln zu besprechen. Auch bei mir waren sie deshalb, ich aber habe Palmerston veranlaßt, ihrem Wunsche nicht zu entsprechen, denn eine derartige Diskussion könnte jetzt nur von unerquicklichen Folgen sein. Palmerston hat dies auch eingesehen und wird deshalb die Konferenz erst wieder berufen, wenn er ihr definitive Beschlüsse mitzuteilen hat.

Den 18. Oktober.

Bis heute habe ich noch nichts Bestimmtes von Palmerston erfahren, obwohl er es mir schon vorgestern versprochen hatte. Der König kommt übrigens erst heute von Windsor zurück; und doch muß er schließlich seine Sanction zu allem geben. Aber aus der letzten Unterredung mit Palmerston habe ich bereits gemerkt, daß man im englischen Kabinett noch

schwankend ist, nicht in Bezug auf die Expedition an sich, denn darüber sind die Minister einig, wohl aber wegen der eventuellen Folgen derselben. Diese werden immer von neuem in Erwägung gezogen, weil auch die öffentliche Meinung dabei sehr in Betracht kommt. Deshalb scheinen mehrere Kabinettsmitglieder für einen Aufschub zu sein, was ich natürlich energisch und hoffentlich mit Erfolg bekämpfen werde.

Übrigens darf Sie, verehrter Herzog, dies keineswegs beunruhigen, die ganze Angelegenheit wird dadurch nur noch sicherer und entschiedener.

Den 19. Oktober.

Der König ist gestern wieder in London eingetroffen, und ich habe ihm bereits heute meine Aufwartung gemacht. Ich traf im Sankt James-Palast sämtliche Minister und habe mehreren von ihnen die Notwendigkeit eines baldigen Entschlusses ans Herz gelegt. Sie gaben mir vollkommen recht, und doch ist in dem heutigen Ministerrat, der über drei Stunden gedauert hat, die belgische Angelegenheit gar nicht berührt worden. Man hat nur über die kriminellen Verurteilungen der letzten Monate diskutiert. Palmerston sagte mir später, er wolle unsere Sache morgen bei Lord Grey, wo alle Minister speisen werden, zur Sprache bringen. Er fügte auch noch die folgenden Bemerkungen hinzu. Im Princip sei das englische Kabinett mit dem kriegerischen Einschreiten Frankreichs und Englands gegen Holland durchaus einverstanden, nur einige Minister hätten ihre Bedenken über die Dauer des jetzigen französischen Ministeriums geäußert. Diese Bedenken erklärten sich aus den heimlichen von Paris nach London gelangten Rapporten, die nicht allein die Opposition aufgeregt, sondern auch bei den ruhigeren Politikern Eingang gefunden hätten. Sie befürchteten, eine Ministerkrisis in Paris könne leicht zu einem allgemeinen Kriege führen, an dem England nicht teilnehmen wolle. Soweit Palmerston.

Das hiesige Kabinett ist nämlich augenblicklich auch noch anderweitig sehr in Anspruch genommen, und zwar durch die Sklavenfrage¹⁾ in den amerikanischen Kolonien und auf der Insel Mauritius, und Palmerston gestand mir ganz offen, diese Frage sei eine sehr ernste und das englische Kabinett sähe deshalb gern für unsere beabsichtigte Expedition einen Aufschub von einigen Wochen.

Überdies soll das Parlament am 11. Dezember vertagt werden, und die Regierung beabsichtigt, es aufzulösen. Man müßte es daher wegen unserer Expedition noch einmal berufen, und wenn auch das nicht, denn wir beabsichtigten ja nur Repressalien und keinen direkten Krieg, aber der König von Holland dürfte leicht einen solchen erklären, und dann könne England ohne das Parlament (gleichviel, ob es das alte oder ein neues sei) nichts unternehmen.

Diese eigenthümlichen parlamentarischen Verhältnisse müssen wir anerkennen, denn was die Bedenken über die Stabilität unseres Ministeriums betrifft, so war es mir ein leichtes, diese zu heben, und zwar durch die einfache Bemerkung, daß dem englischen Kabinett fast ebensoviel daran liegen müsse, das unsrige zu halten, wie uns selbst.

Deshalb verliere ich auch keineswegs die Hoffnung, sondern berufe mich auf die uns bereits gemachten Zusagen, die ja auch Lord Granville Ihnen bestätigt hat.

Die letzten Briefe aus dem Haag und ganz besonders die Thronrede des Königs bei Eröffnung der Generalstaaten, endlich die giftige, auf uns gemünzte Sprache so mancher Zeitungen, die vom Haag aus inspiriert werden — dies alles sind doch wahrlich deutliche Symptome von der Unversöhnlichkeit des

¹⁾ Die Sklaverei sollte bekanntlich in allen englischen Kolonien i. J. 1834 abgeschafft werden, und schon i. J. 1832 begannen im Parlament die Vorberatungen über die Lage der freigelassenen Negerklaven. Nach dem Beispiel der Sklavenaufstände in Jamaika (1831), brach auch i. J. 1832 ein ähnlicher auf der Insel Mauritius aus, der dem englischen Kabinett viel zu schaffen machte.

holländischen Kabinettes, und die vermittelnden Briefe, die der Graf Dönhoff dem König aus Berlin überbracht hat, werden wenig helfen. Wir werden in einigen Tagen darüber Gewißheit haben, und ich kann mir nicht denken, daß das englische Kabinett seinem gegebenen Worte untreu werden sollte. Ein Gegenbeweis liegt schon in dem Zugeständnis, daß unsere Kriegsschiffe sich mit den englischen auf der Rhede von Spithead vereinigen dürfen.

Den 19. Oktober.

Wir erhielten heute noch ganz spät eine Einladung Palmerstons zu einer Konferenzsitzung. Der holländische Bevollmächtigte hatte nämlich eine solche verlangt und dem Lord ein versiegeltes Packet zustellen lassen, das in der Sitzung geöffnet werden sollte. Palmerston konnte dies nicht verweigern, obwohl wir übereingekommen waren, nur auf Ansuchen von drei Bevollmächtigten wieder zusammenzukommen. Das Packet konnte aber möglicherweise wichtige Mittheilungen aus dem Haag enthalten.

Baron von Zuhlen öffnete dasselbe und las uns ein langes Aktenstück vor, das nichts weiter als eine Widerlegung des 69. und 70. Protokolles bezweckte, also ganz bekannte Sachen. Es war mithin ein völlig wertloses Stück Papier, noch dazu in einem polemischen Tone abgefaßt, und konnte auf die Konferenz gar keinen Eindruck machen. Vermutlich sollte es später vor den Generalstaaten produziert werden. Wir gingen also wieder heim, ohne irgend einen Beschluß gefaßt zu haben

Der Herzog von Broglie schrieb mir am 18. Oktober aus Paris, die politische Lage des Ministeriums sei wider Erwarten eine bessere geworden. Nach vielem Lärm und unnützem Gezänk habe man endlich einfach gesagt: „Warten wir ab, was die Minister thun werden.“ Im übrigen sei das Publikum nach wie vor mit der Expedition nach Antwerpen

beschäftigt, und zwar nicht allein die stets unruhige Minorität, sondern auch die besonnene Majorität. Erfreulich sei daher die wachsende Zustimmung des englischen Kabinettes, aber selbst wenn diese ausbliebe, könne Frankreich jetzt doch nicht mehr zurück. Das französische Geschwader sei segelfertig und zähle viele Offiziere, die bereits mit den Engländern gedient hätten. Wenn beide Geschwader vor der Mündung der Schelde zusammen einträfen, so würde der erste englisch-französische Kanonenschuß in Paris ein begeistertes Echo finden; ohnehin wäre die Allianz der zwei Mächte in Frankreich sehr populär.

In einer Nachricht vom nächsten Tage fügte der Herzog noch die folgenden Notizen über das Expeditionsheer hinzu, die ich dem englischen Kabinett vorlegen möchte. Danach bestand die an der nördlichen Grenze zusammengezogene französische Armee aus 48 000 Mann. Von diesen sollten 18 000 Antwerpen belagern und die anderen 30 000 Mann auf den Routen nach Berg op Zoom und Breda, aber auf belgischem Gebiet, verteilt werden, als Bedeckung der Belagerungsarmee.

Der König Leopold sollte alsdann seine Armee hinter Turnhout aufstellen, um die holländische Flanke zu bedrohen und dadurch einen Vorstoß nach Antwerpen zu verhindern, und die unfrige sollte zu gleichem Zweck wieder die belgische decken.

Was die Citadelle selbst beträfe, so habe der Marschall Gérard versichert, daß sie sich nicht länger als höchstens zehn Tage halten könne; er habe darüber die genauesten Erkundigungen eingezogen

Ich antwortete dem Herzog am 22. Oktober, daß die Zögerung des englischen Kabinettes nur darin begründet sei, die Zustimmung aller Minister zu erlangen. Grey und Palmerston seien entschlossen und hätten bereits die beifolgende Konvention mit mir unterzeichnet; die einzelnen Artikel seien günstig, und mehr hätte ich nicht erreichen können. Natürlich müsse die Kon-

vention vorderhand Staatsgeheimnis bleiben, denn sie solle erst, wohl schon morgen, noch den Bevollmächtigten der drei Mächte vorgelegt werden, um die Ratifikationen auszuwechseln.

Soweit war ich also gekommen: England und Frankreich erklärten, auf Ansuchen des Königs Leopold, sie wollten die Ausführung des Novembervertrages mit den Waffen durchsetzen; Holland und Belgien hätten bis zum 12. November die gegenseitig besetzten Territorien zu räumen, und wenn Holland nicht bis zum 2. November seine Zustimmung gegeben, würde man sofort Beschlag auf alle holländischen Schiffe legen, und eine französische Armee würde am 15. in Belgien einrücken, um die Citadelle von Antwerpen zu belagern.

In Paris war begreiflicherweise die Aufregung sehr groß, und man schrieb mir eine Menge Briefe voll ungeduldiger Anfragen nach dem Erfolg der Konvention.

Der Marquis von Lansdowne reist am 25. Oktober nach Paris, um unsere Minister, die noch immer zu schlichtern sind, etwas zu ermutigen¹⁾. Und doch geht hier alles nach Wunsch. Ich bin erst seit acht Tagen zurück und habe erreicht, was ich wollte. Vor drei Monaten meinte man in Paris, die Belgier würden in Holland einrücken; ich stellte dies in Abrede und ebenso, als man bezweifelte, daß das Ministerium Broglie sich halten würde. Es hat sich gehalten und wird sich auch noch ferner halten, aber es muß keine verkehrten Prozesse anfangen, wie kürzlich mit Berruyer²⁾. Unsere Regierung darf sich kühn vor der Kammer zeigen, denn es kann den Deputierten die Expedition nach Antwerpen ankündigen. Sie hat jetzt nur noch

1) Der Marquis war damals Conseilspräsident und ging nach Paris, um wegen eines neuen Zolltarifs zu unterhandeln.

2) Die Regierung hatte Berruyer, Chateaubriand, Hyde de Neuville und Fitz-James verhaften lassen, unter der Anklage des Einverständnisses mit der Herzogin von Berry. Die drei letztgenannten wurden wieder entlassen, Berruyer hingegen mußte sich vor den Assisen von Blois verantworten. Der Prozeß aber, der für ihn einen wahren Triumph bildete, wurde vom Staatsanwalt so schlecht geführt, daß eine Freisprechung des Angeklagten erfolgte.

für eine Sache zu sorgen, sich nämlich freundschaftlich mit Preußen zu stellen, das bereits gut disponiert ist. Alles weitere macht sich dann von selbst.

Gleich nach der Unterzeichnung der Konvention vom 22. Oktober traf ich mit Palmerston die nötigen Vorbereitungen zu ihrer Ausführung, und als die Ratifikationen aus Paris eingetroffen waren, schickten wir dieselben sofort den Bevollmächtigten der drei Kabinette zu, und zwar mit einigen lakonischen Worten, als einfache Notifikation, um etwaigen Erklärungen vorzubeugen.

Als Beweis unserer Unparteilichkeit verlangten wir von Belgien die Rückgabe von Venloo und einiger anderer Distrikte, die doch an Holland fallen müssen, sobald dasselbe den Vertrag vom 15. November angenommen haben wird. Wir hätten diese Territorien gern Preußen zugewiesen, um das Berliner Kabinett dadurch von Rußland und Österreich zu trennen, aber die langwierigen Verhandlungen führten zu keinem Resultat. Preußen wollte nicht den Anschein haben, als schloße es sich dadurch unseren Aggressivmaßregeln an¹⁾. Auf diese Weise blieben die erwähnten Distrikte im Besitz der Belgier, was für sie, Holland gegenüber, nur vorteilhaft sein konnte.

Ich nehme jetzt die Mitteilung der Depeschen und Briefe wieder auf, muß aber kurz noch eines Zwischenfalles erwähnen, der sich vor der Konvention vom 22. Oktober zutrug.

Lord Palmerston hatte uns nämlich am 6. Oktober zu einer Sitzung eingeladen, und zwar auf Ansuchen des Barons von Bülow, welcher der Konferenz eine Mitteilung zu machen wünschte.

Diese Mitteilung betraf den Entwurf eines neuen, aus dem Haag angelangten holländisch-belgischen Vertrages.

Aber Palmerston sowohl wie ich erklärten sofort, unsere einmal angenommenen festen Abmachungen gestatteten uns

1) Vergl. S. 245.

nicht, irgend welche Vermittelungsvorschläge von einem Bevollmächtigten, mit alleiniger Ausnahme des holländischen, zu empfangen; wenn daher Herr van Zuylen von seiner Regierung uns etwas zu notifizieren habe, so wären wir bereit, ihn zu hören, wir sähen uns aber genötigt, das Ansuchen Bülow's abzulehnen. Der Baron bestand dann nicht weiter darauf, und das Aktenstück ist gar nicht zur Verlesung gekommen. Es handelte sich übrigens darin um die freie Schifffahrt auf der Schelde, aber mit der Berechtigung, von seiten Hollands drei Schillinge für die Tonne als Abgabe zu erheben, anstatt eines Schillings, wie es König Leopold und das preußische Kabinet zugestanden hatten ¹⁾.

Der Herzog von Broglie an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 25. Oktober 1832.

Verehrter Fürst!

Gestern nachmittag brachte Ihr Kurier die Konvention, die ich sofort dem König vorgelegt habe. Im Ministerrat wurden dann die Ratifikationen vollzogen, und heute bringt der Kurier dieselben wieder nach London zurück.

Ein Staatsmann wie Sie war nötig, um dies durchzusetzen. Erlauben Sie mir jetzt noch einige Fragen in Bezug auf die praktische Ausführung der Konvention.

Der König der Belgier wie der König von Holland sind beide verpflichtet, die von ihnen besetzten Territorien zu räumen; wenn nun der König von Holland bis zum 2. November dieser Vorschrift nicht nachkommt, ist in diesem Falle der König

¹⁾ Dies war der letzte Versuch, den Preußen machte, einem gänzlichen Bruche vorzubeugen. Am 23. Oktober notifizierte der holländische Minister des Auswärtigen den Gesandten Rußlands, Osterreichs und Preußens, daß der König den Vorschlag des letztgenannten Kabinettes mit einigen Modifikationen annehmen wolle; als aber die Nachricht davon nach London gelangte, erklärte Grey, es sei zu spät, denn die Räumung der Citadelle sei jetzt die Vorbedingung jeder weiteren Verständigung.

der Belgier dazu verpflichtet? Und an wen hat derselbe dann Venloo und die Distrikte von Limburg zu übergeben? Doch jedenfalls nicht an den König von Holland.

Ferner: Wenn der König von Holland, ohne vorher die 24 Artikel mit ihren Zusätzen anerkannt zu haben, das belgische Gebiet räumt und auch seine Ansprüche auf die Scheldeschiffahrt und die Regulierung der Nationalschuld sich vorbehält, ist dann der König der Belgier genötigt, ihm die besetzten holländischen Landesteile zurückzugeben?

Ich stelle diese Fragen, um Ihre Ansicht darüber zu hören, nach welcher wir dann unser Verhalten dem König Leopold gegenüber einrichten werden. Sie kennen die leichte Erregbarkeit des belgischen Volkes, das jetzt, wo wir so energisch vorgehen, erst recht ungestüm und anspruchsvoll werden wird

Der Fürst Talleyrand an den Herzog von Broglie.

London, den 27. Oktober 1832.

Verehrter Herzog!

Ihre an mich in Ihrem letzten Briefe gestellten Fragen beantworte ich kurz dahin, daß wir niemals die Absicht gehabt haben, Venloo dem König von Holland zu überlassen, bevor derselbe sich nicht zur Ausführung des Novembervertrages verstanden hat. Wir, Lord Palmerston und ich, wollen morgen dem Baron von Bülow vorschlagen, Venloo durch den König Leopold dem König von Preußen zu übergeben, der es dann seinerseits dem König von Holland nach Erfüllung der obigen Bedingung zuweisen soll. Ich bin überzeugt, daß dies ganz der Ansicht Sr. Majestät unseres Königs entsprechen wird

An demselben Tage erhielt ich noch einen Brief von Sr. Majestät und gleichfalls ein Schreiben von der Prinzessin Adelaide. Der König dankte mir herzlich für den neuen großen

Dienst, den ich ihm sowohl wie Frankreich und dem allgemeinen Frieden erwiesen, und die Prinzessin schloß sich diesen Dankesäußerungen nicht minder herzlich an. Sie fügte noch hinzu, ihr Bruder habe das Geheimnis der abgeschlossenen Konvention streng bewahrt und weder der Königin noch ihr eine Silbe davon mitgeteilt.

Auch Guizot schrieb mir am 26. Oktober in ähnlicher Weise: „Ich wußte, teurer Fürst, daß Sie das Unmögliche möglich machen würden; das ist ja so Ihre Art. Wir wollen gewiß das britische Kabinett sehr rücksichtsvoll behandeln, erwarten aber ein Gleiches auch für das unsrige. Sagen Sie uns nur, was wir thun sollen, und wir werden gewiß in London wie hier reüssieren, d. h. mit Gottes Hülfe und mit der Ihrigen.

Ganz fertig und beendet ist übrigens nichts in der Welt, und so werden auch wir, trotz allem, was Sie bereits gethan haben, wohl noch mehr von Ihnen verlangen. Wir bedürfen noch sehr des Rates und der Einsicht, und Sie werden uns beides gewiß nicht vorenthalten.

Ich habe Se. Majestät gebeten, in der Akademie die Abtheilung für die politischen Wissenschaften wiederherzustellen und mich bei dieser Gelegenheit gefreut, Ihren Namen auf der alten Liste zu finden. Es wäre recht schön, wenn Sie bei den Wahlen der Mitglieder zugegen wären, aber was Sie in London leisten, bedeutet mehr als akademische Abhandlungen¹⁾.

Am 28. Oktober erschienen bei mir die beiden russischen Bevollmächtigten und überreichten mir eine Protestnote, die ich noch an demselben Tage an den Herzog von Broglie abgehen ließ. Dieser Schritt war vorauszusehen und hat auch keinen sonderlichen Eindruck weder auf Palmerston, noch auf Bülow oder Wessenberg gemacht; es ist auch eigentlich nur eine Vorsichtsmaßregel jener Herren, die streng an ihren früheren

1) Vergl. Bb. I, S. 134.

Instruktionen festhalten, und das um so mehr, weil sie schon einmal wegen Überschreitung derselben ein Tadelsvotum aus Petersburg bekommen hatten. Dies bestätigt auch der 4. Paragraph jener Note, nach welchem Lieven und Matusiewicz nur „zeitweilig“ ihre Teilnahme an den Konferenzen einstellen wollen. Von einem Bruche ist also nicht die Rede, nicht einmal von einer Spannung zwischen dem russischen und englischen Kabinett, und das ist für uns die Hauptsache.

Graf Pozzo, der Petersburg wieder verlassen hat, soll sich dem Vernehmen nach in Berlin, Wien und München sehr günstig über uns geäußert haben. Jetzt ist er wieder in Paris, und ich habe den Herzog von Broglie gebeten, ihn recht zuvorkommend zu behandeln. Im Grunde ist uns die momentane Abwesenheit der russischen Bevollmächtigten für die Ausführung unserer Pläne ganz willkommen, denn in zwanzig Tagen wird die belgisch-holländische Affaire beendet sein und soviel Zeit gehört wenigstens dazu, bis die Antwort des Petersburger Kabinettes auf unsere Note wegen der Konvention hier eintreffen kann.

Möglicherweise wird aber das Verhalten Rußlands den König von Holland in seinem Eigensinne bestärken.

Österreich und Preußen werden nur eine einfache Empfangsbeseinigung über die ihnen zugeschickte Konvention einsenden.

Den 30. Oktober.

Soeben teilt Palmerston mir mit, noch diesen Abend würde eine Depesche an den Admiral Malcolm in Portsmouth abgehen, mit dem Befehl, drei englische Fregatten auslaufen zu lassen, von denen eine vor der Insel Texel kreuzen soll und die beiden anderen vor den Mündungen der Maas und der Schelde. Sie haben zugleich den Auftrag, alle englischen Schiffe zu warnen, nicht mehr in einen holländischen Hafen einzulaufen. Eigentliche Feindseligkeiten sollen sie aber noch nicht beginnen, ausgenommen zur Verteidigung, im Falle eines Angriffes,

auch jollen sie die holländischen Kauffahrteischiffe nicht belästigen.

Palmerston ersuchte mich, dem Höchstkommmandierenden unseres Geschwaders in Spithead einen ähnlichen Befehl zugehen zu lassen, und ich expedierte sofort eine Depesche in demselben Sinne an den Admiral Villeneuve, so daß drei französische Fregatten zu den drei englischen stoßen werden, um gemeinschaftlich zu operieren und auch unsere Schiffe vor den holländischen Häfen zu warnen.

Alsdann berichtete ich darüber nach Paris, in der sicheren Erwartung, man werde dort meine Handlungsweise billigen, denn ich hatte keine Zeit, vorher anzufragen.

Ich erhielt auch schon am 3. November ein Schreiben von unserm Marineminister, dem Admiral de Rigny, der sich mit meinen Anordnungen ganz einverstanden erklärte und überdies noch hinzufügte, er fände es sehr natürlich, wenn die gesamte Direktive der Expedition von London ohne weiteres ausginge, weil wir mit Anfragen in Paris nur Zeit verlieren würden. Er habe auch bereits beim Admiral Villeneuve die Anzeige gemacht, daß derselbe nur von mir persönlich Befehle erhalten werde.

Schließlich meldete der Minister mir noch, die Opposition sei milder gestimmt und Dupin, als Kammerpräsident, habe dem König versprochen, sich ganz neutral zu verhalten.

Der Fürst Talleyrand an den Herzog von Broglie.

London, den 2. November 1832.

Verehrter Herzog!

Der Graf von Latour-Maubourg schreibt mir aus Brüssel, der General Goblet bringe ihn in Verlegenheit, und zwar durch sein Verlangen, Venloo und die anderen Territorien von Luxemburg und Limburg erst nach der Einnahme der Citadelle

herauszugeben und sie namentlich nicht vorher von fremden Truppen besetzen zu lassen.

Ich hatte schon vor einigen Tagen dem Grafen geschrieben, er möge dem General konfidentiell die Zusicherung geben, daß dieser Punkt zur Zufriedenheit der Belgier erledigt werden würde, und dies genigte doch gewiß, die belgische Regierung zu beruhigen. Ich wünschte nur eine offizielle Erklärung darüber zu vermeiden, weil das belgische Ministerium in solchen Dingen nicht sehr diskret ist, und weil sie augenblicklich keinen guten Eindruck auf die Kabinette machen würde.

Wir haben weit mehr darauf zu sehen, die anderen Mächte durch unsere Expedition nicht aufzuregen, als die kleinlichen Bedenken der Belgier zu berücksichtigen. Ich bin daher der Ansicht, daß der Graf von Latour = Maubourg die Forderung des Generals Goblet einfach abweisen soll, und werde mich auch in diesem Sinne darüber mit Palmerston, der nur jetzt auf einige Tage von London abwesend ist, verständigen.

Den 5. November.

Soeben erhielt ich aus dem Haag auf unsere Konvention vom 22. Oktober die Antwort, die dem König von den Vertretern Englands und Frankreichs überreicht worden ist. Sie wird Ihnen auch wohl schon direkt zugegangen sein. Dieselbe lautet ablehnend, aber in ziemlich milder Form.

Lord Palmerston an den Fürsten Talleyrand.

Foreign-Office, den 6. November 1832.

Lieber Fürst!

Ich sende Ihnen hiermit ganz konfidentiell die Abschrift eines Briefes, den ich soeben an die hiesige Admiralität abgehen ließ in Bezug auf die dem Admiral Malcolm zu ertheilenden Instruktionen, und dieselbe Abschrift habe ich an Granville geschickt, damit Ihr Marineminister die gleichlautenden

Befehle dem Admiral Billeneuve zugehen lassen kann. Sie könnten außerdem den letzteren davon benachrichtigen, damit er sich sofort mit seinem Kollegen verständige.

Ganz der Ihrige.

Palmerston.

Den 7. November ¹⁾.

Die russische Protestnote ruft allerlei Geschwätz hervor, weiter nichts. Lieven war sogar dagegen, aber Matusiewicz mußte sie durchzusetzen. Sie hat aber keine politische Bedeutung. Auch Pozzos Äußerungen werden kommentiert, und Lieven geht sogar soweit, zu erklären, daß wir, wie die Dinge einmal lägen, mit unserer Konvention ganz recht hätten, um endlich zum Schluß zu kommen.

Ich denke, wir werden wohl vor dem 15. keinen Schuß thun; was dann geschieht, gehört nicht mehr zu meiner Kompetenz, es ist Sache der Truppenführer. Politisch ist alles gut eingeleitet; das war die mir zugeteilte Aufgabe, und die habe ich gelöst. Als ich Paris verließ, sagten mir die Minister: das wichtigste ist, daß wir die Majorität für uns haben. Dies wird hoffentlich jetzt der Fall sein.

Der Herzog von Broglie zeigte mir am 8. November durch einen besonderen Kurier an, man habe tags vorher die Herzogin von Berry in Nantes verhaftet, und dieser Fall sei ganz geeignet, die Majorität zu Gunsten des Ministeriums zu verstärken.

Am 10. November erhielt ich von der Prinzessin Adelaide die Bestätigung dieser Nachricht mit verschiedenen näheren Details. Man hatte in Erfahrung gebracht, daß die Herzogin sich in einem Hause zu Nantes verborgen hielt, und am Abend

¹⁾ Diese und verschiedene andere Notizen Talleyrands gingen wieder wie die früheren zu dem bewußten Zweck an die Prinzessin von Vaudémont.

vor der Verhaftung ließen der General und der Präsekt durch Soldaten das Haus, welches mitten in einem engen Häuserviertel lag, umstellen und bewachen. Gendarmen machten in einem Kamin Feuer an, und der Rauch und die Hitze drangen in eine darüber liegende Kammer, wo die Herzogin versteckt war. Um nicht zu ersticken, mußte sie sich ergeben. In ihrer Gesellschaft befanden sich der Graf Mesnard, der Baron Guibourg und Fräulein von Kersabiec. Dies meldete mir die Prinzessin, und ferner, daß die Söhne des Königs, die Herzöge von Chartres und von Nemours, am nächsten Morgen zur Armee abgehen und hoffentlich recht bald mit der freudigen Nachricht von der Einnahme der Citadelle zurückkehren würden. Der Brief schloß mit den Worten: „So sind denn alle Schwierigkeiten, die sich unserer guten und gerechten Sache entgegenstellten, glücklich überwunden, und ich habe das feste Vertrauen, daß unser teurer König den Lohn für seine vielen Mühen und Opfer ernten wird, wenn er unser geliebtes Frankreich ruhig, zufrieden und glücklich sieht.“

Der Fürst Talleyrand an den Herzog von Broglie.

London, den 11. November 1832.

Verehrter Herzog!

Nachdem der Baron van Zuylen eingesehen, daß er mit Lord Palmerston keine Unterhandlungen anknüpfen konnte, versuchte er es mit Lord Grey, in der Hoffnung, dort mehr Glück zu haben. Er überreichte ihm die bereits erwähnte Berliner Vermittlungsnote. Der Lord ließ mich darauf um eine Unterredung ersuchen, zu welcher er auch Palmerston eingeladen hatte, und als wir beisammen waren, erklärte ich sofort, was ich bereits früher gethan, daß wir uns vor der Übergabe der Citadelle auf keine neuen Unterhandlungen mit dem holländischen Kabinett einlassen könnten, und auch dann nur, wenn

der König den Vertrag vom 15. November angenommen, allenfalls mit einigen Modifikationen von belgischer Seite. Beide Herren teilten meine Ansicht, aber Lord Grey bemerkte mir, daß er trotzdem die van Zuhlen'sche Note dem Ministerrat vorlegen müsse. Dies ist heute abend geschehen, und der Ministerrat hat unseren Entschluß durch eine kurze Erklärung gebilligt, die ich hier in der Abschrift beilege.

Wie Sie sehen, verehrter Herzog, verlangt die Erklärung nichts weiter als die vorherige Räumung der Citadelle und die Annahme des Novembervertrages, also ganz, wie ich vorgeschlagen hatte. Lord Grey hat übrigens seine Antwort an den Baron van Zuhlen nur in Form eines Briefes gegeben, der keinen offiziellen Charakter trägt; der Baron hat dieselbe aber dennoch sofort nach dem Haag geschickt.

Auch bei dieser Gelegenheit konnte ich, wie schon so oft, die aufrichtige und redliche Gesinnung Palmerstons und Greys uns gegenüber konstatieren

Den 13. November.

Ich sehe dem 16. ganz ruhig und gewissermaßen vergnügt entgegen, denn er wird uns endlich aus unserer hin und her-schwankenden Lage befreien. Der Baron van Zuhlen hat uns durch seine Intriguen, anstatt zu schaden, in die Hände gearbeitet. Er hat allerlei Schleichwege benutzt und sich mit den Tories verbunden, um durch die englischen Zeitungen das Kabinett anzugreifen. Mit Falck hätte man sich leichter verständigen können, und der König von Holland wäre besser dabei gefahren.

Den 14. November.

Unsere Truppen müssen jetzt schon dicht an der Grenze stehen und werden in wenig Stunden in Belgien einmarschieren. Hoffentlich ist in Paris alles gut vorbereitet, denn wir dürfen keine Zeit verlieren: je kürzer die Expedition, desto glänzender wird sie sein. Das englische Geschwader unter Malcolm kreuzt

bereits vor den holländischen Küsten. Unsere Konvention mit England ist so gut wie ein Offensiv- und Defensivvertrag und wird die Kriegsgelüste gewisser Parteien schon abkühlen. Noch weiß ich nichts Näheres über die Zusammenziehung preussischer Truppen an der Grenze¹⁾.

Den 16. November.

Hier geht das Gerücht, die Franzosen würden erst diesen Morgen in Belgien einrücken, auch befürchtet man, wir hätten an der Nordgrenze zu wenig Truppen, weshalb der Prinz von Oranien leichter in das Innere Belgiens eindringen könnte. Um allen falschen Gerüchten sofort entgegenzutreten, muß ich immer recht genaue Nachrichten aus Paris erhalten.

Drei Tage später, am 19. November, wurde in Paris ein neues Attentat auf das Leben des Königs verübt, das unter der gesamten Bevölkerung eine ungeheure Aufregung hervorrief. Der Herzog von Broglie schrieb mir noch an demselben Tage darüber einige flüchtige Zeilen: „Der König zeigte auch hier wieder seine gewöhnliche Ruhe und Fassung. Er wollte nicht einmal, daß die Kammern davon benachrichtigt würden, bevor er selbst erschienen sei. Der Erfolg der Thronrede war unter diesen Umständen ein überaus günstiger. Bis jetzt hat man den Mörder noch nicht gefunden . . .“²⁾

Auch von der Prinzessin Adelaide erhielt ich sofort einen Brief, der in sehr rührenden Ausdrücken dem Himmel dankte, das Leben ihres teuren Bruders so sichtbar geschützt zu haben.

1) Preußen hatte sofort nach dem Einrücken der Franzosen in Belgien ein Beobachtungskorps an der Maas zusammengezogen; das aber nicht vorging, sondern sich ganz ruhig verhielt.

2) Als der König sich am Morgen des 19. Novembers von den Tuilerien zu Pferde mit großem Gefolge nach der Deputiertenkammer begab, um die Session zu eröffnen, und über den pont royal ritt, schoß ein Mann eine Pistole auf ihn ab, ohne zu treffen. In der augenblicklichen Verwirrung gelang es dem Attentäter zu entweichen, und er wurde auch, trotz aller Nachforschungen, niemals gefunden. Man arretrierte einen gewissen Bergeron, den man aber wieder freilassen mußte. Die Opposition behauptete, der Mordanschlag sei von der Polizei in Szene gesetzt worden, um im Volk für den König Stimmung zu machen.

Der König habe unbeirrt seinen Weg fortgesetzt und die Thronrede mit lauter und fester Stimme verlesen. Noch an demselben Tage seien alle Mitglieder der Pairs- und Deputiertenkammer in den Tuilerien erschienen, um den König zu beglückwünschen. Nur Lafayette und Dupont de l'Éure hätten sich nicht sehen lassen, aber sie kämen vielleicht noch

Der Herzog von Broglie an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 22. November 1832.

Berehrter Fürst!

Am heutigen Tage wird der General Chassé zur Übergabe der Citadelle aufgefordert. Ob er sich verteidigen wird? wer kann das vorher sagen? Daß wir sofort nach Einnahme der Citadelle Belgien wieder räumen werden, ist selbstverständlich. Ich würde keine halbe Stunde länger im Amte bleiben, wenn man daran zweifeln wollte. Lord Lansdowne wird Ihnen sagen, daß hier alles gut geht und daß wir jetzt die Majorität ganz für uns haben. Unsere Freunde prophezeien uns einen glänzenden Erfolg; ich bin nicht so vertrauensfelig

Der Fürst Talleyrand an den Herzog von Broglie.

London, den 26. November 1832.

Berehrter Herzog!

Unsere Lage hat sich hier seit einigen Tagen sehr gebessert. Die Depeschen aus Wien und Berlin lauten jetzt viel ruhiger als in der Zeit der ersten Aufregung. Die hiesigen Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens wünschen sogar unserer Expedition Glück und Erfolg, um endlich den Eigensinn des Königs von Holland zu brechen.

Wenn man freilich schärfer zusieht, so gewinnt man doch die Überzeugung, daß die anderen Kabinette die Allianz

zwischen England und Frankreich zerstören möchten; sie zeigen sich nur resigniert, weil sie ihr nichts anhaben können.

Den 29. November.

Die neuen Verzögerungen, die sich der Belagerung entgegenstellen, sind sehr fatal. Das englische Kabinett wünscht begreiflich die möglichst schnelle Übergabe, ähnlich wie Sie damals den möglichst schnellen Abschluß der Konvention wünschten. Die Rässigkeit der Belgier wundert mich weiter nicht, wir mußten darauf gefaßt sein, aber die rücksichtsvolle Behandlung, die wir ihnen stets zu teil werden ließen, paßt nicht recht für eine neue und dabei so unbescheidene Regierung.

Deshalb dürfen wir die Verhandlungen mit dem Berliner Kabinett nicht allzusehr beschleunigen und jedenfalls vor der Einnahme der Citadelle nichts Bestimmtes abschließen. Mir scheint sogar der 5. Dezember als Termin für die Übergabe Venloos an Preußen sehr verfrüht, und der Graf Bresson, wie Lord Minto, welche die Sache leiten, könnten ihn wohl etwas hinauschieben; sie brauchen ja nur vorzuschützen, daß sie sich mit den Kabinetten von London und Paris noch weiter zu verständigen hätten.

Ich habe auch Lord Palmerston Ihre Depesche (Nr. 101) mitgeteilt wegen der Kosten, die uns aus der Expedition erwachsen und deren Bezahlung Sie von der belgischen Regierung beanspruchen wollen. Nachdem Palmerston sie aufmerksam durchgelesen, erwiderte er mir, seine frühere Meinung erleide dadurch keine Änderung und von den im Ministerrat festgesetzten Bestimmungen könne er nicht abgehen¹⁾.

Alsdann habe ich Palmerston um Auskunft gebeten über die Mission, die ein englischer Agent nach Konstantinopel erhalten. Der Lord sagte mir nur, man habe ihm im vorigen Monat von dort einen Brief geschrieben, der Sultan wolle

1) England und Frankreich sollten nämlich die Kosten der Expedition gemeinschaftlich tragen.

den Obersten seiner Leibgarde, Namick-Pascha, nach London senden, und dies beziehe sich auf den Krieg der Pforte mit dem Pascha von Agypten. Näheres wisse er selbst nicht; er vermute aber, es geschehe nur, um den Pascha von Agypten zu beunruhigen¹⁾. Er fügte noch hinzu, der englische Botschafter in Konstantinopel habe niemals auch nur die geringste Andeutung gemacht, daß England beabsichtige, die Pforte irgendwie zu unterstützen; er habe sich nur auf einige wohlwollende Äußerungen beschränkt, wie solche im diplomatischen Verkehr überall üblich seien

Der Herzog von Broglie an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 27. November 1832.

Verehrter Fürst!

Meine heutige Antwort ist eine offizielle, die Palmerston nötigenfalls im Parlament benutzen kann.

Wir beanspruchen von Belgien hauptsächlich deshalb eine Entschädigung für die Kosten der Expedition, weil die belgische Kammer uns eine solche für unsere vorjährige Hilfe verweigert hat. Wir müssen jetzt wenigstens in Paris zeigen, daß wir den Antrag wieder gestellt haben, obwohl wir uns dadurch jedenfalls nicht bereichern wollen.

Unsere Lage ist auch keineswegs mit derjenigen Englands ein und dieselbe. England stellt für die gemeinsame Sache ein Geschwader, und wir thun das Gleiche. Es verlangt dafür von Belgien keine Entschädigung und wir ebenfalls nicht. Wir unternehmen aber außerdem noch eine besondere Expedition auf dem Festlande, die weit größere Kosten verursacht.

Wenn Lord Palmerston meint, wir handelten einzig und allein im europäischen Interesse, so bin ich anderer Ansicht. Auf besonderes Ansuchen Belgiens haben wir unsere Truppen

¹⁾ Über die Mission Namick-Paschas s. w. unten.

ins Feld geschickt; wenn wir die Citadelle nicht nehmen, so müßten es die Belgier thun, und für sie würden die Kosten noch weit bedeutender sein.

Lord Palmerston wirft dagegen ein, wir hätten die Expedition unternommen, um unser Kabinett zu konsolidieren. Dergleichen gehört aber nicht in die offizielle Diskussion; das sind innere, sozusagen Kulissenangelegenheiten. Allerdings haben die Belgier durch ihre beständigen Provokationen und ununterbrochenen Wühlereien in Frankreich viel zu unserem Entschluß beigetragen.

Schlagen wir übrigens die Angelegenheit nicht höher an, als sie wert ist. Wir wollen nur unsere Verantwortlichkeit vor der Kammer decken, und ich glaube, Palmerston faßt die Sache auch nicht anders auf.

Sie haben recht, unsere Expedition geht nicht so schnell, wie wir es wünschen. Die ganze Armee war am festgesetzten Tage versammelt, aber der Transport des Belagerungsmaterials verursacht die Verzögerung, und der Marschall Gérard will erst sein Ultimatum stellen, wenn alles bereit ist, um dann eine Weigerung mit einer gewaltigen Kanonade zu beantworten. Man sagte mir, daß dies schon heute geschehen würde

Den 1. Dezember.

Wir sind auch heute noch nicht weitergekommen, was sowohl für das englische Kabinett wie für mich sehr peinlich ist. Namentlich kann uns dies in Berlin Verwickelungen bereiten, weil wir die Verhandlungen über Venloo verschoben hatten, in der Hoffnung, bis dahin die Expedition zu erledigen. In Paris hat man die Schwierigkeiten derselben unterschätzt, und wir sollen jetzt mit Berlin eine Konvention abschließen und haben die Citadelle noch nicht. Und das alles wegen der Großprahlereien der Belgier, die Venloo nicht früher an Preußen abtreten wollen.

Was ist jetzt zu thun? Nichts anderes, als die Verhandlungen möglichst in die Länge zu ziehen und, wie ich bereits dem Herzog von Broglie am 26. November geschrieben, den Grafen Bresson und Lord Minto in diesem Sinne zu instruieren. Zu einer guten Lösung des holländisch-belgischen Konfliktes kann eine wohlwollende Neutralität Preußens sehr viel beitragen. Ich hoffe, auf diesem Terrain noch eine Kombination zu finden, die uns aus der Verlegenheit ziehen kann.

Die Prinzessin Adelaide an den Fürsten Talleyrand.

In den Tuilerien, am 2. Dezember 1832.

Mein lieber Fürst!

Ich beeeile mich Ihnen die folgenden Nachrichten von unserer Armee zuzusenden, die ich wörtlich kopiere, mit dem Datum vom 30. November, nachmittags 4 Uhr:

„Wir haben gestern die Laufgräben vor der Citadelle eröffnet. Der Herzog von Orleans befehligte die Abteilungen und zeigte bei dieser Gelegenheit, wo er zum erstenmal im Feuer war, große Kaltblütigkeit und Umsicht; unaufhörlich ritt er an den Linien der Arbeiter entlang, inspizierte die Vorposten, ließ die Reserven nachrücken und sorgte für alles, wie ein erfahrener Feldherr. Die Nacht war glücklicherweise so dunkel und regnerisch, daß der Feind unsere Bewegungen und Operationen nicht erkennen konnte, und am anderen Morgen waren wir durch eine Parallele von fast 3000 Klastern so gut gedeckt, daß sein Feuer uns nichts anhaben konnte, als er uns mit Granaten und Kanonenkugeln überschüttete — vermutlich, um dem Herzog von Orleans sein Kompliment zu machen. Die Belagerungsarbeiten sind in der kurzen Zeit dergestalt vorgerückt, daß wir hoffentlich sehr bald dem König die Schlüssel der Citadelle werden überschießen können.“

So ist denn, lieber Fürst, unser sehnlichster Wunsch erreicht, und Sie können sich leicht vorstellen, wie froh wir sind. Der Marschall Gérard, der mit dem Herzog von Chartres in den Laufgräben war, schreibt dem König, sein Sohn habe sich vorzüglich gehalten, wie ein echter Soldat. Bei der ersten Kanonenkugel, die über seinen Kopf hinslog, habe der Herzog laut gejubelt, und die Soldaten um ihn herum hätten getanzt.

Die Belgier müßten doch jetzt dankbar und zufrieden sein, aber es scheint nicht; ich bin wirklich ganz böse auf sie. Jetzt ärgern sie sich wieder, daß wir ihnen den General Schramm¹⁾ mit seiner Division zur Verstärkung geschickt haben, weil das englische Kabinett befürchtete, wir hätten in Belgien nicht genug Truppen

Der Herzog von Broglie an den Fürsten Talleyrand.

Paris den 6. Dezember 1832.

Berehrter Fürst!

Endlich kann ich Ihnen bestimmte Nachrichten über die Belagerung zusenden, mit denen das englische Kabinett hoffentlich zufrieden sein wird. Unsere Armee hat übermenschliche Anstrengungen gemacht, und die Aufstellung der letzten Batterie dicht unter den Mauern der Citadelle soll eine wahre Heldenthat gewesen sein. In acht oder zehn Tagen wird die Citadelle fallen.

Sehr erstaunt war ich über die Wendung, welche die Affaire mit Venloo genommen hat, das man jetzt mit Limburg auf einmal Holland geben will. Ich verstehe wirklich nichts davon. Man hat mit Palmerston in Berlin Unterhandlungen

¹⁾ Graf Schramm, geb. i. J. 1789, war bereits i. J. 1813 Brigadegeneral; unter der Restauration zurückgezogen, trat er nach 1830 wieder in die Armee und machte die Belagerung von Antwerpen mit. Später Divisionsgeneral und Pair von Frankreich; i. J. 1850 Kriegsminister und 1857 Senator. Er starb i. J. 1883

darüber angeknüpft, sich von Berlin nach London gewendet und dann wieder von London zurück nach Berlin, und nun wird die Sache plötzlich auf ganz andere Weise geregelt. Ich fürchte, daß wir dadurch in den Augen des preussischen Kabinettes sehr schwankend und unzuverlässig erscheinen, was mir sehr peinlich ist. Auch der König ist keineswegs damit zufrieden. —

Diesen Morgen habe ich eine lange Unterredung mit dem Grafen Dffalia gehabt, der von seinem hiesigen Posten abberufen ist und nach Madrid zurückkehrt, um das Portefeuille des Innern zu übernehmen¹⁾. Der Graf sagte mir, seine Regierung werde dem englischen Kabinett wegen des Angriffs eines englischen Schiffes an der Mündung des Duero Genugthuung geben, wenn man aber deshalb in London die Neutralität brechen und sich für Dom Pedro erklären wolle, so würde sofort ein spanisches Heer in Portugal einrücken. Er fügte hinzu, diese Erklärung sei nicht offiziell, sondern rein persönlich, jedoch sei es ihm lieb, wenn ich sie Lord Granville mittheilte. Er, der Graf, würde das Portefeuille nur unter dieser Bedingung annehmen.

Ich fragte ihn darauf gleichfalls im Konversationstone, ob Spanien für Dom Miguel Partei ergreifen werde, wenn man, ohne Rücksicht auf die Verfassung, Donna Maria den portugiesischen Thron gäbe, worauf er mit einem entschiedenen Nein antwortete:

Damit hatte die Unterhaltung ein Ende, die ich alsdann Lord Granville mittheilte, und Sie, lieber Fürst, setze ich davon in Kenntniss, als Antwort auf Ihren Vorschlag, den

1) Don Narcisco de Heredia, Graf von Dffalia, spanischer Staatsmann, geb. i. J. 1777, war zuerst (1800) Botschaftssekretär in Washington, zog sich aber unter dem König Joseph Bonaparte ins Privatleben zurück. Später Justizminister (1823), dann Botschafter in London und von 1828—32 Botschafter in Paris. Minister des Innern im Kabinett Bermudez, und 1837—38 Ministerpräsident und zugleich Minister des Auswärtigen. Er starb i. J. 1843.

Sie mir schon im November gemacht¹⁾). Vielleicht findet das englische Kabinett sich zu einer Rückäußerung an uns veranlaßt, die ich dann dem Ministerrat vorlegen würde

Der Fürst Talleyrand an den Herzog von Broglie.
London, den 10. Dezember 1832.

Verehrter Herzog!

Der Inhalt Ihres letzten Briefes hat auch mich nicht wenig überrascht, und ich habe Palmerston sofort davon in Kenntniß gesetzt.

Indessen darf man sich nicht allzusehr verwundern, wenn eine Unterhandlung, die fortwährend zwischen London, Paris und Berlin hin und hergeht, zu Mißverständnissen führt, vorzüglich dann, wenn man den Abschluß hinausschieben will. Palmerston hatte meinen Brief an Sie vom 6. gelesen, ihn ganz korrekt gefunden und darin sogar noch einige unbedeutende Änderungen gewünscht. Als ich ihm dies bemerkte, gestand er ein, daß er vielleicht zu schnell vorgegangen sei, aber seinerseits beklagte er sich bei mir wieder, daß der Marschall Gérard seine Aufforderung zur Übergabe der Citadelle auch im Namen des Königs von England gemacht habe, und zwar ohne eine vorherige direkte Autorisation. Se. Majestät sei darüber sehr unzufrieden.

Ich wollte die Unterhaltung mit dem Lord auf diesem Wege nicht weiter verfolgen und glaube, wir thun am besten,

1) Talleyrand hatte nämlich am 20. November dem Herzog angezeigt, daß der Marquis von Palmella mit einem Auftrage Dom Pedros an das englische Kabinett in London eingetroffen sei. Der Marquis sollte, um den desolaten Zuständen in Portugal ein Ende zu machen, einen Waffenstillstand verlangen. Talleyrand meinte, derselbe könne nur dann von Wirkung sein, wenn er zugleich von Frankreich und England zusammen erklärt würde, mithin Spanien, England und Frankreich sich vereinigten, um die staatliche Ordnung in Portugal wiederherzustellen, und dadurch könne man die beiden Prinzen aus dem Hause Braganza wohl zwingen, die ihnen gemachten Vorschläge anzunehmen.

die Sache jetzt auf sich beruhen zu lassen, für die Zukunft soll uns dies aber eine Lehre sein, uns nur an rein offiziellen Noten zu halten. Aus diesem Grunde habe ich Lord Palmerston ersucht, Ihnen durch Lord Granville die nötigen Aufklärungen zugehen zu lassen.

Was die Zusammenberufung der Konferenz gleich nach der Einnahme der Citadelle betrifft, so schien mir dies anfangs ganz passend, weil ich annahm, die Bevollmächtigten der anderen drei Kabinette würden sich gern dazu verstehen, die unterbrochenen Verhandlungen fortzusetzen. Seitdem aber ein Kurier aus Petersburg die Zustimmung des Kaisers zu dem Rücktritt des Fürsten Lieven und des Grafen Matusiewicz gebracht¹⁾ hat, bin ich anderer Meinung geworden, denn wir würden alsdann nicht mehr vollzählig sein.

Unter diesen Umständen halte ich es für geboten, daß England und Frankreich sich jetzt ohne die Mitwirkung der drei anderen Mächte über die schließliche Regulierung der holländisch-belgischen Frage verständigen. Und zu diesem Zweck erlaube ich mir, Ihnen den folgenden Vertragsentwurf vorzulegen:

Nachdem England und Frankreich sich vereinigt haben, den Widerstand des Königs von Holland durch Waffengewalt zu brechen, halten sie es zugleich für ihre Pflicht, da die Konferenz vertagt ist, dem holländischen Kabinett einen Vertrag zur Annahme vorzuschlagen, der bereits die Zustimmung der belgischen Regierung erhalten hat. Und zwar unter den folgenden Bedingungen:

1. Dem König von Holland werden die ihm gehörenden Territorien zurückgegeben.

2. Der König von Holland giebt die Forts Villo und Dieffenshoek, die zu Antwerpen gehören, seinerseits zurück.

3. Holland gestattet die freie Schiffahrt auf der Schelde gegen eine Abgabe von einem Gulden per Tonne.

1) Vergl. die Note vom 28. Oktober auf S. 259.

4. Die Regulierung der Abgaben für die Baken und Pfahlwerke in den Zwischengewässern bleibt vorbehalten.

5. Die Eröffnung der Maassschiffahrt.

6. Die Eröffnung zweier Handelswege zwischen Belgien und Deutschland.

7. Unbegrenzte Amnestie für alle politischen Vergehen.

8. Eine Proklamation, durch welche die früheren Unterthanen des Königs der Niederlande von ihrem Sr. Majestät geleisteten Schwur der Treue entbunden werden.

Ich ersuche Sie, verehrter Herzog, mir ihre Meinung über diesen Entwurf mitzuteilen und verbleibe

Talleyrand.

P. S. Das englische Kabinett schickt Sir Stratford Canning nach Madrid zur Vermittelung zwischen den beiden Prinzen Braganza. Derselbe wird sich in Paris einige Tage aufhalten, um sich mit Ihnen zu verständigen, und Ihnen zugleich die näheren Details seiner Mission mitteilen. Sie können dann dem Baron Rayneval die nötigen Instruktionen zugehen lassen.

Der Graf von Latour-Maubourg schrieb mir am 18. Dezember aus Brüssel, die anhaltenden Regengüsse der letzten Tage zwängen die Belagerungsarmee, erst am 20. mit der Beschießung der Citadelle zu beginnen. Er meldete mir auch, der Marschall Gérard sei auf einige englische Zeitungen sehr erbozt, da sie behaupteten, die französischen Soldaten könnten nur durch Branntwein und Schläge in die Laufgräben getrieben werden, und ich möchte doch für eine Widerlegung dieser gehässigen Lügen Sorge tragen.

Ich werde dies um so bereitwilliger thun, da ich weiß, daß der englische Oberst Caradoc, der dem französischen Hauptquartier attachiert ist, in gleichem Sinne an Palmerston geschrieben hat.

Schon tags zuvor hatte ich einen Brief von Baron Durant aus Paris erhalten, in welchem er sich bitter über den Minister beklagte, der seine Reklamationen ganz unberücksichtigt lasse. Man zöge ihn von einem Tage zum anderen hin und habe ihm doch den Gesandtschaftsposten in Berlin zugesichert. Jetzt habe der Herzog von Broglie ihm erklärt, der Graf Bresson sei dort ganz unentbehrlich, so daß er, der Baron, glauben müsse, der Graf werde die Mission wohl definitiv erhalten. Der Herzog habe ihn freilich sehr zuvorkommend behandelt, auch seine Dienste im Haag und in London lobend anerkannt, ihm aber vorderhand nur Aussicht auf den Posten in Florenz machen können. Eine solche Zurücksetzung, meinte der Baron, habe er nicht verdient, und er bäte mich, dem er schon soviel verdanke, um meine Verwendung.

Ich antwortete dem Baron, daß ich mein möglichstes versuchen wolle, ihm den Posten in Turin zu verschaffen. Aber was kann ich viel thun? Man bedarf meiner nicht mehr so wie früher, denn was man von mir wollte, habe ich reichlich vollbracht, und nur wenn man die Menschen nötig hat, kommt man ihren Wünschen entgegen.

Den 21. Dezember.

Die Citadelle ist genommen („!!!“). Die Besatzung bleibt bis zur Übergabe der Außenwerke kriegsgefangen. So sind denn unsere Prinzen nicht mehr in Gefahr; ein Gedanke, der mich einen vollen Monat lang beunruhigte. Ich war in der letzten Zeit viel allein; wenn man sich in beständiger Aufregung befindet, so fühlt man sich unter indifferenten Menschen nicht gemüthlich.

Jetzt wird es natürlich wieder viel Arbeit geben, denn wir müssen uns doch durchaus mit dem König von Holland zu verständigen suchen, und das ist keine leichte Sache. Inzwischen will ich morgen Namik Pascha und einige andere Türken zur Tafel einladen. Der Pascha ist ein hübscher Mann und spricht

und schreibt sehr gut Französisch; er kleidet sich europäisch, aber auf dem Kopfe trägt er den roten Tarbusch.

Der Herzog von Broglie schickte mir am 24. Dezember die folgende Depesche:

Teurer Fürst!

So ist denn die Entscheidung da; Sie werden dieselbe zu derselben Zeit erhalten haben wie wir. Näheres weiß ich noch nicht, denn der Telegraph kann wegen des schlechten Wetters nicht arbeiten. Das weitere liegt in Ihren Händen, und deshalb bin ich ruhig. Hier in Paris steht alles sehr gut.

Am 26. Dezember erhielt ich von Baron Durant einen Brief, in welchem er mir zu seiner großen Freude seine Ernennung zum Botschafter in Neapel anzeigte. „Meine Dankbarkeit“, schrieb er, „teilt sich zwischen dem König, dem Minister und Ihnen, denn Ihrer energischen Vermittelung habe ich doch wohl zumeist zu verdanken, daß man mir so prompt und volllauf gerecht geworden ist. Und dabei vergesse ich ganz, Ihnen zu dem schönen Erfolg in Antwerpen zu gratulieren. Hier ist man darüber hoch erfreut, und in London wird es wohl ebenso sein“

Lord Grey an den Fürsten Talleyrand.

Cast-Sheen, den 30. Dezember 1832.

Mein sehr lieber Fürst Talleyrand!

Tausend Dank für Ihren freundlichen Brief. Sein Inhalt bestätigt aufs neue meine Ansicht von der weisen Politik und Aufrichtigkeit der französischen Regierung. Der Entschluß, die holländische Besatzung ohne weitere Bedingungen zu entlassen, ist noch besser, als von ihr ein Ehrenwort zu verlangen.

Ganz und allzeit der Ihrige.

Grey.

So war denn die Citadelle von Antwerpen gefallen, und während alle, die es näher oder ferner anging, darüber Freude und stille Genugthuung empfanden, traf mich ein schwerer Schlag, der mich mit tiefer Trauer erfüllte: Die Prinzessin von Baudémont starb nach einer kurzen Krankheit von nur wenigen Tagen in der Sylvesternacht des neuen Jahres 1833. In ihr verlor ich eine treue und aufrichtige Freundin, mit der ich fast fünfzig Jahre lang innig verbunden gewesen. Schon als junger Mann hatte ich sie bei ihrer Schwiegermutter, der Gräfin Brionne, kennen gelernt, und unsere gegenseitige Freundschaft blieb immer dieselbe. Über diesen großen Verlust werde ich mich nie trösten können. Selbst nach ihrem Tode hat sie mir ihre treue Gesinnung noch dadurch bewiesen, daß sie mir durch ihre Erben die Briefe zurückgeben ließ, die ich ihr in der langen Zeit geschrieben hatte. Dadurch wurde es mir möglich, so manche Erinnerungen wieder wachzurufen, die meinem Gedächtnis bereits entfallen waren. Von vielen Seiten erhielt ich Beweise aufrichtiger Theilnahme, besonders von denen, die in ihren letzten Stunden um sie versammelt waren, was mir leider nicht vergönnt gewesen.

So schrieb mir der Baron Pasquier gleich am Tage nach ihrem Tode:

„Ich trauere mit Ihnen, verehrter Fürst, denn ich fühle wie Sie den tiefen Schmerz um diesen großen Verlust.

Sie haben wohl kaum von der Krankheit der Prinzessin gewußt, als Sie auch schon die Nachricht von ihrem Tode erhielten. Nur wer das Glück hatte, mit dieser edlen Frau befreundet zu sein, kann es verstehen, was wir mit ihr verloren haben. Zu ihrem Nachruf genügen zwei Worte: Sie hatte unzählige Freunde, keinen hat sie jemals verlassen, und sie ist auch von keinem jemals verlassen worden. Was sie Ihnen gewesen, teurer Fürst, wissen wir alle und begreifen deshalb die große Leere, die sie in Ihrem Herzen zurückläßt.“

In ähnlicher Weise schrieb mir die Prinzessin Adelaide: auch sie habe in der Prinzessin eine treue und aufrichtige Freundin verloren, die mit unserer Sache, mit unseren Wünschen und Hoffnungen von jeher so innig und fest verbunden gewesen.

Nach diesem kurzen Tribut, den ich dem gerechten Schmerz um eine edle Tote gezollt, kehre ich wieder zu meinen Berichten zurück.

Zunächst hatten wir uns jetzt mit den Folgen zu beschäftigen, welche die Einnahme der Citadelle nach sich zog. Wir wissen bereits, daß ich, im Einverständnis mit Lord Palmerston, dem Herzog von Broglie am 10. Dezember einen neuen Vertragsentwurf zwischen Holland und Belgien zugesandt hatte, um endlich die Differenzen möglichst auszugleichen. Der Herzog sandte mir ein vortrefflich ausgearbeitetes Memorandum, in welchem meine Vorschläge näher beleuchtet und vielfach erweitert waren. Ich erwähne an dieser Stelle die wichtigsten Punkte:

Sofort nach Einnahme der Citadelle zieht sich die französische Armee zurück.

Das Embargo bleibt vorderhand noch bestehen.

Die vereinigten Geschwader bleiben so lange vor den Küsten, bis sie von ihren Regierungen abberufen werden.

Dann folgten die bereits von mir vorgeschlagenen Artikel. Die Kabinette von Wien und Berlin sollten ersucht werden, durch ihren Einfluß den König von Holland zur Annahme des Vertrages zu bewegen, und zwar zu einer bedingungslosen Annahme, ohne weitere Diskussion. In diesem Falle würden die noch bevorstehenden Zwangsmaßregeln und auch das Embargo aufgehoben werden. Im Weigerungsfalle würde man sofort mit Preußen wegen der Besetzung Venloos und Limburgs in Unterhandlung treten.

Alsdann wolle man die Konferenz wieder versammeln, um den Novembervertrag zu ratifizieren, und zwar mit Einverständnis beider Parteien, wenn Holland sich dazu geneigt zeige, oder sonst mit Umgehung des letzteren. In diesem Falle würden folgende zwei Hauptpunkte festgesetzt werden:

1. Den status quo aufrecht zu halten, um den König sobald wie möglich zur Annahme des Novembervertrages zu zwingen, und

2. das gesamte belgische Territorium unter den Schutz der europäischen Großmächte zu stellen, unter Zusicherung eines genügenden militärischen Beistandes, damit Belgien ohne Furcht vor einer holländischen Invasion entwaffnen könne.

Ich las hierauf das Memorandum mit den nötigen Erläuterungen Lord Palmerston vor. Er billigte den Entwurf, fand ihn den Verhältnissen durchaus entsprechend und meinte, er könne großen Nutzen stiften; er versprach mir auch, ihn im nächsten Ministerrat zu befürworten. Bis dahin müssen wir uns also gedulden.

Dies meldete ich dem Herzog von Broglie und fügte noch hinzu, daß ich Lord Palmerston auch unsere Besorgnis von der angedrohten Schließung der Scheldeschiffahrt nicht verhehlt hätte. Der Lord fasse diese Drohung von zwei Gesichtspunkten auf. Einmal, wenn der König die Schelde nur den drei Mächten, England, Frankreich und Belgien, verschließen wolle, dann sei dies so gut wie eine, aber von ihm ausgehende Kriegserklärung, oder aber die Schließung sei gegen alle Mächte gerichtet, und eben dadurch würden die bindenden Verträge des Wiener Kongresses verletzt werden. In dem einen sowohl wie in dem anderen Falle habe also nur Holland den größten Schaden davon: die Blockade und das Embargo sollten weiterbestehen, und die übrigen Mächte würden eine Verletzung der feierlich garantierten Verträge von 1815 nicht dulden.

Ich versprach mir im Haag einen guten Erfolg von unseren Vorschlägen, denn ich wußte, daß sowohl unser Embargo, wie auch unsere Blockade schon viel böses Blut in der Bevölkerung gemacht hatten, weil dadurch die Interessen des Landes mit denen des Königs in Kollision geraten waren.

Sämtliche Artikel der Schlußnote wurden noch einmal mit Palmerston reiflich überlegt, auch noch ein Artikel hinzugefügt, der für beide Parteien vollständige Abrüstung bis auf den Friedensfuß stipulierte, und dann von uns unterzeichnet.

Sie ging noch an demselben Tage an den französischen und englischen Gesandten im Haag ab, und unsere Vertreter überreichten sie am 1. Januar 1833.

Der König von Holland, dem die Klagen und die allgemeine Unzufriedenheit seiner Unterthanen nur zu gut bekannt waren, hielt es denn doch nicht für geraten, die neuen Vermittlungsvorschläge kurzweg zurückzuweisen und ließ uns deshalb am 9. Januar durch den Baron van Zuylen als Antwort ein Gegenprojekt vorlegen, das sich schon sehr wesentlich dem Inhalte unserer Note näherte. In Bezug auf die Maas waren nur die angrenzenden Wasserwege unberücksichtigt gelassen, und in Bezug auf die Schelde verlangte Holland eine Abgabe von drei Schilling per Tonne. Darüber ließ sich also unterhandeln. In einem Zusatzartikel wurden England und Frankreich aufgefordert, Belgien zu einer jährlichen Zahlung von acht Millionen Gulden an Holland zu bestimmen. Von der Abrüstung war nicht die Rede.

Ich habe nun keineswegs die Absicht, die weiteren ermüdenden und langwierigen Verhandlungen mit dem holländischen Kabinet, die noch fast fünf volle Monate fort dauerten, zu schildern; das Resultat werde ich s. B. schon mitteilen. Ich bemerke nur noch kurz, daß der König von Holland, seinem alten Vorschleppungssystem getreu, immer neue Vorwände für die Ablehnung des Novembervertrages aufsuchte, in der Hoff-

nung, das Provisorium so lange hinzuhalten, bis die Aussichten einer Wiederaufnahme des Kampfes günstiger geworden. Wir ließen uns aber nicht irre machen, sondern suchten entweder die volle Anerkennung des Vertrages zu erzielen, oder doch das Provisorium für Belgien so vorteilhaft wie möglich zu gestalten, um dadurch eine Preßion auf den König auszuüben. Der Baron van Zuylen erschöpfte sich in Intriguen und Schifanen, um uns auf ein anderes Terrain hinüberzuziehen, als er aber endlich einsah, daß seine Mühe vergeblich war, kehrte er unverrichteter Sache nach dem Haag zurück. Blockade und Embargo dauerten mittlerweile fort, und der König fühlte endlich die Notwendigkeit, nachzugeben. Er sandte einen neuen Bevollmächtigten nach London, in der Person eines Herrn Dedel, und diesem, der weit versöhnlicher als sein Vorgänger und zugleich ein Mann von angenehmen Formen war, gelang es auch, manche Schwierigkeiten zu beseitigen. Seine Vollmachten waren nur zu beschränkt, so daß noch über zwei Monate vergingen, ehe der Vertrag vom 21. Mai zu stande kam, über den ich später berichten werde.

Bis dahin lasse ich die unerquicklichen holländisch-belgischen Streitfragen beiseite, die überdies durch anderweitige politische Ereignisse nur noch ein sekundäres Interesse boten.

* * *

Die Blicke Frankreichs und Englands hatten sich bereits seit einiger Zeit nach einer ganz anderen Richtung hingewendet: die orientalischen Angelegenheiten waren nämlich durch die Erfolge Mehemed-Ali's, des Paschas von Ägypten, gegen die Pforte sehr verwickelt geworden. Auch die neue griechische Regierung kämpfte mit großen Schwierigkeiten, um sich zu befestigen ¹⁾.

1) Der König Otto schiffte sich am 14. Januar 1833 in Brindisi nach Nauplia ein, und sofort bei seiner Ankunft in Athen hatte er einen schwierigen Stand, besonders gegen die Palikaren unter dem gefürchteten Kolokotronis. Überdies war Griechenland kaum halb civilisirt und fast ohne alle finanziellen Ressourcen.

In Spanien herrschte gleichfalls unter dem Ministerpräsidenten Bea Bermudez große Verwirrung; Ferdinand VII. war todkrank, und der Bürgerkrieg in Portugal zwischen den beiden Brüdern Dom Miguel und Dom Pedro verschlimmerte noch die Lage.

Zu dieser Zeit war, wie ich bereits früher erwähnte, Sir Stratford Canning als interimistischer englischer Botschafter nach Madrid gegangen, und zwar über Paris, um sich mit dem Herzog von Broglie über die ihm erteilte Mission zu verständigen¹⁾. Daraufhin hatte mir der Herzog schon am 20. Dezember 1832 geschrieben, daß Sir Stratford Canning in Paris angekommen sei und nach Madrid gehe, um einen Waffenstillstand in Portugal zu erlangen und eine Regentschaft für Donna Maria einzusetzen. Nach dem augenblicklichen Stande der Dinge in Spanien schein ihm aber der Erfolg der Mission Cannings sehr zweifelhaft zu sein. Der Botschafter habe auch bei ihm angefragt, ob die französische Regierung wohl geneigt sei, sich dieser Mission anzuschließen. Der König habe aber aus verschiedenen Gründen abgelehnt: gegen Dom Miguel allein sei England stark genug und bedürfe keiner weiteren Hilfe, und wenn Spanien sich einmischen sollte, so würde Frankreich für Dom Pedro und seine Tochter keinen Krieg anfangen. In diesem Sinne wäre der französische Botschafter in Madrid, Baron Rayneval, zu instruieren

Der Fürst Talleyrand an den Herzog von Broglie.

London, den 6. Januar 1833.

Verehrter Herzog!

Vord Palmerston machte uns gestern eine Mitteilung über die griechischen Angelegenheiten. Die Kommissare der

¹⁾ Vergl. Bd. III, S. 297 u. ff., wo die portugiesischen Angelegenheiten eingehend besprochen wurden. Vergl. auch den Brief des Herzogs von Broglie an Talleyrand v. 6. Dezember 1832. S. 272.

drei Mächte hätten sich über die ungenauen Karten beklagt, wodurch ihnen die Regulierung der Grenzen sehr erschwert würde.

Später hatte ich mit Palmerston noch eine Unterredung über die Mission Ramick-Paschas. Ich erfuhr, daß das russische Kabinett der Pforte ein Hülfscorps von 15 000 Mann gegen Mehemed-Ali angeboten, der Sultan aber das Anerbieten abgelehnt habe, mit dem Bemerkten, er bedürfe weit mehr der Hülfe zur See, und zu diesem Zweck sei der Pascha nach London geschickt worden.

Palmerston wird diese Angelegenheit im nächsten Minister-rat zur Sprache bringen, jedoch ließ er schon jetzt durchblicken, daß man wohl geneigt sein dürfte, dem Sultan beizustehen. Es handele sich um keine Intervention, sondern nur, um einen alten Verbündeten gegen seine rebellischen Unterthanen zu verteidigen. Dabei sei es sehr wahrscheinlich, daß Rußland, welches jetzt dem Sultan gegenüber den teilnehmenden Freundschaften, im geheimen den Pascha von Agypten unterstütze. Die Türkei stehe also gewissermaßen zwischen zwei Feuern, und wenn man überhaupt die Notwendigkeit ihrer politischen Existenz anerkenne, so dürfe man sie auch jetzt nicht verlassen.

Ich mußte Palmerston beipsichtigen, denn wie oft hatten wir beide schon über die verheerende Politik Rußlands gesprochen, und wie oft hatte ich die englischen Minister darauf aufmerksam gemacht. —

Bald nach seiner Ankunft besuchte mich der Graf Pozzo, noch dazu in Begleitung des Fürsten Lieven. Wir unterhielten uns ziemlich lange, und Pozzo sprach durchaus »convenable.« Ich sage das nur deshalb, weil wir augenblicklich kein Mißtrauen gegen Rußland zeigen wollen, wie dies bei den englischen Ministern der Fall ist. Deshalb äußerte Pozzo sich auch etwas bitter über dieselben. Sie sind aber trotzdem sehr höflich und zuvorkommend gegen ihn, und ich sehe nicht ein,

weshalb ich es nicht ebenfalls sein sollte. Daß ich mich dabei sehr reserviert halte, brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen

Den 11. Januar.

Was Sie mir über die Antwort schreiben, die Zea unserem Botschafter gegeben, hat mich nicht weiter überrascht; von diesem Menschen war nichts anderes zu erwarten¹⁾. Was die Mission Cannings betrifft, so weiß ich nichts Sicheres darüber, höchstens soviel, daß der Botschafter ziemlich ausgedehnte Vollmachten besitzt. Das englische Kabinett wird wohl darauf ausgehen, Zea zu beseitigen, um Canning freiere Hand zu lassen, wobei der russische Einfluß sich jedenfalls gegen den englischen geltend machen würde, denn Zea war ja früher spanischer Botschafter in Petersburg. Deshalb dürfte Canning auch wohl noch geheime Instruktionen erhalten haben.

Auf alle Fälle besitzen Sie in der Person Raynevals einen sehr umsichtigen Diplomaten, der die wahren Absichten Englands gewiß bald durchschauen und Ihnen dann darüber Bericht erstatten wird, was mir hier unmöglich ist

Der Fürst Talleyrand an den Herzog von Broglie.

London, den 17. Januar 1833.

Verehrter Herzog!

Dem englischen Ministerium ist von der hiesigen österreichischen Botschaft eine wichtige Note zugegangen, die sich auf die augenblicklichen Zustände in Portugal bezieht und Mittel und Wege vorschlägt, dem dort herrschenden Bürgerkriege ein Ende zu machen.

Der österreichische Botschafter schlägt dabei als erste Bedingung vor, Dom Miguel als König von Portugal anzuer-

¹⁾ Der Baron Rayneval hatte dem Herzog von Broglie gemeldet, der Minister Zea habe die Mission Cannings eine chimärische genannt, und er werde sich mit allen Mitteln einer Verletzung der Neutralität entgegenstellen.

kennen, wenn dieser eine allgemeine Amnestie erlassen und die sequestrirten Privatgüter zurückgeben will. Als Hauptgrund führt das Wiener Kabinett den Umstand an, daß der Infant schon seit mehr als vier Jahren den Thron innehat und daß die größere Mehrheit der Portugiesen, wenn man auch seiner Regierung mancherlei vorwerfen könne, ihn als Monarchen anerkennt.

Der Kaiser von Oesterreich erblickt hierin die einzige Möglichkeit, das Land zu pacifizieren, in der Voraussetzung, daß die Amnestie eine vollständig absolute und ganz rückhaltlose sein wird.

Lord Palmerston hat diesen Vorschlag abgelehnt, mit dem Bemerkten, er finde denselben sehr befremdlich, weil darnach Dom Pedro das Land verlassen und die Enkelin des Kaisers ihre Rechte aufgeben solle, und das gegen die einfache Zusicherung einer Amnestie auf das bloße Wort eines Fürsten hin, dessen Wortbrüchigkeit bekannt sei.

Das ist das Resultat der Unterredung Neukomms mit Palmerston, bei welcher der Lord sogar sehr erregt gewesen sein soll.

Den 20. Januar.

Schon vor einiger Zeit erlaubte ich mir, Sie auf eine Frage aufmerksam zu machen, von welcher die englischen Minister mir schon oft gesprochen, nämlich auf eine Änderung in unserem Zollsystem.

Die jüngsten Petitionen der Handelskammern von Lyon, Bordeaux, Nantes und anderen Industriepätzen haben in England großes Aufsehen erregt, und zwar als Beweis, daß man in Frankreich jetzt ganz andere Ansichten von den Prohibitivgesetzen hat und in breitere und freiere Bahnen einlenken will.

Das englische Kabinett betrachtet die Wandlung mehr von einem politischen, als von einem kommerziellen Standpunkte

aus, denn in letzterer Beziehung hat das System¹⁾ Huskisson schon glänzende Resultate gezeigt. Die Verminderung der Einfuhrzölle auf französische Seide, Handschuhe und ähnliche Artikel wurde durch den größeren Konsum längst ausgeglichen. England wünscht jetzt noch ausgedehntere handelspolitische Beziehungen mit Frankreich. Die Tagespresse, die in England eine große Macht geworden ist, tritt dafür ein, und die öffentliche Meinung verlangt greifbare Vorteile von der englisch-französischen Allianz. Durch unser Entgegenkommen stärken wir unleugbar das jetzige englische Kabinett und zugleich unsere gegenseitige Freundschaft und begegnen siegreich allen nordischen Intriguen.

Ich bin überzeugt, daß die Regierung des Königs die politische Tragweite dieses Falles in ihrer ganzen Bedeutung ermessen und mir gewiß recht bald Gelegenheit geben wird, ihre Zustimmung den englischen Ministern mitzuteilen, die mich noch dazu sämtlich ersucht haben, ihre Wünsche mit den meinigen als identisch zu erklären . . .

Der Herzog von Broglie an den Fürsten Talleyrand.

Paris, den 21. Januar 1833.

Verehrter Fürst!

Ich habe mich mit Lord Granville ganz offenherzig über die Lage im Orient unterhalten. Was sich dort noch alles entwickeln wird, kann z. B. noch niemand vorher sagen, jedenfalls werden uns die Ereignisse nicht unvorbereitet treffen. Vorderhand hat unser Generalkonsul in Alexandria recht verständige Vorschläge von Mehemed-Ali erhalten und dieselben

¹⁾ William Huskisson (1770—1830). Staatssekretär unter Pitt und Sekretär der Schatzkammer. Nach Castlereagh's Tode i. J. 1822 Präsident des Handelsamtes. Der eigentliche Begründer der neuen Handelspolitik Englands und einer der bedeutendsten Vertreter der Handelsfreiheit.

sosfort nach Konstantinopel geschickt, wo man jetzt darüber verhandelt¹⁾).

Ersuchen Sie nur vor allem Lord Palmerston, sich ganz und gar nicht auf Namik-Pascha zu verlassen. Der Pascha ist nichts weiter als ein kleiner Intrigant, den auch nicht die Pforte, sondern das Serrail abgeschickt hat, und man weiß, was das bedeutet. Wir müssen in Konstantinopel direkt verhandeln, und die englischen Interessen treffen mit den unsrigen vollständig zusammen. Die Zeit drängt, und ich hoffe, daß auch Oesterreich sich mit uns gegen die Eroberungsgelüste Rußlands verbinden wird. Das war schon damals auf dem Wiener Kongreß Ihr Plan, verehrter Fürst, dessen Ausführung nur durch die Hundert Tage unterbrochen wurde. Jetzt werden Sie ihn vollenden.

Die Prinzessin Adelaide schrieb mir am 24. Januar im Auftrage des Königs, daß Se. Majestät sich meinen Ansichten über die Zollermäßigungen anschloße, denn auch darin läge eine Kräftigung der englisch-französischen Allianz.

Ferner ließe der König mich noch um meine Ansicht über die orientalische Frage ersuchen, speciell über die Folgen, die der große Sieg Ibrahim Paschas nach sich ziehen könne.

1) Der Sohn Mehemed-Ali's, Ibrahim Pascha, hatte am 21. Dezember 1832 bei Konia die türkische Armee vollständig geschlagen und aufgerieben, und infolge dieses glänzenden Sieges sich zu Anfang des Januars bereit erklärt, mit dem Sultan über folgende Punkte zu unterhandeln: Cession des Paschaliks von Syrien gegen einen jährlichen Tribut und gleichfalls des Distriktes von Adana. Mobilisation der Stellung Agyptens zur Pforte in ähnlicher Weise wie der Bey von Algier.



